

# Stenographischer Bericht

## 17. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 20. November 2001

### Inhalt:

#### Personelles:

Entschuldigt: Abg. Gennaro, Abg. Tasch.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.
2. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 502/1, betreffend Landesrechnungsabschluss 2000.  
Berichterstatter: Abg. Straßberger.  
Redner: siehe Tagesordnungspunkt 3.  
Beschlussfassung.
3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 599/1, betreffend Budgetvollzug 2001; Bericht über den Stand des Budgetvollzuges per 31. August 2001 sowie das voraussichtliche Maastricht-Ergebnis im Haushaltsjahr 2001 und Maßnahmen zur Erreichung des Maastricht-Ergebnisses (Genehmigung).  
Berichterstatter: Abg. Straßberger (1052).  
Redner zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3: Abg. Straßberger (1052), Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (1056), Abg. Prattes, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Wiedner, Abg. Gross, Abg. Mag. Koller, Abg. Schrittwieser, Abg. Hagenauer, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.  
Beschlussfassung (1074).
4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 601/1, Beilage Nr. 80, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 15. Februar 2000 über die Einhebung einer Landes-Rundfunkabgabe (Steiermärkisches Rundfunkabgabegesetz – StRAG), LGBl. Nr. 36/2000 geändert wird.  
Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.  
Beschlussfassung .
5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 602/1, betreffend die Landes-Hypothekbank Steiermark AG., Aus-übung der Verkaufsoption zugunsten des Landes Steiermark.  
Berichterstatter: Abg. Kasic.  
Redner: Abg. Schleich, Abg. Kasic, Abg. Wiedner, Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (1080), Abg. Schrittwieser (1081), Abg. Hagenauer.  
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 526/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend behindertengerechter Zugang aller Bezirkshauptmannschaften.  
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.  
Rednerinnen: Abg. Wicher , Abg. Lechner-Sonnek.  
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 150/2, zum Beschluss Nr. 86 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Antrag der Abgeordneten Lafer und Wiedner, betreffend die Anpassung des österreichischen Güterbeförderungsgesetzes und die Grenzwerte für Kleintransporteure an die EU-Richtlinie.  
Berichterstatter: Abg. Wiedner.  
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 453/1, Beilage Nr. 47, Gesetz über das Arbeitsrecht in der Land- und Forstwirtschaft – Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 (StLAO 2001).  
Berichterstatter: Abg. Riebenbauer.  
Redner: Abg. Riebenbauer.  
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 549/1, der Abgeordneten Gödl, Dietrich, Halper und Hagenauer, betreffend AKW Krško.  
Berichterstatter: Abg. Gödl.  
Redner: Abg. Dietrich, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Hagenauer, Abg. Gödl, Abg. Hagenauer.  
Beschlussfassung.

10. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 644/1, betreffend stichprobenweise Prüfung der zweijährigen landwirtschaftlichen Hauswirtschaftsschulen Sankt Martin.  
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.  
Redner: Abg. Pußwald, Abg. List, Abg. Kaufmann, Abg. Hagenauer, Abg. Detlef Gruber, Abg. Gangl, Landesrat Pöttl.  
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 545/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Förderung von landwirtschaftlichen Betriebsführern, die Angehörige hauptberuflich in ihrem Betrieb beschäftigen.  
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.  
Redner: Abg. Dietrich (1102), Abg. Riebenbauer.  
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 600/1, betreffend Verkauf der Teilliegenschaft 8811 Scheifling, Schloßfeld 156, GB. Neumarkt in der Steiermark, KG. 65320, EZ. 251 im Teilgrundflächenausmaß von 2075 Quadratmeter an die Firma Metallbau Schneider zum Preis von 1,1 Millionen Schilling.  
Berichterstatter: Abg. Tschernko.  
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 543/1, der Abgeordneten Dietrich und Mag. Dr. Bleckmann, betreffend Europäischer Computerführerschein für alle Schüler der steirischen Pflichtschulen.  
Berichterstatterin: Abg. Graf.  
Redner: siehe Tagesordnungspunkt 14.  
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 364/2, zum Beschluss Nr. 149 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Wiedner, betreffend IT-Klassen in der Steiermark.  
Berichterstatterin: Abg. Graf.  
Redner zu den Tagesordnungspunkten 13 und 14: Abg. Graf, Abg. Mag. Dr. Rauch, Abg. Böhmer, Abg. Mag. Koller, Abg. Kröpfel, Abg. Dietrich.  
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 598/1, betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration.  
Berichterstatter: Abg. Majcen.  
Redner: Abg. Majcen, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Lafer, Abg. Dietrich.  
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 559/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Reinprecht, Gross, Margarethe Gruber, Dr. Rieder, Halper, Kaufmann und Mag. Lackner, betreffend die Erlassung einer umfassenden Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes.  
Berichterstatterin: Abg. Mag. Lackner.  
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Beutl, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Lafer, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Mag. Zitz.  
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 62/1, der Abgeordneten Gennaro, Gross, Schleich und Dr. Reinprecht, betreffend Novellierung des Feuerpolizeigesetzes.  
Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber.  
Rednerin: Abg. Gross.  
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 89/1, der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend Kurse der Freiwilligen Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring.  
Berichterstatter: Abg. Wiedner.  
Redner: Abg. Ferstl, Abg. Dirnberger.  
Beschlussfassung .
19. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 315/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Schrittwieser und Gennaro, betreffend Betriebskostensenkung.  
Berichterstatter: Abg. Stöhrmann.  
Rednerin: Abg. Dr. Reinprecht.  
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 550/1, der Abgeordneten Ing. Ober, Rieser und Riebenbauer, betreffend Umstellung der Landesfahrzeuge auf Antriebe mit erneuerbaren Energiequellen.  
Berichterstatter: Abg. Ing. Ober.  
Redner: Abg. Ing. Ober.  
Beschlussfassung.

21. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 334/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Finanzierung der Kostensteigerung mobiler Dienste.  
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.  
Redner: siehe Tagesordnungspunkt 22.  
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 338/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Absicherung und Ausbau extramuraler Beratung und Betreuung psychisch Kranker.  
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.  
Redner zu den Tagesordnungspunkten 21 und 22: Abg. Hammerl, Abg. Gross, Abg. Mag. Zitz, Abg. Mag. Erlitz.  
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 548/1, der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend Senkung des Netztarifes.  
Berichterstatter: Abg. Wiedner.  
Redner: Bundesrat Weilharter, Abg. Kasic, Abg. Hagenauer, Abg. Wiedner.  
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 534/1, der Abgeordneten List und Lafer, betreffend Pilotenausbildung.  
Berichterstatter: Abg. Wiedner.  
Redner: siehe Tagesordnungspunkt 25.  
Beschlussfassung.
25. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 435/2, zum Beschluss Nr. 174 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Juni 2001 über den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Rieser, betreffend die Sicherung des Flughafens Zeltweg.  
Berichterstatter: Abg. Ferstl.  
Redner zu den Tagesordnungspunkten 24 und 25: Abg. List, Abg. Hagenauer, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Rieser.  
Beschlussfassung.
26. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 551/1, der Abgeordneten Straßberger, Ferstl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Wöhry und Ing. Ober, betreffend Bereitstellung von Einsatzgeräten der Feuerwehren für die Schadensbekämpfung nach Verkehrsunfällen insbesondere in Tunnels – Heranziehung von Sondermitteln für Verkehrs- bzw. Tunnelsicherheit.  
Berichterstatter: Abg. Straßberger.  
Redner: siehe Tagesordnungspunkt 28.  
Beschlussfassung.
27. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 263/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro, Gross, Halper, Mag. Lackner und Dr. Reinprecht, betreffend den Einbau eines Abluftfilters bei der Errichtung der zweiten Röhre des Plabutschunnels.  
Berichterstatter: Abg. Kollegger.  
Redner: siehe Tagesordnungspunkt 28.  
Beschlussfassung.
28. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 253/1, der Abgeordneten Straßberger, Dipl.-Ing. Wöhry und Stöhrmann, betreffend Ankauf von Grundstücken entlang der ehemaligen Bahnstrecke Mürzzuschlag-Neuberg an der Mürz.  
Berichterstatter: Abg. Straßberger.  
Redner zu den Tagesordnungspunkten 26 bis 28: Abg. Dirnberger (1135), Abg. Straßberger.  
Beschlussfassung.
29. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 272/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann, Graf und Dietrich, betreffend Drogen in steirischen Schulen.  
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.  
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Hamedl, Abg. Lafer, Abg. Hamedl, Abg. Lafer, Abg. Halper, Abg. Kröpfl, Landesrat Dörflinger, Abg. Mag. Zitz, Landesrat Schützenhöfer.  
Beschlussfassung (1150).
30. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 210/2, zum Beschluss Nr. 46 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Februar 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Lafer, List und Dietrich, betreffend Reformen im steirischen Gesundheitswesen.  
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.  
Redner: siehe Tagesordnungspunkt 34.  
Beschlussfassung.

31. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 159/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend Gestaltung interner Dienstleistungsbereiche innerhalb der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft.  
Berichterstatter: Abg. Lafer.  
Redner: siehe Tagesordnungspunkt 34.  
Beschlussfassung.
32. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 568/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz und Gross, betreffend Aufhebung des Ambulanzbehandlungsbeitrages.  
Berichterstatter: Abg. Mag. Erlitz.  
Redner: siehe Tagesordnungspunkt 34.  
Beschlussfassung.
33. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 161/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend First-Love-Ambulanz.  
Berichterstatter: Abg. Lafer.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 34.  
Beschlussfassung.
34. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 554/1, der Abgeordneten Purr, Dr. Forenbacher und Bacher, betreffend spezielle Verrechnungsbefugnis der BBSUA Graz mit der Steiermärkischen GKK.  
Berichterstatter: Abg. Dr. Forenbacher.  
Redner zu den Tagesordnungspunkten 30 bis 34: Abg. Bacher, Landesrat Dörflinger, Landesrat Schützenhöfer, Landesrat Dörflinger, Abg. Lafer, Abg. Dr. Forenbacher, Abg. Mag. Lackner.  
Beschlussfassung.
35. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 535/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann, Ferstl und Graf, betreffend pensionswirksame Anrechnung von Zeiten ehrenamtlicher Tätigkeit.  
Berichterstatterin: Abg. Mag. Dr. Bleckmann.  
Redner: Abg. Ferstl.  
Beschlussfassung.
36. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 583/1, den Abverkauf der Liegenschaft EZ 136, Grundbuch 60054 Sankt Martin, an Herrn Kaka Azizi, wohnhaft in 8605 Kapfenberg, Mozartgasse 14.  
Berichterstatter: Abg. Prattes.  
Redner: Abg. Hagenauer.  
Beschlussfassung.
37. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht, Einl.-Zahl 450/1, betreffend Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Teilgebiete der Gebärung im Land Steiermark, Bundesländerflughäfen, Landeskrankenhaus Leoben.  
Berichterstatter: Abg. Prattes  
Redner: Abg. Kreisl, Abg. Hagenauer.  
Beschlussfassung.
38. Wahl in den Ausschuss für Soziales und Kindergärten.

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

**Präsident Purr:** Hohes Haus!

Heute findet die 17. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind die Frau Landeshauptmann für einen Teil der Sitzung auf Grund eines Termines in Wien und die Abgeordneten Gennaro und Tasch.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass acht schriftliche Anfragen und vier Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Im Anschluss an diese Landtagssitzung werde ich eine Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft einberufen, in welchem über folgende Regierungsvorlage beraten werden soll:

Im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 652/1, betreffend Nachtragsbudget 2001.

Im Anschluss an die Ausschusssitzung werde ich die 18. Landtagssitzung einberufen. Gegenstand sind die Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die genannten Regierungsvorlagen.

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, freue ich mich eine Reihe von Besuchern begrüßen zu dürfen: Die Studentinnen und Studenten des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums des Landes Steiermark unter der Leitung von Herrn Dr. Josef Grossauer. Einen herzlichen Gruß. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße weiters die Damen und Herren des Seniorenbundes, Ortsgruppe Floing, unter der Leitung von Obmann Blasius Chrandl, Ortsgruppe Passail unter der Leitung von Obmann Franz Klammler, Ortsgruppe Übelbach unter der Leitung von Obmann Rudolf Dallinger und Ortsgruppe Vorau unter der Leitung von Obmann Altbürgermeister Franz Kerschenbauer.

Meine Damen und Herren, ich freue mich über Ihren Besuch. (Allgemeiner Beifall.)

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über.

Bei den Tagesordnungspunkten 2 und 3 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

## **2. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 502/1, betreffend Landesrechnungsabschluss 2000.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger.

**Abg. Straßberger** (10.09 Uhr: Geschätzter Herr Präsident, meine verehrten Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betreffend den Landesrechnungsabschluss 2000.

Gemäß Paragraph 32 Absatz 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960 hat die Steiermärkische Landesregierung alljährlich den Rechnungsabschluss des Landes für das abgelaufene Finanzjahr gleichzeitig dem Landtag und dem Rechnungshof zu übermitteln. In diesem Sinne hat die Steiermärkische Landesregierung mit ihrem Beschluss vom 9. Juli 2001 den Bericht betreffend den Rechnungsabschluss 2000 mit folgenden Schlusssummen zustimmend zur Kenntnis genommen:

Ordentlicher Haushalt: Gesamtausgabensumme 50.980.195.729,99 Schilling, Gesamteinnahmen-summe (ohne bereits durchgeführte Bedeckungsmaßnahmen zum Zwecke des Haushaltsausgleiches) 46.346.113.543,76 Schilling. Der Gebarungsabgang beträgt 4.634.082.186,23 Schilling.

Außerordentlicher Haushalt: Gesamtausgabensumme 1.947.244.801,77 Schilling, Gesamteinnahmensumme (vor Haushaltsausgleich) 707.685.011,80 Schilling. Gebarungsabgang 1.239.559.789,97 Schilling.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Gesamtgebarungsabgang von 5.873.641.976,20 Schilling durch eine für das Jahr 2000 bereits genehmigte Darlehensaufnahme von 3.825.363.400 Schilling und durch die Aufnahme eines zusätzlichen Darlehens von 2.048.278.576,20 Schilling bedeckt wurde.

Gleichzeitig hat die Steiermärkische Landesregierung verfügt, auf Basis dieser Ziffern den Rechnungsabschluss 2000 fertig zu stellen und dem Steiermärkischen Landtag vorzulegen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 9. Juli 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungsabschluss 2000 mit dem Band I (ordentlicher Haushalt, außerordentlicher Haushalt, Gesamtübersichten und Nachweise) und dem Band II (Untervoranschläge und Wirtschaftsbetriebe) wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (10.12 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung.

Bevor ich nun um die Berichterstattung zu Tagesordnungspunkt 3 ersuche, darf ich die Vertreterinnen und Vertreter des Seniorenringes der Stadt Graz willkommen heißen. Ihnen einen herzlichen Gruß. (Allgemeiner Beifall.)

## **3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 599/1, betreffend Budgetvollzug 2001; Bericht über den Stand des Budgetvollzuges per 31. August 2001 sowie das voraussichtliche Maastricht-Ergebnis im Haushaltsjahr 2001 und Maßnahmen zur Erreichung des Maastricht-Ergebnisses (Genehmigung).**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Straßberger** (10.13 Uhr): Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Budgetvollzug 2001; Bericht über den Stand des Budgetvollzuges per 31. August 2001 sowie das voraussichtliche Maastricht-Ergebnis im Haushaltsjahr 2001 und Maßnahmen zur Erreichung des Maastricht-Ergebnisses (Genehmigung).

Werte Damen und Herren, es liegt Ihnen die Vorlage auf. Ich werde nur auszugsweise die wichtigsten Dinge daraus berichten.

Es ist beabsichtigt, dem Steiermärkischen Landtag einen Antrag auf Genehmigung des Abschlusses des Österreichischen Stabilitätspaktes 2001 vorzulegen.

Gegenüber dem vom Land Steiermark zu erzielenden Stabilitätspakt von rund 3325,3 Millionen Schilling ist im Budget 2001 ein Maastricht-Überschuss von rund 3.300,3 Millionen Schilling ausgewiesen.

Für die Berichterstattung per 31. August 2001 wurden von der Landesbuchhaltung die angeforderten Unterlagen am 5. September 2001 und am 13. September 2001 erst zur Verfügung gestellt.

Voraussichtliches Maastricht-Ergebnis im Haushaltsjahr 2001:

Die Verschlechterungen: Rücklagenverwendung zur Zeit des Budgetprovisoriums 2001; Kreischberg-Seilbahnges.m.b.H. & Co. KG.; zusätzlicher Mittelbedarf laut Meldung der Abteilungen.

Die Summe der Verschlechterungen ist 871,1 Millionen Schilling.

Feststellungen zu den Verschlechterungen: Zusätzliche Verwendung von Rücklagen, Fachabteilung für das Sozialwesen, Tourismusabteilung, Fachabteilung 2 a, Fachabteilung 3 b, übrige Positionen.

Es wird festgestellt, dass im Sinne der Budgetvereinbarung zu den Landesvoranschlägen 2001 und 2002 diese Bedeckung nur dann erfolgen kann, wenn die zugrunde liegenden Erlöse aus Beteiligungsveräußerungen erzielt werden.

Verbesserungen: Steiermärkische Krankenanstalten GmbH.; Einnahmen aus dem Finanzausgleich; Schuldendienst; Verpflichtungen aus Haftungen; Erlöse aus Liegenschaftsverkäufen.

Summe der Verbesserungen: 692,6 Millionen Schilling.

Voraussichtliches Ergebnis auf Basis der Meldung der Abteilungen: Ausgehend von einem veranschlagten Maastricht-Überschuss von 3300,3 Millionen Schilling würde sich bei Verschlechterungen von rund 871,1 Millionen Schilling und Verbesserungen von rund 692,6 Millionen Schilling als Maastricht-Ergebnis ein Überschuss von 3121,8 Millionen Schilling ergeben.

Der im Sinne des vom Steiermärkischen Landtag noch zu genehmigenden Stabilitätspaktes zu erzielende Maastricht-Überschuss von rund 3325,3 Millionen Schilling würde mit dem oben angeführten in der Höhe von 3121,8 Millionen Schilling geschätzten Maastricht-Überschuss um rund 203,5 Millionen Schilling verfehlt werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 15. Oktober 2001 den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Der vorstehende Bericht über den Stand des Budgetvollzuges sowie das voraussichtliche Maastricht-Ergebnis im Haushaltsjahr 2001 und die in diesem Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (10.16 Uhr.)

**Präsident:** Danke für die Berichterstattung.

Es liegt mir eine Reihe von Wortmeldungen vor. Erste Wortmeldung dazu von Herrn Abgeordneten Straßberger. Ich erteile ihm das Wort. Die nächste Wortmeldung kommt dann von Herrn Abgeordneten Prattes. Das nur zur Ankündigung.

**Abg. Straßberger** (10.17 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Landesräte, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Wir haben heute wiederum einen dicken Band, wenn ich den Band I hernehme, ein Zahlenwerk, das letztendlich der Vergangenheit angehört und wie schon in den letzten Jahren – und ich darf das schon seit 1994 hier in diesem Hohen Haus feststellen – wird der Landtag, betreffend Vollzug des Budgets, betreffend Ausgaben und Einnahmen mit dem Rechnungsabschluss immer vor die Tatsache gestellt.

Ich darf aber vorweg einmal feststellen, dass für die Verantwortung dieses Rechnungsabschlusses 2000 der nicht mehr amtierende Finanzreferent der SPÖ, Finanzlandesrat Ing. Hans-Joachim Ressel, zuständig ist.

Ich sage das deshalb, weil wir hier im Hohen Haus schon Jahre immer wieder gefordert haben, wir möchten letztendlich eine Budgetvollzugsmeldung – leider Gottes vergebens.

Zum Zweiten haben wir immer wieder gefordert, ob es nicht Nachtragsbudgets geben könnte, denn ich habe sehr oft hier gesagt – und das ist auch nachlesbar in den Protokollen –, jede kleinste Gemeinde, wenn sie etwas abweicht vom Budget, muss oft mehrere Nachtragsvoranschläge machen. Nur bei uns hat das nicht stattgefunden.

Verehrte Damen und Herren, wenn man die Zahlen des Voranschlages für das Jahr 2000 mit denen des Rechnungsabschlusses 2000 vergleicht, dann kommt man zur Überzeugung und zur Feststellung, dass der Voranschlag 2000 vom seinerzeitigen Finanzreferenten Ing. Ressel in einer ungeheuerlichen Ungenauigkeit budgetiert wurde.

Ich sage das ganz deutlich. Es wurden – und so habe ich mir die letzten vier Jahre angeschaut – die Bundesertragsanteile – ich behaupte ja fast willkürlich – zum Ansatz gebracht. Immer jährliche wiederkehrende Einnahmen in zig Millionen Höhe haben in dem Vorschlag keinerlei Niederschlag gefunden. Ich habe schon Verständnis für ein vorsichtiges Budgetieren, noch dazu wenn es um 46 oder 48 oder 50 Milliarden Schilling geht, denn zum Jahresende gibt es dann immer wieder Wünsche. Das kennen wir von der Gemeinde oder sonst wo her. Dazu gibt es überhaupt nichts zu sagen, aber letztendlich, wer ein bisschen eine Ahnung hat, ich sage das jetzt mürtzalerisch, von einer Budgetierung, dann muss man sagen, man muss von der Einnahmenseite ausgehen und die Ausgaben anpassen. In der Vergangenheit war das immer umgekehrt, die Ausgabenseite hat man festgestellt, die Einnahmenseite ist dann angepasst worden und die Differenz hat man dann einfach mit Schulden ausgeglichen und daher unsere Landeshaushaltsschuldenziffern, die ja jeder von Ihnen kennt.

Mir ist natürlich auch klar, dass die Wünsche der Gesellschaft an die öffentliche Hand immer ungleich höher sind als die Budgeteinnahmen. Ich habe mir aber die Budgets in den letzten fünf Jahren angeschaut, ob auf Bundesebene oder auch auf Landesebene, die Budgets sind immer angestiegen, jedoch in ungleicher Höhe zu den Wünschen.

Verehrte Damen und Herren, die Argumente, es ist kein Geld da, die stimmen daher nicht, das möchte ich hier ganz deutlich sagen. Und wenn ich mich so zurückerinnere an die Budgetdebatten, ob sie jetzt im Finanz-Ausschuss stattfinden oder auch hier im Hohen Haus, ob es der Rechnungsabschluss oder das Budget ist, in den einzelnen Gruppen werden grundsätzlich die Ausgaben diskutiert, natürlich – das ist überhaupt keine Frage –, es werden auch lächerliche Fragen gestellt, ob dort oder da 150.000 Schilling gerechtfertigt ausgegeben worden sind. Ich möchte einmal das eine vorweg feststellen, es nimmt ein Finanzlandesrat keinen einzigen Groschen mit nach Hause und legt es sich unter den Kopfpolster. Aber letztendlich sind diese Ausgaben, die ja hier festgehalten sind, immer wieder mit Beschlüssen der Regierung und des Landtages passiert.

Was mich in letzter Zeit immer ein bisschen nachdenklich stimmt, ist das, dass eigentlich über die Gruppe 9, über die Einnahmen unseres Landeshaushaltes kaum Wortmeldungen stattfinden. Wenn, dann bin das höchstens ich, aber das ist dann schon immer zu einer Zeit um Mitternacht am letzten Tag und das Interesse ist natürlich dann dort sehr gering. Letztendlich müssten wir die Diskussionen auch auf der Einnahmenseite führen.

Lassen Sie mich jetzt zu den einzelnen Punkten kommen. Rechnungsabschluss 2000. Wir haben Mehrausgaben gegenüber dem Voranschlag 2000 von 5,2 Milliarden Schilling, das sind 11,4 Prozent Abweichungen und die Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag sind 4,1 Milliarden, das sind 9,7 Prozent Abweichungen. Verehrte Damen und Herren, das ergibt einen Minderbetrag von einer Milliarde 88 Millionen. Nach der traditionellen Rechnungsweise und den Maastricht-Kriterien sind es minus 552,7 Millionen Schilling.

Verehrte Damen und Herren, warum sind diese Abweichungen? Und das habe ich in der Einleitung gemeint, der Budgetvollzug wurde uns in der Vergangenheit mit dem Rechnungsabschluss präsentiert, ich komme noch in die Zukunft und ich bin sehr froh, dass sich das geändert hat.

Ich habe nur einige Dinge herausgenommen. Zum Beispiel wurde auch im Voranschlag 2000 die Nachzahlung an den Bundesertragsanteilen von 839 Millionen Schilling nicht in das Budget aufgenommen. Es wurden auch die direkten und indirekten Bundesertragsanteile gegenüber den Vorjahren nicht angepasst. Ich möchte sagen, sie sind einfach – ich sage es noch einmal, ich habe es ja schon gesagt, ich werde das Gefühl nicht los – fast willkürlich angesetzt worden. Die Nachzahlungen nach Paragraph 21 Finanzausgleichsgesetz, die ab dem Jahr 1996 stattfinden, die ausschließlich, das steht im Gesetz drinnen, für Haushaltsausgleiche zu verwenden sind, sind auch mit 73,5 Millionen unberücksichtigt geblieben. Im Verkehrsbereich 153,5 Millionen unberücksichtigt geblieben.

Verehrte Damen und Herren, und wenn man dann hier im Hohen Haus – er kann sich heute nicht wehren, aber ich muss es sagen – an den seinerzeitigen Finanzreferenten diesbezügliche Fragen gestellt hat, dann hat man entweder keine Antwort bekommen oder man ist ganz kaltschnäuzig abgespeist worden.

Ich sage Ihnen jetzt auch eine andere Statistik über die außer- und überplanmäßigen Ausgaben, die wir hier immer im Hohen Haus beschlossen haben. 1998 haben wir 970 Millionen Schilling beschlossen im Nachhinein an außer- und überplanmäßigen Ausgaben. 1999 661 Millionen, im Jahr 2000 619 Millionen und jetzt hören Sie bitte her, im heurigen Jahr 2001, im gleichen Zeitraum 83,5 Millionen Schilling. Ich darf der Frau Landeshauptmann sehr herzlich danken, dass sie bei den Ressortverhandlungen das Finanzressort in die ÖVP-Verantwortung genommen hat und mit einem Finanzreferenten Dipl.-Ing. Herbert Paierl, der für die Finanzen zuständig ist und letztendlich auch für die Budgetdisziplin gesorgt hat. Herr Landesfinanzreferent, ich darf dir sehr herzlich dafür danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Verehrte Damen und Herren, ich glaube, dass eben am 15. Oktober die Steirerinnen und Steirer schon gewusst haben, welcher politischen Gruppe sie in der Zukunft die Verantwortung in die Hände geben, um unser Land vernünftig, sinnvoll und vor allem sparsam zu regieren. (Abg. Stöhrmann: „Heute habt ihr den Scherm auf!“)

Verehrte Damen und Herren, alle Finanzexperten – ich zähle sie auf – Prof. Kramer, Prof. Felderer, Prof. Lehner, ja sogar Herr Dr. Weiland von der „Kronenzeitung“ – haben uns jahrelang das vorausgesagt, was wir jetzt zwingend tun müssen. (Abg. Stöhrmann: „Ist die Einschaltung gratis, Herr Kollege Straßberger?“) Weißt du was? Tu schön zuhören, weil du kennst dich bei den Finanzen nicht aus. Zwingend müssen wir das jetzt tun!

Verehrte Damen und Herren – (Abg. Stöhrmann: „26 Jahre habe ich meine Gemeindefinanzen in Ordnung gehalten. Das ist dir nie gelungen!“) Ich bin auch überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind mit unserer Finanzpolitik in unserem Lande. Ich habe schon gesagt, wir haben jetzt einen Finanzreferenten, der mit Herz und

Seele dieses Ressort führt. Er hat zum Einen eine langfristige Finanz- und Budgetperspektive. Das ist einfach wichtig. Er legt dem Landtag Budgetvollzugsmeldungen vor. Das haben wir jahrelang gefordert, das war früher nicht möglich. Und ich sage euch jetzt ganz offen, er hat die Schallmauer durchbrochen und legt erstmalig im Landtag ein Nachtragsbudget vor, das übrigens, verehrte Damen und Herren, in der Regierung einstimmig beschlossen wurde. Und nochmals, er ist jener Mann, der die Finanzen in unserem Lande verwaltet und der auch für die Disziplin sorgt.

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich aber doch einige Gedanken zur budget- und finanzpolitischen Situation im Allgemeinen sagen. Unsere Wirtschaftsforscher sagen uns immer am Beginn eines Jahres die Prognosen für das Wirtschaftswachstum voraus und am Beginn des heurigen Jahres hat man gemeint, es werden 3 Prozent sein. Heute liest man, dass Prof. Kramer meint 1,3 bis ein Prozent. Das heißt, aber auch Jahre zuvor wurden einfach die Wirtschaftswachstümer immer wieder nach unten gesetzt. Darum habe ich ihn unlängst einmal angesprochen und gefragt: „Herr Professor, wieso ist das eigentlich, denn die Politik richtet sich ja letztendlich nach Ihren Prognosen und nicht, dass dann immer so revidierte Ergebnisse da sind?“ Er meinte eben, naja man muss eben irgendetwas annehmen und eine Prognose ist eine Annahme und hier haben wir natürlich auch zu kämpfen. Und wenn dann die Wirtschaft etwas abflacht, dann kommt der Ruf und insbesondere von der SPÖ, der Staat und das Land müssen helfen und eingreifen.

Ich darf Ihnen jetzt in zwei Minuten einige Zitate von Herrn Prof. Felderer bringen, der bestimmt nicht der Volkspartei zuzuordnen ist. (Abg. Stöhrmann: „Wer ist das?“)

Wenn du nicht weißt, wer das ist, ist das dein Problem.

Prof. Felderer, Wirtschaftsforscher, Leiter des Institutes für Höhere Studien. Er packt das Problem – und zwar die Überschrift lautet: „Soll der Staat mehr Geld ausgeben?“ – bei den Wurzeln. „Will man, dass der Staat zusätzliche Nachfrage schafft, muss man sich zuerst fragen, wo dies überhaupt möglich und sinnvoll ist. Wo fehlt Nachfrage, die er ausgleichen könnte?“

Zum Zweiten: „Nachfrage fehlt in der Industrie, wo einige Sparten über spürbare Auftragsrückgänge klagen.“ Hier sieht Felderer aber wenig Möglichkeiten zur Soforthilfe, „denn der Staat kann ja nicht einem Maschinenbauer – wortwörtlich – „seine Produkte abkaufen, was soll er dann damit machen?“ In der Vergangenheit bei der verstaatlichten Industrie hat man halt auf Lager produziert. Ich kenne mich da aus, weil ich komme von dieser Region. „Investieren könnte die öffentliche Hand in den Wohnbau, aber“ – hören Sie bitte genau zu von der SPÖ – „wir hatten in den neunziger Jahren eine massive Zunahme des Wohnbaues durch die sehr großzügige Wohnbauförderung.“ „In die Infrastruktur, also in Straße, Schiene & Co., zu investieren, ist sicher eine wichtige Aufgabe.“ „Seit Beginn der neunziger Jahre wurde zu wenig für die Infrastruktur getan. Die Regierung hat die Ausgaben in diesem Bereich bereits erhöht. So lagen die Auftragsbestände im Frühherbst um 20 Prozent über dem Vorjahr. Aber auch das reicht noch immer nicht aus als kurzfristige Konjunkturlilfe.“ „Es gibt nicht genug baureife Projekte in den Schubladen.“ Das müsste man sich einmal anschauen, ob die wirklich nicht da sind. Zudem meint er: „Selbst wenn es genug Projekte gäbe, die man sofort beginnen könnte, wäre das Volumen nicht groß genug, um die zur Konjunkturstimulierung notwendige Stimmungsänderung herbeizuführen.“ Das heißt: „Der Staat soll sich aber nicht zurückziehen, er soll Rahmenbedingungen setzen.“ „Der Fokus der Aufgaben der Regierung hat sich generell verschoben: Von der kurzfristigen Konjunkturpolitik“ – das ist genau das, irgendeine kleine Wolke am Horizont und sofort soll die öffentliche Hand einspringen, so die alte sozialistische Denkweise und Wirtschaftsweise – „zu langfristigen Aufgaben, wie Bildung, Infrastruktur et cetera.“

Verehrte Damen und Herren, das ist eine Sache, die nicht von mir ist, sondern von Prof. Felderer. Das ist ein anerkannter Wirtschaftsexperte.

Ich meine daher, man soll mit diesem Geschrei einmal aufhören, das immer wieder von der sozialistischen Seite kommt, soundso viel zahlen wir im Monat oder im Tag oder im Jahr nach Wien. Verehrte Damen und Herren, das ist ja wirklich unqualifiziert und an Präpotenz nicht zu überbieten. (Beifall bei der ÖVP.)

Verehrte Damen und Herren, der Bund hat im ersten Jahr beziehungsweise im zweiten Jahr sein Ziel erreicht – wir haben das gehört – betreffend die Finanzen. Lassen Sie mich da jetzt auch etwas sagen, wenn jetzt gemeint wird, aha, die Unternehmungen und, und, und.

Nein, verehrte Damen und Herren, diese Bundesregierung hat den Mut gehabt, hier Gerechtigkeit einzuziehen und jegliche Nachforderung, die in der Veranlagung im Finanzwesen stattfindet, auch zu verzinsen. Denn jeder Nichtselbstständige, verehrte Damen und Herren, kann auch nicht sagen, ich zahle meine Steuer einen Monat oder fünf Monate oder sechs Monate später. Darum meine ich, ist das ein ganz ordentlicher Schritt gewesen, der mit Vernunft stattgefunden hat.

Und lassen Sie mich schon etwas sagen, wenn immer geschrieben oder diskutiert wird: „Ja, diese Bundesregierung, jetzt werden die Steuerzahler geschröpft!“ Wer hat dann das 13. Monat an Umsatzsteuer eingeführt? Wer war denn damals bitte Finanzminister? Wer hat denn die Vorauszahlungserhöhung erstmalig eingeführt?

Ich brauche das hier nicht wiederholen, wer hier letztendlich die Verantwortung für unser Land getragen hat.

Zur Steuerreform lassen Sie mich auch einige Worte sagen, verehrte Damen und Herren. Wenn wir es uns leisten können, dann bin ich auch dafür. Aber diese Mindereinnahmen dürfen nicht auf die Verpflichtung des Staates und des Landes irgendwelche Auswirkungen haben, denn letztendlich haben wir auch in der Vergangenheit das gesehen. Bei einer Steuerreform, die man sich nicht leisten kann, die Zinsen zahlen immer die nach-



herigen Budgets. Sie brauchen sich das nur anschauen. Darum meine ich, dass man hier sehr, sehr vorsichtig umgehen soll. Natürlich ist unsere Steuerquote sehr hoch – ich sage das auch ganz offen –, aber hier hat ja Bundeskanzler Schüssel sehr deutlich gesagt, dass eine Steuerquotensenkung nicht von heute auf morgen stattfinden kann, sondern dass die auf 40 Prozent gesenkt gehört, aber letztendlich in zwei oder drei Etappen. Das Etappenziel muss das Jahr 2010 sein. Er meint, zwischen 2003 und 2005 wäre so eine Möglichkeit und die zweite Etappe von 2007 bis 2009. Verehrte Damen und Herren, das sind 70 bis 80 Milliarden Schilling. Und wer heute die Presse verfolgt hat, der wird mir Recht geben, dass eine Steuerreform mit einer kleinen Entlastung im Jahr 2003 letztendlich in etwa 30 Milliarden Schilling schon verschlingen würde.

Ich darf Ihnen eine Stellungnahme eines ganz bekannten SPÖ-Politikers in Österreich sagen. „Stellungnahme zur Konsolidierung des Staatshaushaltes“ am 14. Juli beim Budgetreformgipfel, und zwar: „Ich unterschreibe dieses Ziel der Regierung, weil es vernünftig ist und kein Weg daran vorbeiführt!“ Das war der ehemalige SPÖ-Landeshauptmann aus dem Burgenland, Herr Karl Stix, der bestimmt ein Budgetexperte par excellence war und ist. (Abg. Kröpfel: „Danke für das Lob!“)

Ist er es nicht? Er ist in die Expertengruppe ja eingeladen gewesen.

Verehrte Damen und Herren, es wäre, glaube ich, wirklich vernünftig, wenn wir auch in diesem Haus einmal hergehen und uns ehrlich sagen, ja, das muss sein, das müssen wir angehen, das ist notwendig für unser Land. Und wenn ich etwas vom Bund gesagt habe, so ist es ja bekannt, dass wir in etwa über 14 Milliarden Schilling letztendlich vom Bund bekommen, dass unsere Ertragsanteile, die Bundesabgabenertragsanteile, so etwas ausmachen, und daher meine ich, ist es nicht egal, wie heute die Finanzen auf Bundesebene aussehen.

Geschätzte Damen und Herren, abschließend lassen Sie mich einen Dank aussprechen, und zwar an den Finanzlandesreferenten Herrn Dipl.-Ing. Paierl. Wir sind sehr froh, dass wir endlich einmal eine Budgetvollzugsmeldung bekommen – das war in der Vergangenheit nicht so – und daher erstmalig – und das ist sicherlich ein Novum für dieses Haus –, dass auch ein Nachtragsbudget gemacht wird, das, und das sage ich jetzt ganz offen, alle politischen Fraktionen hier in diesem Haus brauchen. Das ist nicht nur für die eine oder andere politische Gruppe, sondern für alle. Letztendlich halten wir mit dem Nachtragsbudget auch den Stabilitätspakt ein. Darum meine ich, dass das eine gute Sache ist.

Zum Zweiten, dem Landesrechnungsabschluss, der ja letztendlich ein Zahlenwerk der Vergangenheit ist, wir können – (Glockenzeichen des Präsidenten.) ich bin schon fertig, Herr Präsident – wir können hier keinen einzigen Groschen verrücken, meine ich, dass man ihm die Zustimmung gibt. Ich hoffe nur – und ich bin davon überzeugt –, dass die Abweichungen und die Ungenauigkeit für den Rechnungsabschluss 2001 bei weitem nicht in diesem Ausmaß passieren, sondern die Budgetdisziplin eingehalten wird. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.38 Uhr.)

**Präsident:** Bevor ich nun dem Abgeordneten Prattes das Wort erteile, hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek** (10.38 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Bei manchen Rednern kommt einem vor, dass sie gestern erst in den Landtag eingetreten sind, und nicht im Jahr 1994. Aber wenn Sie schon – und Sie alle von der ÖVP – die Geschichte so sehr bemühen, dann kann ich Ihnen aus zwei Generationen politischer Erfahrung etwas erzählen, was Sie vielleicht interessieren wird, meine Damen und Herren der ÖVP.

Wissen Sie, wann die letzten ausgeglichenen Haushalte in diesem Landtag beschlossen wurden? Zur Zeit des Altlandeshauptmannes Josef Krainer und meines Vaters. Wissen Sie, wie sich zu diesem Zeitpunkt Budgetverhandlungen abgespielt haben, wo man nach den Grundsätzen der Sparsamkeit tatsächlich gewirtschaftet hat? Sie haben sich so abgespielt, dass die Überschüsse bei den Budgetverhandlungen vom abgelaufenen Jahr in das nächste Jahr übertragen wurden und sozusagen in der Weihnachtsrunde in der Regierung beschlossen wurden.

Das waren noch tatsächlich Spargesinnungen, von denen wir ab dem Jahr 1970/71 nichts mehr gehört und nichts mehr gesehen haben. Und Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, haben von 1970 an, und 1971 ist Krainer gestorben, 1970 mein Vater, die absolute Mehrheit gehabt bis 1991 in diesem Land. Sie haben die absolute Mehrheit in der Regierung, die absolute Mehrheit im Landtag gehabt (Abg. Straßberger: „Wer war Finanzreferent?“) und haben in dieser Zeit bei einer Mehrheitsentscheidung, auch von Budgets, in der Regierung und im Landtag – Sie wissen nichts, Sie sind irgendwann einmal gekommen und haben sogar die Zeit von 1994 bis 2000 verschlafen! Also was wissen Sie von der Vergangenheit? (Beifall bei der SPÖ.) Die steirische ÖVP hat von 1970 bis 1991 in diesem Land mit absoluter Mehrheit in der Regierung und mit absoluter Mehrheit im Landtag die Schulden angehäuft, über die Sie heute reden. (Abg. Straßberger: „Sind Sie Finanzexperte?“) Finanzexperte? Da brauche ich kein Finanzexperte sein. Schauen Sie einmal nach! Eine Schuldenreduktion ist erst in dem Augenblick entstanden, als die ÖVP wieder ihre absolute Mehrheit verloren hat im Jahre 1991, Gott sei Dank. So schaut die Welt aus! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren von der ÖVP, es wäre recht gut auch für Sie, und nicht nur für manche Journalisten, wie das einmal ein Herr Bundeskanzler gesagt hat, dass Sie einmal ein bisschen Geschichte lernen. Sie stellen sich da her und erzählen uns irgend etwas über die letzten Jahre, die so verheerend waren. Schauen Sie sich den Rechnungsabschluss an. Ja, was hat denn Paierl gemacht? Das, was er immer macht. Alles, was möglich war, hat er in den Rechnungsabschluss bis an die obere Verschuldungsgrenze des

Jahres 2000 hineingerechnet, weil da angeblich noch Ressel zuständig war. Und Sie stellen sich in dem Haus da her und schimpfen über den alten Finanzreferenten, mit dem Sie über Jahre zusammengearbeitet haben und alle Beschlüsse gemeinsam gefasst haben, FPÖ und ÖVP. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Frau Landeshauptmann, die Frau Landesoberordensverleiherin verleiht gestern (Abg. Dr. Lopatka: „Ihnen muss es sehr schlecht gehen, wenn Sie zu so einer Wortwahl greifen!“) Sie gehen nach Wien und tun anzeigen, das ist das Einzige, was Sie können! (Abg. Dr. Lopatka: „Ihnen muss es sehr schlecht gehen, weil Sie so sachlich sind!“) Diese Frau Landeshauptmann beschließt gestern in der Landesregierung für den Landesrat Ressel das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern und Sie stellen sich hin und sagen, er hat keine Verdienste für das Land. (Abg. Dr. Lopatka: „Warum reden Sie so laut?“)

Ja, weil Sie nichts verstehen, deswegen muss ich ja laut reden. (Abg. Dr. Lopatka: „Deswegen haben wir ja Sie. Sie sind der Einzige, der alles versteht. Nur der Wähler hat Sie nicht verstanden!“) Herr Lopatka, wissen Sie etwas? (Abg. Dr. Lopatka: „Sie sind dreimal angetreten, Sie haben dreimal das schlechteste Ergebnis für die Sozialdemokratie in dem Land erreicht. Nehmen Sie das zur Kenntnis!“) Die schlechtesten Ergebnisse habt ihr 1991 und 1995 gehabt. (Präsident: „Meine Damen und Herren, am Wort ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek!“) Herr Präsident, das ist doch ausgesprochen eine interessante Diskussion, die da stattfindet. Das Wahlergebnis 1991 der ÖVP ist meines Wissens das schlechteste schon in der ganzen Republik gewesen. (Abg. Dr. Lopatka: „Das war 1949, Herr Professor!“) Das ist leider ein Irrtum. (Abg. Dr. Lopatka: „Aber jetzt bringe ich Ihnen die Daten!“) Das schlechteste Ergebnis der ÖVP war das Ergebnis 1991 und das allerschlechteste Ergebnis der ÖVP, das Katastrophenergebnis war 1995. Beide Male bin ich angetreten, liebe Grüße von mir an Sie. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie hatten auch das schlechteste Ergebnis!“) Dass Sie bis heute darunter leiden, dass wir neun Jahre in diesem Land etwas zu reden gehabt haben und dass wir den Mief, den ihr über das ganze Land gestreckt habt, einmal ausgelüftet haben, ja, das glaube ich, dass Sie das stört! (Beifall bei der SPÖ.)

Und Sie sind jetzt wieder dabei, diesen ÖVP-Mief durch das ganze Land zu verstreuen und diese Dunstglocke der ÖVP über dieses ganze Land zu legen. Und diese Wortmeldungen im Umgang mit ehemaligen Regierungsmitgliedern, denen Sie noch vor eineinhalb Jahren zugeklatscht haben bei den Budgets, mitgestimmt haben. (Abg. Straßberger: „Sie sind ein Oberlehrer!“) Sie haben bei Budgetverhandlungen mit dem Landesrat Ressel und bei seinen Budgetreden selbst mitgeklatscht, weil Sie mitbeschlossen haben. Aber Ihr Erinnerungsvermögen beschränkt sich halt offensichtlich auf heute Mitternacht.

Realität ist, meine Damen und Herren, auch der Jahresabschluss des Jahres 2000 – ich melde mich dann sowieso noch einmal, wenn der Kollege Paieryl geredet hat, dort wird es dann ja besonders interessant. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist eine gefährliche Drohung!“) Herr Lopatka, wissen Sie was? Jetzt denkt Ihre eigene Partei schon daran, Sie endlich nach Wien zu schicken. Sie fehlen mir dann wirklich, weil man braucht ja irgend – (Abg. Bittmann: „Das ist eine Zeitungssente. Machen Sie sich keine Sorgen um unseren Klubobmann!“ – Abg. Mag. Erlitz: „Aber er hätte es sich verdient!“) Die Sorgen mache ich mir bei Gott nicht. Ihr Klubobmann ist ohnedies schon dort, wo er hingehört, meine Damen und Herren, nämlich nach Wien verbannt. Das ist die übliche Methode der steirischen ÖVP, die Leute, die ihnen missliebig werden, nach Wien zu verbannen. (Abg. Bittmann: „Reden Sie jetzt zum Thema oder nicht?“) Ja, ja, Sie haben mich unterbrochen, da gebe ich Antwort drauf. Das ist so meine Art. (Abg. Bittmann: „Wir reden über 2000!“) Wir reden über 2000 und 2000 ist der Rückblick und das ist ja meine Wortmeldung. Die, die ich Ihnen gerade gegeben habe. Es wäre gut, wenn Sie sich ein bisschen daran erinnern würden.

Sie waren damals nicht im Landtag, Ihnen billige ich zu, dass Sie nichts wissen. (Abg. Bittmann: „Sie sind überheblich!“) Dass Sie nichts wissen, billige ich Ihnen zu, habe ich schon gesagt. Es gibt ja welche, die länger in dem Haus sind. (Abg. Bittmann: „Seien Sie nicht so überheblich!“) Das ist sowieso etwas, was Sie mir nachsagen, auch damit kann ich leben. (Abg. Kasic: „Zur Sache!“)

Ja, zur Sache. Zur Sache ÖVP würde ich sagen, es wäre gut, wenn Sie zur Sache kämen. Die 2000er Ziffern sind klarerweise von Paieryl so hergerichtet worden, dass alles das, was möglich war, noch dort hineingeschoben wurde, um an die Höchstgrenze der Verschuldung zu gehen, damit er angeblich für die Folgezeit bessere Ziffern liefert. Da kann jeder nachschauen, das ist nachvollziehbar, aber das ist nicht das Problem. Das wirkliche Problem ist, dass Sie in der Vorgangsweise der letzten Jahre und in der Beurteilung der letzten Jahre geflissentlich willens sind, alles zu vergessen, wofür Sie stehen, gestanden haben, mitbeschlossen haben. Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas, der Hauptakteur für alle Nachtragsbudgets, der alle diese verursacht hat, war der jetzige Finanzreferent, weil er ununterbrochen alles überschritten hat, was er je budgetiert gehabt hat. Und jede Frage war eine Frage der Katastrophe, Wirtschaftsansiedlungen, Sonstiges, und, und geht alles nicht. Und jetzt bedanken Sie sich herzlich bei ihm, dass das Budget in guten Händen ist. Zu diesem Teil, in welchen Händen das Budget ist – (Abg. Straßberger: „Schauen Sie 2001 an!“)

Ja, wir haben jetzt schon, Sie haben selbst das Stichwort geliefert. Ich danke Ihnen im Übrigen. Sie haben das Stichwort geliefert, Nachtragsbudget. Die SPÖ stimmt zu. Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, Ihnen allen von der ÖVP. Wir haben im März bereits hier im Hohen Haus gesagt, dieses Budget hält nicht, es wird zu einem Nachtragsbudget kommen. Noch am 4. Juli dieses Jahres gibt es die Erklärung von Paieryl, es gibt kein Nachtragsbudget und es wird keines geben. Nachzulesen! Wir haben damals schon gelacht, wir haben im März schon gelacht über den Zahlenfriedhof und über das Mogelbudget und jetzt kommt er mit einem Nachtragsbudget und jetzt wundert ihr euch, dass wir dem zustimmen. (Abg. Straßberger: „Wir wundern uns nicht!“) Na, selbstver-

ständig, das haben wir von Haus aus gesagt, meine Damen und Herren! Die Fehler werden beglichen, die gemacht wurden und was die Vorschau betrifft, nächstes Jahr ist sowieso Ende und ab 2003 und 2004 könnt ihr euren Laden zusperren, das ist sowieso alles unfinanzierbar.

Nur ein Wort. Die Verschiebung der Spitalsfinanzierung vom Jahr 2001 und 2002 auf 2003 und 2004, wo Sie jetzt je eine Milliarde einsetzen und dann 5 brauchen, Freunde, ihr werdet doch nicht im Ernst glauben, dass ihr das finanzieren könnt. Ihr seid am Ende. Ihr seid nächstes Jahr schon am Ende. Ihr braucht jetzt schon ein Nachtragsbudget. Nächstes Jahr bringt ihr gar nichts mehr zusammen und 2003 könnt ihr den Landtag auflösen. (Abg. Straßberger: „Machen Sie sich nicht lächerlich, Herr Professor!“) Danke vielmals! (Beifall bei der SPÖ. – 10.50 Uhr.)

**Präsident** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prattes** (10.50 Uhr): Herr Präsident, liebe Vertreter der Landesregierung, meine Damen und Herren des Hohen Landtages! Ich freue mich auch, dass das Zuschauerplenum so gefüllt ist, zeigen Sie doch Ihr Interesse an der Landespolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Rechnungsabschluss 2000 liegt nunmehr dem Landtag zur Beschlussfassung vor. Es ist dem Finanzreferenten zu diesem Ergebnis zu gratulieren. Um der Wahrheit aber die Ehre zu geben, müssten Sie eigentlich Ihrem Vorgänger, Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel, einen Dankeschön-Brief schreiben und ihm für die gute vorausschauende Budgeterstellung für das Jahr 2000 danken. Er hat nämlich die Voraussetzungen für dieses Ergebnis geschaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Allerdings – und das möchte ich doch sehr kritisch anmerken – wäre der Rechnungsabschluss 2000 noch wesentlich besser und nahezu ausgeglichen, wären Belastungen nicht von 2001 auf 2000 verschoben worden. Sie geben das ja auch in der Regierung offen zu, wo Sie dezidiert anführen, dass im Rechnungsabschluss 2000 alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, die geeignet sind, die Maastricht-Ergebnisse der Folgejahre zu entlasten. Das im Rechnungsabschluss 2000 dargestellte Maastricht-Defizit von rund 550 Millionen schöpft den laut altem Stabilitätspakt möglichen Defizitrahmen von rund 570 Millionen Schilling fast zur Gänze aus. Und mit dem Vorziehen von Verschuldung in das Rechnungsjahr 2000 wollen Sie sich offensichtlich einen Verschuldungsspielraum verschaffen, weil Sie schon jetzt wissen, dass Ihre Budgets 2001 und 2002 nicht halten werden.

Resümierend ist festzustellen, dass das Ergebnis zwar besser ist als der Voranschlag beziehungsweise vom Landtag zusätzlich genehmigt, doch vom Nulldefizit keine Spur. Im Gegenteil, die Schulden des Landes erhöhen sich um 900 Millionen auf 21,2 Milliarden Schilling.

Unter Ressel konnte der Finanzschuldenstand – ich werde heute bei einem anderen Tagesordnungspunkt nochmals darauf zu sprechen kommen – von 1995 bis 1999 von 21,7 auf 20,3 Milliarden Schilling gesenkt werden.

Zum Budgetvorschlag 2001 möchte ich ein Wort von Prof. Lehner, dem Wirtschafts- und Budgetexperten des Wirtschaftsforschungsinstitutes, verwenden und feststellen: Es lebe der Saldenfetischismus am Altar des Nulldefizits, welches alle maßgeblichen Wirtschaftsökonomen in Frage stellen. Dafür werden für unser Land und für unsere Menschen lebenswichtige Aufgaben und Vorhaben geopfert oder verschoben. Durch sinnloses Verschern von Landesvermögen werden lediglich Einmaleffekte erzielt, die (Abg. Straßberger: „Das glaubst du selber nicht!“) ausschließlich dazu dienen, in einem Kniefall vor Wien einen Maastricht-Überschuss von fast 3,122 Milliarden zu erzielen, wobei der im Stabilitätspakt fixierte Betrag um 203 Millionen verfehlt wird. Geld, meine sehr verehrten Damen und Herren, welches wir in der Steiermark dringend brauchen würden. (Beifall bei der SPÖ.)

Und weil immer wieder seitens der ÖVP und der FPÖ der Vorwurf kommt, „Ihr Roten habt uns ein Riesendefizit hinterlassen“, möchte ich wieder einmal die Entwicklung der Staatsschulden von 1970 bis 2000 für alle in Erinnerung rufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 13 Jahre SPÖ-Alleinregierung 300 Milliarden Schilling, drei Jahre FPÖ-Mitregierung plus 160 Milliarden und jetzt, 13 Jahre ÖVP-Mitregierung, plus 1200 Milliarden Schilling Anstieg der Staatsverschuldung. Das wollen Sie nicht hören, wie Sie solche Sachen überhaupt gerne vergessen. Aber, und ich sage Ihnen etwas, der Unterschied besteht darin, wir haben uns immer zur Verantwortung für dieses Land und auch zu diesen Schulden bekannt, denn es wurde kein Geld verschleudert oder vergraben, es ist etwas weitergegangen in unserem Land, es ist modern und europareif geworden. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Entwicklung bei den Schulden und der zielführende Abbau der Verbindlichkeiten in unserem Bundesland wird auch vom Bundesrechnungshof – wir werden es heute noch im Bericht aus dem Kontroll-Ausschuss hören – anerkannt. Auch hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, stehen wir zur Verantwortung. Es ist in diesem Land viel Gutes geschaffen und im gemeinsamen Bemühen erreicht worden.

Aber immer wieder wird von ÖVP und von FPÖ auf Versäumnisse des SPÖ-Finanzreferenten und auf die vorhandenen Schulden hingewiesen. Wir haben es eben von unserem Landeshauptmannstellvertreter gehört – ich frage Sie schon, wer stellt denn seit 1945 den Landeshauptmann? Ich kann – wir haben es heute gehört – auch darauf hinweisen, dass alle Budgetbeschlüsse einstimmig gefasst wurden. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP, haben Sie ja die Möglichkeit, sowohl in der Regierung allein und auch im Landtag mit der FPÖ Ihre Vorstellungen und Vorhaben umzusetzen.

Sie, Herr Landesrat, haben sich dank der Unterschrift der Frau Landeshauptmann zum Stabilitätspakt in die Geiselnhaft des Nulldefizits und der schwarz-blauen Bundesregierung begeben.

Auch hier möchte ich erwähnen – das muss man immer wieder sagen –, dass Landesrat Ressel auch bei einem roten Finanzminister (Abg. Straßberger: „Nichts erreicht!“) das FAG nicht unterschrieben, sondern im Gegenteil, berechnete Forderungen der Steiermark eingeklagt und vor Gericht hunderte Millionen Schilling für unser Land erkämpft hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Budgetvollzug, Herr Landesrat, das Budget 2001 hat nur sieben Monate gehalten, wobei Sie noch im Juli gesagt haben, Sie denken gar nicht daran, einen Nachtragsvoranschlag beziehungsweise ein Nachtragsbudget einzubringen. Wir wurden in unserer Argumentation voll bestätigt, dass dieses Mogelbudget nicht halten wird – leider muss ich sagen. (Abg. Straßberger: „Es ist kein Mogelbudget!“)

Und zur Feststellung des Kollegen Straßberger zum Budgetvollzug, den er eingemahnt hat, ist zu sagen, wir haben bis jetzt keinen Nachtragsvoranschlag gebraucht, das ist eine Premiere. Unter einem roten Finanzreferenten hat es keine Nachtragsvoranschläge gegeben. (Beifall bei der SPÖ.)

Was tut man jetzt? Mit Verkäufen von Beteiligungen, wie Hypo, Thermen, Lifte, Landesdruckerei und so weiter, und so weiter, Herr Landesrat, erzielen Sie lediglich Einmaleffekte. Ich frage Sie, was ist dann in den nächsten Jahren? (Abg. Wiedner: „Wer hat den Hypo-Verkauf beschlossen?“)

Ich fordere Sie wieder auf, Herr Landesrat, überdenken Sie den Verkauf der Landesanteile bei Thermen und Schiliften. Die aus den Zeitungen bekannt gewordenen zu erzielenden Erlöse sind meiner Meinung nach viel zu nieder angesetzt.

2,5 Milliarden Schilling wurden in diese gute touristische Infrastruktur hineingebaut. Jetzt werden sie mit 900 Millionen bis einer Milliarde bewertet. Das ist die Vernichtung und Verschleuderung öffentlicher Steuergelder zum Quadrat. (Beifall bei der SPÖ.)

Als Beispiel führe ich nur den Präbichl an. Sie wissen, ich bin Abgeordneter des Bezirkes Leoben. 1999 mit fast 160 Millionen Schilling, davon mit Beiträgen der Gemeinden aus dem Vordernberger Tal in der Höhe von 10 Millionen Schilling, dieses Liftprojekt errichtet, welches sich bereits nach kurzer Zeit, wie gesagt 1999, größtem Zuspruch erfreute. Dieser Lift soll jetzt – wie man aus der Zeitung entnimmt – um 32,2 Millionen verschertelt werden, wobei für das Land 23 Millionen Schilling abfallen sollen. Und überhaupt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte ein durchaus sehr positives Wort zur Ergebnisentwicklung der Landesholding sagen. Wenn man sich den Bericht zur Ergebnisentwicklung 2000 der Landesholding anschaut, dann sieht man eine durchaus positive Entwicklung. Natürlich gibt es Betriebe, die noch nicht so gut florieren, aber die Gesamtschau zeigt doch einen respektablen Bilanzgewinn. Eines fällt aber auch auf, nämlich die überaus hohen Abschreibungen. Bei den Seilbahnen betrugen sie fast 162 Millionen Schilling. Da mutet das Betriebsergebnis von minus 25,5 Millionen durchaus respektabel an, ich möchte sogar sagen, manches Mal kommt mir vor, dass ein Minusergebnis gewollt ist. Ich bin daher sehr froh, Herr Landesrat, dass Sie anstatt von Verkäufen die Abschöpfung einer Dividende überlegen. Sie unterstützen damit die Forderung meiner Fraktion, vom Verkauf der Landesanteile bei Thermen und Schibergen Abstand zu nehmen. Zum wiederholten Male möchte ich auch wieder feststellen, dass unsere Fraktion nicht grundsätzlich gegen die Hereinnahme von Partnern ist, die sowohl finanziell als auch vom Know-how her neue Synergien eröffnen. Mindestens 50 Prozent und ein Anteil sollten jedoch im Besitz des Landes bleiben. Herr Landesrat, eines sollte Ihnen auch zu denken geben. Ich spreche hier die LIG an, mit welcher Sie ja heuer noch Veräußerungserlöse in der Größenordnung einer Milliarde erzielen wollen. Es ist Ihnen sicher auch bekannt, dass Euro-Start vergangene Woche in Wien die BIG nach der Maastricht-Verträglichkeit geprüft hat. Und wenn man den Berichten aus Wien Glauben schenken darf, dieser Lösung äußerst skeptisch gegenübersteht. Es wurde von Euro-Start angekündigt, dass die Termine zur endgültigen Entscheidung, ob diese Lösung akzeptiert wird, sehr kurz, das heißt nur einige Wochen sein werden. Was machen Sie – frage ich Sie, Herr Landesrat –, wenn Euro-Start die BIG-Lösung nicht akzeptiert? Das heißt doch dann, dass Ihre LIG-Geschichte auch nicht geht. Dann fehlt Ihnen für den Maastricht-Überschuss eine Milliarde. Wie soll das gehen?

Mitbetroffen von diesem Null-Defizit-Wahn sind auch die Gemeinden unseres Landes. Nach dem Verlust der Getränkesteuer, die heuer entgegen den Beteuerungen nicht zwei Drittel des ursprünglichen Aufkommens, sondern lediglich rund 60 Prozent ausmacht, trifft unsere Gemeinden ab dem nächsten Jahr das geringe Aufkommen bei den Abgabenertragsanteilen auf Grund des Bevölkerungsrückganges. Zusätzlich ist ein Einbruch bei den Steuererträgen durch die drohende Rezession zu befürchten. Es stimmt schon bedenklich, dass die Steiermark bei der monatlichen Auflistung der Gemeindeertragsanteile fast das ganze Jahr über Schlusslicht im Ranking der österreichischen Bundesländer ist. Es wird auch besonders wichtig sein, den Gemeinden durch eine gründliche Überarbeitung der Bedarfszuweisungsrichtlinien bessere budgetäre Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Wir wissen ja, die öffentlichen Bauaufträge stagnieren, die Gemeinden Österreichs sorgen bekanntlich für fast 75 Prozent der öffentlichen Bauaufträge. Hier sehen wir, wie sich diese verfehlte Politik von Bund und Land auswirkt. Wir haben die höchste Steuerquote seit dem Zweiten Weltkrieg und dagegen die schlechteste Leistung der öffentlichen Hand dem Bürger gegenüber. Über die Schließungsorgie bei den öffentlichen Infrastruktureinrichtungen habe ich hier ja beim letzten Landtag gesprochen. Das Land folgt hier mit der unsozialen Rücknahme von Leistungen, die gerade jene Bevölkerung braucht, die es nicht so leicht hat. Aber wie gesagt, ich hoffe in Bezug auf den Unterausschuss auf konstruktive Verhandlungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich habe versucht, an einigen Beispielen aufzuzeigen, wie sehr Sie dieser Stabilitätspakt, Herr Landesrat, mit dem von niemand verlangten Nulldefizit knebelt. Hier tun Sie mir richtig Leid, denn Sie versuchen sicher Ihr Bestes, aus diesem Irrgarten herauszufinden. Wir stimmen dem Nachtragsbudget deshalb zu, weil wir in unserer Meinung bestätigt worden sind, dass dieses Budget nicht hält und alle unsere Vorbehalte und Voraussagen eingetroffen sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, versuchen wir es doch gemeinsam, diesen falschen Weg zu verlassen, der uns nur ins Abseits führt und nicht in eine gute Zukunft für unser Land und unsere Menschen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 11.06 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Lechner-Sonnek** (11.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben es beim Rechnungsabschluss 2000 mit dem letzten Budget der schwarz-roten Regierung zu tun, das von Landesrat Ressel erstellt wurde und es wurde heute schon einige Male erwähnt, auch mit den Stimmen der ÖVP beschlossen wurde. In dem Zusammenhang ist die Opferrolle, in die der Herr Kollege Straßberger die ÖVP bringen wollte, obsolet. Ich möchte es noch etwas aufstocken und Sie fragen, wie ist es möglich, dass Sie ein Budget, das Sie heute als ungeheuerlich ungenau erstellt bezeichnen, mitbeschlossen haben? (Beifall bei der SPÖ.)

Und weil wir schon so schön im Diskurs sind, Herr Kollege Straßberger, Sie haben angemerkt, dass es sehr traurig ist und sehr bedauerlich und für die Steiermark einen großen Nachteil darstellt, dass es so wenig baureife Infrastrukturprojekte gibt. Unser Text, Herr Kollege. Herr Kollege Hagenauer hat vor ein paar Monaten dezidiert angefragt, wie schaut es aus mit den Planungen im Infrastrukturbereich, speziell im Bereich Schiene? Unser Text, Herr Kollege, ich danke für Ihre argumentative Unterstützung. Es ist ein Versäumnis.

Wir haben es bei dem Rechnungsabschluss 2000 mit einem Abgang zu tun, der schon in der Budgetierung recht ordentlich war, und zwar 3 Milliarden 545 Millionen Schilling waren schon als Abgang geplant und auch das ist noch übertroffen worden um sage und schreibe 30 Prozent.

Man kann jetzt natürlich sagen, dass der Voranschlag nicht eingehalten wurde, kann bedeuten, dass das Budget schlecht erstellt war oder dass die Disziplin bei den Ausgaben sehr schlecht war. Ich möchte Ihr Augenmerk auf eine kleine Tatsache lenken, die in diesem Zusammenhang sehr relevant ist. Das Jahr 2000 war ein Wahljahr und das Jahr 2000 war das entscheidende Wahljahr für die Parteien, die hier im Landtag sitzen. Das merkt man diesem Rechnungsabschluss auch an.

Zur Beschuldigungsmaschinerie, die wir gerade vorhin erlebt haben, möchte ich anmerken, dass im Wahljahr 2000 beide Parteien recht gut damit gelebt haben und beide Parteien offensichtlich jeden Anlass hatten und auch sehr ambitioniert waren, das Geld mit beiden Händen auszugeben, was sich besonders deutlich zeigt, wenn man die Ausgaben im Bereich der Bedarfszuweisungen anschaut.

Vom Bund kommen für die Gemeinden der Steiermark eine Milliarde 390 Millionen Schilling, im Jahr 2000 wurden eine Milliarde 496 Millionen ausgegeben, das sind um 106 Millionen Schilling mehr.

Und das ist ein Bereich, der wurde dem Landesbudget entnommen und in einen Bereich getan, in dem demokratiepolitische Mittel nicht wirken. Diese Mittel werden weder vom Landtag beschlossen noch können sie vom Landtag kontrolliert werden, nach wie vor nicht. Und das alles um zu erzielen, das steht: „Diesen Gehsteig verdanken wir DDr. Schachner!“ „Diese Hauptplatzgestaltung verdanken wir der Landeshauptfrau Klasnic!“ Das ist ein hoher Preis, den die Steirerinnen und Steirer für etwas zahlen, was ich im besten Fall als Wahlwerbung bezeichnen kann.

Nicht mitgerechnet sind die Mittel, weil sie nicht ausgewiesen sind, die im Rahmen der Ressortverantwortungen für solche Aktivitäten, für Zeitungsinserate und Artikel, für Plakatwellen und andere Dinge ausgegeben worden sind.

Offensichtlich ist für Rot-Schwarz der Gewinn anderswo gelegen. Es ist darum gegangen, sich im Wahlkampf als Partei beliebt zu machen. Man muss aber klar und deutlich aussprechen, dass das ein Sich-beliebt-Machen auf Kosten des Landes war, dass es eigentlich um einen fahrlässigen Umgang mit Budgetmitteln geht, denn das Budget des Landes ist nicht für die Parteien und ihre Eigenwerbung da, sondern dafür, die Aufgaben des Landes zu erfüllen. (Beifall bei den Grünen.)

Das Defizit des Jahres 2000 ist natürlich die Grundlage für das Jahr 2001. Zusammen mit den ambitionierten Versprechungen, mit einem satten Budgetüberschuss schon im Jahr 2001 das Nulldefizit der Bundesregierung zu stützen, entsteht für die Steiermark eine Situation, die man mit Sicherheit als gefährlich bezeichnen kann und um die uns mit Sicherheit kein anderes Bundesland beneidet.

Die Unterlage, die wir bekommen haben zum Budgetvollzug 2001, führt gleich zu Beginn an, dass auf die Steiermark große finanzielle Probleme zukommen. Ich zitiere: „Für den Fall, dass unzulässigerweise die jährlichen Stabilitätsbeiträge nicht oder nicht in der vollen Höhe erbracht werden, werden Sanktionsbeiträge maximal bis zur Höhe der Differenz zwischen dem ermittelten Haushaltsergebnis und dem vereinbarten beziehungsweise zulässig verringerten Stabilitätsbeitrag zu entrichten sein!“ Das heißt, es ist die Rede von Sanktionsbeiträgen. Wir haben schon in der Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass diese Verhandlungen zum Nulldefizit im Rahmen des Stabilitätspaktes kein Verhandlungserfolg auf der Seite des Landes Steiermark waren, sondern eher einem Akt der öffentlichen Selbstfesselung entsprechen.

Das Resümee: Das Maastricht-Ziel wurde um 203 Millionen mit Stand Ende August verfehlt. Also wir befinden uns im laufenden Jahr. Das könnte im Ernstfall bedeuten, wenn es hier nicht zu einer Veränderung kommt, dass die Steiermark als Sanktionsbeitrag maximal 203 Millionen an den Bund zusätzlich abzuliefern hat.

Im Bericht zum Budgetvollzug werden vom Herrn Landesrat Maßnahmen, so genannte Maßnahmen zur Erreichung des Maastricht-Ergebnisses, angeführt: „Die Gründung der Landesimmobiliengesellschaft und die Veräußerungen der Liegenschaften.“ Richtig, das ist eine Maastricht-positive Tatsache, eine Aktion, die Maastricht-positiv ist, in Bezug auf das Ergebnis. Aber gleichzeitig muss man auch schauen, was das Ergebnis auf lange Sicht ist. Es wird sehr hohe Folgekosten geben und das ist keine Behauptung der Grünen, sondern das steht in einer Aussendung des Landespressedienstes. Ich zitiere: „Im Jahr 2002 werden 156 Millionen zusätzliche Kosten anfallen, und zwar für die Rückmietung der Gebäude, die jetzt verkauft werden an die Landesimmobiliengesellschaft. Und bis zum Jahr 2006 wird die Summe fast eine Milliarde Schilling betragen, die zusätzlich zu erwirtschaften ist.“

Eine völlige Leermeldung in meinen Augen ist die Aussage zur Wohnbauförderung. Da steht eigentlich nur da: „Die Situation ist zu verbessern!“ Das ist uns allen, denke ich, klar. Aber wie das geschehen kann, wird hier nicht angeführt.

Die Auflösung von Rücklagen, die hier auch als Möglichkeit gepriesen wird, ist ganz dezidiert Maastricht-schädlich. Man kann natürlich geteilter Meinung sein, ob das gescheit war, in den Maastricht-Kriterien etwas als schädlich zu beseitigen, wo man angespartes Geld auflöst. Tatsache ist, dass es so gerechnet wird und dem hat man sich zu stellen.

Das alles führt zum Nachtragsbudget, das heute auch noch dezidiert zu behandeln sein wird. Ich sehe es schon als eine qualitative Verbesserung an, dass es nicht wie bisher immer nur außerplanmäßige Ausgaben gibt, die man so im Nachhinein als Landtag zu beschließen hat, sondern dass ein Nachtragsbudget erstellt wird. Das will ich auch nicht verhehlen, das ist eine Verbesserung. Das sagt aber leider überhaupt nichts über den Inhalt des Nachtragsbudgets und seine Auswirkung aus.

Dieses Nachtragsbudget steigert den Maastricht-Verlust nach Maastricht-Kriterien auf 504 Millionen. Und auch hier möchte ich nur einen Satz zitieren, damit Sie sehen, was so die Visionen sind, was die Lösungsvorschläge sind beziehungsweise dass sie eigentlich nicht sichtbar werden. „Es wird zur Kenntnis genommen,“ – steht hier – „dass sich das Nachtragsbudget 2001 mit einem Betrag von 504 Millionen negativ auf das Maastricht-Ergebnis auswirkt, wobei ein Ausgleich durch diverse Maastricht-verbessernde Ausgabeneinsparungen und Mehreinnahmen“ – welche auch immer – „erfolgen wird und somit der ursprüngliche veranschlagte Maastricht-Überschuss erreicht werden kann.“ (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Tun Sie mir einen Gefallen, lesen Sie weiter!“) Das ist eine Nullmeldung. Das ist eine Aussage, wie, es wird schon gehen, aber es ist kein konkreter Hinweis darauf hier enthalten, welche Maßnahmen das sein können.

Abschließend muss man also feststellen, dass das Budget 2001 im Vollzug genauso wenig nachhaltig positiv wirkt wie das Budget 2000, über dessen Rechnungsabschluss wir heute zu beschließen haben. Das ist sichtbar im Vollzug bis Ende August und bildet sich ab im Nachtragsvoranschlag. Sie, Herr Landesrat Paierl, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, genauso wenig nachhaltig zu wirtschaften wie Ihr Vorgänger Landesrat Ressel. Es wird uns, wenn nicht einige Wunder geschehen, die Strafzahlung bescheren und es wird bewirken, dass das Land zwar einiges an Besitz abgebaut hat, um dieses Budget zu retten, dass aber in den nächsten Jahren mit Mehrkosten zu rechnen ist und das, wie ich vorher zitiert habe, bis zum Budget 2006 mit einer Milliarde. Ich zitierte den Landespressedienst.

Langfristig gesehen sind diese Aktionen als sehr kurzfristig gedacht anzusehen. Die Kasse aufzufüllen, indem man Besitz verkauft, das kann jeder. Und das ist ein Sanierungsversuch um einen sehr hohen Preis und damit in unseren Augen nicht verantwortungsvoll gehandelt. Darin können wir Grünen mit Sicherheit und beim besten Willen keine innovative, zeitgemäße und nachhaltige Budgetpolitik erkennen, im Gegenteil. Deshalb stimmen wir auch dem Rechnungsabschluss 2000 und dem Bericht über den Vollzug 2001 nicht zu. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 11.17 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wiedner** (11.17 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, sehr verehrte Damen und Herren!

Es freut mich, dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner heute im Haus ist. Heute gibt es aber keine Gratistherapiestunde wie das letzte Mal bei der Diskussion. (Abg. Mag. Erlitz: „Kannst du auch etwas Gescheites reden?“) Ich weiß nicht, was gescheit war, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter heute gesagt hat. Seid ihr heute die Verteidiger? Kann er sich heute nicht selbst verteidigen? (Abg. Stöhrmann: „Weder noch. Wir wollen etwas Gescheites hören!“)

Der Herr Kollege Prattes hat einen bemerkenswerten Satz gesagt. Er hat gesagt: „Ich bedanke mich beim Herrn Landesrat Ing. Ressel, der verantwortlich war für dieses Budget, für diese tollen Zahlen!“

Herr Kollege, wem ist zu danken bei einem Abgang von 5,8 Milliarden Schilling? Wem ist zu danken bei einem Abgang von 5,8 Milliarden Schilling, bei einer Erhöhung der Landesverschuldung um 900 Millionen Schilling auf eine Zahl von 21,2 Milliarden? Das ist momentan der Schuldenstand des Landes laut den letzten Zahlen

– 21,2 Milliarden. Und wenn wir davon ausgehen, dass wir in etwa 3 Prozent, irgendwo in diesem Rahmen, an Zinsen zahlen für unseren Schulden, heißt das, dass wir bei einer Milliarde Schilling mehr an Schulden 30 Millionen mehr an Zinsen zahlen.

Jetzt frage ich mich, Herr Kollege Prattes, wem ist dafür zu danken? (Abg. Schrittwieser: „Darüber reden wir noch!“) Über das redet man schon, wir können gleich darüber zu reden anfangen. Und auch eine zweite Aussage, es wurde immer alles einstimmig beschlossen. Dagegen verwehre ich mich bitte, du warst zwar noch nicht da die letzten fünf Jahre, aber den Budgets der letzten fünf Jahre, der alten Periode, haben wir nie zugestimmt. (Beifall bei der FPÖ.) Da haben wir nie zugestimmt, weil wir gewusst haben, was hier dahintersteckt. Wir haben das nicht einstimmig beschlossen. Das habt ihr beschlossen und ich möchte mich daher auch nicht einmischen in das Match, das hier ganz am Anfang gelaufen ist. Herr Landeshauptmannstellvertreter gegen die ÖVP-Fraktion, die ÖVP-Fraktion gegen den Herrn Landeshauptmannstellvertreter. Ihr beide tragt die Verantwortung für die Budgets der letzten fünf Jahre. (Abg. Prattes: „Wir übernehmen sie auch, das ist der Unterschied!“) Ihr tragt die Verantwortung für 21,2 Milliarden Schilling Schulden, ihr tragt die Verantwortung für 800 Millionen Schilling Zinsen im Jahr, die wir für diese Schulden zahlen. Und bitte sagt mir, was oder wem da zu danken ist. Mit 800 Millionen Schilling könnten wir in unserem Landesbudget sehr, sehr viel alle Jahre machen. (Abg. Prattes: „Mit 3,5 Milliarden, die wir nach Wien liefern, noch mehr!“) Es freut mich, Herr Kollege Prattes, dass du die Verantwortung dafür trägst. Du trägst auch die Verantwortung als Finanzreferent in deiner Gemeinde. (Abg. Prattes: „Nicht mehr!“)

Trägst du nicht mehr, ist vielleicht auch gut. Ich hoffe, Herr Kollege Prattes und ich hoffe auch für die ganze Fraktion der SPÖ, dass ihr euch beim Tragen dieser Verantwortung nicht überhebt, weil das ist eine Sache bitte, an der wir noch sehr schwer daran knabbern müssen.

Wir leben sicherlich nicht im Überfluss, weil es dann gekommen ist, hier im Lande Steiermark. Aber zu sagen, es wird den Armen alles weggenommen und der Bevölkerung geht es jetzt viel schlechter, weil es eine schwarz-blaue Zusammenarbeit gibt, bitte das stimmt auch nicht. (Abg. Mag. Erlitz: „Höchste Abgabenquote in Europa dank eures Finanzministers!“)

Das ist eine Unterstellung bitte. Dann, lieber Kollege, müssen wir darauf schauen, wer hat die letzten 30 Jahre im Bund die Zügel schleifen lassen, dass es zu diesem Bescheid, zu diesem Ergebnis jetzt gekommen ist bitte? Wir müssen jetzt den Saustall aufräumen, den andere hinterlassen haben bitte. (Beifall bei der FPÖ.) Ihr geht zwar her und sagt hier im Hause großartig, wir übernehmen die Verantwortung für dies und für jenes, dann übernehmt auch die Verantwortung für das, was ihr gemacht habt mit 2200 Milliarden Schilling Schulden im Land. 100 Milliarden zahlen wir im Bund jährlich zurück, 100 Milliarden bitte! (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „An Zinsen!“) An Zinsen, ja danke. Ein Siebentel des Budgets zahlen wir nur zurück dafür, was ihr angerichtet habt. (Abg. Stöhrmann: „Karl, glaubst du das wirklich alles selber, was du da sagst? Es klingt so unglaublich!“) Im Gegensatz zu eurem Beitrag ist das ganz richtig. Ich weiß nicht, wer die Rede des Kollegen Prattes vorgeschrieben hat, die er da vorgetragen hat, ich weiß nicht wo das hergekommen ist. (Abg. Prattes: „Meine Reden schreibe ich selber, da kannst du sicher sein!“ – Abg. Schrittwieser: „Wer hat denn deine geschrieben?“)

Ihr seid immer so aufgeregt, ich verstehe das nicht. (Abg. Gross: „Weil Sie so schreien, Herr Kollege!“) (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Karl, jedem Berufstätigen könnten wir 7000 Schilling im Monat mehr geben!“) Ich bedanke mich bei Herrn Landeshauptmannstellvertreter für das Stichwort. Ihr kennt ja auch diese Zahlen. 7000 Schilling könnte man jedem Berufstätigen im Monat mehr geben, wenn wir diese Schuldenlast nicht hätten, Freunde, 7000 Schilling im Monat mehr! Dafür tragt ihr die Verantwortung und im Lande bitte, tragt ihr beide die Verantwortung. Da braucht ihr gar kein Match hier spielen. Ich spiele keinen Schiedsrichter zwischen euch beiden, ihr habt die letzten fünf Jahre diese Budgets beschlossen, diesen Schuldenberg aufgebaut und ihr braucht euch jetzt gegenseitig nichts vorwerfen, ihr seid beide in einem Boot und schaut, dass ihr aus diesem Boot herauskommt. (Abg. Mag. Erlitz: „Karl, aber für das jetzige Schlamassel in Österreich seid schon ihr zuständig!“) Was für ein Schlamassel bitte? (Abg. Mag. Erlitz: „Na, entschuldige, die höchste Steuerbelastung!“) Für das Schlamassel, das ihr angerichtet habt, da sind wir nicht schuldig bitte.

Aber darf ich jetzt zu den zwei Tagesordnungspunkten kommen, zum Rechnungsabschluss ganz kurz und dann in weiterer Folge zum Stand des Budgetvollzuges. Kollege Straßberger hat in seiner unnachahmlichen seriösen – ein schweres Wort – Art (Abg. Prattes: „Bis man es herausbringt, gel?“) – ich habe es nicht vorgeschrieben, ich mache es selber. (Abg. Prattes: „Das kommt vom Auswendiglernen!“) – Art diese Zahlen und Fakten dargestellt. Seriös wie immer – ich kenne den Kollegen Straßberger – fast nicht mehr überbietbar. Ich möchte hier auch keine Zahlen und Fakten mehr bringen, sondern es geht hier im Endeffekt darum, dass ich schon gesagt habe, 5,8 Milliarden Schilling mehr an Defizit, 900 Millionen mehr an Schuldenlast, 30 Millionen mehr an Zinsendienst. Das ist kurz im Endeffekt die Konklusion aus dem Rechnungsabschluss 2000.

Zum Stand des Budgetvollzuges per 21. August 2001 – das ist ein Novum und dafür danke ich –, dass wir als Landtag erstmalig die Möglichkeit bekommen, in den Budgetvollzug Einblick zu nehmen. Das hat es bis dato ja auch nie gegeben. Das hat es ja nie gegeben! Wie oft – ich kann mich noch erinnern – German Vesko hier gestanden ist und gesagt hat, wir wollen einen Unterausschuss haben, einen Ausschuss haben, der zur Budgetbegleitung eingesetzt wird. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da waren wir froh, dass es keinen gegeben hat, denn er wollte von Bad Aussee eh nicht herunter kommen!“) Entschuldigung, Herr Landeshauptmannstellvertreter, tun Sie dem Herrn Präsidenten Vesko nichts unterstellen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich bin mit ihm in die Schule gegangen. Er war froh, dass

hier herunter nicht so viel los war!“) Das freut mich, dass ihr zwei in die Schule gegangen seid, ich hoffe, ihr habt bald einmal ein Klassentreffen, wo er euch das erklärt. Und ich sage und ich kenne den Präsidenten sehr gut, dass er das ehrlich gemeint hat und das war immer eine Forderung von uns, einen Ausschuss einzusetzen, dass es eine Budgetkontrolle gibt. Warum ihr das nicht haben wolltet, ist mir schon klar, weil der Herr Ing. Ressel dafür zuständig war und der nicht haben wollte, dass man ihm in die Zahlen und in das Zahlenwerk hineinblickt. (Abg. Mag. Erlitz: „Du, Karl, warum habt ihr denn dann den Vesko abgeschossen, wenn er so gut ist?“) Bleiben wir bei der Sache, wir reden jetzt über den Budgetvollzug. (Abg. Mag. Erlitz: „Nein, ich frage ja nur. Es ist eh eure Sache, warum habt ihr ihn abgeschossen?“) Wer hat denn wen abgeschossen? Wo hast du denn das wieder gelesen? Ich weiß nicht, in welcher Parteipostille du das wieder gelesen hast, hast du die rosa Blätter gelesen? Habt ihr in eurer Parteipostille, im rosa Blättchen, das geschrieben, oder was meinst du denn? Ich darf vielleicht jetzt eines sagen zu dieser Sache. Herr Präsident Vesko hat, ich glaube, wie Sie alle wissen, momentan schwere gesundheitliche Probleme, er hatte einen Aortariss und liegt momentan noch im Spital im Bad Aussee, was ich weiß und es geht ihm bei Gott nicht gut und ich möchte ihm hier auf diesem Wege alles Gute für seine Genesung wünschen! (Zweiter Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ich wünsche ihm alles Gute zur Genesung!“ – Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da sind wir alle mit dabei. Er ist ein alter Schulfreund von mir!“ – Allgemeiner Beifall.)

Also erstmalig gibt es diesen Bericht, dass wir wissen, wie es im Budgetvollzug ausschaut und es ist sicherlich nicht ein Bericht, dass wir jubeln müssen. 200 Millionen sind es in dem Bericht, wo wir die Maastricht-Vorgabe verfehlen werden um 500 Millionen, habe ich gelesen, werden wir es beim Nachtragsbudget verfehlen. Aber auch zum Nachtragsbudget ein paar Dinge. Jeder, der im Gemeinderat sitzt, weiß, dass die Gemeinde, wenn es Mehrausgaben gibt gegenüber dem Budget, ein Nachtragsbudget zu erstellen hat. Hat es im Land bis dato auch nie gegeben, außer- und überplanmäßige Ausgaben waren es im Großen und Ganzen, wo der Landtag nie die Möglichkeit hatte, mitzusprechen. Wir haben das immer bekrittelt, wir haben dem nie zugestimmt, weil hier der Landtag nur nachträglich informiert wurde, dass da und dort wieder weit über den Ansatz hinaus ausgegeben wurde. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege, der Michel hat in der Regierung schon zugestimmt, damit er alles gehabt hat!“) Sehr schön. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Der Michel Schmid – Sie wissen, dass ich den Michel schätze – der Michel hat in der Regierung immer gerne mitgestimmt, damit er alles gehabt hat und ihr habt dann aus strategischen Gründen im Landtag dort und da dagegen gestimmt. Das war die Realität!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie können natürlich jetzt vieles unterstellen, das hat mit strategischen Gründen überhaupt nichts zu tun, sondern wir haben gesagt, das kann nicht sein, wenn der Landtag die Budgethoheit hat – und der Landtag hat die Budgethoheit, auch wenn es manchmal nicht so aussieht –, dann kann man nicht am Landtag vorbei außer- und überplanmäßige Ausgaben beschließen und dann wird nur mitgeteilt und das war es bis dato.

Und jetzt wird erstmalig ein Nachtragsbudget vorgelegt und da kann man jetzt auch darüber diskutieren über die Zahl. Die meisten oder die größten Ausgaben sind eh für eure Bereiche vorgesehen. Ich sehe, ihr seid eh gut bedient worden bei der ganzen Sache.

Aber erstmalig wird es vorgelegt und der Landtag weiß zumindest, um was es geht bei dieser Sache, wenn man auch über die Inhalte diskutieren kann. Aber früher hat man nicht einmal diskutieren können über die Inhalte. Da wurde zur Kenntnis gebracht und der Ing. Ressel hat eine leicht süffisante Antwort gegeben im Ausschuss, wenn man sich getraut hat nachzufragen, um was es hier gegangen ist. Ich will gar nicht an diverse Finanz-Ausschuss-Sitzungen erinnern, die der Kollege Gennaro, der heute nicht da ist, geleitet hat. Na Prost Mahlzeit, das war ein demokratisches Vorgehen. Wir sind im Endeffekt eh einmal ausgezogen. Weil wenn man sich getraut hat etwas zu fragen, ist über einen drübergefahren worden. So war das früher, bitte, und das ist jetzt wenigstens nicht so und weg vom Tisch. Es ist erfreulich, dass wir endlich einmal die Zahlen bekommen.

Eines hat die Frau Kollegin Lechner-Sonnek angeschnitten, das muss ich unterstreichen, habe ich mir auch notiert, und zwar 2000 war ein Wahljahr. Da haben Sie vollkommen Recht, Frau Kollegin Sonnek, dass im Wahljahr halt die Zügel losgelassen werden, alles versprochen wird, was gut und teuer ist. Und das war 2000 halt leider so, dass hier dann dieses Budget so über den Rahmen hinaus ausgeweitet wurde, weil im Wahljahr kann man eben keinen Wunsch abschlagen und ÖVP und SPÖ haben ihre Freunde bestens bedient. Das ist sicherlich auch ein Problem, das wir hier sehen werden, zu allen anderen Dingen der Privatisierung und des Budgetvollzuges haben wir, glaube ich, noch einen Tagesordnungspunkt, auch über die Hypo. Sie haben es eh schon angekündigt. Ich werde mir auch erlauben, mich dort zu Wort zu melden und unsere Bedingungen für die Privatisierung zu formulieren. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich freue mich schon. Ich kann es nicht erwarten!“) Ich danke für das Zuhören! (Beifall bei der FPÖ. – 11.32 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich darf bitten, die Redezeit von zehn Minuten einzuhalten. Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

**Abg. Gross** (11.32 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist eigentlich spannend, diese Diskussion hier zu verfolgen und es ist interessant, wie sich im Laufe einer solchen Diskussion ganz bestimmte Verweigerungssymptome, vor allem im Hinblick auf das Erinnerungsvermögen, in immer stärkerem Maß durchsetzen.



Wir Sozialdemokraten haben im April – und man kann es nicht oft genug sagen – aufgezeigt, dass Herrn Landesrat Paierls Budget 2001 und 2002 eine Mogelpackung ist. Leistungen, die den Steiererinnen und Steirern vom Land vertraglich durch Gesetze zugesichert sind, wurden in diesen Budgets nicht aufgenommen. Ich möchte nur eines klarstellen, die Zeitungsmeldungen mit den Überschriften „Hauptnutznießer des erweiterten Budgets sei Soziallandesrat Kurt Flecker“ sind absoluter Nonsens, lieber Kollege Straßberger. (Abg. Straßberger: „Haben Sie gesehen, was da drinnen steht?“) Ein absoluter Nonsens. Von den 900 Millionen Schilling, die heute Nacht im Nachtragsbudget beschlossen werden sollen, sind rund 700 Millionen ausschließlich Nachbedeckungen von ÖVP- und FPÖ-Ressorts. Schauen Sie sich die Unterlage einmal genauer an, Herr Straßberger. Dem Soziallandesrat werden rund 200 Millionen nachbedeckt.

Wenn der Herr Kollege Straßberger sagt, jede kleine Gemeinde muss nachbudgetieren, wie es der Kollege Wiedner jetzt wiederholt hat, dann gebe ich euch Recht, dann gebe ich euch Recht, nur, da geht es um 3, 4 Millionen oder 9 Millionen, aber um keine 900 Millionen, die wir bereits im April angekündigt haben. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Straßberger: „Es geht um das Prinzip!“)

Der Herr Landesrat Paierl hat die Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages – einige von den Kolleginnen und Kollegen waren ja bei dieser Veranstaltung dabei – am Freitag bei der Verleihung des „Job-Oscars“ als seine Aufsichtsräte vorgestellt. Er hat nur eines bei dieser Veranstaltung nicht gesagt, dass die Aufsichtsräte der Sozialdemokratischen Partei seinem Budget die Zustimmung verweigert haben. Und das nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil wir schon bei der Budgeterstellung nachweislich in diesem Haus darauf hingewiesen haben, dass die Zahlen in seinem Budget mit der Realität zu den von unserem Landtag, von allen 56 Abgeordneten, die hier sitzen, beschlossenen Gesetzen keineswegs konform gehen, weil von uns beschlossene Gesetze in den Budgetansätzen einfach nicht aufgenommen worden sind, weil der Herr Finanzlandesrat die durch Gesetz beschlossenen korrekten Zahlen einfach ignoriert hat. Sei es im Bereich der Kinderbetreuung oder sei es auch im Bereich der Altenpflegeheime. Eigenartigerweise alles Bereiche, die für die sozial Schwächeren unserer Gesellschaft vorsorgen, für Menschen, die keine große, laute Lobby haben.

Hans Kaiser war auch bei dieser Veranstaltung am Freitag. Er hat bei der vorher zitierten Veranstaltung erwähnt, dass viele Zukunftsprobleme mit Geld allein nicht zu lösen sein werden. Da muss ich ihm Recht geben. Aber ohne Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne Geld werden sie sich potenzieren.

Was Sie uns vorgeschlagen haben in Ihrem Budget, Herr Landesrat Paierl – ich habe es auch bei der Budgetsitzung damals schon gesagt –, das ist wie im Bund ein fundamentaler Systemwechsel in der Steiermark. Ein fundamentaler Systemwechsel nicht weg von den so genannten Schulden und Schuldenmachern, wie hier immer behauptet wird, sondern weg vom Wohlfahrtsstaat, von der Solidargemeinschaft, hin zu einer Ellbogengemeinschaft.

Die Stärkeren – wie haben Sie, Herr Landesrat, es am Freitag formuliert? –, die Marathonläufer, die, die am Marathon im Rollstuhl teilnehmen können, die sind nur vereinzelt im Sozialbereich zu finden. Sie verkörpern aber nicht den Großteil der Menschen, die Sozial- und Behindertenhilfe in Anspruch nehmen müssen. Und es werden immer mehr, die sich mit allen damit verbundenen Hemmungen an die Caritas, an die Volkshilfe wenden müssen, weil sie aus dem System herausfallen. Mich wundert, dass jetzt nicht der Einwand vom Kindergeld der ÖVP und der FPÖ kommt. Das sind Menschen, die keinen Anspruch mehr auf Kindergeld haben und um die Familienhilfe, die ihr ja gestrichen habt, auch umfallen.

Darum hat unsere Fraktion heute den Antrag eingebracht, dass diese Familienbeihilfe wieder aufgenommen werden soll.

Das ist ein Systemwechsel, Herr Landesrat, den Sie da vorhaben, der ein Sparkurs der sozialen Kälte ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir werden das immer und überall aufzeigen, auch wenn es Ihnen nicht gefällt. Wir werden uns weiterhin für eine Politik des sozialen Ausgleichs einsetzen.

Herr Landesrat, Sie haben anlässlich der Budgeterstellung gesagt, dass man den Mut haben muss Regeln zu ändern. Jenen Menschen, die ohnehin sozial bereits an den Rändern unserer Gesellschaft stehen, noch Geld wegzunehmen, umzuschichten, wie es immer wieder heißt, das hat nichts mit Mut zu tun, sondern das ist politische Verantwortungslosigkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben Ihnen bereits bei der Budgeterstellung gesagt, dass Ihr Budget kein Sparbudget, sondern ein Umverteilungsbudget ist. Und ich bringe in Erinnerung – Sie sind mit heute beinahe genau ein Jahr im Amt –, durch die Belastungspakete der Bundesregierung wurden die Menschen langsam darauf aufmerksam, weil sie diese schwarz-blauen Belastungspakete zu spüren bekommen und langsam begreifen, wen diese Belastungspakete am meisten treffen. Die Menschen merken es auch in der Steiermark zunehmend.

Lieber Kollege Wiedner, lassen Sie die Menschen in Österreich und auch in der Steiermark selbst beurteilen, wie sie diese Situation sehen. (Abg. Wiedner: „Und Sie beurteilen auch!“)

Herr Landesrat Paierl, ich habe Ihnen bei der Budgeteinbringung im April gut zugehört. Sie haben damals behauptet, dass die neue Welt eine neue Finanz- und Budgetpolitik erzwingt, die weiß, was man will und klare Spielregeln hat. Sie haben uns diese Ihre Spielregeln inzwischen ausgiebig gezeigt. Wir haben in diesem Land ein dichtes soziales Netz geknüpft und dabei sehr viel soziales Feeling einfließen lassen. Es trägt die Handschrift sozialdemokratischer Politik und das versuchen Sie nun in ganz, ganz kurzer Zeit aufzuknöpfen. Wir werden das nicht zulassen. Das ist es eigentlich, was ich heute wieder kritisiere.

Ich denke an die KAGES-Finanzierung, wo wir von Anfang an gesagt haben, wie diese Finanzierung stattfinden hat. Wir hatten recht. Auf Grund dessen wie wir es aufgezeigt haben, hat Herr Landesrat Paierl auch reagiert und hat jetzt einen neuen Beschluss, der dem Land zugute kommt, aber in manchen Bereichen vielleicht Verteuerung bringt.

Meine Damen und Herren, Herr Landesrat Paierl, ich gebe sogar gerne zu, dass ich über das in der Landesregierung beschlossene und vom Landtag heute zum Beschluss vorgelegte Nachtragsbudget teilweise erleichtert bin, dass im Bereich Hauskrankenpflege und begleitende mobile Dienste, beim Landespflegegeld und bei den Kinderbetreuungseinrichtungen inklusive der Tagesmütter eine Nachbedeckung stattfindet. Ich möchte aber noch einmal festhalten, dass dies weder der Frau Landeshauptmann Klasnic im Bereich der mobilen Dienste, noch dem Soziallandesrat zugute kommt, sondern anspruchsberechtigten Steirerinnen und Steirern. Dieses Nachtragsbudget ist keine Leistung von Ihnen allein, Herr Landesrat Paierl, sondern das ist die von uns bereits im April verlangte Korrektur. (Beifall bei der SPÖ. – 11.41 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Koller. Ich erteile ihr das Wort und darf nochmals die Redezeit von zehn Minuten in Erinnerung bringen und freue mich darüber sagen zu können, dass das bisher bestens geklappt hat.

**Abg. Mag. Koller** (11.41 Uhr): Meine Damen und Herren!

Als im Vorjahr in den Landtag Eingezogene kann ich eigentlich in einem Satz schon sehr viel sagen, schlicht und einfach jedem seine Budgetpolitik. Der Rechnungsabschluss – und das möchte ich jetzt schon sehr betonen – ist unter Finanzlandesrat Ressel entstanden und er trägt dafür auch die Verantwortung und diese Verantwortung, die er da trägt, zeigt ein absolut unerfreuliches Bild. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist nicht beim Landesrat Ressel entstanden. Das hat der Herr Paierl gemacht!“)

Im ordentlichen Haushalt hat sich ein Abgang von rund 4,6 Milliarden ergeben, im außerordentlichen von 1,2 Milliarden. Wenn man jetzt die Budgetpolitik bezüglich Maastricht-Ergebnissen und Stabilitätsbeitrag in den letzten Jahren mit anderen Ländern vergleicht, sprich unseren Bundesländern, frage ich mich, warum so viel dazu beigetragen wurde, dass wir ja die rote Laterne innehaben. Vielleicht lag es ja an unserem roten Finanzreferenten. (Abg. Gross: „Du hast gerade früher gesagt, dass die ÖVP dabei war. Einmal so, einmal so!“)

Bereits 1998 waren die Bundesländer positiv bezüglich Maastricht-Ergebnissen unterwegs, aber unsere Steiermark natürlich nicht. Aber auch das war dem Finanzreferenten der SPÖ noch immer nicht genug. Mit 42 Millionen Schulden angefangen, erhöhte er 1999 auf 235 Millionen, im Jahr 2000 erwirtschaftete er ein negatives Maastricht-Ergebnis von rund 550 Millionen. Und jetzt, meine Damen und Herren, stellen Sie sich das einmal vor, wenn das laufend so weitergegangen wäre, hätten wir bei der Steigerungsstufe bald ein Beiblatt zum Schreiben für diverse Ziffernblätter benötigt. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber jetzt, Gott sei Dank, gehen die Uhren anders. Der neue Stabilitätspakt sieht für die Steiermark ein Maastricht-Ergebnis von rund 3 Milliarden vor und wir schaffen das, ohne den von Ihnen immer als Schreckgespenst in den Raum gestellten Sozialabbau zu betreiben. Wir sind uns unserer Verantwortung im Sozialbereich sehr wohl bewusst und wir halten ihn auch. Ich bin sogar überzeugt, dass wir vielleicht irgendwann einmal einen gemeinsamen Weg finden, dass auch Sie daran denken, Maastricht-konform zu bilanzieren. Auch im Zusammenhang mit dem Thema Schulden, sie stiegen in der alten Legislaturperiode laufend und konsequent in die Höhe. Der Kollege Prattes verwies jetzt auf die Staatsverschuldung, aber auch da darf ich einmal grundlegend sagen, dass sehr wohl immer in der roten Regierung das Desaster angefangen hat und für mich ist ein Mögelsbudget auch das, dass mit einer laufenden Schuldenpolitik eine künstliche Konjunktur in Ihren Augen hochgehalten wird und wir müssen das jetzt ausbessern, um die Sicherheit und auch den Sozialbereich absichern zu können in den nächsten Jahren. Auch in der Steiermark, es gab seit 1945 immer einen roten Finanzreferenten und er hat halt laufend diese Schuldenpolitik auch in der Steiermark gemacht. Soll ich jetzt diese Schuldenpolitik als Leistung ansehen oder als – wie soll ich sagen – als ein kurzfristiges Agieren, ohne auch nur entferntest an unsere Zukunft zu denken? Auch der Gesamtschuldenstand, der mit 21 Milliarden Schilling jetzt da liegt, so kann es bitte nicht weitergehen.

Aber jetzt gehen wir einen neuen Weg in eine neue Legislaturperiode mit unserem Finanzreferenten und jetzt gehen wir auch in die richtige Richtung. Mit Privatisierungen, LIG und anderen Maßnahmen sichern wir den Wirtschaftsstandort Steiermark und wir bauen diesen auch weiter aus.

Und ich bin auch überzeugt, dass wir die Erfüllung des Stabilitätspaktes sehr wohl einhalten.

Wenn ich jetzt noch kurz auf die Rücklagen eingehen darf. Auch diese wurden laufend verringert. Ein guter Finanzreferent, der für sein Budget Verantwortung zeigen würde, hätte viel früher oder wenigstens im Jahr 2000 gehandelt und diverse passende Vorschläge gebracht.

Es ist für uns der erste Rechnungsabschluss als neue Abgeordnete, aber dieses Rechenwerk mit diesen negativen Ergebnissen so leicht abzusegnen ist nicht ganz einfach und unser Landesfinanzreferent hat jetzt die ganzen Konsequenzen zu tragen. Er muss sich jetzt mit dem Erbe der Fehlbeträge auseinandersetzen. Eigentlich sollten wir alle gemeinsame Lösungen suchen, um diese finanzielle Situation in den Griff zu bekommen, und nicht, wie ja für mein Gefühl jetzt sehr stark praktiziert wird, die finanzielle Situation für diverse politische Grabenkämpfe von der SPÖ-Seite heraus zu missbrauchen.

Ich möchte aber noch kurz auf den Budgetvollzug eingehen, denn unter Herbert Paierl hat sich nicht nur das Budget ins Positive geändert, sondern es gibt jetzt auch einen Zwischenbericht über den Stand des Budgetvollzuges. Er hat die Forderung des Steiermärkischen Landtages wohl berücksichtigt, einen Bericht per 31. August vorzulegen. So ändern sich die Zeiten. Ich kann mich erinnern, als ich im Vorjahr in den Landtag eingezogen bin und Unterlagen bezüglich eines Budgetvollzuges für das vergangene Jahr haben wollte, stieß ich dabei auf einen allgemeinen Unwillen und man hat gesagt, wie stellst du dir das vor? Wir haben es x-mal gefordert, aber Landesrat Ressel hat es doch nie hergegeben. Nun, wer te Kolleginnen und Kollegen auch seitens der SPÖ, man sieht, es geht anders. Und gewissermaßen, unter uns gesagt, ist es für uns Abgeordnete nicht ein schönes Gefühl, dass die Budgethoheit des Landes ernst genommen wird und wir jetzt endlich einen Bericht vorliegen haben?

Nachdem wir jetzt die Unterlagen bekommen haben von den Abteilungen, sehen wir an dem Budgetvollzug, dass es gewisse Abweichungen gibt. Die Kollegin Lechner-Sonnek sieht natürlich alles nur komplett negativ, das passt in die ganze Tendenz, möglichst alles schlecht zu machen. Unser Landesrat zeigt eben Abweichungen an, aber er zeigt natürlich auch die Lösungsschritte an, die dazu erforderlich sind und das ist der richtige Weg für unseren Stabilitätspakt, für unser sicheres Budget. Ich bin auch überzeugt, dass unser Budget halten wird. Denn Sie wissen ja, die Steiermark soll auch verpflichtet sein und ist verpflichtet, diese Maastricht-Konvergenzkriterien einzuhalten.

Landesrat Paierl hat eine Erneuerung eingeführt, nämlich das Globalbudget für die einzelnen Ressorts. Das heißt, innerhalb der einzelnen Ressorts ist er selbstverständlich dafür, dass es Umschichtungen gibt, wenn sie sinnvoll begründet sind und notwendig sind, aber innerhalb des Budgets, und nicht außerhalb.

Als Anmerkung sei mir gestattet, dass das Geld eben eingeteilt werden muss. Und ich sehe so manchen sozialen Hilfeschrei nicht ein, welcher grauenhafter Sozialabbau da erfolgt, da verstehe ich die Rechenkunst der SPÖ-Kollegen nicht ganz.

Aber es mag halt auch eine gewisse Erinnerungslücke der Kollegin Gross vorhanden sein, denn der Soziallandesrat Flecker ist ein sehr großer Nutznießer dieser Umschichtung. Er muss halt innerhalb umschichten und Verantwortung übernehmen. Und allein für den Sozialbereich hat er rund 100 Millionen Schilling mehr dazu bekommen. (Abg. Gross: „Wenn 97 Prozent vertraglich vereinbarte Zusicherungen sind, wo soll er denn da umschichten?“) Wenn man die Arbeit ernst nimmt, kann man umschichten.

Abschließend sei mir noch ein Wort zum Nachtragsbudget gestattet. Es ist – und da hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter ein schlechtes Gedächtnis – bitte vereinbart. Zwar will man jetzt nichts mehr davon wissen. Es ist ein Unterschied, ob man von Budgetüberschreitungen redet oder von einem Nachtragsbudget. Ich nehme an, Sie kennen den Unterschied. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.50 Uhr.)

**Präsident** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.  
Herr Abgeordneter, zehn Minuten bitte.

**Abg. Schrittwieser** (11.51 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn ich mir die Debatte und die Diskussion heute so anhöre, dann habe ich das Gefühl, Sie handeln nach dem Motto: „Mein Name ist Hase und ich weiß von nichts!“, meine sehr verehrten Damen und Herren. Weil wie man die Vergangenheit so weglegen und verleugnen kann, wie ihr das macht, ist wirklich ein starkes Stück – aber das ist ja nicht das erste Mal in der Geschichte – ich muss sagen, das ist eine Vorgangsweise, dass ich mir nie gedacht hätte, dass es so etwas überhaupt geben kann.

Ich sage euch Folgendes, meine Damen und Herren: Zu Beginn der siebziger Jahre mit dem österreichischen Weg unter Kreisky, der gesagt hat, „ein paar Milliarden Staatsschulden sind mir lieber als hunderttausende Arbeitslose“, ist die ganze Welt nach Österreich gepilgert und hat nachgeschaut, wie denn dieser Weg möglich ist, um Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ältere Menschen zu machen. Und wir bekennen uns dazu, dass wir diese Politik gemacht haben, weil eines haben wir auch getan, meine Damen und Herren, wir haben nicht verweigert, wenn die Pensionisten – und es ist schade, dass nur mehr wenige hier sind –, aber wir haben nicht verweigert in unserer Zeit der Regierungsverantwortung, dass wir wenigstens den Pensionisten, die dieses Land aufgebaut haben, die viel unter Entbehrung geleistet haben, dass man ihnen wenigstens die Inflation abgelte, aber nicht 1,6 Prozent. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist ja nicht einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein. Ich würde mich schämen, wenn ich mit den älteren Menschen in diesem Land so umgehe. Wir stehen für das, meine Damen und Herren, nicht zur Verfügung.

Aber eines habt ihr vorgesehen im Budget: Ihr habt Studiengebühren eingeführt. Ihr habt Ambulanzgebühren eingeführt, dass jetzt viele Leute Angst haben, dass sie krank werden, weil sie diese nicht zahlen können. Die Jungen können nicht mehr studieren gehen – und die Zahlen an den Universitäten zeigen das. (Abg. Straßberger: „Zwei Drittel erhalten ein Stipendium!“) Die Frau Landeshauptmann hat gesagt, „Studiengebühren sind mit mir nicht zu machen!“ Heute haben wir sie sogar bei den Fachhochschulen.

Aber da seid ihr groß da, meine Damen und Herren, und wenn es dann zum Beispiel darum geht, Abfangjäger zu kaufen. 30 Milliarden Schilling!

Wisst ihr was? Bis ein Abfangjäger in Österreich aufgestiegen ist, sind alle Flieger, die jemals unser Bundesgebiet überqueren, wieder weg. (Abg. List: „Du hast keine Ahnung, Siegi!“) Wir wollen soziale Sicherheit und Ausgewogenheit statt Abfangjäger, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und davon werden wir uns nicht abbringen lassen. Wir wollen, dass unsere Jugend ein Privileg hat, meine Damen und Herren. Etwa das Privileg, dass der Zugang zur Bildung wieder frei wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn wir diese Mehrheitsverhältnisse im Land wieder geändert haben, dann wird es diesen freien Zugang der Bildung wieder geben, auch auf die Gefahr hin, dass wir die eine oder andere Million dafür aufnehmen müssen. Meine Damen und Herren, wir bekennen uns dazu. Wir haben kein Geld verschleudert. Wir haben kein Geld irgendwem zukommen lassen, wir haben es in die Zukunft investiert.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir die letzten Dinge bei euch anschau, wenn es darum geht jemandem Geld zukommen zu lassen, wir werden heute noch reden darüber, wenn Schlossbesitzer – und es tauchen immer die gleichen Leute und die gleichen Gesellschaften auf, die mit dem Land Verträge machen, wo man ihnen das Geld, das man vorne nicht hineinbringt, hinten hineinschiebt und wo man Verträge macht, wo man sogar ein Gesetz außer Kraft setzt, um das Geld dieser Gesellschaft oder diesen Personen zuzuschieben. Und wenn der Herr Landesrat Paierl sagt, jetzt verkaufen wir wieder ein Stück Energie, dann tauchen wieder die gleichen Personen auf. Wenn er sagt, da nehme ich jetzt einen Aufsichtsrat her, dem lass ich jetzt ein paar Millionen zukommen, sind es wieder die gleichen. Und wenn Schachner nicht gewesen wäre, hättet ihr den Deal durchgezogen. Ihr packelt ja, meine Damen und Herren, dass die Wände wackeln. Und für das stehen wir nicht zur Verfügung in diesem Land. (Beifall bei der SPÖ.)

FPÖ und ÖVP haben sich der Freunderlwirtschaft in dem Land verschrieben (Abg. Straßberger: „Da seid ihr nicht zu überbieten!“) und fahren drüber, nur weil die politischen Mehrheitsverhältnisse es zulassen, über die Interessen der Menschen und sogar über das Wichtigste, nämlich über die sozial Schwächsten. Die Reichen können sich eh helfen.

Aber bei dieser Freunderlwirtschaft und dem Packeln, Freunde, da stehen wir nicht zur Verfügung. (Beifall bei der SPÖ.)

Kollege Paierl, noch etwas dazu. Als es darum gegangen ist, für Gleichenberg private Investoren zu suchen, ist es wieder die gleiche Gesellschaft gewesen – ÖVP-nahe Persönlichkeiten. Jetzt halte ich denen ja gar nicht vor, dass sie das Packeln wollen und dass sie ein Geld verdienen wollen, aber dass ÖVP und FPÖ dafür zur Verfügung stehen, das ist die Sauerei in dem Land.

Weil in Gleichenberg hat der Herr Paierl gemeint, da haben wir eine Gesellschaft, die lassen wir das machen und die sollen das tun, weil es gibt eh keine anderen Interessenten. Als dann Schachner in der Regierung betont hat, dass es sehr wohl andere Interessenten gibt und dass das ausgeschrieben gehört und nicht auf dem Packelweg gemacht gehört, dann haben wir ausgeschrieben. Und heute gibt es neun Interessenten, die sagen, wir bauen Gleichenberg, um hier die Infrastruktur so auszubauen wie das erforderlich ist. Weil den Beginn da unten hat ebenfalls schon der Kollege Ressel gesetzt – das wisst ihr alle.

Daher meine ich, meine Damen und Herren, Geld ausborgen ermöglicht Investitionen. Warum geht denn der Herr Kollege Paierl heute her und verschleudert das gesamte Volksvermögen in dem Land? Wir haben 2,5 Milliarden Schilling, auch auf die Gefahr hin, die einen oder anderen Schulden zu machen, in die Infrastruktur der Steiermark gesteckt. Wir haben die Schiberge in Schladming in einen Zustand gebracht, dass es europaweit eines der besten Schigebiete ist. Wir haben heute eine Thermenlandschaft, wo am Wochenende oft um 9 Uhr schon zugesperrt wird, weil so viele Leute dort sind. Freunde, das kommt ja nicht von selber. Das ist ja Investition, das ist Weitblick, das ist Politik für die Zukunft! Aber Politik für die Zukunft ist nicht, wenn ihr jetzt hergeht und alles unter dem Preis verschleudert, meine Damen und Herren. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung, auch in Zukunft nicht! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage euch noch etwas dazu, meine Damen und Herren. (Abg. Wiedner: „Denk an die Zeit!“) Ich habe eine Uhr hier, brauchst keine Angst haben.

Dass ihr das nicht gerne hört, verstehen wir. Ich sage euch noch etwas dazu. Ihr werdet diese Politik, die ihr jetzt betreibt, diese Politik des Verschacherns, des Verschleuderns, des Privatisierungswahns irgendwann vor unserer Jugend verantworten müssen.

Der Kollege Paierl macht das ja deshalb und zieht Verkäufe sogar vor – da kommen wir heute noch hin, nämlich zur Hypo –, dass sein erstes Budget wenigstens hält. Es hat ja noch nie einen Landesfinanzreferenten gegeben, der nach sechs Monaten gesagt hat, jetzt muss ich eine Milliarde nachbessern. Entweder hat er es bewusst übersehen, um schön dazustehen, dann ist es auch ein Fehler, oder er hat wirklich geglaubt, was er gesagt hat – das haben wir nie geglaubt, ich denke, nicht einmal er selbst. Und, Freunde, was wird denn sein? Jetzt verschleudert ihr alles. Die Jugend wird in der Zukunft in dem Land nichts mehr besitzen. Und 2003 und 2004 werdet ihr die Steirerinnen und Steirer so belasten, dass ihr überhaupt kein Budget mehr erstellen könnt, weil ihr werdet kläglich dabei scheitern.

Wir wollen nicht die Politik, in der ausschließlich Leute die Zeche bezahlen, sondern wir wollen eine Politik, die sozial ausgewogen ist, die langfristig wirkt.

Es kommt noch etwas dazu. Nehmen wir die Krankenanstalten her. Es war noch nie da, dass der laufende Betrieb über Kredite der Krankenanstalten finanziert werden musste, weil das Land sagt, ich bin pleite und habe kein Geld. Dann schreibt man das noch in die Begleitgesetze hinein. Zuerst hat er gesagt, KAGES, nimm du das Geld auf. Dann haben sie gesagt, das kommt zu teuer, nimmt das Land es für die KAGES auf, aber zurückzahlen muss es das Land. Und wenn ein Finanzreferent bewusst hineinschreibt – und da bewundere ich eine gewisse Ehrlichkeit des Herrn Kollegen Paierl – und sagt, jetzt habe ich eine Milliarde drinnen, heuer müssen sie 3 Mil-

liarden Kredit aufnehmen, nächstes Jahr müssen sie auch 3 Milliarden Kredit aufnehmen und 2003 und 2004 muss ich 5 Milliarden einsetzen, weil ich muss das ja irgendwann zurückzahlen und er schreibt selbst hinein, ich weiß heute noch nicht, wie ich diese Kredite für die KAGES zurückzahle, meine Damen und Herren.

Ja, was ist denn dann? Bricht dann das Gesundheitswesen zusammen? Bricht das Gesundheitswesen zusammen, welches vom Kollegen Dörflinger in so einen hervorragenden Zustand gestellt wurde? Gott sei Dank haben wir dieses Gesundheitswesen. Und da ist auch Vorsorge zu treffen, dass die nötigen Mittel dafür zur Verfügung stehen. Aber ihr werdet alles verkauft haben und nichts mehr zur Verfügung haben, meine Damen und Herren. Und ich bin froh, weil meine Zeit ist zu Ende, nicht abgelaufen, ihr braucht keine Angst haben, da habt ihr jetzt gewartet darauf, meine Damen und Herren. Ich bin auch sehr dankbar, dass der Kollege Schachner, der Herr Landeshauptmann, euch heute Nachhilfeunterricht gegeben hat. Ihr habt ja wirklich gemeint, ihr könnt da, wenn die Leute hinten sitzen und wenn die Presse hinten sitzt, eine Märchenstunde veranstalten. Tatsache ist, dass ihr – Landeshauptmann Niederl und Landeshauptmann Krainer – die meisten Schulden in dem Land gemacht habt. Die letzten zehn Jahre, liebe Freunde, hat der Kollege Ressel ausgeglichene Budgets gehabt. Er hat auch dieses Budget, wo wir heute den Rechnungsabschluss beschließen werden, erstellt und es ist auch fast ausgeglichen. Und wenn der Rechnungsabschluss etwas höher ausfällt, dann ist es deshalb, weil der Kollege Paierl nämlich Schulden, die er 2001 erwartet aus Angst, dass es ihm alles zusammenhaut, in das Jahr 2000 transferiert, dass er heuer schöner dasteht und das ist eine Mogelpackung, dieses Budget, dieser Rechnungsabschluss, den er erstellt hat und für Mogelpackungen und für Politik gegen die Menschen stehen wir nicht zur Verfügung. Und ich bitte euch eine Kursänderung vorzunehmen.

Ich sage noch etwas, ein Wochenmagazin, das wir alle kennen, schreibt in dieser Woche: „Grasser feiert, wir zahlen!“ Wir sagen, Paierl will ein Nulldefizit, das ihm keiner anschafft, wir alle zahlen die Zeche. Unten steht noch „der Preis eures Erfolges“, da steht dann „Budget mit Tricks“, „höhere Steuern, neue Belastungen“ das gilt auch, meine Damen und Herren, für das Budget des Kollegen Paierl und daher können wir dieser Budgetpolitik nicht zustimmen. Wir werden dem Nachtragsbudget zustimmen, weil wir der Auffassung sind, diese Korrektur ist sowieso notwendig gewesen, weil ja nicht einmal Pflichtausgaben im ersten Budget abgedeckt worden sind. (Beifall bei der SPÖ. – 12.02 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort. Herr Abgeordneter, bitte zehn Minuten Redezeit sind vorgesehen.

**Abg. Hagenauer** (12.02 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Landesrat, geschätzte Zuhörer!

Ich möchte auf ein paar Punkte zusätzlich noch eingehen aus der Sicht der Grünen. Das Erste zu den Ausführungen der Kollegin von der ÖVP. Frau Kollegin, Sie haben gesagt, wir schaffen das Maastricht-Ziel. Sie haben aber vergessen dazuzusagen, wie. Jetzt denke ich, dass das in einer Landtagsdebatte zu einem solchen Tagesordnungspunkt durchaus am Platze wäre, ganz konkret zu sagen wie, und nicht Parolen abzugeben und zu sagen, wir schaffen das. Fest steht hier und heute, dass man ein negatives Maastricht-Ergebnis von 203 Millionen Schilling hat, dass samt dem heute zu beschließenden Budgetnachtrag 504 Millionen negatives Maastricht-Ergebnis am Tisch liegen. Und 500 Millionen Schilling sind kein Taschengeld, da muss man dann schon konkret sagen, wie. Zum Beispiel, indem man mehr Liegenschaften verkauft. Heute morgen, vor dieser Landtagssitzung, ist ein Stück abgesetzt worden, das den Verkauf von 22 Liegenschaften des Landes vorgesehen hat. Das gibt aus unserer Sicht schon einen Vorgeschmack auf das, wie man dieses Ziel jetzt erreichen will, nämlich mit mehr oder weniger panikartigen Liegenschaftsverkäufen zum Beispiel. Das gehört auf den Tisch, das gehört ausgesprochen.

Das Nächste, ich kann es mir nicht verkneifen, zur Verantwortungsethik der ÖVP in Sachen Budget eines Ihnen jetzt an dieser Stelle auch noch einmal in Erinnerung zu rufen. Das war die Äußerung vom Herrn Wohnbaulandesrat Hirschmann vor kurzem zu dem Thema Wohnbauförderung. Und wenn Sie sich erinnern, hat Herr Landesrat Hirschmann gesagt, „wir sind ja keine Volltrottel“ auf die Frage, wie denn die ÖVP dazu gekommen ist, in der letzten Periode die Wohnbauförderung Länge mal Breite mitzubeschließen. Und der Herr Landesrat Hirschmann hat das auch begründet, warum in der ÖVP keine Volltrottel sind, wie er sagt, nämlich dass er gesagt hat, alle anderen haben eine Ausweitung der Wohnbauförderung gefordert und wir sind ja keine Volltrottel, dass wir da nicht mitmachen, voilà. Was soll ich da noch hinzufügen? Da ist nichts mehr hinzuzufügen. Er hat ja auch nicht gesagt, dass er kein Volltrottel ist, sondern er hat gesagt wir, er hat Sie gemeint, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP.

Der nächste Punkt. Es ist schon angeschnitten worden, wenn ich auch im Detail und im Konkreten die Einschätzung des Kollegen Schrittwieser nicht in jedem Punkt teile, aber seit wann sind Schulden eine Todsünde und nur eine Todsünde? Jetzt bin ich nur ein kleiner Handelsakademie-Absolvent, aber ich wäre in der ersten Klasse nicht aufgestiegen, hätte ich so etwas jemals von mir gegeben, dass Schuldenmachen streng verboten ist. Das kann es nicht sein, das wissen wir auch alle. Es hängt, wie wir alle wissen, schon davon ab, wofür ich diese Schulden mache. Und es ist auch von Seiten des ÖVP-Hauptredners heute, vom Herrn Kollegen Straßberger, ja sogar, ich weiß nicht, ob mit Absicht, ich vermute ohne Absicht, zitiert worden, der Leiter des IHS, der gesagt hat, er warnt davor, dass im Infrastrukturbereich die Investitionen derartig brutal zurückgefahren werden. Eine Investition in den Infrastrukturbereich und das betrifft vor allem die Steiermark jetzt in dieser Situation, wo zum Beispiel im Automobilbereich enorme Ausweitungen passieren, wo wir auf große Probleme im Transportsektor,

im Logistiksektor zugehen, in so einer Situation in der Infrastruktur nicht Schulden zu machen ist eine Dummheit, eine wirtschaftspolitische Dummheit, weil selbst die öffentliche Hand als Investor natürlich diese Investitionen zurückbekommt. Das ist wie ein Unternehmer, der ein gutes Produkt hat und sagt, nein, ich investiere nichts, weil da müsste ich Schulden machen, ja dann ist er erst recht pleite. Die Folge ist, dass er in der Zukunft ja dann weniger Einnahmen hat. Ich muss mir also überlegen, wo spare ich ein, so banal das klingt und ich muss mir überlegen, wo mache ich meine Schulden. Aber ich kann nicht hergehen und das wie zu einem Dogma erheben und in einer fundamentalistischen Art und Weise und unlogischen Art und Weise jetzt nur mehr die Schulden als solche verteufeln, wie das bei Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, jetzt einfach durchkommt. Ich kann es Ihnen auch nachvollziehen, weil Sie haben einfach ein schlechtes Gewissen, wie eh schon x-mal gesagt worden ist, Sie haben das ja alles mitbeschlossen. Jedes Wort, mit dem Sie auf diese Entwicklung hinschimpfen, ist natürlich eine Beschimpfung Ihrer selbst, schlicht und ergreifend.

Anmerkung Nummer vier. Einen Vorschlag in der gebotenen Bescheidenheit von Seiten der Grünen, wo man in der Tat sparen könnte aus aktuellem Anlass ist das, dass man sich das Vergabewesen im Baubereich im Lande Steiermark genau vorknöpft. Wie Sie wissen, ist jetzt also kürzlich vom Obersten Gerichtshof rund um das steirische Baukartell abgeschlossen worden, die Urteile sind rechtsgültig und all diese Behauptungen, wo es gheißt hat, auch hier im Hause übrigens, es handle sich hier um die schiere parteipolitische Profilierungssucht der Grünen, sind jetzt dort beim OGH nachzulesen, wenn Sie es schon uns nicht haben glauben wollen. Das Zweite, schauen Sie sich an, was damals von der Frau Landeshauptfrau und auch von den Sozialdemokraten zu diesem Thema gesagt wurde, wenn man das genauer untersuchen wolle. Von beiden Parteien, die damals Regierungsverantwortung getragen haben, ist angekündigt worden, man wolle das Strafverfahren abwarten und man müsse in dieser Sache dann selbstverständlich etwas unternehmen.

Wir haben einen Antrag eingebracht, dass man einen Untersuchungs-Ausschuss einsetzt, der sich mit dieser Materie beschäftigt. 6 Milliarden Schilling gibt das Land Steiermark im Jahr aus allein für Bauaufträge.

In diesem Verfahren, das jetzt abgeschlossen wurde, hat sich gezeigt, dass Aufschläge von bis zu 30 Prozent durch Kartellabsprachen illegalerweise erfolgt sind. Sie können sich selber ausrechnen, um welche riesigen Summen es hier geht.

Die Anstrengungen des Landes im Verhältnis zu diesen Summen sind nicht angemessen, wenn ich das so bescheiden ausdrücken darf, sind nicht angemessen.

Noch zwei kurze Anmerkungen: Wissen Sie, wir werden heute später am Abend noch einen Landesrechnungshofbericht haben über die Landwirtschaftsschulen. Dort wird der Hauptkritikpunkt die hohe Quadratmetermiete der Landwirtschaftsschule sein – 69 Schilling. Die Landesimmobiliengesellschaft, die von meiner Kollegin, Frau Abgeordneter Lechner-Sonnek, schon angesprochen wurde, wissen Sie, was die vor hat zu kassieren? Für alle Berufsschulen, für alle Amtsgebäude 61 Schilling und bei Investitionen auch mehr. Ein eigenartiger Widerspruch, dass der Landesrechnungshof etwas als einen Skandal bezeichnet, was die Immobiliengesellschaft zur Norm erheben wird. Wir haben es auch heute beziehungsweise meine Kollegin hat es schon ausgeführt, kein Wunder, wir werden brennen wie die Luster, eben dann auf diese Art und Weise. Das ist dann diese Milliarde, die ja von irgendwoher wieder hereinkommen muss.

Noch eine Anmerkung, eine grundsätzliche jetzt, weil es auch schon angesprochen wurde, die politische Struktur in diesem Land, insbesondere im Jahr 2000, in dem Wahljahr.

Es ist schon so, dass nicht alle Investitionen, Herr Klubobmann Schrittwieser, etwa wenn ich an die Schilifte denke, deswegen volkswirtschaftlich wirklich der große Renner waren. Ich bin nicht der Meinung. Das wird auch in Landesrechnungshofberichten festgehalten. Zum Teil haben sich diese Investitionen konkurriert. Zum Teil hat das Land mit seinen Investitionen den anderen Konkurrenz gemacht und muss jetzt diese Investitionen zu einem Bruchteil dessen abstoßen, was es eigentlich an Geld wert ist, das da drinnen steckt. Das heißt, natürlich ist vor parteipolitischem Hintergrund hier investiert und zu viel Geld ausgegeben worden. Ein Teil dieser Lifte sind nur eines von vielen Beispielen.

Was will ich damit sagen? Ich spreche einmal das Reizwort Konzentrationsregierung an. Ich weiß, dass das die Kollegen und Kolleginnen von der Sozialdemokratie nicht so gerne hören. Es tut ihnen weh, ich kann das auch nachvollziehen. Auch mir tut es weh. Auch mir tut das weh, wenn ich auf der einen Seite sagen muss als Grüner, die Konzentrationsregierung in diesem Lande war in der Vergangenheit zweifellos – jetzt herrschen ja zum Teil ohnehin andere Sitten, durch die Verfassung nicht gedeckt, aber sie herrschen – auch Schuld an dieser Entwicklung. Man müsste da einfach etwas machen. (Glockenzeichen des Präsidenten.)

Ich würde, damit komme ich zum Abschluss, der ÖVP allerdings nur eines ins Stammbuch schreiben. Von den Grünen werden sie natürlich zumindest moralische Unterstützung für derartige Schritte, weg von der Konzentrationsregierung, bekommen können – und das wissen sie –, wenn sie mit dieser ihrer Regierungsmacht und mit dieser ihrer Regierungsverantwortung im Lande anders umgeht. Ich kann jemandem nur vertrauen und Macht in die Hand geben, wenn ich die Sicherheit habe, er ist auch in der Lage damit umzugehen und sie entsprechend einzusetzen. So wie Sie in diesen Tagen jetzt wieder etwa Ihre Dienstpostenrochaden im Lande durchgezogen haben, so wie Sie den Landesrechnungshofdirektorposten durchgezogen haben, so stellen wir uns das nicht vor, ein demokratiepolitisch sauberes Modell, wo auf der einen Seite die Regierung steht und auf der anderen Seite die Opposition. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 12.14 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl hat sich nun zu Wort gemeldet.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paierl** (12.14 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Ich gestehe, es war nicht leicht, jetzt über zwei Stunden der einen oder anderen Wortmeldung ohne sofortige Reaktion und Erwidern zuzuhören. Aber auf der anderen Seite, ich habe es hier gelernt, ausdauernd und auch ein bisschen leidendfähig zu sein. Ich werde mich bemühen, einerseits, wie es üblich und Brauch ist hier für die Debatten im Landtag, auf die Feststellungen, Behauptungen, Aussagen einzelner Debattenredner einzugehen und zum anderen auch meine eigene Position zusätzlich darzustellen.

Von der Regierungsbank meinte der Herr Landeshauptmannstellvertreter, Paierl habe für das Jahr 2000, für den vorliegenden Rechnungsabschluss, die Hauptverursachung für die Überschreitungen geliefert. Ich würde Sie bitten zur Überprüfung selbst die Regierungsvorlage und die Unterlagen anzuschauen. Ich darf Ihnen aus dieser Unterlage Folgendes verlesen: „Dass zusätzlich vom Steiermärkischen Landtag genehmigte Darlehensaufnahmen“ – und darum geht es, denn die sind dann nicht als interne Umschichtungen, wo man auch Bedeckungen angeboten hat, entscheidend – „in Höhe von 172 Millionen Schilling beschlossen wurden.“ Hier schon beschlossen wurden und werden jetzt auch im Rechnungsabschluss noch einmal zusammengefasst. Und davon – von diesen 172 Millionen – sind 9,3 Prozent, das heißt rund 16 Millionen Schilling, in meinem Ressort für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, unter anderem etwa für AT&S, hauptsächlich eigentlich für AT&S, überplanmäßig beansprucht worden. 16 Millionen, wie gesagt, das sind 9,3 Prozent von 172 Millionen Schilling.

Nur als Vergleich: Für die Betriebsabgangs-deckung sonstiger Krankenanstalten, Gemeinden und sonstiger Rechtsträger 52 Millionen zusätzlich. Das sind 30,3 Prozent. Nur so viel zu dieser Behauptung von der Regierungsbank.

Zweite Behauptung: Für 2000 im Rahmen dieses Rechnungsabschlusses hat Paierl entgegen der bisherigen Praxis alles hineingerechnet was gut und böse ist. Ich lese Ihnen hier – weil diese Behauptung ist ja nicht neu, die gab es ja schon immer – die Stellungnahme des Vorstandes der Rechtsabteilung 10 vor. Ich zitiere wörtlich: „Der Rechnungsabschluss 2000 wurde von der Landesfinanzabteilung nach den absolut gleichen Grundsätzen erstellt wie in den Vorjahren!“ Zitat Ende!

Ich bitte nur um eines, meine Damen und Herren von der SPÖ, behandeln Sie wenigstens den Hofrat Wurm fair. Ich beanspruche das ohnedies nicht von Ihrer Seite.

Drittens, die dritte Behauptung, die hat sich ja dann eigentlich auch bei den übrigen Debattenrednern der SPÖ-Seite, wie Prattes, aber auch Gross und Schrittwieser, fortgesetzt, das Nachtragsbudget 2001 ist eine Mogelpackung, kennen wir diese Argumente, schon im Juni wurde von mir angekündigt, es gibt das nicht, und jetzt ist der Beweis da, es hält nicht und das hat man ja immer schon gesagt.

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie hier Verwirrung stiften wollen – es sind leider die Damen und Herren Zuschauer nicht mehr da, Medienvertreter, ich bin jetzt auf Sie angewiesen, dass das auch wiederum richtig kommuniziert wird – ich stehe dazu, dass es ein langjähriger Wunsch – und das kenne ich schon aus der Zeit, als ich noch Berater im Landtag war, in den Ausschüssen und im Klub – des Hauses, der verschiedensten Abgeordneten ist. Und ich sage dazu, nicht jetzt irgendwo fraktionslastig, sondern aller Abgeordneten. Es hat auch in meinem Klub immer wieder Debattenredner gegeben, die gesagt haben, es ist eigentlich unfair und eines Landtages nicht würdig, dass man überplanmäßige, außerplanmäßige Ausgabenverschiebungen größeren Stils erst nachträglich ins Haus bringt. Das ist in den Gemeinderäten nicht üblich, das ist auf nationaler Ebene im Parlament in Wien nicht üblich, wieso tut das der Steiermärkische Landtag? Ich will jetzt nicht ausführen, was die jeweiligen Ressortverantwortlichen – ich kenne das noch aus der Klausur-Zeit – dazu gesagt haben, wie man hier verfahren ist.

Ich habe das auch als eine neue Qualität einer neuen Budget- und Finanzpolitik im Land Steiermark empfunden und empfinde es noch immer so, trotz Ihrer Versuche, das Nachtragsbudget als, jetzt rein semantisch, Korrektur herzunehmen, die dazu führt, dass jetzt plötzlich das alte Budget oder dass das beschlossene Budget vom April nicht mehr hält. Es ist nicht so! Das Budget des April für 2001 und 2002, das Sie beschlossen haben, hält, wenn nicht etwas Außergewöhnliches passiert, was niemand weiß, auch ich nicht. Es wird halten, meine Damen und Herren! Freuen Sie sich darüber! (Beifall bei der ÖVP.) Und das hätte ich gerne den Senioren auch mitgegeben.

Und das tut schon ein bisschen weh, von Menschen oder von Mitgliedern der Regierung auch des Hauses zu erfahren, von denen ich weiß, dass sie es wissen, dass sie es besser wissen, dass sie es exakt wissen, dass sie es auch wissenschaftlich faktisch abdecken können. Aber Sie setzen eigentlich dieses Wissen ein, um ganz bewusst zu verunsichern, demagogisch zu wirken. Das ist nicht fair, wie gesagt und es geht dabei vor allem nicht um mich, ich bin diesbezüglich durchaus robust und gelassen, aber es geht hier tatsächlich um die Menschen, die plötzlich ein Szenario vorgespielt bekommen, das nicht stimmt.

Ich wiederhole deswegen zum x-ten Male, meine Damen und Herren, auch für Sie hier im Hohen Haus, erstens es gibt keine zusätzlichen Schulden, wie wir sie noch im Jahr 2000 machen mussten – das Resultat kennen Sie vom Rechnungsabschluss – und damit auch keine Belastungen für zukünftige Budgets. Ich habe Ihnen in meiner Einbegleitungsrede zum Budget gesagt, Schulden machen ist nicht Politik, intelligent wirtschaften ist Politik und ich bekenne mich zur Politik.

Zweitens, wir sind nicht mehr Letzter, schauen Sie sich die Tabelle an, die nicht ich erstellt habe, sondern die vom Finanzministerium und die von der Verbindungsstelle der Bundesländer kommt, eine neutrale Institution, die nicht irgendwo von einer Partei vereinnahmt werden kann. Schauen Sie sich die Rankings an. Wir waren

bis einschließlich 2000 Letzter und sind ab 2001 mit viel Mühe, mit viel Anstrengung, natürlich auch mit der einen oder anderen Technik, wie die anderen auch im Übrigen, sind wir dort, wo wir hingehören, wir sind Vierter! (Beifall bei der ÖVP.) Und ich danke Ihnen dafür.

Ich meine auch nochmals zum Nachtragsbudget, dass es für Sie besser ist, wenn hier so wie heute debattiert wird, wenn Sie heute dann erstens auch einen Bericht kriegen über den Vollzug und zweitens und da möchte ich schon vor allem an die Grünen Kollegen und ich habe ja der Frau Lechner-Sonnek x-mal angeboten zu ihr in den Klub zu kommen, im Übrigen auch dem Klubobmann der SPÖ, dem Siegi Schrittwieser, ich habe ihm das auch schriftlich gegeben – du hast es auch schriftlich gekriegt – Hofrat Wurm und ich, wir kommen jederzeit in jeden Klub und präsentieren Ihnen die Fakten. Wenn Sie das nicht hören wollen oder wenn Sie auf Ihrer polemischen Tour bleiben wollen, auf der demagogischen Tour bleiben wollen, ist das Ihre Sache. Ich kann Sie nicht davon abbringen. Wenn Sie weiter fortfahren, den Journalisten Montag für Montag und sonst auch hier heute Unwahrheiten zu sagen, ich kann Sie nicht hindern daran. Ich werde nicht davon abgehen zu versuchen, bei der Sache zu bleiben und Verantwortung für die Menschen dieses Landes, aber vor allem für die Zukunft zu agieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil die Frau Kollegin Lechner-Sonnek als Klubobfrau der Grünen gesagt hat, das Maastricht-Ziel – und sie zitiert dann aus dem Bericht, aber nicht vollständig natürlich – wird verfehlt. Und, Kollege Hagenauer – Peter, du berufst dich auf deine HAK, ich weiß, dass du mehr als HAK gemacht hast und ich schätze dich deswegen auch, wie du weißt – aber ich bitte dich auch, lies weiter, lies weiter! Dort heißt es, wenn es zu keinen Maßnahmen kommt und wenn man die Wünsche der einzelnen Ressorts berücksichtigen würde und denen folgen würde, dann hätten wir diese zusätzlichen Maastricht-Defizite und Sie konstruieren gleich eine Strafzahlung der Steiermark. Also bitte, bleiben Sie seriös!

Sie haben ja heute auch schon das Nachtragsbudget und das sehen Sie ja, dass kein Schilling mehr ausgegeben als eingenommen wird. Wir partizipieren auch von den Mehreinnahmen des Bundes, wir sind ja im Finanzausgleich, die Länder und Gemeinden im Übrigen auch. Und natürlich werden wir die Wünsche, die hier gekommen sind – im Übrigen, Frau Gross, der Kurt Flecker braucht am meisten, das habe ich nie bestritten, er braucht am meisten – (Abg. Gross: „Weil wir es beschlossen haben, Herr Landesrat, alle Abgeordneten, wir alle 56 Abgeordneten!“) Er wird Ihnen auch gesagt haben, wie er mir gesagt hat, er hat plötzlich in seinem Ressort während des Jahres, wie wir dann die Vereinbarung abgeschlossen haben, 140, 150 Millionen zusätzliche Einnahmen gefunden. Das war schon auch ein Signal, dass es einmal wichtig ist, in diesem Bereich für Ordnung zu sorgen beziehungsweise dort zu schauen, wo man da oder dort sparsamer mit den Mitteln umgehen will. Und noch einmal, auch wenn Sie das Gegenteil behaupten und hier von der sozialen Kälte sprechen, es gibt nirgendwo mehr Mittel, von der Mittelseite her, vom Steuerzahler her, vom Etat her als es im Sozialressort gibt. Es gibt nirgendwo mehr Mittel, dort gibt es die größte Ausgabenausweitung, aber nicht 20 Prozent, sondern eben nur 15 Prozent. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei der ÖVP.) Und wissen Sie und das habe ich bei der sehr schönen und von mir auch unterstützten, wie Sie wissen, von meinem Ressort unterstützten „Job-Oscar“-Geschichte, die Sie auch nicht sehr fair versucht haben hier umzudrehen und meine Worte von dort zu verdrehen und aus dem Zusammenhang zu reißen. (Abg. Gross: „Ich habe nichts umgedreht, ich habe nur gesagt, was Sie dort gesagt haben!“) Die Menschen dort haben mich verstanden. Ich habe gar kein Problem gehabt. Ich sage Ihnen hier noch einmal, was ich dort gesagt habe. Es ist zynisch und unverantwortlich, dass wir unfinanzierbare Verhältnisse schaffen, nicht mehr Finanzierbares. Das ist dasjenige, worauf wir hinausgelaufen wären. Und hier muss man im Sinne des Sozial- und Wohlfahrtsstaates, damit wir für die Ärmsten der Armen etwas haben, entsprechend verantwortliche Budgets machen und nicht den von Ihnen immer wieder hervorgeholten Sparkurs der sozialen Kälte. Es ist sozial kalt, wenn Sie nicht mehr finanzieren können. Das ist der Punkt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gross: „Können oder wollen, Herr Landesrat?“)

Zu Schrittwieser und seinen dumpfen Andeutungen und wie gesagt staccato verschleudern, Mogelpackung und so, sage ich lieber nichts.

Zum Teil nicht kapierten wollen oder nicht kapiert, kann ich nur dazusagen. Siegi, ich habe es angeboten, ich komme gerne und ich habe da gar kein Problem, über die eine oder andere Schwäche dieser neuen Finanzierungsmethoden zu sprechen.

Und da komme ich am Schluss zu Hagenauer, weil das verstehe ich nicht. Wir tun das ja, was du forderst. Wir geben auf der einen Seite im Bereich der Konsumausgaben, also das, was wir verbrauchen im Jahr, nicht mehr aus als wir einnehmen. Das wäre unverantwortlich zum Beispiel für das Personal, für diese und jene Geschichten mehr auszugeben als wir einnehmen, als wir haben. Zum anderen schichten wir aus dem Vermögen des Landes um und das ist Verscherbeln. Und das ist dasjenige, im Übrigen ist es heute nie gefallen, aber mir gefällt es ja, wo ich den Kapfenberger Bürgermeister in einem Gespräch im Frühjahr dieses Jahres im Zusammenhang mit der Finanzierung der Fachhochschulen, des Campus, weil er hat dort einen Vertrag mit dem Land, dazu ermutigt habe – und das war überhaupt kein Problem, das ist kein Problem, hier umzuschichten – und wir werden es heute noch kriegen und es gibt ja auch schon Vorwarnungen, was da alles noch passieren wird. Die Hypo ist so eine Geschichte. Wir verbrauchen das nicht, sondern wir setzen es ein für einen Zukunftsfonds. Da wird von Notverkauf, die schlimmsten Attribute und die schlimmsten Worte, die man sich nur vorstellen kann aus einem Gruselkabinett werden hier dargestellt. Bitte denken Sie einmal nach und Peter, vor allem du, da wird aus dem Vermögen umgeschichtet und da wird zum Teil auch verschuldet. Die LiG ist so eine Geschichte, wo wir automatisch damit auch Bauimpulse und Infrastrukturimpulse setzen. Wir werden gemeinsam mit dem Landeshauptmannstellvertreter Schögggl auch im Bereich dringend notwendiger Straßenbaumaßnahmen solche Vorhaben finanzieren. Da gehen wir diesen intelligenten Weg einer zukunftsorientierten Finanzierung, wo ich ja



auch so rechnen, betriebswirtschaftlich gesehen, dass ich ja das nicht heute schnell zahlen muss, natürlich mit den Zinskosten, aber die habe ich ja sowieso. Wenn ich Schulden mache, habe ich auch Zinsen. (Abg. Lechner-Sonnek: „Aber keine Miet- und Pachtkosten!“) Schauen Sie, Sie selbst sind Geschäftsführerin oder waren Geschäftsführerin von einer Gesellschaft und Sie wissen, was da alles hineingerechnet werden muss bei der Chance B. Ich würde Sie bitten, erinnern Sie sich an das. Tun Sie nicht immer, nur weil Sie hier eine Politstrategie verfolgen und eine so krampfhaft Oppositionslinie beibehalten müssen, einfach nicht richtig zitieren, gar nicht lesen, oder Sie lesen es doch, aber bitte sehr.

In diesem Sinne komme ich zu einem für mich immer wieder natürlich versöhnlichen Schluss, aber muss schon eines sagen, ich lese gerade Egon Matzners neues Buch, eine Analyse über die vergeudete Republik und wie sie wieder gegründet werden könnte. Diese spannende Lektüre kann ich wirklich jedem, nicht nur von der SPÖ-Seite, weil er einer der letzten übriggebliebenen SPÖ-Intellektuellen ist, empfehlen, sondern auch anderen Gruppierungen.

Er schreibt hier: „Die SPÖ steht zurzeit ohne programmatische Grundlage da!“ Es ist im Übrigen eine Neuerscheinung, also es kommt nicht aus den letzten Jahrzehnten, sondern es ist taufrisch. (Landesrat Dr. Flecker: „Hast du dir das herauschreiben müssen, weil du die Seite nicht gefunden hast?“) Das ist immer dann das letzte Instrument des Kurt Flecker. (Landesrat Dr. Flecker: „Es fällt so auf, weil du sagst, du liest das Buch und dann müssen sie es dir herauschreiben!“) Wenn er im Eck ist, wird er nur mehr persönlich.

„Ihr 1998 beschlossenes Grundsatzprogramm ist bar jeder gesellschaftstheoretischen Substanz!“ – Erstes Zitat.

Zweites Zitat: „Die SPÖ müsste erklären, auf dem Weg der Besserung, warum Firmen, die sich in ihrem Eigentum befanden, heute nicht mehr existieren!“

Drittes Zitat: „Drei Festungen der SPÖ-Gemeinwirtschaft sind durch die selbstzerstörerische Rekrutierungspolitik verloren gegangen – die verstaatlichte Industrie, der Konsum Österreich, die Z und die Wiener Städtische!“

Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Danke sehr! (Beifal bei der ÖVP. – 12.31 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek** (12.31 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Paierl hat zwei Namen genannt. Beide Persönlichkeiten sind mir über Jahrzehnte – es ist kein Zufall – bekannt.

Der erste Name, der gefallen ist und dem wir sozusagen Tribut zollen sollen in Bezug auf sein Wissen und Können, ist der Hofrat Wurm. Wir haben es ein bisschen seltsam gefunden, dass der FPÖ-Landtagsklub als Auskunftsperson Hofrat Wurm zur Verfügung gestellt bekommt und Sie waren keineswegs dort mit dabei. Beim SPÖ-Landtagsklub ist das gleiche Ansinnen an Sie herangetragen worden mit dem Ersuchen, den Hofrat Wurm uns zur Verfügung zu stellen. Sie haben gesagt, ja gerne, aber nur wenn Sie selbst mitkommen.

Ich kenne den Hofrat Wurm seit nunmehr ganz genau 30 Jahren. Ich war beim Magistrat Stellvertreter in der Finanzabteilung. Er ist damals als junger Beamter gekommen. Und von dort weg kennen wir uns. Wir haben in vielen Punkten zusammengearbeitet. Ich habe ihn im Übrigen auch mit Zustimmung der ÖVP – ich sage das ausdrücklich – ins Land geholt als einen der besten Beamten, den ich je kennengelernt habe. Das ist der eine Punkt.

Es hat uns gestört, dass Sie uns den Hofrat Wurm nicht offiziell für den Klub zur Verfügung gestellt haben.

Es gehört auch nicht zu den besonders feinen Umgangsformen, wenn sich der Hofrat Wurm mit mir trifft und wir gemeinsam in einem Lokal uns über alte Zeiten unterhalten und natürlich auch über gegenwärtige Zeiten, ihn sozusagen am nächsten Tag zu fragen, was wir denn geredet hätten.

Also, wenn Sie schon diesen Namen ansprechen und diese Persönlichkeit ansprechen, dann sage ich, ich werde mir die Freiheit weiterhin nehmen, die Freunde, die ich habe, zu treffen und mit ihnen zu reden. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Der Kollege Matzner war mit mir schon an der Universität in Linz. Wir kennen uns noch länger als ich den Kollegen Wurm kenne. Und mit Egon Matzner habe ich eine derart rege Austauschkommunikation Zeit meines Lebens gehabt, dass mir dieser Hinweis, den Sie gebraucht haben, bekannt ist, zum Ersten, und ich überhaupt nicht anstehe zu sagen, dass jede politische Gruppierung, jede, so auch die Sozialdemokratie, Fehler gemacht hat, immer wieder Fehler machen wird, weil wir einfach auch auf Einzelpersonen angewiesen sind, die Aufgaben übernehmen und ihre Aufgaben nicht fehlerfrei lösen können. Es wird uns allen gleich gehen. Sie werden doch nicht im Ernst glauben, dass sich die Bevölkerung so verteilt, dass auf der einen Seite nur diejenigen sind, die Recht haben und auf der anderen Seite nur diejenigen sind, die nicht Recht haben. Die Bevölkerung verteilt sich wahrscheinlich auch, was die Kompetenz betrifft, ziemlich gleichmäßig in diesem Land. Also zu sagen, dort sind die Gescheiten und da sind die Blöden, da muss ich schon sagen, wir wollen ja alle auch einen Durchschnitt der Bevölkerung in unseren Entscheidungsorganen haben.

Ich stehe überhaupt nicht an zu sagen, es sind Fehler passiert. Wir brauchen gar nichts reden. Und bei vielen Fehlern, Herr Kollege Paierl, gerade beim ersten Punkt, den Sie angezogen haben, war die Hälfte der Aufsichtsräte, die Hälfte der Vorstände in allen Unternehmungen, in denen ich war, von der VOEST angefangen bis zur CA, von der ÖVP. Das war Hälfte- Hälfte. Und man kann jetzt im Nachhinein nicht sagen, es war an allem die

SPÖ Schuld. Ich kann mich erinnern – ich sage es Ihnen noch einmal –, bei allen Gremien, in allen großen Unternehmen, Industrie oder Banken, wo ich selber gesessen bin, war Hälfte- Hälfte. Dann zu sagen, das ist das Verschulden und das Versagen einer Seite, ist zwar schön, aber es hilft uns nicht weiter. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das habe ich nie gesagt!“)

Wenn Sie die zwei Namen ansprechen, dann kriegen Sie von mir sehr gerne eine Auskunft über zwei Persönlichkeiten, die auch ich sehr schätze.

Ich bekenne mich, dass jeder Mensch und jede Partei Fehler macht. Ich bekenne mich auch, dass man nach Fehlern, die man gemacht hat, Schwierigkeiten hat damit umzugehen. Auch ich, wie jeder andere Mensch auch. Aber ich glaube nicht, dass man für sich in Anspruch nehmen kann, selbst nicht Fehler zu machen und mitunter auch entscheidende Fehler zu machen.

Damit komme ich zu Ihren Anmerkungen. Herr Kollege, ich habe ausdrücklich gesagt, dass die Schulden, die von 1995 bis 2000 aufgebaut wurden, im Übrigen sehr wenige im Verhältnis bis zu 1991 sind. Ich wiederhole, die wirklichen Schulden im Land Steiermark sind zwischen 1970, also nach 1970 und 1991 entstanden. Bitte schön, schauen Sie da noch einmal nach. Die Schulden, die von 1995 bis 2000 entstanden sind, sind zu einem erheblichen Maß durch Ihre Tätigkeiten, durchaus auch im Interesse der Steiermark, also zum Beispiel durch die gesamte Frage Förderung von Autoindustrie und so weiter mit verursacht worden. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Entweder Sie wissen es nicht oder Sie wollen es nicht wissen. Es ist die Unwahrheit. Das ist unglaublich!“) Herr Kollege, darf ich das fertig sagen? Zu einem erheblichen Teil sind alle Dinge, die im Nachtrag beschlossen wurden, von Ihnen meistens sogar sehr, sehr intensiv betrieben und mit großer Vehemenz und mit unglaublichem Zeitdruck (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sie glauben Ihrer eigenen Propaganda!“) uns aufgedrängt worden. Und wir haben dann über weite Strecken sogar anstandslos zugestimmt. Ab und zu hat es auch noch Diskussionen gegeben, wie Sie wissen, gerade ich dem letzten von Ihnen auch angesprochenen Fall. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das war die Propaganda 1997/98, die Ihnen nichts gebracht hat!“)

Das heißt, die Realität ist, dass, maßgeblich durch Ihre Aktivitäten der Förderung in der Wirtschaft, die sich grosso modo als erfolgreich erwiesen haben (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sagen Sie dem Hohen Haus, wie groß das Wirtschaftsförderungsbudget ist!“), wir dem auch zugestimmt haben, aber Sie waren einer der Hauptbetreiber.

Der zweite Punkt: Herr Kollege – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich beweise Ihnen das Gegenteil!“) Herr Kollege, darf ich zum nächsten Punkt kommen? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich beweise Ihnen das Gegenteil. Sie reden von etwas anderem!“) Ja, Herr Kollege, es nutzt Ihnen nichts, ich werde hier ausreden. Sie können noch so oft dazwischenreden, ich werde ausreden.

Der zweite Punkt: Herr Kollege, schauen Sie, Sie reden von der neuen Kultur des Nachtragsbudgets. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, darf ich Sie an etwas erinnern, was natürlich die Regierungsmitglieder in erster Linie wissen, aber ich gehe davon aus, dass es die Klubobmänner und andere in allen Parteien auch gewusst haben, es war Einvernehmen in der Regierung, mit bestimmten Dingen nicht in den Landtag zu gehen, weil sie so dringlich sind, weil sie durchgezogen werden und es haben ÖVP, SPÖ und FPÖ in der Regierung dem zugestimmt. Jetzt sage ich Ihnen etwas, Herr Kollege – und das wirklich auch für die Öffentlichkeit –, stellen Sie sich jetzt nicht da her und reden von neuer Qualität. Wissen Sie, warum Sie ein Nachtragsbudget machen? Weil Sie die Dreiviertelmehrheit in der Landesregierung nicht zustande bringen, die Sie brauchen. Das ist die Wahrheit. Selbstverständlich, daher müssen Sie in den Landtag gehen.

Das ist aber nicht Ihre neue Qualität, das ist das, dass Sie in der Regierung diese qualifizierte Mehrheit nicht zustande bringen. Das ist die Wirklichkeit. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Bittmann: „Ihr seid gegen alles!“) Mein Gott, wissen Sie, Ihre Zwischenrufe sind wirklich, Sie haben früher eigentlich schon das Richtige gesagt, Sie haben die Qualifikation für sich schon abgegeben.

Meine Damen und Herren, die Realität ist, Herr Kollege Paierl, dass ich es für einen Schritt in die richtige Richtung betrachten kann, demokratiepolitisch zu sagen, jetzt gehen wir in den Landtag. Was ich Ihnen aber unterstelle ist, dass dieses Bedürfnis in den Landtag zu gehen, solange in der Regierung Einvernehmen war und alle neun dem zugestimmt haben, bei Ihnen aber null ausgeprägt war und wir in Besprechungen in Anwesenheit von Frau Klasnic und von Ihnen und von mir und vom Joachim Ressel, wir waren ja immer zu viert, gerade diese Frage, gehen wir in den Landtag, ja oder nein und der Michel Schmid ist dann meistens auch noch irgendwo dazugekommen, gesagt haben, nein, das ist nicht notwendig, wir sind da ohnedies neun zu null. Also bitte tun Sie jetzt nicht so, als ob Sie die Demokratie erfunden hätten und die Information des Landtages neu erfunden hätten. Die Realität ist, Sie müssen jetzt gehen, weil Sie in der Regierung nicht das nötige Quorum haben, dazu brauchen Sie nämlich eine Dreiviertelmehrheit und die haben Sie nicht mehr. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Einstimmig beschlossen!“) Das ist ja ganz was anderes. Ich habe ja gesagt, dass wir dafür sind. Nur, Ihren Anspruch, die Demokratie entdeckt zu haben, indem Sie jetzt den Landtag informieren, resultiert daraus, dass Sie keine Mehrheit mehr haben, die Sie brauchen, um das nur in der Regierung zu tun. Also machen Sie sich bitte nicht besser als Sie sind. Und damit komme ich zu noch einem Punkt. Ich sage Ihnen etwas, wenn Sie glauben, dass Sie jetzt auch hier im Hohen Haus noch einmal sagen können, dass wir jeden Montag Unwahrheiten verbreiten, dann tue ich etwas, was ich in zwölf Jahren nie getan habe, dann werde ich diese Ihre Behauptungen, die Sie in den Raum stellen, auch dort hinbringen, wo ich es nicht will. Aber es schaut so aus, dass Sie mich dazu bringen, ich sage Ihnen das. Und Sie wissen ganz, ganz genau, wie welche Dinge abgelaufen sind. Sie sind derjenige, der ständig interveniert, der hineinregiert und dann reden Sie von Unwahrheiten, von politischen Zielsetzungen und ähnlichen Dingen, auch wider besseres Wissens.

Ich sage Ihnen jetzt noch etwas, Sie machen keine Schulden. Meine Damen und Herren, die LIG ist das klassische Beispiel für eine verdeckte Schuldenmachung. Das ist genau das Instrument des Schummelbudgets, des verdeckten Schuldenmachens, denn was tun Sie? Vermögen des Landes veräußern, zurückmieten, nicht nur mit Zinsen, von denen Sie reden, die wir sonst auch zahlen, nein, dort sind Gebühren, da sind Zwischengebühren, dort ist etwas zu zahlen, da ist ein Vermittler, dort ist einer drinnen, da gibt es eine Gesellschaft, dort gibt es noch einen und da gibt es noch einen. Und am Schluss kosten die 1,8 Milliarden, die Sie kriegen, 5,2 Milliarden beim Zurückzahlen und Sie sagen, Sie machen keine Schulden. Ja, wem wollen Sie denn das erzählen, bitte schön, der drei Tage überhaupt sich nur mit Finanzen beschäftigt hat? Da brauchen Sie ja nicht mich dazu, Sie wissen es ja selber. Wenn ich mit Ihnen unter vier Augen rede, wissen Sie genau, was wir zwei reden. Sie bestätigen mir ja selber, wie es Ihnen wirklich geht. Ich habe Ihnen das das letzte Mal schon gesagt. Herr Kollege, Sie selber sind doch unglücklich mit all dem, was passiert ist. Sie selber sagen, den Stabilitätspakt hätten wir nie unterschreiben dürfen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wann habe ich das gesagt?“) Das haben Sie im Juli gesagt, zu mir selber, ja selbstverständlich. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Alles beschlossen!“) Nein, die Waltraud Klasnic, sie war ja die Erste, die hingegangen ist und das gleich schnell unterschrieben hat. Die Länder haben bis jetzt noch nicht unterschrieben, aber die Waltraud Klasnic hat schon unterschrieben. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Alle beschlossen! Alle beschlossen! Es haben alle beschlossen!“) Nein, leider nein. Also Tirol hat nicht beschlossen, Wien hat nicht beschlossen, Oberösterreich beschließt nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Alles beschlossen!“)

Zeigen Sie mir die Landtagsbeschlüsse! (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das sind Regierungsbeschlüsse!“) Nein, die haben auch keine Regierungsbeschlüsse. Tirol, Wien, Oberösterreich haben noch nicht einmal Regierungsbeschlüsse. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich muss noch einmal den Hofrat Wurm zitieren!“)

Ja, selbstverständlich. Herr Kollege, ich sage Ihnen nur, Sie selbst wissen, wie es Ihnen geht. Ich verstehe, dass Sie da hier im Landtag erzählen, wie alles klass und wie alles schön ist und Sie sagen, Sie machen keine Schulden. Die LIG ist die klassische Form der Schuldenmacherei, wo Sie das Dreifache zurückkriegen von dem, was Sie jetzt kurzfristig an Geld brauchen, weil sonst ihr Budget zusammenkracht. Das ist die Wahrheit, es tut mir Leid, es Ihnen in der Form übermitteln zu müssen. (Abg. Straßberger: „Herr Professor, ist das bei der BIG auch so?“) Das ist bei der BIG gleich, danke für den Hinweis. Die BIG wird derzeit gerade oder ist gerade geprüft worden von Europa. Die sind wieder abgefahren. (Abg. Wiedner: „Wie war das mit der ASFINAG?“) Warten Sie ein bisschen, Herr, Kollege, ich brauche das nicht, die BIG, die Bundesimmobiliengesellschaft ist geprüft worden, Eurostat. Die sind jetzt wieder weggefahren. Der Bericht wird im Jänner oder Februar in Europa kommen und bei allem, was man hört, wird die BIG als Budgettrick einzustufen sein. Ich frage mich, was Ihre LIG sein wird, abgesehen davon, dass ich sage, es ist die typische Form der Schuldenmacherei, wo ich, weil ich jetzt momentan das Geld brauche, das Dreifache zurückzahle. Also bitte schön, tun Sie nicht erzählen, Sie machen keine Schulden, Sie machen die Schulden hinten herum und man kann es direkt machen. Und was das Sozialbudget betrifft, Herr Kollege, Sie und ich, wir wissen, dass Sie gerade in diesem Bereich mit nichts anderem operieren als mit den Mehreinnahmen. Zuerst haben Sie falsch budgetiert, Sie haben wissentlich falsch budgetiert, weil das ja lauter gesetzliche Ausgaben sind, die hat nicht der Kurt Flecker erfunden, sondern dieses Hohe Haus, ihr alle miteinander habt diese Gesetze beschlossen, dann haben Sie wissentlich falsch budgetiert und jetzt stellen Sie sich stolz hin und sagen, die SPÖ kriegt den größten Anteil. Wir stehen dazu, weil das gesetzliche Verpflichtungen sind. Und jetzt müssen Sie es mit Nachtragshaushalt bedecken und daher sind wir auch dafür und im Übrigen über weite Strecken durch Mehreinnahmen gedeckt. Also, Herr Kollege, über alles hinweg, Sie haben versöhnlich geschlossen, ich tu das wieder, wie das letzte Mal. (Abg. Straßberger: „Welche Noten geben Sie?“) Wir haben das letzte Mal auch eine solche Debatte gehabt. Ich sage Ihnen, Sie werden dieses heurige Jahr noch irgendwie überstehen mit all dem, was wir hier jetzt diskutiert haben, Sie werden 2002, wie Sie selbst schon angekündigt haben, riesige Probleme haben und wie Sie selbst geschrieben haben in Ihrer ersten Vorschau, ich habe sie noch sehr gut im Kopf – und das ist ja durchaus fair, dass Sie das gemacht haben –, wissen Sie ab 2003 und 2004 überhaupt nicht mehr, wie es weitergehen wird. Also das sagt der Finanzreferent selbst. (Abg. Straßberger: „Wann?“) Na freilich, bei der Vorschau. Kennen Sie die nicht? Soll ich sie Ihnen zeigen? Da drinnen ist sie. (Abg. Gross: „Seite 8!“) In der Vorschau sagt das der Landesrat Paierl selber, ab 2003, 2004 kann er nicht sagen, wie sich das wirklich weiter finanziert. Das müssen Sie einmal lesen, meine Damen und Herren von der ÖVP, das ist keine Erfindung von mir. Ich glaube schon, dass das vom Finanzreferenten gekommen ist, wenn ich mich richtig erinnere.

Also, meine Damen und Herren, Herr Kollege, wissen Sie etwas, ich mache Ihnen einen Vorschlag. Kommen Sie mit Vorschlägen, die wir zwei ehrlich und offen diskutieren können, es gibt ja auch in anderen Bereichen solche Dinge. Dort, wo Sie keine Budgetverschleierung machen und mit offenen Karten spielen, wir das auch als wirtschaftlich vernünftig betrachten, haben Sie mich als Verbündeten, sonst haben Sie weiterhin den Zustand, den wir derzeit haben. Diesen Dingen, mit denen Sie umgehen, können und werden wir auch in Zukunft nicht zustimmen und Sie selber werden damit verunglücken. (Beifall bei der SPÖ. – 12.48 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paierl** (12.48 Uhr): Auch wenn die eine oder andere Kritik dann wieder auftaucht, ich kenne Sie schon, ja, die tun sich jetzt wieder von der Regierungsbank herunter sich gegenseitig etwas ausrichten. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das passiert!“) Nur, ich muss ein paar, weil auch noch Zuhörer im Auditorium und Medienvertreter da sind, unrichtige Behauptungen richtigstellen. Das landespolitische Ziel, keine neuen Schulden zu machen, heuer und nächstes Jahr und ich werde Ihnen in

Kürze gemeinsam mit der Finanzabteilung auch für 2003, 2004 den Vorschlag unterbreiten, ist erreichbar, keine neuen Schulden zu machen, und zwar auf diese Art und Weise, dass es zwar stimmt, dass wir aus Maastricht-technischen Gründen bei LIG und bei KAGES mit Darlehensgewährungen hinausgehen, dafür aber bei uns einen Überschuss haben und bei uns gleichzeitig, Sie brauchen sich nur im Budget und in Rechnungsabschlüssen die Veränderungen bei den Rückzahlungen anschauen, wir können ja deswegen zurückzahlen bei den Landesschulden, im selben Ausmaß die Landesschulden reduzieren. Das heißt in Summe und in der Bilanz gibt es keine neuen Schulden. Ich beziehe ohnedies die Landesimmobiliengesellschaft und die KAGES in diese Betrachtungsweise mit ein. Also bitte nehmen Sie das zur Kenntnis, dieses landespolitische Ziel erreichen wir heuer, nächstes Jahr und es wird auch für 2003, 2004 erreichbar sein, welche Störmanöver es auch immer gibt. (Abg. Gross: „2004 und 2005 würde mich interessieren, wenn es um 5 Milliarden Schilling geht!“)

Zweitens, Stabilitätspakt. Ich bringe Ihnen die Erhebung der Rechtsabteilung 10, die reihum alle Bundesländer abgefragt hat. Es gibt bis auf Niederösterreich und Steiermark in der Regierung überall Regierungsbeschlüsse zum Stabilitätspakt. Auch in Wien, auch im Burgenland, auch in Kärnten, in allen Bundesländern. Diese Regierungsbeschlüsse sind mit Vorlagen in den Landtagen unterwegs oder sind schon dort. Also das ist beschlossen. Der Kollege Sobotka hat mir gestern in einem Telefonat bestätigt, dass es in den nächsten Tagen auch in Niederösterreich einen diesbezüglichen Regierungsbeschluss geben wird und eine Landtagsvorlage eingebracht wird. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Wiener und die Niederösterreicher halten sich zurück. Die sind gescheit. Die warten alle!“) Die Wiener haben es beschlossen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, das ist ein Irrtum!“) Okay, ich werde es Ihnen auch zur Verfügung stellen, Sie können es selbst dann überprüfen. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 12.50 Uhr.)

**Präsident:** Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 502/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 599/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Bevor ich zu Tagesordnungspunkt 4 komme, darf ich nunmehr – beide Herren sind im Haus – zum 50. Geburtstag sehr herzlich gratulieren Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl. Alles Gute! (Allgemeiner Beifall.)

Weiters zu einem runden Geburtstag, nämlich auch zum 50er, dem Abgeordneten Eduard Hamedl. Auch dir alles Gute! (Allgemeiner Beifall.)

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu Tagesordnungspunkt

**4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 601/1, Beilage Nr. 80, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 15. Februar 2000 über die Einhebung einer Landesrundfunkabgabe (Steiermärkisches Rundfunkabgabengesetz – StRAG), LGBl. Nr. 36/2000 geändert wird.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Koller** (12.52 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 601/1.

Regelungszweck der Novelle ist es vor allem, die für die Rundfunkabgabe herangezogene Bemessungsgrundlage um 8,93 Prozent zu vermindern und gleichzeitig den Abgabesatz um rund 8,93 Prozent zu erhöhen. Dadurch soll erreicht werden, dass einerseits für das Land das bisherige Abgabebaufkommen gesichert und andererseits die tatsächliche Belastung des Abgabepflichtigen unverändert bleibt.

Der Grund liegt darin, dass im Programmtegel, welches rund 89,3 Prozent der Bemessungsgrundlage der Landesabgabe bildet, eine 10-prozentige Umsatzsteuer enthalten ist, die gemäß Paragraph 15 Absatz 3 FAG 2001 nicht zur Bemessungsgrundlage gehören darf.

Weiters wird die Bezeichnung der Abgabenbehörde erster Instanz „Gebühreninkasso Service GmbH.“ auf den nunmehr registrierten Firmennamen „GIS Gebühren Info Service GmbH.“ geändert.

Die Novelle soll, abgesehen von der Namensänderung der Abgabenbehörde, rückwirkend mit 1. Jänner 2000 in Kraft treten.

Die Gesetzesänderung ist völlig kostenneutral, die den einzelnen Abgabepflichtigen treffende Steuerlast bleibt gleich. Ich bitte um Beschlussfassung! (12.53 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 602/1, betreffend die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG., Ausübung der Verkaufsoption zugunsten des Landes Steiermark.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kasic** (12.54 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es geht um die Vorlage der Landesregierung, betreffend die Landes-Hypothekenbank.

Im Zuge des im Jahre 1998 erfolgten Erwerbes von 49 Prozent der Aktien der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG. durch die Raiffeisenlandesbank Steiermark um 1,666 Milliarden Schilling wurde auch eine Verkaufsoption zugunsten des Landes Steiermark vereinbart:

Wesentliche Inhalte sind: Die Käuferin räumt dem Land Steiermark hinsichtlich eines Teils seiner verbleibenden 51 Prozent Beteiligung an der HYPO im Umfange von 26 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft abzüglich einer Aktie eine Verkaufsoption ein. Das Land Steiermark kann die Verkaufsoption nur für den gesamten von der Option betroffenen Teil seiner verbleibenden Beteiligung ausüben.

Der Kaufpreis errechnet sich einerseits konsolidiertes Eigenkapital zuzüglich einer strategischen Prämie und zuzüglich Zinsen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf von 519.999 Stückaktien der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG. des Landes Steiermark auf Basis der im Syndikatsvertrag vom 9. Juli 1998 festgelegten Bedingungen der Put-Option zugunsten des Landes Steiermark, somit zu einem Kaufpreis von 1.097,080.964,90 Schilling zuzüglich Zinsen für die Zeit vom 1. Jänner 2001 bis 31. Dezember 2001 für einen Teilbetrag von 733,628.360,58 Schilling zum Stichtag 31. Dezember 2001 an die Raiffeisenlandesbank Steiermark registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung wird genehmigt. (12.56 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Danke!

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es dir.

**Abg. Schleich** (12.56 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Wie gerade dem Bericht zu entnehmen war, geht es hier um den Verkauf der Hypo-Anteile an die Raika. Und wie daraus auch zu entnehmen war, wissen Sie, dass die Option eigentlich mit Dezember 2002 zu vollziehen gewesen wäre. Betrachtet man natürlich diese Veräußerung so wie viele andere – wie wir vorher ja schon in den Debattenreden feststellen konnten, alles, was möglich ist, wird verkauft –, ist es nicht verwunderlich, dass schon jetzt diese Anteile verkauft wurden und anscheinend ist der Spargedanke nicht sehr innig, denn es wurde hier auf zirka 30 Millionen Schilling verzichtet. Das wären allein die Zinsen gewesen, die das Land dadurch noch eingenommen hätte.

Aber es geht hier nicht nur um die 30 Millionen Schilling, sondern es geht vor allem um den Verkauf. Wie Sie ja alle wissen, wenn Sie es auch nicht gerne hören, dieses Mogelbudget braucht eben viel Geld und natürlich auch dieses Geld und schon um ein Jahr früher, denn 10 Millionen pro Tag und 3 Milliarden im Jahr ist halt viel, was man nach Wien schicken muss. Die Frage ist nur, was machen wir dann, wenn die ganzen Landesbeteiligungen und alles, was das Land besitzt und irgendwie nur von der ÖVP vertretbar ist, verkauft ist?

Es geht hier auch um einen Grundsatz, um einen Wettbewerbsgrundsatz. Wenn das Land sich zurückzieht auf 25 Prozent und eine Aktie, dann ist wohl für alle klar, dass man damit nicht mehr die Mehrheit hat und damit auch nicht mehr das Sagen hat in dieser Bank. Und wenn man nicht das Sagen hat, dann soll man auch nicht die volle Verantwortung haben. Aber wenn man weiß, dass nach wie vor – und das wurde in der Regierung mit der Zweidrittelmehrheit festgelegt – die volle Ausfallhaftung das Land hat, dann muss ich schon sagen, wie fair und korrekt ist das den anderen Mitbewerbern gegenüber, die diese Möglichkeit nicht haben und die dadurch natürlich am internationalen Markt, aber auch am Markt hier benachteiligt sind?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir verfolgen ja alle, wenn man das Bankwesen anschaut, dass sich natürlich auf die zunehmende Erweiterung der Europäischen Union hin viele Banken an den ausländischen Banken beteiligen, was ja nichts Schlechtes sein mag. Aber natürlich heißen diese Beteiligungen auch, dass ich dann meiner Tochtergesellschaft oder wie sie schon heißen mag natürlich auch mit Geld aushelfen werde.

Und das muss man sich einmal vor Augen führen, wenn man eine Bank dabei hat, die sich ja auch sehr kräftig, wenn ich nur Kroatien nenne, beteiligt hat, sondern da eine der größten Banken aufgekauft hat. Wenn wir dann hier im Land vielleicht die Ausfallhaftung haben für indirekte Kredite, die dorthin für ihr wirtschaftliches Tun verliehen werden. Natürlich sind das alles verliehene Gelder und es heißt, das ist eine gute Bilanz, aber die Verantwortung bleibt bei dem Land. Ich glaube, das muss man sich überlegen, weil wirtschaftlich, sehr geehrter Herr Landesrat, würde das, glaube ich, kein Unternehmer machen, wenn er sich von mehr als der Hälfte Anteile zurückzieht, dass er dann sagt, meine Kollegen sind so lieb, für die haften ich eigentlich, die können Geschäfte machen ohne Risiko. Schon dieser Standpunkt zeigt eigentlich auf, wie schwierig dieser Punkt ist und habe sehr genau einmal verfolgt, wie die ÖVP dazu steht, wenn es um Wirtschaftsfragen geht und Herr Landesrat Paierl – ich hoffe, dass der Zeitungsbericht stimmt – hat einmal gesagt, er freut sich über jeden, der im Ausland, damals war Slowenien genannt, investiert. Ich freue mich auch, wenn jemand investieren kann. Ich habe dagegen nichts zu sagen, aber wenn ich dann noch behaupte, wenn ein Unternehmer aus der Steiermark

im Ausland investiert, er schafft dadurch in der Steiermark Arbeitsplätze, dann muss ich schon sagen, das verstehe ich nicht ganz. Ich kann das geistig nicht nachvollziehen, denn wir alle wissen, wenn einer dort investiert, wird er meistens seine Liegenschaften hier belasten oder braucht die Bonität dafür und das heißt natürlich auch, dass er in Österreich beziehungsweise in der Steiermark dann wahrscheinlich nicht in dieser Größenordnung investieren kann, weil er sich zu anderen Geschäften entschieden hat. Langfristig mag sich das beim einen oder anderen schon wieder ausgleichen, aber in diesem Moment schaut das sicher ganz, ganz anders aus. Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir diese Verkaufssorgie, wie ich sie nennen darf, uns vor Augen führen und hier geht es vor allem um die Landesbeteiligungen und wenn man bedenkt, wie man sie freigegeben hat zur Begutachtung und wenn man dann anschaut, was dabei herausgekommen ist, zirka 1,3 Milliarden und wenn man weiß, das zirka 2,5 bis 3 Milliarden Schilling dort vom Land investiert wurden und man vielleicht dafür ein Drittel an Einnahmen erzielen kann, ich glaube, dann muss man sich doch sehr gut vor Augen führen, ich glaube das würde auch keiner im Privatbereich machen, weil das könnte er wahrscheinlich nicht vertreten, aber uns ist anscheinend jedes Mittel recht, um Geld hereinzubekommen.

Es war heute auch schon die Rede von der BIG und von der LIG. Ich bleibe bei der LIG, weil wir sind ja im Lande Steiermark. Wenn wir mit dieser Gesellschaft versuchen eigene Landeseigentümer zu verkaufen und sie dann wieder zurückmieten und dafür alle Spesen zahlen, von den großen Vermittlungsprovisionen bis hin, dass sie dann wieder dem Land gehören sollen, dann muss ich wirklich fragen, geschätzte Damen und Herren von ÖVP und der FPÖ, ist das für die Zukunft unserer Jugend? Weil genau uns habt ihr immer vorgeworfen, habt ihr immer gesagt, die Sozialdemokraten verschulden alles. Das ist offensichtliche Verschuldung, wegzuschauen und zu sagen, wir haben alles ausgegliedert, es gehört nicht uns, wenn wir zum Schluss auch zahlen müssen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wäre ein Punkt, wo Sie wirklich nachdenken müssten. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn wir wissen, dass aus der Landesholding das größte Investitionsvolumen, aber das wirtschaftlich beste entstanden ist, ob es die Schiberge sind, ob es die Thermen sind. Der wirtschaftliche Erfolg war so groß, dass wir zum Beispiel vom Thermenland wirklich behaupten können, das hat unsere Region nicht nur bewegt, sondern hat sie lebensreich gemacht und unseren Bürgerinnen und Bürgern gerade in diesem Thermenland wieder viel Mut eingeflößt. (Abg. Ing. Ober: „Für unseren Bezirk nichts, Franz. Zehn Jahre lang nicht!“) Der Herr Kollege sagt, für unseren Bezirk nichts. Ich komme ja darauf zurück, lieber Freund Ober, ich weiß nicht, ob du damals wenigstens Zeitung gelesen hast, damit du es mitgekriegt hast, weil du ja nicht im Landtag warst. Aber es hat sich vieles getan, wo deine Kolleginnen und Kollegen mitgekämpft haben, dass es jetzt anders aussieht.

Dafür gehen wir gleich nach Loipersdorf. Das ist nicht unser Bezirk, damit wir uns den für den Schluss übrig lassen. Loipersdorf und Radkersburg, die zwei bekanntesten Thermen, am Sonntag habe ich wieder gehört, dass sie beide voll sind, dass sie keinen reinlassen können. Wir alle wissen, dass auf Grund der Weltwirtschaftslage, aber auch der Geschehnisse, die passiert sind, zu erwarten ist, dass die Thermen und die Schiberge in Zukunft vielleicht noch besser boomen werden, weil viele Menschen nicht ins Ausland fahren werden. Genau jene wirtschaftliche Lage, die das Land geschaffen hat, teils gemeinsam mit der ÖVP, teils natürlich unter dem letzten Finanzreferenten Hans-Joachim Ressel, der den Mut hatte zu wirtschaften. Und ich habe jetzt das Gefühl und ich glaube, das hat schon bald jeder, jede Steirerin, jeder Steirer, dass in Wirklichkeit, lieber Freund Ober, die ÖVP Angst hat vor dem Wirtschaften, weil sie alles verkauft. Kann sie das selber nicht, Herr Landesrat? Ich habe wirklich das Gefühl, sie kann nicht wirtschaften. Weil das heißt ja, wenn ich alles verkaufe und keine Verantwortung übernehme und nur mehr verwalten will, ich kann nicht wirtschaften und ich kann diesen erfolgreichen Weg der Beteiligungen und des wirtschaftlichen Aufschwunges in der Steiermark nicht vollziehen.

Wenn ich zur Therme Loipersdorf gehe, da hoffe ich, dass die Bürgermeister, die jetzt meinen, sie beteiligen sich selbst, um hier den Ausverkauf zu verhindern – sind aber ÖVP-Bürgermeister, brauche ich glaube nicht zu sagen –, dann kann ich dazu nur sagen, es gibt dort Gott sei Dank – wahrscheinlich nicht gewollt – das Kopfstimmrecht und die Bürgermeister werden sich hoffentlich nicht ihr Kopfstimmrecht nehmen lassen und dem nicht zustimmen, dass die Therme beim Land bleibt, zumindest bei den Beteiligungen der Region und ich glaube, es ist auch nichts dagegen zu sagen, wenn sie sagen, bevor etwas passiert, machen wir auch selber mit. Dann ist es eben ein indirekter Geldfluss in der ÖVP, dass man hier mit Bedarfsmitteln aushilft. Aber ich glaube, entscheidend ist, dass dieser erfolgreiche Weg der Landesbeteiligungen als Landesstelle weitergehen soll und dass das Land zeigen soll, wie auch jede Gemeinde draußen zeigt, dass es wirtschaften kann und dass es auch Gewinne machen kann. Ich glaube, es hat auch keiner etwas dagegen, wenn die Gewinne ausgeschüttet werden. Wenn man mit diesen Gewinnen dann in anderen Regionen und bei anderen Dingen, wo es benötigt wird, dort damit hilft, wieder investiert und wieder in Schwung bringt. Und wenn dann jene, wenn wir jetzt die Thermen hernehmen, die vielleicht in fünf, zehn Jahren wieder Investitionen brauchen, aus jenen, die man inzwischen investiert hat, dort wieder Gewinne macht und dort wieder hilft. Das wäre die wirkliche Investition des Landes und nicht zu verkaufen, weil alle wissen es, verkaufen können wir nur einmal. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube aber jedem, der hier sitzt und nehme ihn dann auch ernst, wenn ich es auch nicht für richtig halte, wenn er sein eigenes Haus an eine Gesellschaft verkauft, das Geld für irgendetwas verwendet, dann die Zinsen dafür zahlt und auch Miete zahlt. Wenn das einer von euch macht, muss ich sagen, dann nehme ich ihn ernst, dass er ein Patriot ist, ob es vernünftig ist, darüber muss jeder selbst nachdenken. Ich würde es nicht machen.

Jetzt komme ich auch, lieber Kollege, zu Bad Gleichenberg. In Bad Gleichenberg hat jeder Bürger und jede Bürgerin gehofft, dass das Land investiert, als es zur Beteiligung gekommen ist und hat auf den erfolgreichen Weg der anderen Thermen wie Radkersburg und Loipersdorf vertraut. Ich nenne ganz bewusst jetzt diese zwei. Und was ist passiert? Es ist passiert, dass die Beteiligung durchgezogen wurde unter Landesrat Ressel, es ist die

Bohrung dort passiert. Gott sei Dank erfolgreich, vielleicht hätten wir es uns noch erfolgreicher gewünscht. Und es ist dann eines passiert, dass der Ressortwechsel gekommen ist. Mit dem Wechsel des Ressorts ist Folgendes gekommen, die ÖVP hat sich verabschiedet vom erfolgreichen Weg, die Thermen selbst zu betreiben, selbst zu wirtschaften. Das will sie nicht. Das ist die Wahrheit und aus der Wahrheit ist jetzt die Bewertung gekommen, dass man alles verkaufen will und Beteiligungen sucht.

Die SPÖ und meine Wenigkeit – und das kann ich hier mit Sicherheit sagen – hat nichts gegen Private in Bad Gleichenberg, wenn sich die ÖVP verabschiedet, und das hat sie. Mir ist jeder recht, der nach Bad Gleichenberg kommt und investiert und dort wieder einen Schwung reinbringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und dazu möchte ich Ihnen noch etwas sagen. Mir ist es vor allem auch dann recht, wenn es einer aus der Region ist, wie der Siegi Wolf, den ich persönlich kenne und sehr schätze. Ich möchte das auch hier sagen.

Aber es ist, glaube ich, auch eines wichtig, jeder der Bürgermeister, der zu Hause Verantwortung hat, weiß, wann er öffentlich ausschreiben muss. Ich glaube, dieses Gefühl sollte man auch im Land weitergeben.

Wenn es dann zur öffentlichen Ausschreibung kommt und es bewerben sich zehn, dann heißt das eigentlich, dass Peter Schachner mit seiner Aussage nicht nur Recht gehabt hat, sondern er hat auch anderen die Möglichkeit gegeben. Und das kann nicht schlecht sein für Bad Gleichenberg, sondern das kann nur gut sein, wenn weitere Investoren sich bewerben. Wir werden ja in Kürze hören, wer das ist. Vielleicht sind welche dabei, die auch in dieser Branche tätig sind. Vielleicht sind welche dabei, die sich das auch leisten können. Vielleicht gibt es auch eine Kooperation mit jenen, die sich zuerst schon beworben haben. Uns ist jeder recht, wenn es erfolgreich für Bad Gleichenberg ist. Ich glaube, zehn Interessenten werten auch einen Kurort auf, einen Ort, der schon geglaubt hat oder spüren musste, wenn einer kommt, müssen wir uns schon freuen. Jetzt können wir uns zehnmal mehr freuen. Es sind umso mehr gekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Es sind nur neun!“) Ich höre gerade, ich habe die gute Information nicht, wie der Herr Landesrat, es sind nur neun. Wir freuen uns auch über neun, genauso wie über zehn. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Auch nicht treuhändisch, bist du überhaupt nicht daran interessiert?“)

Das wäre jetzt zu spät, Herr Landesrat. Aber ich glaube an Bad Gleichenberg. Man kann auch da mit Gefühl dabei sein, nicht nur als Eigentümer.

Man kann alles vermuten, man kann alles annehmen, mein Interesse gilt als Abgeordneter dieser Region, dass die Therme Bad Gleichenberg – das muss man auch wirklich sagen – genauso floriert wie die anderen. Es ist eine der ältesten und schönsten Thermen. Diese Chance muss man wahrnehmen. Wenn das Land und Sie, Herr Landesrat, und damit spreche ich Sie direkt an, sich verabschieden selbst zu wirtschaften, wie das bei den anderen Thermen der erfolgreichste Weg war – und die ÖVP hat sich mit der Frau Landeshauptmann Klasnic verabschiedet mit ihrem Team –, dann sind uns Private recht. Wir hoffen, dass die Besten den Zuschlag bekommen und dass Bad Gleichenberg auch eine Chance hat, diesen erfolgreichen Weg zu gehen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.12 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich Herrn Bürgermeister Willibald Rohrer und Herrn Vizebürgermeister Karl Kraner mit Gemeinderäten und Damen des Frauenkomitees aus Werndorf begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kasic. Ich erteile es Ihnen.

**Abg. Kasic** (13.13 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Wortmeldung meines Vorredners hat ja geradezu herausgefordert, hier einige Bemerkungen anzubringen, denn was hier an Fehlinformationen, Falschinformationen in diesem Hohen Haus verbreitet wurde bei dieser Wortmeldung, entbehrt ja jeder Grundlage. Es gehört schon eine gewisse Portion Mut und eine gewisse Portion Frechheit dazu, wenn man sich hier herstellt und bei einer Geschichte eines Verkaufes von diesen Aktien von Mogelpackung, Veräußerungen und Ähnlichem spricht, wenn Sie alle, meine Damen und Herren, vor allem von der Sozialdemokratischen Partei wissen, dass es hier um den Zukunftsfonds geht. Sie haben sehr wohl in der Regierung das Kuratorium mit besetzt in diesem Zukunftsfonds.

Und wenn wir hier am 3. Juli in diesem Hohen Haus beschlossen haben, dass es um die Jugend, um die Förderung innovativer und zukunftsweisender Projekte geht, dann ist es einfach nicht nur irgendein Budgetlochfüllen, mit dem hier dieser Verkauf getätigt werden soll, sondern es ist eine grundsätzliche Entscheidung, die wir für die Zukunft unseres Landes wahrnehmen wollen. Und unter Federführung von Frau Landeshauptmann und Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl wollen wir diese Zukunft auch wahrnehmen.

Wirtschaften, lieber Kollege, bedeutet nämlich, Geld in die Hand zu nehmen, dieses Geld zukunftsfruchtig einzusetzen, nicht nur irgendwo liegen zu lassen. Wirtschaften bedeutet aber auch Impulsgeber zu sein und wenn alles läuft, sich aus der Geschäftsführung wieder zurückzuziehen. Und so sehe ich auch diese vielen innovativen Projekte, die durchaus in der Thermenregion gestartet worden sind, aber wo man sich als Geschäftsführer getrost zurückziehen kann, wenn man weiß, dass alles gut läuft.

Das Cargo-Center, das ja derzeit im Bau ist, der Güterterminal in Werndorf sind ja Paradebeispiele dafür, wo eine Kombination ÖBB, Private und öffentliche Hand das praktizieren, wo eine Managementgesellschaft eingesetzt ist, die lediglich dazu dient, das Management am Anfang zu führen, bis alles läuft, um sich dann wieder aus der Geschäftsführung zurückzuziehen.

Ich würde auch raten, lieber Kollege Schleich, wenn du dich ein bisschen ins Aktienrecht einliest, wenn du nämlich behauptest, 25 Prozent plus eine Aktie haben keine Einflussnahme mehr. Das Wort Sperrminorität dürfte dir fremd sein und du hast es wahrscheinlich mit Zusperrern verwechselt. Schau dir ein bisschen dieses Aktienrecht an.

Noch etwas, meine Damen und Herren, wenn wir schon von Privatisierung reden, es ist ja nicht irgendein Unternehmen, das diese Aktien kauft, sondern es ist ein steirisches Unternehmen, das in der Vergangenheit immer wieder bewiesen hat, dass die Zukunft diesem Unternehmen am Herzen liegt. Es ist die Raiffeisen-Landesbank und nicht etwa ein ausländisches Unternehmen. Ich möchte hier nur das Stichwort Kapfenberg einmal in den Mund nehmen, wo bewusst – in den vergangenen Tagen – Bürgermeister der sozialdemokratischen Fraktion eine Auslandsverscherbelung mit KELAG und RWE – (Abg. Schrittwieser: „Keine ausländischen Unternehmen!“ – Abg. Wiedner: „Kärntner sind keine Ausländer!“)

Bitte, wir wissen die Beteiligung RWE ganz genau, da können wir nicht um den heißen Brei herumreden. (Abg. Wiedner: Und die EDF!“)

Lieber Kollege Schleich, ich weiß ja, wie schwer du dir heute getan hast, denn ich kenne dich ja als impulsiven Redner, wenn es dir wirklich um die Sache geht. Ich habe so ein bisschen das Gefühl gehabt, du hast heute so eine Pflichtübung machen müssen auf Geheiß von oben, weil es nicht schick sein soll und nicht schick ist, einer guten Sache zuzustimmen. Ich nehme also dein Bemühen zur Kenntnis.

Ich glaube nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das, was uns heute hier vorgelegt wird, dieses Stück, diese Verkaufsoption jetzt zu nutzen, um diesen Zukunftsfonds Steiermark speisen zu können, um innovativ für dieses Land tätig werden zu können, der richtige Schritt in die richtige Richtung für die Zukunft dieses Landes ist. Denn eines, meine Damen und Herren, hat sich nämlich die ÖVP und allen voran Landeshauptmann Waltraud Klasnic auf die Fahne geschrieben – vielleicht haben Sie es schon einmal gehört –, die vier M. MmMm – Man muss Menschen mögen! Und nach diesem Grundsatz handeln wir in diesem Land! Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.17 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wiedner. Ich erteile es Ihnen.

**Abg. Wiedner** (13.17 Uhr): Frau Präsident, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Scheinbar ist es der Mittagspause zuzuschreiben, dass das Interesse für diesen doch wichtigen Tagesordnungspunkt ein bisschen gering ist – auf der Regierungsbank. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner hat sich wieder zurückgezogen. (Abg. Schrittwieser: „Die Frau Landeshauptmann ist den ganzen Nachmittag entschuldigt. Er ist jetzt bei den Menschen!“)

Er hat ja angekündigt, er werde bei der Hypo eine ganz wichtige Wortmeldung machen. Deswegen vermisse ich ihn. Sonst vermisse ich ihn nicht, es ist nicht so tragisch.

49 Prozent der Hypo sind bereits verkauft. Und das ist ein Beschluss aus dem Jahre 1998, wenn ich das Stück richtig gelesen habe – bereits ein Beschluss von der ÖVP- und SPÖ-Regierung in diesem Land –, dass auch die weiteren 25 Prozent verkauft werden und eine Verkaufsoption der Raiffeisenlandesbank bis 31. Dezember 2002 eingeräumt wird. Also das ist nicht eine Erfindung der jetzt schwarz-blauen Kooperation in diesem Lande, sondern es geht zurück auf bereits drei Jahre, wie gesagt 1998, wo das bereits unter der alten Zusammenarbeit von Rot und Schwarz beschlossen wurde.

Das war keine leichte Diskussion, meine sehr verehrten Damen und Herren, die wir hier in diesem Fall geführt haben. Es war für uns nicht einfach und es wird für uns nicht einfach sein, diesem weiteren Schritt der Privatisierung heute zuzustimmen. Es hat dazu sehr viele Diskussionen gegeben, sehr viel Pro und Kontra, wie es auch in der weiteren Diskussion der Privatisierung bei uns – damit meine ich unsere Fraktion – sehr viel Pro und Kontra gibt. In diesem Falle stehen wir dazu, weil hier eine konsequente Fortführung notwendig ist, weil das Geld bereits im Budget ist und zur Budgetkonsolidierung notwendig und wichtig ist. Noch einmal, aber nicht ohne Bauchweh.

Die zweite Sache muss ich gleich an dem aufhängen, was der Kollege Schrittwieser noch vorher bei der Tagesordnungspunktdiskussion zwei und drei gesagt hat. Lieber Siegi Schrittwieser, du bist wieder hergegangen, hast alles in einen Topf geworfen, alle verurteilt, alles wird ausverkauft, das ganze Familiensilber kommt weg, aus und vorbei, dieses Land ist in kurzer Zeit sowieso am Rande des Konkurses. (Abg. Schrittwieser: „Wir haben nichts mehr!“) Lieber Siegi, ich werde dir jetzt etwas sagen. (Abg. Schrittwieser: „Unsere Kinder werden nichts mehr haben, weil ihr alles verkauft!“) Nein, bitte jetzt hör' einmal auf mit diesem Schwarzmalen, das du da hier in die Tagesordnung bringst. So ist es bei Gott nicht. (Abg. Gross: „Das hat jetzt gut zum Kollegen Wiedner gepasst, dass wir schwarz malen!“) Ja, es ist komisch, dass ihr schwarz malt, aber es ist leider so. (Abg. Schrittwieser: „Ihr habt zwar schwarze Landeshauptmannstellvertreterposten, aber dass wir schwarz malen ...!“) Jedenfalls hängen die Wolken immer sehr tief, wenn ihr da heraus geht und ein Bild zeichnet, das einfach falsch ist, das nicht richtig ist. Ihr zeichnet ja ein Bild von der Steiermark, dass alles untergeht. So ist es ja nicht bitte, dass alles untergeht.



Nun zur Privatisierung und zum weiteren Vorgehen in dieser Richtung. (Abg. Gross: „Was nicht da ist, kann nicht untergehen, das ist richtig!“) Danke für die Unterbrechung, aber weiter zur Privatisierung. Für uns gibt es da eine ganz klare Linie. Das, was Infrastruktur ist, hat in der Mehrheit in der öffentlichen Hand zu bleiben. Für mich ist die Mehrheit 51 Prozent, und nicht 25 Prozent und eine Aktie. Und wir werden uns bei all diesen Privatisierungsschritten, es ist heute alles angesprochen worden von den Schibergen, Schladming bis hinunter zur Therme nach Radkersburg. Den Zeitungsartikel gibt es ja, wo eine große steirische Tageszeitung bereits alles genau aufgelistet hat, auch die Bewertung dazu gebracht hat und auch einige Kommentare dazu gebracht hat. Wir werden uns alle diese Bereiche genau anschauen, welche Konzepte kommen auf den Tisch, welche Zukunftsmöglichkeiten gibt es für diese Infrastruktureinrichtungen und was kann man in private Hände geben. Nur noch einmal, was wirklich Infrastruktur ist für das Land – und was ist zum Beispiel, wenn ich ganz in meinem Nahbereich bleibe, die Therme Bad Radkersburg? Hier sage ich, das können wir nicht ausverkaufen, weil das ist die Voraussetzung für die Entwicklung einer Region. Wenn wir hergehen und diesem Bezirk die Therme wegnehmen würden, das passiert ja nicht, nur rein theoretischer (Abg. List: „Worst case!“) worst case, danke, dann können wir den Bezirk auch „vergessen“. Da werden wir sicherlich nicht mit dabei sein und hier brauchen wir Konzepte, die zukunftsweisend sind. Und das ist nicht zukunftsweisend, alles einfach nur in die private Hand zu geben. Wir werden hier sicherlich jeden Bereich ganz genau anschauen, wir werden jeden Bereich abwägen und schauen, wo ist es notwendig, wo ist es wichtig, wo kann man zum Beispiel Geschäftsführung ohne große Probleme in der privaten Hand lassen. Das ist überhaupt kein Problem, nur eines geht sicherlich nicht, dass das Land die Haftung trägt, aber im Endeffekt auf Grund der Beteiligung nicht mehr mitreden kann. Das kann es sicherlich nicht sein. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Hat das mit der Hypo zu tun?“) Nein, nein, das hat mit der Hypo jetzt nichts zu tun. Nein, ich rede jetzt schon von weiteren Privatisierungsschritten, wo wir jetzt ständig in der Zeitung lesen, was schon alles passiert. Ich weiß aber nicht, was die Vorgaben sind. Ich weiß nicht, Herr Landesrat, was sind die Vorgaben für eine Bietergemeinschaft, was ist bei einem Verkauf oder Privatisierung der Therme Radkersburg, Loipersdorf, den Schiberg im Ennstal, ich weiß nicht, was die Vorgaben sind. Man redet nur davon, dass alles privatisiert werden soll. Nur frage ich mich, was soll privatisiert werden, zu wie viel Prozent soll privatisiert werden, wer soll die Geschäftsführung haben, wer soll weiterhin die Haftung haben? Das ist alles zu klären und bevor das nicht geklärt wird, werden wir sicherlich keiner weiteren Privatisierung in dieser Richtung zustimmen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich habe eine zweite Sache, wobei ich nicht schwarz male oder die Wolken ganz tief hänge hier im Hause – die Bietergemeinschaft, die immer wieder auftritt. Ich weiß nicht, ob es gescheit ist, wenn die Konzepte passen, wird man sicherlich darüber diskutieren müssen, dass wir von den Arbeitsplätzen in der Steiermark bis zu den Freizeiteinrichtungen in der Steiermark alles mehr oder minder in eine Hand geben. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sicher nicht!“) Danke für die Bestätigung, dass es sicher nicht gescheit ist. Aber Siegfried Wolf, als Chef dieser Bietergemeinschaft mit seinen Freunden, die mit dabei sind, haben dann das Monopol in der Steiermark. Magna ist inzwischen im privaten Bereich der größte Arbeitgeber geworden und in weiterer Folge gehen dieselben Personen auch in die Freizeitwirtschaft hinein. Jetzt wird man das alles genau anschauen müssen. Ich möchte hier nicht schwarz malen und sagen, dass das nicht sein darf, alles ist möglich, nur, ob das der Stein des Weisen ist, das wage ich zu bezweifeln.

Es wird sicherlich bei den Privatisierungsschritten auch zu unterscheiden sein, was ist bereits im Landesbesitz und was wird neu aufzubauen sein. Für mich ist Bad Gleichenberg neu aufzubauen. Das wird man auch anders bewerten müssen als es Loipersdorf ist oder als es Radkersburg ist, wenn ich nur die Therme nehme. Hier wird man sicherlich um die PPP-Modelle nicht herumkommen. Wie wir es teilweise bei der Infrastruktur schon machen, wo es bereits drei recht erfolgreiche Modelle in unserem Ressortbereich gibt. Hier wird man sicherlich nicht herumkommen, dass man die Privaten mit hineinnimmt, dass man Privaten die Chance gibt mitzumachen, nur, die Unterscheidung ist hier sicherlich zu treffen, zwischen dem, wo das Land bereits kräftig hineingebuttert hat und dort, wo erst neu aufzubauen ist.

Ich habe in dieser Angelegenheit noch eine zweite Seite. Wir müssen dabei immer schauen, wenn wir wo herausgehen, was machen wir mit den Mitteln. Wie wir wissen ist mit Maastricht ja ein Riegel vorgeschoben, wenn wir wo rausgehen, können wir das Geld nicht eins zu eins investieren, sondern wir können uns an etwas Neuem nur eins zu eins beteiligen, ansonsten können wir nur den Zinsgewinn aus diesen Mitteln lukrieren. Das heißt jetzt, der Zukunftsfonds ist zwar gespeist von soundso viel Milliarden, aber nur der Zinsgewinn kann investiert werden und das ist im Endeffekt nicht die Welt. Also da muss man genauer schauen und darum war auch die sinnvolle Idee dieser Wirtschafts AG., die im Besitz des Landes ist, die dann diese Beteiligungen je nach Notwendigkeit macht und trifft und daher jenen Betrieben auf die Füße hilft, die schwach dastehen um dann hinauszugehen und in die nächsten Betriebe hineingehen und die wieder auf den Sprung bringt. Ich glaube, das wäre eine ganz wichtige Sache gewesen. Leider ist einiges in der letzten Zeit daneben gegangen, so dass es mit der Wirtschafts AG. nicht mehr diese Voraussetzung gibt, die es früher gegeben hat.

Ich darf kurz zusammenfassen. Zu diesem Hypo-Verkauf wird es unsere Zustimmung geben. Zinsverlust war auch angesprochen. Der Zinsverlust ist immer schwer zu verifizieren, je nach Höhe der Zinsen wird es mehr oder weniger sein und man kann nicht sagen, dass wir verlieren werden. Wir müssen auch bitte bedenken, dass wir für diese Summe wieder Kredite nehmen und fremdfinanzieren müssen, wir das ja auch nicht gratis bekommen und dafür ja auch ein Geld zahlen müssen. Also zum Hypo-Verkauf mit viel Bauchweh ja, weitere Privatisierungsschritte nur im Einzelfall. Genaues Konzept auf den Tisch, genaue Zukunftsaussichten auf den Tisch und dann können wir diesen Schritt gehen, sicherlich kein unkontrollierter Ausverkauf von Landesvermögen! Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 13.29 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Dr. Schachner. Ich darf es dir erteilen.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (13.29 Uhr):** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich, da wir ja die Privatisierungsdebatte noch sehr, sehr oft in diesem Haus haben werden, zu dem sachlich doch sehr heiklen Thema des Verkaufes der Hypo-Anteile zu Wort melden und durchaus kritisch diesen zweiten Vollzug der Veräußerung beleuchten. Ich stehe nicht an zu sagen, dass wir den ersten Schritt der Veräußerung, bis zu einer noch verbleibenden Mehrheit für das Land, selbst mitgetragen haben.

Ich verhehle auch nicht, dass man über die Sinnhaftigkeit eines solchen Zusammenschlusses über die Mehrheit hinaus nachdenken kann. Aber wenn Sie mir folgen wollen bei diesen Abläufen, dann gebe ich zu bedenken, dass die Sozialdemokratie, glaube ich, zu Recht sich gegen diese Veräußerung ausgesprochen hat, schon in der Regierung, und das im Landtag heute wieder tut.

Wir haben eine Situation vorgefunden, in der die Frage des Ratings einer Bank eine ganz, ganz entscheidende Rolle spielt. Anders ausgedrückt, wenn sich das Land aus der Mehrheit zurückzieht, dann besteht natürlich – und das würde jede Institution so treffen – die Gefahr einer Rückstufung im Rating.

Landesrat Paieryl hat mehrfach – auch noch im Sommer – erklärt, dass er die seinerzeit vereinbarte Put-Option in diesem Jahr nicht ziehen wird. Das haben auch die Ratingagenturen gewusst. Es hat dann eine sehr, sehr große Überraschung, aber auch darüber hinaus, über diese Überraschung hinaus, sehr intensive und hektische Aktivitäten aller gegeben, als die Put-Option dann tatsächlich gezogen wurde. Da geht es ja nicht um irgendetwas, sondern – ich habe es schon gesagt – um die Bewertung eines Unternehmens in seinem Rating und damit für die Zinsstruktur, weil die Bewertung wieder und das Rating dafür maßgeblich ist, wie die Refinanzierung funktioniert.

Was uns wirklich zutiefst gestört hat, ist diese Ankündigung, dass die Put-Option heuer nicht gezogen wird. Wir waren auch der Meinung, dass das richtig ist, sie nicht zu ziehen, weil wir ja durch die äußerst günstigen Konditionen bis zum Ende des nächsten Jahres, selbst wenn wir uns das Geld ausgeliehen hätten, einen höheren Zinsertrag gehabt hätten von der Raika, als wir anderwärtig für die Kredite bezahlt hätten. Also, Sie wissen, was das bedeutet? Das ausgeliehene Geld wäre billiger gewesen als der vorzeitige Verkauf durch das Ziehen der Put-Option durch den Finanzlandesreferenten und durch die ÖVP-Mehrheit. Das ist schon ein wirtschaftlicher Nachteil, den man einfach einmal festlegen muss.

Und das Zweite, was passiert ist – ich habe es schon gesagt –, dass natürlich die Aufgeschreckten zu Recht sich gemeldet und gesagt haben, jetzt haben wir geglaubt, die Put-Option wird nicht gezogen, dann wird sie gezogen und das jedenfalls ein Jahr, auch aus Sicht der Ratingagenturen, zu früh. Und dann ist die ganze Einstufungsproblematik und damit die Refinanzierungsproblematik natürlich wieder aufgetaucht.

Wir haben aus diesen beiden Gründen dieser Disharmonien, dieser sehr deutlichen Disharmonien, die hier hervorgerufen wurden, dagegen gestimmt. Ich sage Ihnen, nicht nur, dass ein ausgeliehenes Geld billiger gewesen wäre als der dort erzielte Ertrag, Punkt eins, dass, Punkt zwei, sich danach die Frage durch das Ziehen der Put-Option gestellt hat, wie wird diese Bank geratet, etwas geschehen ist, was uns beschäftigt hat. Das haben Sie mir auch bestätigt, Herr Kollege, das haben Sie in der Regierungssitzung selber gesagt. Dass dann etwas geschehen ist, was natürlich dann geschehen musste, dass das Land zwar die Mehrheit, meine Damen und Herren, an diesem Unternehmen verkauft und gleichzeitig die volle Haftung weiter übernimmt. Das ist die Form der Privatisierung, die ich mir überhaupt nicht mehr vorstellen kann. Also es wird die Mehrheit vom Land verkauft und gleichzeitig – natürlich gegen Entgelt, aber trotzdem, es sind 27 Millionen Schilling, das weiß eh ein jeder – behält das Land die komplette Haftung. Also, meine Damen und Herren, ich frage Sie, ob so etwas nicht auch eine Wettbewerbsverzerrung sein kann, oder ich erinnere mich an die Zeiten, wo ÖVP und FPÖ gemeinsam gewettert haben gegen die Sparkassen, die Haftungen übernommen haben, weil das wettbewerbsverzerrend ist, weil die Gemeinden Haftungen übernommen haben, weil das wettbewerbsverzerrend gegenüber anderen Kreditinstituten ist.

Nur weil wir jetzt Geld brauchen – wieder das gleiche Argument wie früher – wird die Put-Option jetzt gezogen mit diesen wirtschaftlichen Nachteilen aus unserer Sicht und dann geht man her und sagt, wir haben zwar privatisiert, die Mehrheit haben wir verkauft, aber das Land übernimmt wieder die volle Haftung, weil die ja natürlich bei einem Mehrheitsverkauf zur Disponibilität steht.

Also, meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, dass wir einer solchen Vorgangsweise weder aus wirtschaftlichen Überlegungen und in dem Fall auch aus Wettbewerbsüberlegungen weder in der Regierung zustimmen konnten und, ich gehe davon aus, auch im Hohen Haus unsere Fraktion nicht zustimmen kann. (Beifall bei der SPÖ. – 13.36 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (13.36 Uhr):** Meine sehr verehrten Damen und Herren!

In aller gebotenen Kürze, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich muss Sie – auch wenn es noch so schwer ist, das auf 1998 zurückzuvollziehen – aufmerksam machen, was damals einstimmig beschlossen wurde, aber beantragt vom Finanzreferenten, meinem Vorgänger, mit unserer Stimme, mit unserer Zustimmung, auch der der

FPÖ, was es da heißen hat. Ich lese vor, auch aus dem Kommunikee des Beraterteams Grünbichler, Held, Klausser, Nitsche, Pucher plus einem externen Berater, der da war, Salomon Brothers. Ich zitiere: „Um die Werthaltigkeit der Mehrheitsbeteiligung des Landes Steiermark zu sichern, wurde im Interesse des Landes Steiermark gemeinsam mit der Abgabe eines Kaufangebotes über 49 Prozent der Aktien,“ – damals 1998 – „weitere die Vorlage einer verbindlichen Verkaufsoption für eine weitere Beteiligung im Ausmaß von 26 Prozent des Grundkapitals der Bank minus einer Aktie bedungen!“ Zitat Ende!

Das war es, dazu hat man sich bekannt. Und wenn Sie jetzt hergehen und sagen (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „War einstimmig!“) kritisch, weil man hat nur 49 Prozent verkaufen wollen, dann stimmt das einfach nicht. Man hat damals – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das stimmt nicht, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, wir haben das einstimmig beschlossen!“)

Ist in Ordnung. Also, wir haben das einstimmig beschlossen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es geht um das Ziehen Ihrer Put-Option, Herr Kollege, zum Nachteil des Landes. Um das geht es und um nichts anderes. Dass wir vorher einstimmig beschlossen haben, habe ich gesagt. Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche, aber es geht um Ihre Wahrnehmung der Put-Option entgegen Ihrer Ankündigung!“) Die Frage wäre gewesen, die Put-Option noch bis Ende 2002, das heißt um ein Jahr länger nicht zu ziehen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „So ist es!“)

Meine Damen und Herren, das war deswegen nicht möglich, weil wir im Budget auf der Einnahmenseite für die Ausgabe „Zukunftsfonds“ eine Milliarde Schilling – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das Geld haben Sie gebraucht. Ich habe nichts anderes gesagt!“)

Sie würden sich viel leichter tun, Sie persönlich und auch die Damen und Herren, wenn Sie mich ausreden ließen, die Sätze beenden ließen. Dass wir eine Milliarde aus Veräußerungserlösen von Beteiligungen – da ist nicht dabei gestanden, welche Beteiligungen, steht auch nicht dabei, Sie können es anschauen, Sie haben es ja beschlossen, das Budget – erzielen, damit auf der Ausgabenseite für 50 Millionen Schilling der Zukunftsfonds, wie insbesondere Wiedner und Kasic es dargestellt haben, dotiert werden kann.

Es ging um ein Jahr. Und, meine Damen und Herren, diese politische Falle, in die Sie mich oder uns hineintreiben wollten, nämlich Schulden zu machen, um dann hier sagen zu können, um Gottes willen, das Budget ist explodiert, das Budget hält nicht, den Gefallen konnten und können wir Ihnen nicht tun. Ich bitte Sie, uns nicht für so politisch naiv zu halten. Das Schuldenmachen wäre nämlich die Alternative gewesen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Verkaufen ist auch Schulden machen!“) Nein, leider nicht. Das Verkaufen ist kein Schulden machen. Das ist stille Reserven – (Abg. Mag. Erlitz: „Ja, Belastung der künftigen Generationen, einen Besitz verkaufen!“) Herr Direktor, bitte.

Zum Rating und zur Haftung. Diese Frage der Haftung und des Ratings wäre auch in einem Jahr zu beantworten gewesen. Also auch da bitteschön, ich verstehe die Aufregung nicht, wir haben das ohnedies klar gemacht gegenüber der Ratingagentur, dass diese Haftungsfrage und auch die Prämie nicht gefährdet sind. Also nochmals, bitte machen Sie da keinen Wind daraus, es ist beschlossen worden im 98er Jahr über Antrag vom Kollegen Ressel, eine Landtagsvorlage, ich habe sie Ihnen vorgelesen. Und den politischen Gefallen, dass wir Schulden machen und nicht aus dem Vermögen etwas dotieren, was zukunfts wichtig ist, den Gefallen konnten wir Ihnen nicht tun. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.40 Uhr.)

**Präsident Dr. Rieder:** Eine weitere Wortmeldung von Klubobmann Schrittwieser. Ich erteile dir gerne das Wort.

**Abg. Schrittwieser (13.40 Uhr):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Kein Mensch hat irgendwo erklärt, dass wir zu dem, was wir bei der ersten Tranche der Hypo vereinbart haben, nicht stehen. Das gehört zu unseren Eigenschaften, zum Unterschied von anderen, dass wir zu dem, was wir ausmachen, auch stehen.

Aber der Kollege Wiedner hat heute unter Tagesordnungspunkt zwei und drei hier am Rednerpult erklärt, wenn wir eine Milliarde Schilling mehr Schulden haben im Rechnungsabschluss, dann kostet uns das 30 Millionen Schilling. Genau so war es, nicht? Warum die so hoch sind, haben wir schon diskutiert. Wir haben eben gemeint, meine Damen und Herren, und gar so auf den Putz brauchen wir nicht hauen, weil wir im Zukunftsfonds 50 Millionen Schilling drinnen haben, wir reden, wie wir die Zukunft gestalten und der Landesfinanzreferent sieht das als die Leistung der Nation, 50 Millionen Schilling Zukunftsfonds für unsere Jugend. Auf der anderen Seite nehmen Sie es ihnen mit den Studiengebühren ohnedies wieder weg. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du wirst es nicht verhindern können!“)

Das ist es ja nicht. Meine Damen und Herren, jawohl zum Zukunftsfonds, aber wenn wir diese Put-Option jetzt nicht gezogen hätten (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Erkläre dem Hohen Haus, was eine Put-Option ist!“) und das noch ein Jahr drinnen gelassen hätten, hätten wir wahrscheinlich schon aus den Zinserträgen den Zukunftsfonds finanziert, meine Damen und Herren. Und es ist so, Kollege Paierl, ihr tut immer so, als würde sich die SPÖ da herstellen und würde die Dinge nur mies machen. (Abg. Dr. Lopatka: „Ja, richtig, so ist es!“) Freunde, ihr baut eine Panne nach der anderen. Ich sage euch ein Beispiel. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Was mies ist, können wir nicht gut reden!“) Ich sage euch jetzt ein Beispiel, nehmen wir die Wasserkraftwerke her. Wir haben alle unsere Wasserkraftwerke in ein österreichisches Unternehmen eingebracht, haben dort, glaube ich, einige Prozentpunkte, was ungefähr einen Wert von 125 Millionen Schilling hat und die Wasserkraftwerke waren alle weg. Die Frage, was mit unserem Wasser dort einmal passiert, wissen wir noch nicht. Aber wenn ich denke, meine Damen

und Herren, dass allein Fische 700 Millionen Schilling gekostet hat und ihr habt das in einen Wert von 125 Millionen bei 28 Wasserkraftwerken eingebracht, dann ist und bleibt das ein Flop. Und ich habe eben das Gefühl, dass euch alles, was ihr in der Frage angreift, vor lauter Angst, dass euer Budget hält, euch alles recht ist, was ihr verschleiern könnt und wenn der Preis noch so niedrig ist. Da ist mir schon lieber, meine Damen und Herren, dass wir bei der Budgetwahrheit bleiben und sagen – und das schreibt uns ja auch die EU nicht vor, wie ihr immer sagt – das geht sich in dem Jahr heuer noch nicht aus und aus diesem und jenem Grund können wir das nicht halten. Weil bitte schön, ihr könnt ja wirklich nicht den Steirerinnen und Steirern vormachen – und Herr Landesrat Paierl ist ja hinausgegangen, weil er das nicht mehr hören kann, ich verstehe das allerdings –, ihr macht keine Schulden, wenn ihr mit der LIG einen Budgettrick mit 1,5 Milliarden Schilling macht, wenn ihr – jetzt sage ich das heute zum zweiten Mal – bei den laufenden Kosten bei der KAGES pro Jahr 3 Milliarden Schilling Schulden macht, bei zwei Budgets 6 Milliarden. Und ihr geht dann her und sagt, ihr macht keine Schulden. Ihr schmuggelt in den zwei Jahren 8 bis 10 Milliarden Schilling an Schulden am Budget vorbei. Dann stellt ihr euch hin und sagt, wie super ihr seid, weil der Herr Paierl vielleicht noch besser dastehen will als der Herr Grasser und ihr könnt uns da nicht als jemanden hinstellen, der die Unwahrheit sagt, nur weil wir den Unsinn nicht mittragen. Das lasst euch einmal ins Stammbuch schreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Wiedner: „Siegi, wie schaut es denn aus mit der Asfinag? Wie war das im Bund mit der Asfinag?“) Freunde, über alles können wir reden. Ich gestehe ja auch zu, dass sich in der Politik Rahmenbedingungen ändern können und ich gestehe auch zu, dass man über das eine oder andere diskutieren muss, weil es anders ist als vor zehn oder fünfzehn Jahren. Aber da bin ich schon der Meinung, dass wir ehrlich miteinander umgehen sollten. Aber ihr macht das ja anders, ihr sagt, wir machen jetzt ein Nulldefizit und schmuggelt am Budget 10 Milliarden vorbei. Das ist nicht ehrlich. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Freund Wiedner, darf ich Ihnen etwas sagen? Gewisse Weisheiten bleiben. Verkaufen kann man nur einmal. Das hat mir mein Vater schon gesagt und das stimmt bis heute!“ – Abg. Wiedner: „Reden Sie mit mir?“ – Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ja. Gewisse Weisheiten bleiben, verscherbeln können Sie nur einmal!“ – Abg. Wiedner: „Habe ich nie bestritten, oder?“)

Und in Wirklichkeit, meine Damen und Herren, befrage ich Sie, der Herr Landesrat hat mir das von der ersten Debatte zu den Tagesordnungspunkten zwei und drei noch nicht beantwortet. Wie wird er die 5 Milliarden, die er 2003 und 2004 für die KAGES braucht, finanzieren? Er hat das noch nicht gesagt. Das interessiert die Öffentlichkeit. Wie wird er das tun? Er schreibt, als verantwortungsvoller Politiker, wie er vorgibt zu sein, immer hinein: „Ich weiß selbst nicht, wie ich mit dem umgehe 2003 und 2004, wenn ich 5 Milliarden brauche!“ Und da muss ich sagen, das ist für einen verantwortungsvollen Finanzreferenten unwürdig. Jetzt sage ich noch etwas dazu. Der Kollege Paierl hat heute erklärt, er macht deshalb ein Nachtragsbudget, weil er diese überplanmäßigen Ausgabenbeschlüsse nicht mehr haben will. Ich habe mich sofort schlaugemacht und habe gefragt, wie war das denn heuer schon? Jetzt habe ich nachgeschaut, wir haben heuer bereits – da gehört ein Budgetposten vielleicht noch in den Dezember hinein – acht Beschlüsse gefasst über außerplanmäßige Ausgaben, meine Damen und Herren. Acht Stücke haben wir in diesem Jahr schon beschlossen und da sagt der Herr Landesrat, er macht ein Nachtragsbudget im Gegensatz zu Landesrat Ressel, der keines gemacht hat, weil er diese Beschlüsse nicht will. Acht, lieber Freund, acht haben wir in diesem Jahr bereits beschlossen! (Abg. Straßberger: „Mit welchen Zahlen?“)

Und noch etwas, ich muss das sagen, weil mir das nicht passt. Wir setzen uns mit dem Budget von Beginn an ernsthaft auseinander, nur, haben wir immer Tränen in den Augen, was da alles drinnen steht, was ihr uns vorlegt. Aber, weil wir diese Ernsthaftigkeit haben, haben wir den Hofrat Wurm gebeten, er ist ein kompetenter, von allen anerkannter Fachmann in der Rechtsabteilung 10 als Chef und ich habe ihn gebeten, zu uns in den Klub zu kommen, um uns sachlich, nicht politisch polemisch, wie es vielleicht der Kollege Paierl getan hätte, zu sagen, was bedeutet der Stabilitätspakt. 3,5 Milliarden Schilling pro Jahr Budgetüberschuss, der uns jetzt abgeht. Wie wird sich das auswirken? Wisst ihr, was die Antwort war von Landesrat Paierl, weil er braucht die Zustimmung des zuständigen Finanzreferenten, er hat gesagt, der Hofrat Wurm kann nur in den Klub der SPÖ kommen, wenn er selbst mitkommen kann. Ich wollte ja eine sachliche Information von Hofrat Wurm, die mit Inhalten, mit Fakten und Daten gespickt ist, aber nicht eine politische Position, die höre ich ja da. Aber er hat es ihm untersagt. Im Gegensatz – aber die FPÖ ist ja euer Partner derzeit, der müsst ihr ja schön tun, damit ihr eure Beschlüsse durchziehen könnt – beim FPÖ-Klub hat Herr Hofrat Wurm sehr wohl auftreten können und hat dort die Fakten und Daten übermitteln können. (Abg. Wiedner: „Wir haben ja sachliche Fragen gehabt!“)

Da misst er mit zweierlei Maß. Er hindert uns ja an der sachlichen Arbeit, die wir bei der Budgetgestaltung wollen. Wenn er zugelassen hätte, dass Herr Hofrat Wurm dorthin kommt, hätten wir vielleicht Erkenntnisse gewonnen, die wir noch gar nicht wissen. Aber er will das nicht, weil es ihm nicht um die Sache geht, sondern er will sein Budget durchboxen, er will wie Grasser ein Nullbudget, und die Leute zahlen die Zeche. Da können wir einfach nicht mit. Und noch einmal – weil es schon zweimal heute gefallen ist –, ich kann das ja schon gar nicht mehr hören, wegen Kapfenberg. Der Landesrat Paierl ist einer, der sich da herstellt und sagt, der Markt regelt alles und wir müssen dem freien Markt den Spielraum lassen, der regelt alles, gestaltet alles und entwickelt sich und die Wirtschaftsexperten, die da im Haus sitzen, wiederholen das ständig.

Meine Damen und Herren, der Bürgermeister Wegscheider hat verantwortungsbewusster gehandelt als das der Landesrat Paierl bei Gleichenberg gemacht hat. Weil in Gleichenberg hat er gesagt, geben wir es gleich einer Gruppe, die mir sehr nahe steht und schreiben wir es gar nicht aus.

Aber der Bürgermeister Wegscheider hat das ausgeschrieben und hat die Anbote eingeholt. Mir wäre auch eine steirische Lösung lieber gewesen. Aber wenn die Anstrengung des Herrn Landesrates und der Verantwortlichen zu wenig groß sind, dann muss ich sagen, dann geht es halt nicht. Und was war im Sommer? Die ESTAG war im Sommer nach der Anbotseröffnung schon ausgeschieden und der Bürgermeister Wegscheider hat wieder die ESTAG hereingeholt und sie haben nachträglich, auch mit Gesprächen mit Landesrat Paierl, zusätzlich angeboten. Am Anfang hat sie ja weit darunter angeboten. Das heißt, nicht der Wegscheider hat sie ausgeschieden, sondern er hat sie wieder hereingeholt. Und letztendlich, liebe Freunde, war es halt so, dass die anderen leider ein Bestbieterangebot gelegt haben. Nachdem man die Frage der Absprache nicht gelten lassen kann, hat Wegscheider eine Firma in Wien beauftragt, um permanent die zwei Firmen – ESTAG und KELAG – zu prüfen, wer der Bestbieter ist. Und diese Firma hat fachlich geprüft und hat gesagt, die KELAG ist das.

Nur, man weiß auch jetzt nicht, wer schuld ist, weil als Erster hat man vom Land her reagiert. Anwälte haben Briefe geschrieben, haben gedroht, da gibt das Land nie die Zustimmung. Am zweiten Tag war der Bürgermeister Wegscheider schuld, dass das alles schief gegangen ist. (Abg. Straßberger: „Kollege!“)

Das hat der Paierl an den Wegscheider geschrieben, lieber Freund. Den Brief lasse ich dir in drei Minuten zustellen. Du musst das alles nur lesen.

Und dann geht der Herr Kollege Paierl her, weil alle sagen, der Wegscheider hat hier verantwortungsvoll gehandelt, und sagt, na eigentlich ist der Schachner schuld, weil der Schachner hat gesagt, das darf alles nicht sein. Ja glaubt ihr wirklich, dass euch das irgendwer abnimmt? Das ist eine Entscheidung, wie sie von Paierl hier immer wieder propagiert wird. Er hat nämlich in der Energiepolitik keine glückliche Hand. Davor hat er Angst. Jetzt hat er Kapfenberg verloren, weil sie nicht ordentlich geredet und Anbote gelegt haben. Wer weiß, was in Graz ist. Die Austrialösung hat er nicht zusammengebracht und die Energielösung Steiermark-Süd hat er auch nicht zusammengebracht. Dass es jetzt langsam eng wird für ihn (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Balzicek: „Wasserkraft hat er verscherbelt!“), das verstehe ich schon.

Daher meine ich, nicht den Bürgermeister Wegscheider schuldig werden lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ihr habt jetzt schon fünf Schuldige gehabt innerhalb einer Woche. Ihr müsst euch einmal einigen, was ihr wirklich damit meint. Ich sage euch, die Kapfenberger Sache wäre vielleicht besser gewesen, wenn es eine steirische Lösung gewesen wäre. Aber auch der Bürgermeister Wegscheider ist bundesrechnungshofgeprüft in Kapfenberg. Und wenn diese Anbote von einer renommierten Firma in Wien geprüft wurden und als Bestbieter die KELAG herauskommt, bleibt dem Gemeinderat gar nichts anderes übrig. Ich sage euch gleich dazu, die ÖVP- und die FPÖ-Gemeinderäte haben in der Stadtgemeinde ebenfalls für diese Entscheidung gestimmt. Das war keine einsame Entscheidung der SPÖ. Das wollte ich euch auch einmal sagen. Aber in der Energiepolitik habt ihr wahrscheinlich eine äußerst unglückliche Hand und jetzt seht ihr langsam, dass es sich hinten und vorne nicht ausieht. (Beifall bei der SPÖ. – 13.53 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich darf es Ihnen erteilen.

**Abg. Hagenauer** (13.53 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Drei Anmerkungen: Das Erste in Richtung Freiheitliche Partei. Herr Kollege Wiedner, Sie haben eindrucksvoll ausgeführt die Position der Freiheitlichen Partei, dass im Infrastrukturbereich mehr als 50 Prozent im öffentlichen Eigentum bleiben sollen.

Wir stimmen Ihnen vollinhaltlich zu. Ich erlaube mir aber, wenn Sie gestatten, eine kleine Anregung, sagen Sie das auch Ihren Kolleginnen und Kollegen in Graz drüben, ein paar Meter weiter im Rathaus. Dort ist die Botschaft noch nicht angekommen. Wie Sie selbst wahrscheinlich wissen, hat das Rathaus mit den Stadtwerken und insbesondere mit dem Energiebereich – und den zähle ich allemal zum Infrastrukturbereich – ganz anderes vor. Von den Freiheitlichen im Rathaus habe ich da noch nichts gehört. Also meine Bitte, kommunizieren und nicht in alter Manier auf allen Hochzeiten tanzen, je nachdem wie es gerade lustig ist.

Das Zweite: Zum Informationsangebot und zur Informationspolitik in Sachen Budget. Jetzt habe ich heute mehrfach gehört, dass der Herr Hofrat Wurm informieren soll beziehungsweise nicht oder nicht alleine informieren soll. Ich darf hiemit gleich im Namen der Grünen einmal den Wunsch deponieren, wir hätten auch ganz gerne geredet mit dem Herrn Hofrat Wurm. Ja, wir würden sogar akzeptieren, wenn er in Begleitung des Landesrates zu uns kommt. Das würde uns nicht weiter belästigen. Das sage ich gleich einmal in der gebotenen Bescheidenheit. Wir nehmen das in Kauf, dass der Herr Landesrat Paierl als Aufpasser oder wie immer, als Informant mitkommt.

An der Stelle, weil es auch heute in der Debatte mehrfach gefallen ist, der Herr Landesrat sagt dann immer nachträglich, wenn eine Wortmeldung, so wie heute von der Frau Kollegin Lechner-Sonnek, kommt, dass das und das sie kritisch sieht, man hätte ihn ja fragen können beziehungsweise er stünde ja für Informationen zur Verfügung. Im Nachhinein ist das so eine Geschichte. Ich halte jetzt auch hier an der Stelle noch einmal fest, weil es mehrfach gekommen ist hier und heute, in der Vorlage steht drinnen, dass das Budget ausgeglichen sein wird. Es steht aber nicht drinnen, durch welche Maßnahmen ausgeglichen wird. Das sage ich jetzt zum dritten Mal im Namen der Grünen, es steht nicht drinnen, durch welche Maßnahmen. Ich bin nun einmal so unbescheiden, dass ich als Abgeordneter gerne gewusst hätte, durch welche Maßnahmen. Seien Sie mir nicht böse.

Und das Dritte: ESTAG. Das geht auch wieder zurück auf den Bereich öffentliches Eigentum an Infrastruktur. Wissen Sie, was mir in diesen Tagen auffällt, wenn der Herr Landesrat Paierl und wenn das Land Steiermark, aber insbesondere jetzt der Herr Landesrat, sagt, so eine Schweinerei, die Kapfenberger, wie verantwortungslos, die müssen doch an das gemeinsame Ganze denken, dann habe ich mir gedacht, ja, Hagenauer, verdammt noch einmal, da stimmt doch etwas nicht. Und nach angestrengtem Nachdenken bin ich draufgekommen, was hier nicht stimmt und ich werde es Ihnen nicht verheimlichen, wie Sie wahrscheinlich vermuten. Ich bin draufgekommen, dass derjenige in Österreich, der als Erster marschiert und ausgesichert ist aus einer österreichischen Energielösung und der die STEWEAG und die steirische Elektrizitätsinfrastruktur maßgeblich – nicht alleine, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie – daran gebastelt hat, dass genau die österreichische gemeinsame Lösung den Bach hinuntergegangen ist, wer war denn das? Wer war denn das? Also, wenn bitte schön da Tränen nicht angebracht sind im Hinblick auf irgendwelche Extratouren und Ausverkauf, wohin immer, bitte aus der Steiermark, so Leid es mir tut das feststellen zu müssen, dann ist das sicherlich nicht angebracht, wenn der Herr Landesrat Paierl ausgerechnet jetzt auf diese Argumentationslinie kommt. Und das gilt auch für andere besonders heimat-treue und vaterländische Personen. Da meine ich natürlich nicht zuletzt den von mir, wie Sie wissen ja in welchem Ausmaß geschätzten Kärntner Landeshauptmann, der auch immer diese nationale Platte auflegt und dem dann natürlich fünf vor Zwölf auch nichts Besseres eingefallen ist als wie beim Hintertürle hinauszumarschieren und seine KELAG schnell an einen anderen Atomkonzern zu verschern, na net.

Was wir hier haben im Land ist nichts anderes als ein Sittenbild der Republik. Der Egon-Matzner-Titel, der heute schon hier vom Herrn Landesrat vorgestellt wurde, „Die vergeudete Republik“ beschreibt das auch. Ich habe das Buch auch und ich kenne den Inhalt. In der Tat ist das Schicksal der Elektrizitätswirtschaft ein Paradebeispiel für die vergeudete Republik, ein Paradebeispiel.

Was da passiert ist durch eine unerträgliche Verfilzung von Parteipolitik mit Infrastruktur, mit öffentlichem Eigentum, das ist genau jetzt das Problem. Die Energieversorgungs-bosse scheren sich einen Dreck um die Politik und um die Politiker. Die fahren beinhart ihren eigenen Kurs, bekriegen sich bis auf das Blut auf Kosten des Allgemeininteresses. Das ist einmal das Erste. Und ich kann sie verstehen. Ich kann jeden Energieversorgungs-unternehmensboss sehr gut verstehen, wie soll er denn in einem Land wie Österreich Respekt haben vor einem Politiker, wenn er jahrzehntelang nichts anderes zu tun hatte als irgendwelche parteipolitischen, tagespolitischen Interessen durchzudrücken, sei es einen Posten da, sei es eine unnötige Investition, wo er gewusst hat, das brauche ich nicht dort und das Ganze in Milliardenhöhe. Das ist einmal das eine und das andere, was ich noch zu sagen habe zu diesem Thema, zur aktuellen Debatte der Privatisierung im Energiebereich, ist das, schauen wir uns doch an, wo sind denn jetzt die öffentlichen Interessen in Wirklichkeit am Energiesektor? Da geht es nicht – der Herr Landeshauptfraustellvertreter ist nicht da – da geht es aus meiner Sicht jetzt nicht primär um das Wasser der Steiermark, das da mitverschert wird. Ich glaube eben nicht – selbst als Grüner –, dass jetzt irgendwer eine Pipeline bauen wird und irgendeinen steirischen Stausee damit ausleeren wird, wenn er nicht selbst öffentliches Unternehmen ist. Ich habe darauf schon ein paarmal hingewiesen. Ein Privater kann nicht irgendeine Pipeline durch die Gegend bauen. Wie soll er denn die Grundstücke für die Leitung enteignen? Wenn er aber öffentliches Unternehmen ist, irgendeine Wasserversorgungsgesellschaft, dann wird es eng. Natürlich, in dieser Kombination wird es eng. Aber das ist jedenfalls bis jetzt für mich nicht absehbar. Auf jeden Fall wäre ich aus diesem Grund in der Tat auch dagegen, dass man Wasserversorgungsunternehmen jetzt privatisiert. Weil wo ist denn die Grenze? Wie treten denn die auf, als öffentliche Unternehmen oder als solche, die jetzt ihre Gewinne maximieren, sogar maximieren müssen als Aktiengesellschaften?

Da ist dann der Wurm drinnen. Aber es gibt noch einen anderen Bereich, einen aktuellen, der viel, viel brisanter ist oder im Moment jedenfalls wichtiger ist als der Wasserbereich oder aktueller, das ist der ganze Alternativenenergiebereich. Schauen Sie sich doch bitte an, was in der österreichischen Energiewirtschaft an gegenseitigen abenteuerlichen Spekulationen gegeneinander auf der Börse, wo die EVN-Aktien am Verbund und die Steirer-Aktien an der EVN und die OKA wieder sonst wo, wo sich die Herrschaften gegenseitig mit Milliarden versucht haben auszutricksen, wie in der Fernsehserie bei Dallas. Milliarden! Schauen Sie doch, machen Sie irgend eine Illustrierte heute auf und schlagen Sie dort ein paar Seiten nur um, lauter ganzseitige Farbinserate im Hochglanz um hunderttausende Schilling jedes einzelne. Da muss man unbedingt dann Switch und Select kaufen und dann können wir jeden Tag in der Zeitung lesen, dass niemand, aber niemand wechselt von den kleinen Konsumenten. In der Steiermark mit gutem Grund, weil das Wechseln sie ja ohnehin nur bestrafen würde. Jetzt hätte ich gerne einmal gewusst, wie viel zig Millionen Schilling hat die ESTAG bereits nur für Inserate für diesen Select-Strom ausgegeben? (Beifall bei den Grünen.)

Wenn sie ein paar Großkunden einen Brief schreibt und sagt, passt auf, Burschen, wir sind die Besseren, gegessen, in Ordnung. Dann reden wir aber noch darüber, wer diesen Rabatt für die Großkunden schlussendlich zahlt. Aber dass man hergeht und an die kleinen Kunden angeblich mit x-dutzenden Millionen Werbeaufwand herantritt und die kleinen Kunden können gar nicht wechseln, weil sie draufzahlen würden, das erklären Sie mir einmal, was das für einen Sinn macht. Und wenn dann irgendein Würstel kommt mit einer kleinen Biogasanlage, dann sagt man, tut uns Leid, wir sind ein Unternehmen, wir müssen kalkulieren, verstehst du nichts von der Betriebswirtschaft? So schaut es aus. Öffentliches Interesse in der Tat ist zu sichern und öffentliches Interesse wäre in diesem Bereich wirklich und bei Gott wahrzunehmen, solange die Steiermark ja noch eine Mehrheit hat am Papier. Wie gesagt, sie kann sie nicht ausüben, weil sie es nicht ausüben will, öffentliches Interesse wäre in den Alternativenenergiesektor zu investieren statt in schwachsinnige Inserate. Da könnte man für die Zukunft etwas tun. Da könnte man nicht zuletzt sehr, sehr viele Arbeitsplätze sichern. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen. – 14.04 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die mehrheitliche Annahme feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 526/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend behindertengerechter Zugang aller Bezirkshauptmannschaften.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hagenauer** (14.05 Uhr): Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat den Antrag der Grünen beraten und stellt demgemäß den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge eines etwaigen Investitionsprogrammes für die Bauwirtschaft vorrangig den behindertengerechten Zugang aller Bezirkshauptmannschaften zu verwirklichen. Ich bitte um Annahme. (14.06 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile es ihr.

**Abg. Wicher** (14.06 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Als ich die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung erstmalig zu Gesicht bekommen habe, habe ich mir gedacht, wunderbar, diesmal bin ich schon beim Tagesordnungspunkt 6 dran und vielleicht werden dann meine Ausführungen, von denen ich ja nicht unbedingt behaupte, dass sie glorios sind, aber dass sie doch Einblicke in das geben, was behinderte Menschen anlangt, ein größeres Publikum haben. Von den Medien leider Gottes ist auch niemand mehr da, das Fernsehen interessiert sich eher auch für die Debatten, die auf der Regierungsbank abgehalten werden. Aber so ist es anscheinend, das sind Minderheitenthemen, wenn ich das so sagen darf, wobei ich der Meinung bin, Behinderte immer zu Minderheiten zu zählen, eigentlich ein falscher Ansatz ist.

Zum jetzigen Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren. Der Inhalt dieses Antrages, dem unsere Fraktion schon im Ausschuss zugestimmt hat und dem wir jetzt natürlich auch zustimmen werden, könnte in seiner Verwirklichung zweierlei Nutzen bringen. Zum Ersten für die Bauwirtschaft, der es nicht besonders gut geht und die dadurch vermehrte Impulse bekommen könnte. Zum Zweiten natürlich und vorrangig, würde ich sagen für die behinderten Menschen in unserem Land, die es nach wie vor noch mit vielen Barrieren zu tun haben. Gerechterweise allerdings muss gesagt werden, dass in vielen Bereichen noch sehr viel getan werden muss beziehungsweise es wurde viel getan und das muss man gerechterweise sagen. Zum Teil und das möchte ich auch anmerken auf Grund von Reklamationen und Anregungen von Behindertenorganisationen, die sich für die Interessen der behinderten Menschen in unserem Land einsetzen. Fraglos muss noch manches in Angriff genommen werden, vor allem im Bereich der öffentlich zugänglichen Gebäude und Einrichtungen. Nur einige Beispiele, die ich Ihnen bringen darf: Kultur-, Tourismus-, Freizeiteinrichtungen, Arztpraxen und es gäbe wirklich viel, was hier aufzuzählen wäre. Barrierefrei zugängliche Örtlichkeiten bieten allen Benützern Vorteile und den erwünschten Komfort. Denken Sie nur an Eltern, die mit Buggys unterwegs sind, denken Sie an Kleinkinder, denken Sie an Schulkinder. Wir haben heute übrigens den Tag der Kinderrechte. Wir haben kleine Abgeordnete der Katholischen Jugend hier gehabt, die uns Politikern einen Ohrenreiniger überreicht haben, damit wir immer offene Ohren für Anliegen von Kindern haben. Aber ich denke, das ist ja wohl selbstverständlich.

Und nicht zu vergessen, die älteren Menschen in unserem Land. Auch von kurzzeitig Behinderten. Ein Gipsverband oder eine operierte Hüfte kann durchaus sehr bewegungseinschränkend sein. Und diese nur kurzzeitig Behinderten würden über stufenlose Zugänge und vorhandene Lifte sehr froh und Ihnen auch zu Dank verpflichtet sein.

Treppen können zweifellos den Eindruck eines Gebäudes sehr reizvoll gestalten und, was manchmal mir als vorrangig erscheint, das Konzept des Architekten widerspiegeln.

Italien führt uns vor, wie schlüssig sich Funktionalität und Ästhetik vereinen lassen.

Eine gute Entscheidungshilfe, meine Damen und Herren, für alle Bau- und Umbauvorhaben ist die Önorm B 1600 beziehungsweise B 1601, die bereits seit 1977 existiert. Bedauerlicherweise hat sie nur empfehlenden Charakter, sollte aber dringend, sehr dringend Platz in den geltenden Bau- und Raumordnungsgesetzen finden. Bis dahin mein Tipp an die Gemeinden: Fordern Sie die Önorm B 1600 beziehungsweise B 1601 beim Normungsinstitut in Wien an. Sie ist, wie schon erwähnt, eine wirklich gute Entscheidungshilfe und kann belegen, dass barrierefreies und ich möchte sogar behaupten menschengerechtes Bauen keine höheren Kosten verursacht. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Planung rechtzeitig erfolgt und nicht im Nachhinein dann Adaptionen vorgenommen werden müssen.

Am 28. November, also in der kommenden Woche, findet in Wien der Nationale Informationstag statt. Es ist dies eine Veranstaltung, die von der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, dem Dachverband aller Behindertenorganisationen, organisiert wird. Im Rahmen dieser Veranstaltung wird über die Notwendigkeit barrierefreien Bauens und ebenso die Umsetzungsmöglichkeiten referiert. Wenn der eine oder die andere Abgeordnete, liebe Kolleginnen oder Kollegen, daran Interesse hätte, ich stehe gerne für weitere Informationen zur Verfügung. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 14.13 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile es ihr.

**Abg. Lechner-Sonnek (14.13 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Anne Marie Wicher hat schon darauf hingewiesen, es hat schon etwas Frustrierendes an sich, wenn sich der Saal leert angesichts eines Tagesordnungspunktes, der einem sehr wichtig ist. Ich möchte auch noch betonen, auch die Regierungsbank ist leer. Wir hätten zwei zuständige Regierungsmitglieder – den Landesrat Flecker und den Landesrat Paierl als Zuständigen für die Liegenschaften. Nachdem es immer wieder einmal vorkommt, dass im Landtag etwas beschlossen wird, wo die Regierung dann beschließt, das nicht durchzuführen – unlängst passiert in Sachen 380-kV-Leitung –, möchte ich noch einmal betonen, dass ich mir schon erwarte, dass es hier zu einer Umsetzung kommt.

Anne Marie Wicher hat grundsätzlich schon geschildert, worum es geht. Wichtig ist, glaube ich, zu erwähnen, dass es nicht ausreicht, wenn man sagt, man hilft eh jemandem rein oder da kommt eh die Rettung, wenn eine Person in ein Amt will, sondern dass es möglich sein muss, dass jede Person, auch wenn sie gehbehindert oder auf den Rollstuhl angewiesen ist, selbstbestimmt, das heißt zum selbst gewählten Zeitpunkt und in der selbst gewählten Form, jederzeit ein Amt zu betreten und auch wieder zu verlassen. Ich denke, das gehört eigentlich zu den Bürgerrechten. Schlimm genug, dass man es hier überhaupt noch verlangen und artikulieren muss. Auch unsere Verfassung hält das fest, dass es nichts geben darf, was Menschen auf Grund ihrer Behinderung diskriminiert und hält auch fest, dass sich daraus Aufgaben für die Länder und Gemeinden ableiten.

Die Grünen haben im Rahmen einer Behindertenkampagne heuer über ein knappes halbes Jahr hinweg alle Bezirkshauptmannschaften des Landes Steiermark auf ihre Behindertenfreundlichkeit untersucht. Im Übrigen nicht nur die Bezirkshauptmannschaften, sondern auch alle anderen öffentlichen Gebäude in diesen Bezirkshauptstädten. Das waren also die Rathäuser, das waren also auch quasi öffentliche Gebäude, wie die Post, oder wir sind sogar bis zur Analyse der Banken gegangen, Gebietskrankenkassen, Arztpraxen und so weiter. Alles, was Menschen einfach brauchen und alles, wo Menschen scheitern, die im Rollstuhl sitzen, denn man kann eines sagen, bis auf einen Teil der Bezirkshauptmannschaften und einen Teil der Rathäuser sind die meisten Gebäude nicht barrierefrei zugänglich.

Es gibt ein paar sehr gute Beispiele für alte Bezirkshauptmannschaften, die zu einer Zeit gebaut worden sind, wo das überhaupt noch kein Thema war. Ich möchte als herausragendes Beispiel die Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg nennen, die relativ neu renoviert worden ist anlässlich ihres 80-jährigen Bestandes. (Abg. Tschernko: „Leibnitz!“) Ja, als Nächstes sofort Leibnitz. Auch eine alte BH, auch sehr schön renoviert. Im Übrigen auch Hartberg, Radkersburg, Leoben. Also da gibt es einige.

Aber es gibt auch einige Bezirkshauptmannschaften, die noch nicht einmal einen Lift haben. Und das, denke ich, sollte bald der Vergangenheit angehören. Ich führe da nur als Beispiel an die Bezirkshauptmannschaften in Knittelfeld, Voitsberg und Feldbach. Das kann es also sicher nicht sein, auch wenn man sieht, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der jeweiligen BHs sehr bemühen, diesen Mangel zu kompensieren.

Aber es muss möglich sein, dass jemand im Rollstuhl überall hinkommt. Es kann nicht angehen und kann nicht auf Dauer akzeptiert werden, dass es hier einfach zwei Klassen von Bürgern und Bürgerinnen gibt.

Im Übrigen habe ich noch einen Wunsch und eine Hoffnung. Im Landtag sitzt ja ein großes Maß an Bürgermeistern. Kollege Gödl sitzt da. Ich wünsche mir, dass diese Bereitschaft, die die Bezirkshauptleute gezeigt haben, diese Aktion zu unterstützen und diese Bereitschaft, die jetzt zu meiner großen Freude auch hier im Landtag ist, auch ausstrahlt in die Gemeinden, denn es ist so, dass wir uns natürlich auch die Rathäuser im Rahmen unserer Kampagne angeschaut und festgestellt haben, dass dort die Bedingungen zum Teil schlechter sind. Einen speziellen Wunsch hätte ich noch: Es gehört für mich auch dazu, dass in einer Gemeinde der Sitzungssaal der Gemeinde erreichbar ist für jemanden im Rollstuhl. Es ist ein Bürger-, Bürgerinnenrecht, eine Gemeinderatssitzung zu besuchen. Wenn jemand im Rollstuhl dort gar nicht hinkommt, braucht man nicht davon zu reden, dass dieses Recht wirklich allen eingeräumt wird. Und das finde ich ist ein Manko, nicht nur ein Manko, sondern eigentlich ein Verstoß gegen Bürger- und Bürgerinnenrechte.

Eine Anregung zum Schluss auch an die Bürgermeister und an alle in dieser Sache befassten Personen: Wir haben bei unseren Begehungen, bei unseren Besuchen der Bezirkshauptstädte auch sehr große Unterstützung durch Behinderteneinrichtungen vor Ort erfahren. Es gibt überall in diesen Orten jemanden, der selbst behindert ist oder in einer Behinderteneinrichtung arbeitet oder in diesem Ort arbeitet als Betreuer und als betroffene Person. All diese Personen haben sich auf Nachfrage bereit erklärt, beratend den Institutionen zur Seite zu stehen, die da noch wenig erfahren sind. Es gibt Normen – Anne Marie, du hast es erwähnt – und es gibt aber auch in allen Orten Personen, die bereit sind aufzuzeigen, wo überall die Stolperschwellen beziehungsweise Hürden liegen. Man möge sich bitte an diese Personen wenden, die Bereitschaft ist vorhanden.

Im Übrigen freue ich mich sehr, wenn Sie diesem Antrag zustimmen. Das war ein Ziel, das sich ganz deutlich herausentwickelt hat im Rahmen unserer Kampagne, dass das ein Ergebnis sein möge. Und wenn der Landtag jetzt positiv entscheidet, freue ich mich sehr und denke, es hat schon etwas gebracht, dass wir die ganze Steiermark beradelt sind. Danke schön! (Beifall bei den Grünen, der ÖVP und der SPÖ. – 14.19 Uhr.)



**Präsident Ing. Kinsky:** Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 6 liegt nicht vor. Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 150/2, zum Beschluss Nr. 86 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Antrag der Abgeordneten Lafer und Wiedner, betreffend die Anpassung des österreichischen Güterbeförderungsgesetzes und die Grenzwerte für Kleintransporte an die EU-Richtlinie.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wiedner** (14.20 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zur Vorlage mit der Einl.-Zahl 150/3, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 150/2, zum Beschluss Nr. 86 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Antrag der Abgeordneten Lafer und Wiedner, betreffend die Anpassung des österreichischen Güterbeförderungsgesetzes und die Grenzwerte für Kleintransporteure an die EU-Richtlinie. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 6. November 2001 über die obgenannte Regierungsvorlage die Beratung durchgeführt und den Beschluss gefasst, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung in der nachstehend üblichen Form zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 86 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Antrag der Abgeordneten Lafer und Wiedner, betreffend die Anpassung des österreichischen Güterbeförderungsgesetzes und die Grenzwerte für Kleintransporteure an die EU-Richtlinie, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (14.21 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Berichterstatter. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest und komme zum Tagesordnungspunkt

**8. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 453/1, Beilage Nr. 47, Gesetz über das Arbeitsrecht in der Land- und Forstwirtschaft – Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 (StLAO 2001).**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer** (14.22 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 453/1, Beilage Nr. 47, Gesetz über das Arbeitsrecht in der Land- und Forstwirtschaft – Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001.

Der vom Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz eingesetzte Unterausschuss hat die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 453/1, Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 in seiner Sitzung am 24. Oktober beraten und einvernehmlich folgende Änderungen festgelegt:

Erstens: Ein redaktioneller Fehler in der Regierungsvorlage im Paragraph 169 Absatz 1 wird beseitigt.

Zweitens: Der Bund als Grundsatzgesetzgeber hat mittlerweile unter BGBl. Nr. 103/2001 und BGBl. Nr. 104/2001 zwei weitere Novellen des Landarbeitsgesetzes kundgemacht. Die grundsatzgesetzlichen Regelungen lassen keinen Platz für abweichende Regelungen durch den Ausführungsgesetzgeber. Diese Vorgaben des Grundsatzgesetzgebers werden in die Regierungsvorlage eingearbeitet.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf des Gesetzes über das Arbeitsrecht in der Land- und Forstwirtschaft – Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 (StLAO 2001) wird zum Beschluss erhoben. Ich bitte um Zustimmung! (13.23 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Berichterstatter, Abgeordneter Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer** (14.24 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ganz kurz zu dieser umfassenden Novelle zur Landarbeitsordnung. Grundsätzlich kann man einmal feststellen, sie dient eigentlich zur Vereinfachung dieses Gesetzes. Die Steiermärkische Landarbeitsordnung ergeht als Ausführungsgesetz zum Landarbeitsgesetz des Bundes, BGBl. Nr. 287/1984 und mit LGBl. Nr. 25/1981 wurde die Steiermärkische Landarbeitsordnung wieder verlautbart. Seit diesem Zeitpunkt gab es bereits elf zum Teil umfangreiche Novellen, die zwingende Anpassungen an das Bundesgrundsatzgesetz und EU-Recht darstellten. Die oftmalige Novellierung und der beträchtliche Umfang des Gesetzes, rund 300 Paragraphen, führten dazu, dass

das Gesetz im Laufe der Zeit sehr unübersichtlich wurde und Verweise innerhalb des Gesetzes nicht mehr stimmen. Darüber hinaus enthält das Gesetz zum Teil veraltete Behördenbezeichnungen und Zitate unmittelbar anwendbares Bundesrecht und Bestimmungen, die keine Anwendungen mehr finden. Der Entwurf sieht eben diese Bereinigung auf Landesebene vor und wir haben alle diese Novellen eingearbeitet.

Dazu kommt noch die Einarbeitung des Sozialrechtsänderungsgesetzes, die neuen Karenzbestimmungen, Bildungskarenz, Solidaritätsprämie, Betreuung der Betriebe bis zu 50 Arbeitnehmer durch die Allgemeine UVA hinsichtlich des Arbeitnehmerschutzes. Insgesamt und das schon zum Schluss kann man feststellen, dass die Neufassung der Landarbeitsordnung einen richtigen und wichtigen Schritt in Richtung eines einheitlichen arbeitsrechtlichen Gesetzes für die Land- und Forstwirtschaft darstellt und demgegenüber die enorme Rechtszersplitterung gegenüber dem gewerblichen Arbeitsrecht eigentlich hier sehr einfach und gut ist.

Ich hoffe, dass wir mit dem Beschluss dieser Landarbeitsordnung unseren Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft helfen können und dass dieses Gesetz, das wir heute gemeinsam beschließen, allen zugute kommt. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.26 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 8 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen nunmehr zum Tagesordnungspunkt

**9. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 549/1, der Abgeordneten Gödl, Dietrich, Halper und Hagenauer, betreffend AKW Krško.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ernst Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gödl** (14.27 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Der Antrag, Einl.-Zahl 549/1, ist ausgehend von der Arbeitsgruppe AKW Krško. Und zwar haben da die Fraktionen fraktionsübergreifend einen gemeinsamen Antrag formuliert, den ich jetzt vorbringen darf.

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, die im Auftrag der Arbeitsgruppe „Atomkraftwerk Krško“ erstellte Stellungnahme des Joanneum Research, Institut für Umweltgeologie und Ökosystemforschung, verfasst von Prof. Dr. Walter Gräf, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umweltschutz und Wasserwirtschaft mit dem dringenden Ersuchen zu übermitteln, den darin festgehaltenen Empfehlungen für weitere Untersuchungen nachzukommen. Ich bitte um Annahme. (14.27 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dietrich** (14.28 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Beim Umweltschutz ist es so wie bei den Behinderten, das ist wahrscheinlich ein Thema, das nur Randgruppen interessiert, obwohl es eigentlich alle betrifft.

Am 26. April 1986, genau vor fünfzehn Jahren ereignete sich das große Unglück in Tschernobyl. Hohe Rauchsäulen stiegen auf und wechselnde Winde bliesen den Fall-out über ganz Europa. Und Österreich, meine Damen und Herren, ist neben der Ukraine, Weißrussland, Russland und Teilen von Skandinavien eines jener Länder, die am meisten betroffen waren. Die UNO stellte 1995, also knapp zehn Jahre später, die Folgen fest und man musste erkennen, dass allein in der Ukraine von 200.000 Arbeitern 15.000 verstorben waren. In Österreich wurden die gesundheitlichen Folgen auf Grund der Katastrophe von Tschernobyl leider Gottes nie festgestellt, nie analysiert. Es gibt aber genügend Experten, die behaupten, würde man so eine Studie betreiben, könnte man sehr wohl einen direkten Zusammenhang zwischen Erkrankungen und Tschernobyl nachvollziehen.

Wie hat man in Österreich auf diese Katastrophe reagiert? Ich habe damals und wir alle, die wir hier sind, haben das Unglück miterlebt, so das Motto gespürt, naja, so schlimm wird es schon nicht sein. Zumindest in den ersten Tagen war für mich der Eindruck ein sehr starker. Und aus eigener Erfahrung weiß ich, wie ich an dem Tag, an dem dieser verseuchte Regen auf uns niederprasselte mit meinen Kindern in der Wiese spielte, wie wir am selben Tag noch Röhrsalat gestochen haben, den noch verspeist haben, er hat uns sehr gut geschmeckt und im selben Jahr auf derselben Wiese war plötzlich der Löwenzahn doppelt so hoch, die Blüten waren viermal so groß, die Stengel waren zusammengewachsen. Und da wussten wir alle, da konnten wir es begreifen mit unseren Händen, wie sich diese Katastrophe auch für jeden Einzelnen von uns ausgewirkt hat und dass wir nicht verschont geblieben sind.

Gerade damals – das weiß ich noch genau – war der Präsidentenwahlkampf. Es sind die Autos mit Lautsprechern herumgefahren, um für Waldheim Werbung zu machen. Aber kein Einziger hat die Bevölkerung informiert, welche großen Gefahren für uns alle in diesen Tagen lauerten. Und ich frage mich schon, wo war die Verantwortung des Gesundheitsministers, die Verantwortung der Bevölkerung gegenüber?

Temelin, meine geschätzten Damen und Herren, ist ein Kraftwerk mit extrem hohem Gefahrenpotenzial. Und wir sollten nicht denselben Fehler noch einmal begehen. Wir sollten Gefahren, die vorhanden sind, nicht verharmlosen.

Wenn ich das Stimmverhalten im EU-Parlament anschau, wo die Europäische Volkspartei und große Teile der Sozialdemokraten für eine weitere Förderung von Atomkraft abgestimmt haben, so macht mir das Angst und Bange. Ich weiß schon, dass es aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sein wird, von heute auf morgen aus der Atomkraft auszusteigen. Ich erwarte mir aber auch, dass wir bemüht sind, zumindest einheitliche Standards bei diesen AKWs zu schaffen und in weiterer Folge Ausstiegsszenarien zu planen und zu realisieren. Das heißt, eigene Energiesparten voranzutreiben und eine Unabhängigkeit zu schaffen.

18 Experten aus verschiedensten Ländern haben sich zehn Monate lang mit Temelin auseinandergesetzt. Sie haben 84 Mängel festgestellt und sie sind zu einem eindeutigen Ergebnis gelangt. Dieses Ergebnis lautet: „Nach der europäischen Genehmigungspraxis dürften weder Block I noch Block II betrieben oder auch nur mit Brennstoffen beladen werden!“ Ich glaube, dieses Ergebnis ist Grund genug, Aktivitäten zu setzen und verantwortungsvolle Politik erfordert Aktivitäten zum Schutz der Bevölkerung.

Während mit den Betreibern von Krško ein ständiger Diskussionsprozess herrscht, die Slowaken sogar zwei Kernreaktoren im AKW abgeschaltet haben, in Bohunice abgeschaltet haben, weil sie eben gleichwertige Partner in einer gleichwertigen EU sein wollen, so nehmen wir von Temelin zur Kenntnis, dass es dort zwar 25 Störfälle in den letzten Monaten gegeben hat, aber dass das Melker Abkommen bei weitem nicht eingehalten wird. Natürlich gibt es da Misstrauen seitens der österreichischen Bevölkerung. Es gibt aber auch Angst und Sorge um die Gesundheit und Angst und Sorge vor einem möglichen Gau.

Aus diesem Grunde werden wir selbstverständlich das Volksbegehren „Veto gegen Temelin“ unterstützen, weil uns die Sicherheit der Bevölkerung über Parteigrenzen hinweg ein Anliegen ist und weil ich der Meinung bin, wir sollten aus Tschernobyl gelernt haben.

Geschätzte Damen und Herren, ich bringe einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich, Dr. Lopatka, Lafer und Gödl, betreffend Atomausstieg in Europa, ein.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese zu ersuchen, erstens sich in den Gremien der Europäischen Union für die Schaffung eines Programms zum europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie einzusetzen, zweitens im Rahmen der Verhandlungen zur Erweiterung der Europäischen Union mit der Republik Tschechien dem vorläufigen Abschluss des Energiekapitels so lange nicht zuzustimmen, als nicht eine befriedigende Lösung des Problems „AKW Temelin“, welche den Bedenken der Bevölkerung Rechnung trägt sowie geeignete Maßnahmen vorsieht, gefunden wird und drittens vor dem Hintergrund der aktuellen Verhandlungen mit der Tschechischen Republik bezüglich des Kernkraftwerkes Temelin seine Position im Hinblick auf eine Nullvariante weiterzuerfolgen und seine Bereitschaft zu bekunden, die Tschechische Republik – beispielsweise im Rahmen des Ausbaus von Energiepartnerschaften – bei konkreten Schritten zum Ausstieg aus der Kernenergie zu unterstützen. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 14.35 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grabner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner** (14.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen!

Zum Stück haben wir schon im Ausschuss klargestellt, dass wir dem selbstverständlich beitreten können. In der Sache des Entschließungsantrages orte ich, dass keinerlei Interesse besteht, dass wir dem auch nur irgendwie beitreten, weil mir wird, wie Sie jetzt sehen konnten, in dieser Sekunde der Entschließungsantrag hier hergelegt. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist nicht wahr!“) Das ist wahr. Bitte erkundigen Sie sich beim Herrn Hofrat Anderwald und bei Ihrem Herrn Präsidenten, der soeben auch noch nicht in der Lage war, diesen von Ihnen modifizierten zu kennen. Wir kannten die ersten zwei Punkte und zu denen möchte ich ganz kurz etwas sagen.

Ich habe mich mit den ersten beiden Punkten auseinandersetzen können und sehe, dass wir natürlich auch der Meinung sind, dass man die Bemühungen der EU unterstützen sollte, um einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie durchzusetzen. Diesem Punkt werden wir gerne unsere Zustimmung geben.

Der zweite Punkt, der, wie ich jetzt sehe, ident ist mit dem zurückgezogenen Erstantrag, entnehme ich, dass man an die Bundesregierung dahin gehend herantritt, dass man ein Veto im Zusammenhang mit den Beitrittsverhandlungen verknüpft und kombiniert mit dem Ausstieg und mit der Stilllegung von Temelin. Das wurde schon ausreichend argumentiert, auch auf der Ebene der Bundesregierung, warum wir hier der Meinung sind, dass es aus rein diplomatischen und vernünftigen Gründen, um eine vernünftige Ausstiegsmöglichkeit für die tschechischen Nachbarn überhaupt noch offen zu halten, unzweckmäßig erscheint, das mit einem Veto zu verknüpfen. Zweckmäßig erscheint mir schon das, was also im Punkt drei angeführt ist und darum werden wir auch dem Punkt drei zustimmen können, wenn Sie vor dem Hintergrund der aktuellen Verhandlungen meinen, dass man im Hinblick auf eine anzustrebende Nullvariante Bereitschaft bekunden sollte, der Tschechischen Republik beispielsweise im Rahmen des Ausbaus von Energiepartnerschaften den Ausstieg aus der Kernenergie zu ermöglichen. Auch da sind wir gerne bei Ihnen, weil das immer unsere Position war.

Ich bitte also den Herrn Präsidenten, über die drei Punkte getrennt abstimmen zu lassen und habe begründet, warum wir dem zweiten Punkt nicht beitreten können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.38 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hagenauer** (14.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Landesrat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der Kollege Grabner hat jetzt einiges schon vorweggenommen von dem, was ich sagen wollte. Ich kann mich daher kurz fassen.

Auch die Grünen unterstützen den Antrag auf getrennte Abstimmung aus den genannten Gründen.

Wenn der Punkt zwei in dem Antrag geheißen hätte „betreffend das tschechische AKW Temelin kann Österreich einem vorläufigen Abschluss des Energiekapitels nicht zustimmen, solange die offenen Sicherheitsdefizite nicht behoben sind und der aktuelle Stand der Technik auf EU-Ebene nicht nachgewiesen ist“, dann hätten wir einem derartigen Antrag zugestimmt.

Was wir nicht machen, ist, das haben wir schon in der Vergangenheit getan, Sie können sich erinnern, auch etwa am Beispiel Krško, das uns ja näher liegt als Temelin, trotzdem nicht, auch bei Krško nicht, einer Junktimierung zuzustimmen mit dem daraus logisch folgenden Veto.

Das tun wir nicht. Und zwar nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, sondern auch um der Sache selbst willen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir in der Europäischen Union sind, das ist so, für diejenigen, die das noch nicht realisiert haben. Sie wissen, dass die Grünen und auch ich nicht die glühendsten Befürworter waren eines derartigen Beitritts und eines unserer Bedenken war genau dieses, dass wir mit unserer Mitgliedschaft logischerweise hier dann einen Rechtsbestand zu übernehmen haben, der unter Umständen unseren Interessen zuwiderläuft. Das ist jetzt der Fall, aber es ist so, dass nicht Österreich entscheidet, ob die EU sich erweitert oder nicht. Es ist zwar die Einstimmigkeit gefordert, das ist mir bekannt, aber es ist trotzdem nicht so, dass wir alleine an diesem Tisch sitzen und verhandeln mit den Beitrittskandidaten, sondern es ist das enorme Interesse der gesamten Europäischen Union, das hier im Spiel ist, das heißt, wir müssen mitkalkulieren, wie die anderen Mitglieder der Union sich verhalten. Wir können ruhig, auf steirisch gesagt, hergehen und können sagen, wir sind dagegen. Nur bitte schön, wie schaut denn die Rechnung aus? Wir dürfen da nicht so blauäugig sein und glauben (Abg. Lafer: „Blauäugig im doppelten Sinn!“) – blauäugig im doppelten Sinne des Wortes, Sie sagen es, Herr Kollege Lafer, Sie sagen es – wir können doch nicht einmal davon ausgehen, dass die gesamte Europäische Union jetzt ungeschaut das akzeptiert, wenn irgendjemand in Österreich sagt, aber da bin ich dagegen. Das ist Verhandlungsgegenstand, und zwar in der gesamten Europäischen Union. Und leider hat da die Europäische Union andere Prioritäten als es unser Österreich hat, leider. Das muss man aber mitdenken, das muss man hier aussprechen, man kann das nicht verschweigen.

Das Zweite, wo man mitreden muss und mitdenken muss, was bewirken wir denn jetzt im Allgemeinen mit unserer Haltung in Sachen Erweiterung übrigens, wo es Österreich gelungen ist, nachhaltig seinen Ruf zu verschlechtern bei den künftigen Beitrittskandidaten, das wird gerne verschwiegen und das kann man auch nicht vertuschen durch irgendwelche lustigen Besuchstouren in der Nachbarschaft und man kann auch nicht verschweigen, dass in der Sache selbst es leider durch die Bundesregierung in den Verhandlungen rund um Temelin eben nicht gelungen ist, hier mit der Tschechei nachhaltig und erfolgreich und konsequent von Anfang an zu verhandeln. Am Anfang dieser Temelin-Gespräche ist ein Werksbesuch dort beim Kraftwerk gestanden, wo es geheißen hat, die Österreicher kommen. Und die Werksdirektion hat Kaffee und Kuchen auffahren lassen, wissen Sie wieso? Weil sie nicht gewusst haben, dass das die Wirtschaftsdelegation ist aus unserer Alpenrepublik, die mit Temelin verhandeln wollte über Investitionen. Das war eine Verwechslung dort im Sekretariat, statt dessen sind die Atomgegner aus Österreich gekommen. Und in diesen Jahren und in dieser Phase ist jetzt viel verhaut worden. Jetzt kann man hergehen und kann sagen, was hat das alles zu tun mit einem AKW-Unfall? Was juckt uns das alles, wenn dann wirklich der Supergau eintritt und wie will man das verantworten, richtig, richtig? Nur, wir haben eine Verhandlungssituation. Ich sage noch einmal, man muss hart verhandeln, man muss konsequent verhandeln. Auch wir sind gegen diesen vorläufigen Abschluss des Energiekapitels, aber wenn ich etwas will – dazu stehe ich als Grüner –, dann ist es in Sachen Atomgefahr kontraproduktiv und macht die Sache Temelin nicht leichter, sondern schwerer, wenn ich mich heute hinstelle und sage, ich junktimiere, ich stelle das Veto in den Raum. So ist es, diese Position ist nicht einfach. Auch für uns nicht, wir wissen das, wir sind uns dessen bewusst, keine leichte Entscheidung, aber dazu stehe ich und ich werde das auch verantworten. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 14.44 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 9 liegt nicht vor.

Der Herr Abgeordnete Gödl meldet sich zu Wort.

**Abg. Gödl** (14.44 Uhr): Danke, Herr Präsident! Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren!

Mein Prinzip, über diesen Antrag zu reden, ist ein leichtes, weil wir einen Vier-Parteien-Antrag eingebracht haben. Meinen Vorrednern muss ich entgegenhalten, dass es zum Antrag passend eigentlich eher Richtung Themenverfhlung geht, denn es ist kein Antrag, der Temelin betrifft. Daher will auch ich jetzt nicht ausscheren aus dieser Methode und auch ein paar Anregungen und eine Stellungnahme unsererseits zur Besorgnis der Atomenergie insgesamt sagen.

Zum Antrag möchte ich nur um Verständnis bitten, auch bei der SPÖ-Fraktion, dass Herr Murtinger vor zirka einer halben Stunde sehr wohl den Antrag erhalten hat und er anscheinend fraktionsintern nicht weitergeleitet wurde. Es wäre nicht unser Stil, derartige Anträge nicht rechtzeitig bekannt zu geben. (Abg. Gross: „Das

auf einen Mitarbeiter zu schieben, finde ich arg!“) Ich kann nur sagen, wem wir es gegeben haben, da wird wohl nichts dabei sein. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Wir haben es bekommen, gleichzeitig mit dem Präsidenten und dem Herrn Dr. Anderwald!“) Okay, ja.

Aber Sie sind trotzdem eingeladen zuzustimmen. Was unsere Arbeit in der Arbeitsgruppe Atomkraftwerk Krško betrifft, so sei nur hier ergänzend für alle Abgeordneten angefügt, dass – (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das ist wieder symptomatisch, wie wenig Wert Sie auf Zusammenarbeit legen!“) – das ist symptomatisch, wie Sie immer dazwischenreden –, ausgehend von der Studie, die uns im Februar im Kärntner Landtag präsentiert wurde, wir dann übereinstimmend festgehalten haben, wir wollen dieses Ergebnis der Studie nochmals überprüft haben. Damit wurde Herr Univ.-Prof. Dr. Walter Gräf beauftragt, der in relativ kurzer Zeit neue Fragen ans Tageslicht brachte, die weiter untersucht gehören. Und wir werden diesen Antrag heute beschließen und an die Bundesregierung weiterleiten, denn für uns aus Sicherheitsgründen, aus der Sicht der Steirer und auch aus der Sicht der Kärntner denke ich, sind wir mit der Phare-Studie nicht ganz zufrieden, weil verschiedene Erdbebenereignisse, die zwar zurückliegen, 1917 und noch länger, in dieser Studie nicht berücksichtigt wurden und die aus unserer Sicht sehr wohl das größte Risiko ausstrahlen. Wobei eines hervorgeht und das, glaube ich, haben auch die Redner heute anerkannt, dass das Atomkraftwerk Krško als relativ sicher gilt. Natürlich gerade bei Atomkraftwerken ist alles relativ und Österreich hat sehr wohl in der Vergangenheit auch für die Sicherheit finanziell etwas geleistet. Ich erinnere nur daran, dass über 100 Millionen Schilling in den EU-Sicherheitsfonds von Seiten Österreichs einbezahlt wurden, insbesondere eben für die Kraftwerke Temelin, Bohunice, Kosloduj und auch noch andere. Wir fordern also diese weiter gehende Untersuchung, was das Atomkraftwerk Krško betrifft.

Natürlich, eines sei festgehalten, auch da ähneln sich die Meinungen, glaube ich, aller Fraktionen, ein Atomkraftwerk ist erst dann sicher, wenn es abgeschaltet ist. Und das ist jetzt eine Frage der Strategie. Ich möchte namens meiner Fraktion schon festhalten, dass der Punkt zwei, der von den Grünen und von der SPÖ als Veto interpretiert wird, dass wir das nicht so sehen. Auch wir würden eine Vetodrohung nicht unterstützen, die Linie der ÖVP ist über die Steiermark hinaus bekannt. Ich denke, es ist in dieser Angelegenheit schon genug gegaukelt worden, auch von den Medien genug vorgespielt worden. Ich finde, es hat jetzt treffend in einem Kommentar vor einer Woche geheißen: „Wehe dem, der nicht lügt in dieser Angelegenheit, denn der ist unten durch!“ Ich denke, die Vetodrohung seitens der FPÖ ist eine sehr haarige Angelegenheit. Wir werden jedenfalls dieser Strategie eine Absage erteilen, denn da muss ich meinem Vorredner, Herrn Peter Hagenauer, vollinhaltlich Recht geben, wir müssen auf dem Verhandlungswege versuchen das Beste herauszuholen. Es geht wirklich langfristig gesehen um glaubwürdige Energiealternativen. Ich denke, dass die Steiermark durchaus auf einem Weg ist, Energiealternativen, denken wir zurück an STELWOG, an Einspeistarife und dergleichen, einen Weg zu beschreiten, der Zukunft hat.

Freilich, wir haben es auch am Freitag – es war die eine Abgeordnete dabei und auch noch andere – bei der 380-kV-Leitung vom Landesenergiebeauftragten gehört, wie schwierig es übrigens sein wird, die Energiepolitik auch in den nächsten Jahrzehnten derart umzustellen, dass wir auf Atomkraftwerke gänzlich verzichten können. Wir dürfen da den Realitätssinn nicht verlieren, wir müssen Realisten sein. Trotzdem, mit diesem Antrag, den wir jetzt zusätzlich mit der FPÖ gemeinsam einbringen und wo die anderen Parteien eingeladen sind mitzustimmen, sehen wir schon in die langfristige Zukunft. Es muss am Ausstieg aus der Atomkraft ständig und inständig und mit Nachdruck gearbeitet werden. Österreich soll durchaus und hat ja bereits mit der Verhinderung ihres einzigen Atomkraftwerkes schon 1980 damit einen richtigen Grundstein für die Zukunft gelegt.

Ich bitte also auch alle zu überdenken, ob wir nicht alle drei Punkte gemeinsam beschließen können und der von mir eingebrachte Antrag der Arbeitsgruppe findet ja soundso die Zustimmung aller Parteien. In dem Sinne, glaube ich, dass man einen konstruktiven Weg in die Zukunft einschlagen soll. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.50 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Nochmals zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es.

**Abg. Hagenauer** (14.50 Uhr): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde mich kurz fassen. Ich muss noch auf einen Punkt eingehen. Der Herr Kollege Gödl hat jetzt das Stichwort geliefert, 380-kV-Leitung.

Wissen Sie, auch die Steirer können in der Tat ihren Beitrag leisten auch für eine Stilllegung Temelins. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, wird die EdF, die in diesem Lande so geschätzte und gehätschelte EdF, Temelin kaufen beziehungsweise den Versorger, der Temelin betreibt – erstens.

Zweitens steht es außer Zweifel, auch wenn Strom kein Mascherl hat, das ist mir bekannt, sagen Sie mir das bitte nicht, dass die 380-kV-Leitung, die durch die Oststeiermark gebaut werden soll, zu einem nicht unerheblichen Ausmaß Stromtransit leisten wird oder für den Stromtransit errichtet wird aus dem Bereich der Tschechei, der Slowakei in Richtung Süden, das heißt also im Moment hauptsächlich Italien. Diese Leitung übersteigt bei weitem den Bedarf, den regionalen, der Oststeiermark oder auch des Südens Österreichs, wurde auch immer so begründet, seinerzeit vom Betreiber der Verbundgesellschaft als Stromdrehscheibe Österreichs, das heißt als Teil davon, ein Schlüsselstück. Ich sage Ihnen das so unverblümt.

Wenn Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, diese Sache ein Anliegen ist, nämlich die Atomenergie einzuschränken, längerfristig und Temelin im Speziellen, dann, bitte schön, schauen Sie dazu, dass der nach wie vor aufrechte Beschluss des Steiermärkischen Landtages von dieser Ihrer Landesregierung endlich einmal umgesetzt wird, der da lautet, die Landesregierung möge die Alternativen zu dieser Hochspan-

nungsleitung untersuchen lassen. (Abg. Riebenbauer: „Wieso die ÖVP?“) Die ÖVP, ja, Sie, Ihre Landesregierungsmitglieder haben das jahrelang zurückgestellt und zum Schluss beerdigt, schlicht und ergreifend, diesen Antrag des Landtages. Ein einstimmiger war das. Schauen Sie dazu, dass der umgesetzt wird.

Die Energieverwertungsagentur hat seinerzeit ausdrücklich festgestellt, dass der Bedarf für diese Leitung nicht nachgewiesen werden kann und sie hat angeregt, man möge Alternativen untersuchen, weil es höchstwahrscheinlich ist, dass es solche gibt.

Und eine zweite kurze Anmerkung noch: Sie wissen schon, dass der Atomstromanteil auch in Österreich galoppierend steigt. Ich sage das nur. Man kann nicht so lustig auf der einen Seite reden, dass man gegen den Atomstrom ist und auf der anderen Seite zur Kenntnis nehmen, dass irgendwelche Preissenkungen vom Himmel runter fallen. Das tun sie nicht. Der Strom – ich sage Ihnen das als Grüner – kommt nicht aus der Steckdose, der kommt aus dem Kraftwerk. Und das war – ich sage das in der gebotenen Bescheidenheit – der kleine Landtagsabgeordnete Hagenauer, der damals, Stunden vor Beschlussfassung unseres einschlägigen Steiermärkischen ElWOG, die Herkunftsangabeverpflichtung in dieses Gesetz noch hineinreklamiert hat. Das heißt die Frage, woher kommt denn der Strom? Wir haben über dieses ElWOG nicht nur keine Parteienverhandlungen hier geführt, sondern haben das auf den Tisch geknallt bekommen und haben dann hudri wudri eine einzige abendliche Alibirunde eingeschoben. (Abg. Bittmann: „Das stimmt nicht und das wissen Sie genau. Herr Hagenauer, wir haben stundenlang verhandelt!“)

Das stimmt, wir haben eine Sitzung gehabt und die war kurz und da konnte der zuständige Beamte – ich wiederhole es einmal – gar nicht anwesend sein, sondern war auf Dienstreise in Wien. Ich habe damals mit einer der kuriosesten Situationen erlebt, die ich jemals hier im Landtag erlebt habe, dass man nämlich per Handy mit dem zuständigen Beamten konferieren musste, wobei das, wie gesagt, nicht seine Schuld war. Er hat ja nichts gewusst von diesem Nacht- und Nebeltermin. So schaut es aus.

Und in diesem Entwurf war in der Tat keine Bestimmung drinnen, außer für die österreichischen Kraftwerke, nicht einmal für die europäischen, EU-Kraftwerke, war keine Bestimmung drinnen, die uns verpflichtet hätte beziehungsweise den Konsumenten die Chance gegeben hätte, auf der Rechnung festzustellen, woher kommt der Strom.

Summa summarum, liebe Kollegen und Kolleginnen vor allem von der ÖVP, die ökosoziale Steuerreform ist eine klasse Geschichte und vielleicht – momentan läuft ja alles genau in die entgegengesetzte Richtung – können wir uns doch einmal aufraffen und können diese wieder auf die Beine bringen. Sie haben ja in Ihren Reihen notfalls auch die Leute, die Sie dann dahin gehend beraten. Das wäre etwas. So kann man den Atomstrom einschränken. Und sonst halt nur durch Plakate und schöne Sonntagsreden. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 14.56 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 9 liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 549/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nachdem es den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion gibt, eine punktuelle Abstimmung über den Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ durchzuführen, darf ich diesen Entschließungsantrag punktuell abstimmen.

Ich komme zum ersten Punkt und darf ihn zitieren.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese zu ersuchen, erstens sich in den Gremien der Europäischen Union für die Schaffung eines Programms zum europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie einzusetzen.

Die Damen und Herren, die dem Punkt eins zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Punkt eins ist einstimmig angenommen.

Zweitens im Rahmen der Verhandlungen zur Erweiterung der Europäischen Union mit der Republik Tschechien dem vorläufigen Abschluss des Energiekapitels so lange nicht zuzustimmen, als nicht eine befriedigende Lösung des Problems „AKW Temelin“, welche den Bedenken der Bevölkerung Rechnung trägt sowie geeignete Maßnahmen vorsieht, gefunden wird.

Die Damen und Herren, die dem Punkt zwei zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Punkt zwei ist mehrheitlich angenommen.

Drittens vor dem Hintergrund der aktuellen Verhandlungen mit der Tschechischen Republik bezüglich des Kernkraftwerkes Temelin seine Position im Hinblick auf eine Nullvariante weiterzuverfolgen und seine Bereitschaft zu bekunden, der Tschechischen Republik – beispielsweise im Rahmen des Ausbaus von Energiepartnerschaften – bei konkreten Schritten zum Ausstieg aus der Kernenergie zu unterstützen.

Die Damen und Herren, die dem Punkt drei zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Punkt drei ist einstimmig angenommen.

**10. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 644/1, betreffend stichprobenweise Prüfung der zweijährigen landwirtschaftlichen Hauswirtschaftsschulen Sankt Martin.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordnete Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hagenauer** (14.59 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 6. November 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 26, beraten. Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Prüfung der zweijährigen landwirtschaftlichen Hauswirtschaftsschulen Sankt Martin wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (15.00 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Als Erste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

**Abg. Pußwald** (15.00 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

1361 Schüler und Schülerinnen besuchen im heurigen Jahr die Hauswirtschaftsschulen des ländlichen Fortbildungswerkes Sankt Martin und des ALS. Das sind um 3 Prozent mehr Schüler als im vergangenen Jahr oder, in Klassen ausgedrückt, mindestens 25 Schüler pro Klasse im Durchschnitt – um vier Klassen mehr Schüler. Das möchte ich zu Beginn sagen, weil sich die Schülersituation von Jahr zu Jahr sehr verändern kann, weil viele Komponenten eine Rolle spielen und weil natürlich auch die Schülerkomponente in der Zukunft und im Rechnungshofbericht eine sehr dringliche und wesentliche war. In 37 Objekten, davon sind 21 im Landesbesitz, sind die Schulen des landwirtschaftlichen Schulwesens untergebracht, 16 Schulen sind Mietobjekte. 26 Schulen haben Internatsbetrieb. Im Internat sind zurzeit rund 1900 Schüler untergebracht. Das heißt, dass die Mehrzahl der Schüler über die Internate versorgt werden. Die jährliche Gesamtkostenaufstellung beträgt für das Jahr etwa 255,423.000 Schilling und setzt sich zusammen aus Lehrerkosten, aus Personalaufwand und aus Sach- und Zweckaufwand. Die Lehrerkosten werden mit etwa 116 Millionen Schilling vom Bund mitfinanziert, der Personalaufwand des Landes wird völlig vom Land getragen beziehungsweise als Ergänzung von Schülereltern über Elternbeiträge, detto der Sachaufwand. Diese Ausgaben werden, wie erwähnt, zum Großteil vom Land berappt. Das Land stellt 54 Prozent der Gesamtkosten zur Verfügung, 46 Prozent stellt der Bund für die Lehrerbesoldung zur Verfügung. Die Gemeinden zahlen mit und die Schülereltern zahlen mit. Die INFORA-Studie, die 1998 beauftragt wurde und das Ergebnis durchleuchtet hat, kommt genau zu diesen Erkenntnissen, wie sie auch der Rechnungshof erlangt hat, dass die Schülerkosten, auf den Kopf umgelegt, etwa 130.000 Schilling betragen und dass dieser Wert auch in vergleichbaren anderen Schulen und Institutionen des Landes durchaus von Gültigkeit ist und etwa gleich hoch zu beziffern ist. Ich zitiere aus dieser INFORA-Studie: „Die Lehrpersonalkosten je Schüler sowie die Kosten des laufenden Betriebes, Strom und Betriebsstoffe entsprechen jenen vergleichbarer Einrichtungen. Die Reinigungskosten sind, bedingt durch den hohen Anteil der Eigenreinigung durch die Schüler der hauswirtschaftlichen Fachrichtung, besonders günstig. Die Verpflegskosten liegen deutlich über den Fremdvergleichswerten. Der voraussichtliche Investitionsbedarf bis zum Jahr 2010 beträgt zirka 340 Millionen österreichische Schilling. Bei Beibehaltung des derzeitigen Investitionsbudgets könnten gerade die dringend erforderlichen Investitionen (Dachreparaturen) durchgeführt werden. Für den übrigen Investitionsbedarf besteht eine Finanzierungslücke von zirka 160 Millionen Schilling.“ Das ist eine Ausgangssituation, die da ist und die sich im Rechnungshofbericht ähnlich niederschlägt. Denn dort wurde auf notwendige Investitionen hingewiesen, die sich auf Grund von Mängeln im Brandschutz und in der Hygiene auswirken. Es ist auch errechnet, dass etwa ein finanzieller Bedarf von 340 Millionen Schilling für die notwendigen Instandhaltungen und für die Aktualisierung der Brandschutzanlagen und der Hygienemaßnahmen notwendig sind. Besonders betroffen von dieser Situation sind mehrere Schulen. Ich möchte hier einige Dinge erwähnen – auch wieder ein Zitat: „Der Um- und Ausbau der land- und forstwirtschaftlichen Fachschule, besonders Schloss Feistritz, ist unbedingt erforderlich. Die Wohnsituation in diesem Schülerheim sowie auch der Zustand der Schul- und Praxisräume entspricht in keiner Weise mehr dem erforderlichen Mindeststandard.“ Daher ist ein dringender Umbau notwendig. Ergänzen möchte ich, dass es Durchgezimmer gibt, wo bis zu sechs, sieben Mädchen in einem Raum beisammen wohnen und schlafen. Oder: „Die Internate der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen sind durchschnittlich über 20 oder 25 Jahre in Betrieb und daher natürlich auch sehr abgewohnt. Dies betrifft nicht nur die Einrichtung, sondern auch die Sanitarräume.“ Die Internate für zirka 450 Heimplätze sind daher dringendst zu sanieren. Bei den zahlreichen baulichen Objekten, die durch die Abteilung für landwirtschaftliches Schulwesen verwaltet werden, unter denen sich auch zehn Schlösser beziehungsweise Herrenhäuser befinden, ist es dringend erforderlich, die Dächer, Fassaden und Fenster zu sanieren. Diese Maßnahmen wären unter anderem auch zur wärmetechnischen und vor allem brandschutztechnischen Verbesserung erforderlich. Wir wissen alle, wenn Dinge wie Dächer, Fassaden oder Fenster nicht zeitgerecht saniert werden, dann wird die Lücke der Finanzierung nur noch größer. Auch Praxisräume und Unterrichtsräume müssten in einigen Schulen ergänzt, erweitert und erneuert werden. Wenn von einem Rückgang der ländlichen Bevölkerung gesprochen wird, so stimmt das. Gerade die Bauernschaft und der ländliche Raum haben zurzeit sehr mit Existenzfragen zu kämpfen. Wenn wir daran denken, dass öffentliche Institutionen gerade im ländlichen Raum eingekürzt werden, abgezogen oder geschlossen werden, so ist es noch immer sehr beachtlich, wenn auch in dieser INFORA-Studie festgestellt wird, dass immerhin 98 Prozent der Schüler aus bäuerlichen Familien stammen, die in landwirtschaftlichen Fachschulen unterrichtet werden und dass 42 Prozent der Schülerinnen, die in hauswirtschaftlichen Fachrichtungen unterrichtet

werden, aus der ländlichen Bevölkerung, aus bäuerlichen Familien kommen. 82 Prozent aller Schulabgänger der landwirtschaftlichen Fachrichtungen planen auch die Hofübernahme und 10,3 Prozent der Absolventen der hauswirtschaftlichen Fachrichtung planen von vornherein ebenfalls eine Hofübernahme. Bei den Mädchen ist es nach wie vor eher so, dass sie nicht von vornherein mit einer Hofübernahme versehen sind, weil sie oft zu den weichenden bäuerlichen Kindern zählen.

Und viele, viele Absolventinnen, die vorerst einen landwirtschaftsfremden Beruf ergreifen, gehen aber wieder zurück in die bäuerliche Familie und nicht bäuerliche Absolventen heiraten ohnedies auch gerne in bäuerliche Betriebe ein. Also da ist durchaus ein Konnex herzustellen, der zur Entwicklung des ländlichen Raumes beiträgt und die Stabilität dort hält.

Was sind nun auch ganz wesentliche Aufgaben dieses landwirtschaftlichen Schulwesens? Mehr als vor zehn, 15 Jahren schon waren die Kontakte in den Osten Europas ein sehr wesentlicher Teil. Und heute, sozusagen in der Stunde vor der Osterweiterung des Europäischen Raumes, sind die persönlichen tragbaren und persönlich erlebbaren Freundschaften und auch Beziehungen von großem Nutzen. Also diese Osteuropakontakte sind zur Vertiefung und auch zum Abbau der Ängste und Nöte eine wesentliche Achse geworden.

Dass Frauen im wirtschaftlichen Denken und Handeln qualifiziert werden und zu ihrer Eigenverantwortlichkeit und zur Problemlösungsfähigkeit hingeführt werden. Damit gibt es die Sicherung der Lebensqualität des ländlichen Raumes und auch Zukunftsperspektiven in Form von Kooperationen zwischen Gewerbebetrieben, Gastwirtschaften, Tourismus und Ähnlichem.

Nicht zu verhehlen ist, dass es eine große Herausforderung ist, die Bildung auf die Zukunft auszurichten. Die bäuerlichen Betriebe selber stehen in großen Existenzsorgen und die Leute, die diese Menschen begleiten, sollen eigentlich für die Zukunft investieren. Dazu zählen EDV, Sprachkenntnisse, Ausbildung nach wie vor in Einkommenskombinationen. Und die Schulen selbst haben sich überall, in allen Landesteilen, als Bildungs- und Kompetenzzentren entwickelt, in denen neue, unkonventionelle Wege erprobt und getragen werden. Ich möchte erinnern, dass die Fachschule Kobenz gerade im Holzbereich in der letzten Woche einen ganz neuen Weg beschritten hat, der absolut in die Zukunft führt.

Wenn wir dieses landwirtschaftliche Schulwesen vom Land her aufgeben, dann geben wir mehr auf als nur eine Bildungsstätte. Sie ist auch Auffangstätte für viele junge Leute, die Probleme daheim haben, die die Möglichkeit nicht haben, mit ihren Eltern in gutem Kontakt zu leben. In dieser pubertären und vorpubertären Phase sind sie ein Hort, der der Jugend, aber auch den Eltern Unterstützung bietet.

In dem Sinn bin ich sehr froh, dass die INFORA-Studie und der Rechnungshofbericht in eine gleiche Kerbe schlagen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 15.13 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

**Abg. List (15.13 Uhr):** Herr Präsident, geschätzter Herr Agrarlandesrat, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Die Frau Kollegin Hermine Pußwald hat diesen Landesrechnungshofbericht unter dem Motto ausgelegt, wie es mir gefällt. Sie hat geschickt versucht, sich über die Probleme, die aufgezeigten Mängel, die im Bericht vorhanden sind, hinwegzuretten oder, ich würde einmal sagen, diese zu verharmlosen. Beinahe 20 Minuten hat sie über die INFORA-Studie und ihre Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Schulen gesprochen. Ich habe mir gedacht, wenn sie den Bericht, wie er ist, entsprechend referieren oder behandeln wird, werde ich mir das eine oder andere sparen können. Leider ist es nicht so und ich darf auf den Landesrechnungshofbericht etwas näher eingehen.

Wie Sie wissen, geschätzte Damen und Herren des Landtages, hat der Landesrechnungshof eine Prüfung der neun landwirtschaftlichen Hauswirtschaftsschulen Sankt Martin entsprechend den gesetzlichen Grundlagen durchgeführt. Dabei wurden Teilgebiete der Gebarung, wie Gesamtaufwands- und Gesamtabgangsdarstellungen, Kosten für die Unterbringung der Schülerinnen, hier auch die Mietverträge, die Verpflegswirtschaft, der Brandschutz, die Hygiene und die Auslastung in den einzelnen Schulen behandelt. Beim Vergleich der angemieteten Objekte in den Schulen Oberlorenzen, Vorau und Neudorf wurden gravierende Unterschiede in der Instandhaltung, beim Mietzins sowie der Vertragsdauer der Mietverhältnisse festgestellt. Du weißt das, Herr Landesrat, die Instandhaltungen der Mietobjekte der Schulen in Vorau und Oberlorenzen gehen grundsätzlich zu Lasten der Vermieter. Beim Schloss Neudorf trägt der Mieter, sprich das Land, die Kosten und der Steuerzahler ist damit für die Erhaltung des konstruktiven Bauzustandes auf die Dauer des Mietverhältnisses verantwortlich. Der Vermieter braucht dafür keinen Groschen zu berappen!

Ein weiterer Vergleich der Vertragsdauer zwischen den drei Schulen stellt sich folgend im Rechnungshofbericht dar: Bei den Mietverträgen der Schulen in Vorau und Oberlorenzen ist der Rechtsbestand einer Kündigung mit einer Jahresfrist gegeben. Diese Möglichkeit besteht beim Schloss Neudorf nicht. Das Mietverhältnis beim Schloss Neudorf dauert insgesamt 28 Jahre und wurde bereits zweimal verlängert. Der erste Vertrag dauerte von 1984 bis 2004, der zweite von 2004 bis 2009 und die letzte Verlängerung läuft jetzt bis 2012. Der Rechnungshof stellt fest und kritisiert, dass dieser Mietvertrag den Steuerzahlern sehr teuer zu stehen kommt. Monatlich müssen nämlich sage und schreibe 116.000 Schilling für zwei Schulklassen überwiesen werden. Für den Eigentümer ist das eigentlich ein gutes Geschäft! Der abgeschlossene Mietvertrag – und so steht es im Landes-



rechnungshofbericht – entspricht offensichtlich dem Entwurf der Eigentümer, weil das Land nämlich nach Auslaufen des Mietvertrages im Jahr 2012 ausdrücklich – und ich betone ausdrücklich – auf die Rückvergütung für die millionenschweren Investitionen verzichtet.

Hier wurde von deiner Abteilung, von dir, Herr Landesrat, versucht, einen Vergleich mit den getätigten Aufwendungen für die Nutzbarmachung anderer Schulen anzustellen. Dieser Vergleich hinkt, weil die Schulen Großlobming oder Sankt Martin oder Halbenrain von diesen neuen Schulen sich alle im Landesbesitz befinden. Diese Bauwerke sind Landesbesitz. Hier wird nämlich nicht durch das Land eine Sanierung von in privatem Besitz befindlichen Gebäuden durchgeführt.

Geschätzte Damen und Herren, und jetzt passen Sie bitte auf, pikant wird diese ganze Angelegenheit zusätzlich, dass hier offenbar ein einflussreicher Mann, ein Vertrauter der Volkspartei, als Mehrheitseigentümer im Spiel ist. Wir haben schon einiges im Laufe der heutigen Tagesdebatten über ihn gehört. Der Klubobmann der SPÖ hat seinen Namen schon einmal angerissen. Und auch der Kollege Hagenauer wird es später noch machen, das vermute ich.

Eigenartig aber ist, dass sich jetzt dieser Mann, der Herr Norbert Ertler, wehrt und mit vorgelegten Zahlen zum so genannten teuren Vertrag wörtlich erklärt: „Da kann man wohl nicht von einem großen Geschäft sprechen. Das ist ein Sozialtarif. 116.000 Schilling für eine monatliche Miete eines Schlosses ist ein Sozialtarif!“ Damit kann aber nicht die ganze Angelegenheit als erledigt angesehen werden.

Ich glaube, wenn Ihr Kollege Ertler jetzt aus dem Dunstkreis der ÖVP ehrlich meint, dass das ein Sozialtarif ist, er sehr wohl einem Ausstieg aus diesem Mietvertrag zustimmen wird, dem sehr, sehr raschen Ausstieg aus diesem Mietvertrag.

Wenn Sie den Landesrechnungshofbericht kennen, er war auch bereits in den Medien, so schlägt der Landesrechnungshof nämlich den Ausstieg aus dem Vertrag vor. Ich zitiere: „Abschließend stellt der Landesrechnungshof fest, dass der Mietvertrag zur Anmietung des Schlosses Neudorf den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit widerspricht!“

Auf Grund der ungenügenden Auslastung der Schule und der Möglichkeit, dass bis zum Jahr 2012 Investitionen in nicht absehbarer Höhe vom Land Steiermark zur konstruktiven Erhaltung des Schlosses voraussichtlich anfallen werden, schlägt der Landesrechnungshof den Ausstieg aus dem Vertrag vor. Nachdem auch der Finanzlandesrat – dein Kollege Herbert Paierl – die Sache ähnlich beurteilt, wollen wir Freiheitlichen im Landtag die Möglichkeit einer vorzeitigen Mietvertragsauflösung mit allen Konsequenzen für das Land prüfen lassen, damit nicht weitere Millionen in dieses private Schloss verpulvert werden.

Weiters wird in diesem Bericht des Landesrechnungshofes dokumentiert, dass der jährliche Abgang dieser neuen Schulen von Sankt Martin rund 92,5 Millionen Schilling beträgt. Dieser Abgang wird sich auf Grund von schlechten Auslastungen in den folgenden Jahren weiter erhöhen. Frau Kollegin Pußwald hat bereits gesagt, dass man verschiedene Schülerzahlen oder Rückgänge bei den Geburtsjahrgängen – also geringere Schülerzahlen – künftig antreffen wird. Es bleibt jetzt die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, Herr Landesrat, in Zeiten, in denen Sparen angesagt ist, die Anzahl der Schülerinnen, die jetzt in diesen drei angemieteten Schulen ihre Schulausbildung absolvieren, auf die eigenen sechs Schulen des Landes aufzuteilen. Eine erste Maßnahme könnte dabei sein, dass wir sämtliche Verträge der angemieteten Schulen kündigen. Kurzfristig war das bei der Schule in Neudorf möglich, nachdem es weniger Schülerzahlen gab. Eine Klasse konnte gar nicht mit dem Schuljahr beginnen, weil es durch kriminelle Delikte Probleme gegeben hat. Es sind nur fünf Schüler zu Beginn des Schuljahres gekommen. Diese wurden problemlos auf die anderen Schulen aufgeteilt. Hier würde sicherlich die Möglichkeit bestehen, diese in anderen Schulen zu versorgen. Effizienz und eine bessere Qualität der Ausbildung an diesen Schulen könnte erhalten werden.

In einem weiteren Bericht befasst sich der Landesrechnungshof mit dem Bereich des Brandschutzes. Im Bereich des Brandschutzes wird aufgezeigt, dass ein umfassender Brandschutz durch Jahre hindurch vernachlässigt wurde und bereits wiederholt aufgezeigte Mängel noch immer nicht beseitigt sind. Für uns ist jetzt unverständlich, dass die Abteilung für landwirtschaftliches Schulwesen das Bewusstsein für einen vorbeugenden Brandschutz offensichtlich vernachlässigt hat oder ihr das Bewusstsein dafür gänzlich fehlt. (Abg. Pußwald: „Dazu braucht man Geld!“)

Frau Kollegin Pußwald, wenn du den Bericht aufmerksam gelesen hättest, dann würdest du bemerkt haben, dass es unter anderem ein Merkblatt gibt. Es gibt ein Merkblatt, das von den Dienststellenleitern den Mitarbeitern jährlich nachweislich zur Kenntnis zu bringen ist, damit dementsprechende Brandschutzmaßnahmen durchgeführt und erledigt werden können. Diese nachweisliche Kenntnisnahme wurde nicht durchgeführt. Im Zuge dieser Überprüfung durch den Landesrechnungshof musste auch aufgedeckt werden, dass viele Maßnahmen, die für einen effizienten Brandschutz vorgeschrieben sind, nicht beachtet wurden.

Ganz kurz die verschiedensten Bereiche, die aufgezeigt wurden: Es gibt Mängel im Bereich des Brandschutzbeauftragten, in der Brandschutzordnung, beim Verhalten im Brandfalle, den Brandschutzplänen, in der Ausbildung und Unterweisung im Brandfall, Übungen fehlen, Eigenkontrolle sowie periodische Überprüfungen werden nicht durchgeführt und bei der Führung des Brandschutzbuches in den landwirtschaftlichen Hauswirtschaftsschulen werden viele Mängel aufgezeigt. Weiters wurden auch die geforderten Baumaßnahmen, die du bereits aufgezeigt hast, im Bereich des Brandschutzes nicht immer umgesetzt. Das ist ein Teil, mit dem ich mich identifiziere und der festgehalten wird. Abschließend im Bereich des Brandschutzes sieht der Landesrechnungshof es daher als unbedingt notwendig, rasch tätig zu werden, um das Sicherheitsrisiko für die Schülerinnen im Falle eines Brandes zu minimieren.

Geschätzte Damen und Herren! Auf Grund dieser beiden Problembereiche bei den neun landwirtschaftlichen Hauswirtschaftsschulen Sankt Martin stellen die freiheitlichen Abgeordneten List und Ferstl einen Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages. Ich konzentriere mich jetzt ausschließlich auf den Antragstext. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung des Mietvertrages der land- und forstwirtschaftlichen Schule Neudorf mit allen Auswirkungen auf das Land Steiermark zu prüfen und zweitens einen aktuellen Bericht über die getroffenen Brandschutzmaßnahmen in den Hauswirtschaftsschulen Sankt Martin zu verfassen und dem Steiermärkischen Landtag innerhalb von sechs Monaten darüber zu berichten. Es werden in Kürze noch zwei weitere Unselbstständige Entschließungsanträge eingebracht werden. Ein Unselbstständiger Entschließungsantrag wird von den Kolleginnen und Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht. Diesem werden wir Freiheitlichen selbstverständlich zustimmen. Unser Entschließungsantrag ist der weiter gehende, weil er auch eine Berichterstattung von der Landesregierung an den Landtag verlangt. Zum Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei, der in Kürze vermutlich ebenfalls eingebracht wird oder auch nicht: Möglicherweise wird die Österreichische Volkspartei diesen Antrag zurückziehen, weil er einfach am Eingemachten vorbeigeht und hier mehr oder minder einen Freibrief für den Besitzer, für Norbert Ertler, ausstellt. Allein schon die Begründung ist eine Farce. Es wird festgeschrieben, dass der Landesrechnungshof feststellt, dass infolge zu geringer Auslastung die land- und forstwirtschaftliche Fachschule Sankt Martin, Schloss Neudorf, so hohe Mietkosten hat. Das ist doch alles falsch. Die hohen Mietkosten sind ausschließlich auf Grund des konstruierten und zusammengestellten Mietvertrages bis 2012 zustande gekommen. Ich stelle fest, hier sollte man die Bastler solcher Verträge und jene Personen, die diese anschließend in der Landesregierung beschlossen haben, etwas mehr in die Verantwortung nehmen. Ich glaube auch nicht, dass du, Herr Landesrat, lieber Erich, mit diesem Mietvertrag glücklich bist. Ich meine, es ist richtig, wenn wir eine Prüfung dieses Mietvertrages verlangen und die Möglichkeit etwa eines Ausstieges überprüfen lassen. Der Antrag, der von Ihnen eingebracht wird, hat zwei Punkte. Zum einen ist es das Eingeständnis der ÖVP, dass sich seit Jahren etwas ändern muss. Die ÖVP oder die Verantwortlichen in den landwirtschaftlichen Schulen hätten hier die Möglichkeit gehabt, einen angemessenen Mietzins bereits dreimal zu erhalten oder auszuverhandeln, etwa für 2004, für 2009 oder für 2012. Das wurde nicht durchgeführt. Hier wird offensichtlich das Schloss Neudorf zum Palast gemacht! Man versucht, mit einem Antrag diesem Besitzer oder dieser Gruppe von Besitzern die Möglichkeit weiterhin zu geben, ihr Schloss zu sanieren, ich wiederhole, ihr Schloss zum Palast auszubauen. Das wollen wir auf keinen Fall. Der zweite Punkt dieses Antrages beschäftigt sich damit, für eine optimalen Auslastung der Schule Neudorf zu sorgen. Ja, warum ist denn das nicht schon lange passiert? Es gibt neun landwirtschaftliche Hauswirtschaftsschulen in Sankt Martin mit insgesamt 700 Schülerinnen.

Alle landwirtschaftlichen Schulen. Nein! Mir geht es ausschließlich um Sankt Martin, wie es in diesem Rechnungshofbericht behandelt wird. Es gibt drei angemietete Schulen. Das sind die Schule Vorau mit ungefähr 90 Schülern, die Schule Oberlorenzen mit annähernd 35 Schülern und die Schule Sankt Martin-Neudorf an die 50 Schüler, die jährlich ihre Ausbildung erhalten sollten. Man könnte ohne weiteres diese 150 Schüler dieser angemieteten Objekte auf die anderen sechs Schulen, die im Besitz des Landes sind, wenn man wollte, aufteilen.

Ich habe es am Anfang schon gesagt. Also nochmals an den Kollegen oder die Kollegin der Österreichischen Volkspartei, die den Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen wird, ich glaube, dieser ist nicht ernst gemeint. Wenn du das machst, lieber Kollege Gangl, dann hast du dich mit der Materie auf keinen Fall beschäftigt! Ich denke, hier wurde eine Strategie zurechtgelegt, durch die man den Eigentümer dieses Schlosses auffordert, in die Medien zu gehen. Hier wird der Versuch gestartet über den Landtag, mit einem Unselbstständigen Entschließungsantrag hinwegzukommen, sich darüberzuretten! Man will ihm weiterhin bis zum Jahre 2012 die Möglichkeit geben, sein Schloss, das Schloss Neudorf, zum Palast auszubauen. Und das wollen wir auf keinen Fall.

Deswegen bitte ich Sie, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, dass Sie dem Unselbstständigen Entschließungsantrag der Freiheitlichen in beiden Punkten zustimmen, nämlich einen Bericht zu erstatten über die Brandschutzmaßnahmen, die gefordert werden und zu prüfen, ob es die Möglichkeit gibt aus dem Mietvertrag beim Schloss Neudorf vorzeitig auszusteigen, mit sämtlichen Konsequenzen, die dem Land dafür erwachsen können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 15.30 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile es ihr.

**Abg. Kaufmann** (15.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Landesrat, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Kollegin Pußwald, zu deinem Bericht möchte ich nur sagen, um in der Schulsprache zu bleiben, Thema verfehlt, nicht genügend, setzen! (Abg. Pußwald: „Das habe ich wirklich nicht gesagt!“)

Ich kann mir einfach nicht vorstellen, wenn man den Rechnungshofbericht wirklich durchgelesen hat und weiß, dass hier 61 Millionen Schilling verschludert werden, dass man dann anfängt, die Holzwürmer im Bretterboden zu zählen und über renovierungsbedürftige Kloanlagen zu sprechen und am Thema komplett vorbeigeht. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass du das gelesen hast.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns liegt ein Bericht des Landesrechnungshofes vor, der sich wie ein Märchen liest. Aber nicht, weil es so schön ist, sondern weil es so unglaublich ist, was da drinnen steht. Und zwar das Märchen „Tischlein deck dich“, wo einer sagt „Esel streck dich“ und aus dem Esel klimpern die Goldmünzen. Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, leider ist es kein Märchen, sondern es sind Tatsachen und sie sind tatsächlich passiert. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Wir sind die Esel!“)

Ich möchte zurückgreifen auf das Jahr 1984, denn das ist genau das Jahr, in dem ein Vertrag erstellt wurde, ein Vertrag zwischen den Besitzern des Schlosses Neudorf als Vermieter und dem Land Steiermark als Mieter, und der eben 1984 abgeschlossen wurde. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich würde zu solchen Konditionen nicht einmal ein Vogelhäuschen mieten, geschweige denn eine Ruine, denn nichts anderes war das Schloss Neudorf im Jahr 1984. Aber das Land Steiermark stieg in diesen Vertrag ein, wahrscheinlich weil ein findiger ÖVP-Mann damals Mitbesitzer war. (Abg. Straßberger: „Das ist eine Unterstellung!“) Ich sage deswegen war, denn mittlerweile ist er der Besitzer dieses Schlosses, das in der Zwischenzeit rundherum auf Kosten des Landes Steiermark renoviert wurde.

Um zu diesen Renovierungen auf Kosten des Landes zu kommen, musste in dieser Schule eine landwirtschaftliche Haushaltungsschule eingerichtet werden. Zwei andere Fachschulen wurden damals geschlossen, damit genug Schüler für Schloss Neudorf zur Verfügung standen.

Der Landesrechnungshof stellt in seinem Bericht fest, dass das Schloss Neudorf die Schule mit den höchsten Gesamtkosten und den niedrigsten Einnahmen und daher mit dem höchsten Abgang ist. Auf Grund der großen Unterschiede bei den Kosten für die Unterbringungen der Schülerinnen – Schloss Neudorf verschlingt jährlich 2,2 Millionen Schilling, die natürlich vom Land aufzubringen sind – im Vergleich zu den anderen angemieteten Schulen hat der Landesrechnungshof den Mietvertrag für das Schloss Neudorf einer genaueren Betrachtung unterzogen.

Und hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt man aus dem Wundern nicht mehr heraus, was alles möglich ist, wenn man in einem Nahverhältnis zur ÖVP steht.

Der Rechnungshof stellt fest, dass in diesem Vertrag dem Entwurf der Eigentümer gefolgt wurde. Das muss man sich vorstellen, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das Land folgt in zumindest zwei Punkten nicht den Vorschlägen der Rechtsabteilung 10, sondern den Vorschlägen des Eigentümers, Vorschläge, die schwer wiegende Nachteile für das Land Steiermark brachten.

Punkt sechs dieses Vertrages ist für mein Rechtsempfinden und ich glaube für jeden, der ein Rechtsempfinden hat, einfach unverständlich, denn in diesem Punkt wird mit einem Vertrag ein Gesetz außer Kraft gesetzt. Dieser Punkt sagt, dass der Mieter, also das Land Steiermark, verpflichtet ist, sämtliche Kosten hinsichtlich der Erhaltung, aller Renovierungsarbeiten, Betriebskosten und öffentlicher Abgaben auf die Dauer des Mietverhältnisses zu tragen und den Vermieter, also den Schlossbesitzer, hinsichtlich genannter Kosten klag- und schadlos zu halten. Eine solche Vereinbarung widerspricht eindeutig den Bestimmungen des Paragraphen 1096 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches. Aus diesem Grund wurde diese Bestimmung des Gesetzes einfach per Vertrag außer Kraft gesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn diese Möglichkeiten Schule machen, dann wird mir Angst und Bange.

Das heißt nichts anderes, dass das Land einen Vertrag unterschreibt, der im Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, aber auch Rechtmäßigkeit äußerst bedenklich ist. Das Land übernimmt als Mieter Kosten, die normalerweise der Eigentümer beziehungsweise der Vermieter von Gesetzes wegen selbst zu tragen hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vom einfachen Bürger verlangt man die Einhaltung der Gesetze, egal, ob er diese Gesetze kennt oder nicht. Das Land selbst macht hier einen Gefälligkeitsvertrag mit einem Parteifreund und hält sich an gar nichts.

Dadurch entstehen dem Land jährlich an Kosten 2,2 Millionen Schilling. Jede Investition, die bis jetzt getätigt wurde, von der Fassade bis zum Dach, wird vom Land über die Miete bezahlt. Diese Miete wurde in der Zwischenzeit, zwischen 1984 und heute, fast verdoppelt und ist natürlich an den Index gebunden. Die Vertragsdauer – und der Herr Kollege hat das schon gesagt – wurde bis 2012, übrigens das zweite Mal schon, verlängert. Dem Land entstehen bis zum Jahr 2012 Kosten von voraussichtlich 61 Millionen Schilling. Ich sage deswegen voraussichtlich, weil man nicht weiß, welche Investitionen der Schlossherr bis 2012 noch tätigt, damit er dann ein total renoviertes Schloss zurückbekommt zur gefälligen Weiterverwendung. Und nach Gerüchten, wenn man danach gehen kann, weiß der ÖVP-Schlossherr schon, was nach 2012 mit seinem Schloss passieren soll.

Punkt zehn des Vertrages besagt, dass nach Ablauf des Mietverhältnisses Rückvergütungen des Landes an den Schlossherrn nicht gestellt werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das widerspricht den verfassungsgesetzlichen Geboten der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Rechtmäßigkeit.

Im Rechnungshofbericht sagt Landesrat Paierl, dass der endgültige Vertrag der Rechtsabteilung 10 nicht bekannt sei. Landesrat Pörtl sagt, dass solche Konditionen üblich sind. Nur der Landesrechnungshof repliziert, dass diese Vorgangsweise nicht üblich ist. In allen anderen Schulen trägt die wertvermehrenden Investitionen der Vermieter.

Mit einem Punkt wurde der ÖVP-Schlossherr dann noch endgültig und völlig abgesichert, nämlich dass ein vorzeitiger Ausstieg aus dem Vertrag nur möglich ist, wenn die aushaftenden Kredite zurückbezahlt sind. Eine Kündigungsfrist wurde gleich gar nicht in den Vertrag aufgenommen.

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen nicht zu viel versprochen, wenn ich sagte, dieser Vertrag liest sich wie ein Märchen – „Tischlein deck dich“, der Esel streckte sich und die Golddukaten klimpern. Und jener Herr, dem 1984 nicht einmal ein Stein dieser damaligen Ruine gehörte, ist heute auf Grund seiner, wie man sieht, einträglichen Verbindungen stolzer Besitzer eines rundherum renovierten Schlosses mit Geld, das den Steirerinnen und Steirern gehört, und nicht der ÖVP.

Ich halte den Antrag, den die ÖVP wahrscheinlich oder höchstwahrscheinlich einbringen wird, gelinde gesagt für eine Frechheit, denn dieser Zustand soll weitergeführt werden. Auf den Schlossherrn wird weiter geachtet und nicht auf das Geld, das man einsparen könnte.

Und ich möchte noch einige Sätze zu den landwirtschaftlichen Schulen sagen, obwohl die Frau Kollegin Pußwald das ja schon ausführlich getan hat.

Für mich, werte Kolleginnen und Kollegen, entsteht der Eindruck, dass hier Kinder und Jugendliche als Alibi in einem Schloss untergebracht werden, mit dem Titel „Landwirtschaftsschule“, um billigt für einen Parteifreund das Schloss zu renovieren.

Die Schule ist nicht ausgelastet und das Internat ist nur zu 35 Prozent ausgelastet. Die Zahlen, die du genannt hast, stimmen nicht, zumindest bei diesem Schloss nicht. Das Internat ist, wie ich schon gesagt habe, nur zu 35 Prozent ausgelastet. Von 28 Schülerinnen, und ich beziehe mich jetzt auf den Berichtszeitraum 1999, haben 19 im Internat geschlafen, und zwar aus dem Grund, weil die Schülerinnen zum Großteil aus dem Einzugsgebiet Leibnitz kommen.

Ich glaube, du hast den Rechnungshofbericht wirklich nicht gelesen. Das steht alles drinnen, was ich dir jetzt erzähle. Die Schülerinnen kommen aus dem Einzugsgebiet von Leibnitz und nehmen dieses Internat nicht in Anspruch. Das Internat ist nur zu 35 Prozent ausgelastet, kostet aber jährlich Millionen. Du hast einige Zahlen genannt, die ich nicht nachvollziehen kann. Ich weiß, dass das Land Steiermark massivst wirbt, um Schülerinnen in diese Schulen zu bekommen, um überhaupt die Zahlen zusammenzubringen, damit man die Schulen noch offenhalten kann. Ich nenne das „Wildern in anderen Schulbereichen!“ Die Frage stellt sich für mich, ob diese Landwirtschaftsschulen nicht als Zwischenparkstelle für sehr viele Mädchen verwendet werden, für Mädchen, wo die Eltern sagen, bevor du in den Polytechnischen Lehrgang gehst oder bevor du auf der Straße stehst, weil du keinen Lehrplatz bekommst, gehst du in eine landwirtschaftliche Haushaltungsschule und verbringst das Jahr dort. Ich habe nichts dagegen. Landesrat Pörtl sagt immer, unsere Landwirtschaftsschulen sind Lebensschulen. Ich bin auch dafür und sage, Lebensschulen, wenn sie notwendig sind, soll man erhalten, aber nicht aus dem Landwirtschaftsbudget. Wenn landwirtschaftliche Schule auf einer Schule draufsteht, dann soll Landwirtschaft drinnen sein. In einer landwirtschaftlichen Schule sollen Jugendliche zu Landwirten ausgebildet werden. Wir alle wissen, und das möchte ich betonen, dass wir gute moderne Landwirtschaftsschulen für jene brauchen, die Landwirte werden wollen. Wie schon gesagt, ich möchte einmal die genauen Zahlen haben. (Abg. Pußwald: „Ich lade dich in eine Schule ein!“)

Du brauchst mich nicht in eine Schule einladen. Wir haben 39 landwirtschaftliche Schulen für rund 50.000 Betriebe. 25 Prozent der Betriebe werden von Pensionisten geführt. Ich brauche mir nur die Zahlen anzuschauen, dann weiß ich, dass niemals 39 Schulen von bäuerlichen Kindern oder Landwirtinnen, die in die Landwirtschaft gehen, aufgefüllt werden können. Hier wird Etikettenschwindel betrieben. Landwirtschaftliche Schulen werden nicht für Landwirte und Landwirtinnen verwendet, die eine Ausbildung brauchen. Wir brauchen diese Schulen, aber du sagst immer, wir haben zu wenig Geld. Hier könnte man einsparen. Wenn solche Schulen benötigt werden, dann sollen sie aus einem anderen Budget bezahlt werden, und nicht aus dem Landwirtschaftsbudget. (Beifall bei der SPÖ.)

400 Millionen Schilling sind aus dem Landwirtschaftsbudget für Landwirtschaftsschulen budgetiert. Diese Schulen sind aber keine Landwirtschaftsschulen. Es werden keine Bauern und Bäuerinnen ausgebildet, zumindest nur zu einem geringen Prozentsatz – denken wir nur an die Landesweinbauschule Silberberg. In dieser Schule wird nach modernen Aspekten ausgebildet. Der Bauer der Zukunft ist ein Unternehmer und braucht eine moderne Ausbildung. Marketing, Management sollen keine Fremdwörter mehr sein. Für das haben wir aber kein Geld. Wir haben aber viele Millionen, die in private Schlossbesitzer gesteckt werden. Und dagegen wehre ich mich und dagegen werde ich mich immer wehren. Geld für Landwirtschaftsschulen ja, aber nicht für Schulen, die von anderen benutzt werden, wo man Kinder zwischenparkt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich werde das tun, was auch der Landesrechnungshof vorschlägt. Ich werde für meine Fraktion einen Entschließungsantrag einbringen, dass das Land aus diesem Vertrag aussteigen soll. Das Land erspart sich, wenn jetzt ausgestiegen wird, mindestens 33 Millionen Schilling. Das sind nur die Mietkosten – das lässt sich nachrechnen – bis zum Jahr 2012. Diese Kosten würde sich das Land ersparen. Ich rede gar nicht davon, was noch alles auf das Land zukommt, wenn es in diesem Vertrag bleibt und wenn der Schlossherr weiterhin so fleißig und verschwenderisch investiert mit Geld, das ihm nicht gehört. Ich erspare mir die Einleitung und verlese nur mehr den Antrag. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens zu prüfen, ob eine baldmögliche Kündigung des bis zum Jahr 2012 abgeschlossenen Mietvertrages betreffend Schloss Neudorf – mit insgesamt geringerem Kostenaufwand für das Land – möglich ist und zweitens gegebenenfalls den Mietvertrag ehestmöglich zu lösen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.45 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hagenauer** (15.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte gleich anschließen, wo Kollegin Kaufmann jetzt gerade geendet hat. Es ist auch aus Sicht der Grünen gerade in der jetzigen Situation für die Landwirtschaft wichtig und die Landwirtschaft ist sicherlich ein Bereich, der durch die EU-Erweiterung unter Druck kommen wird, aus österreichischer, aus steirischer Sicht alles zu tun, um diese negativen Auswirkungen, die im Raum stehen, abzufedern. Unsere Volkswirtschaften profitieren seit vielen Jahren schon von der EU-Erweiterung und es ist nicht Aufgabe etwa Brüssels, diese Sachen jetzt auszugleichen. Es ist auch nicht eine Frage, einer Erweiterung von Seiten Österreichs nicht zuzustimmen, weil man sagt, da ist irgend jemand negativ betroffen, sondern das ist zuerst einmal natürlich auch eine Sache unserer eigenen Solidarität innerhalb der Steiermark und Österreichs, mit den negativ Betroffenen Ausgleichsmaßnahmen zu machen – das nur einmal vorweg und ganz allgemein. In dem Sinne ist es vollkommen richtig, was Frau Kollegin Kaufmann gesagt hat. Es sind jetzt gerade in dieser Phase die Ausbildungsmaßnahmen im landwirtschaftlichen Bereich, was etwa Selbstvermarktung betrifft, was Spezialisierung betrifft, noch zu verstärken, wo es nur geht – keine Frage. In dem Sinne stimme ich auch meinen Vorrednern durchaus zu, wenn gesagt wird, es gibt aber die Übergänge zu Bereichen, wie gerade ausgeführt, wo es sich nicht mehr um spezifische Ausbildung für Schülerinnen und Schüler im landwirtschaftlichen Bereich, also für landwirtschaftliche Tätigkeiten oder Fertigkeiten als solche handelt. Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen und auch die Frage in den Raum stellen, warum geht man überhaupt nicht her und sagt, Ausbildung ist Sache des Unterrichtsressorts und gilt für alle Zweige überhaupt und generell in diesem Land. Es gibt auch ein Gegenargument, das ich Ihnen gleich dazusage: Wenn ich mir jetzt das wenig glücklose Agieren und die Budgetierung unserer Bundesregierung im Ausbildungssektor anschau, dann möchte ich das dem hiesigen landwirtschaftlichen Schulreferat ersparen, dass sie bei Frau Ministerin Gehrer ressortieren. So weit gehe ich nicht. Das möchte ich Ihnen wirklich ersparen. Trotzdem sei an dieser Stelle gesagt – vielleicht hören wir das anschließend auch noch –, die ÖVP ist als solche schon gefordert, nämlich auch im Lande. Herr Landesrat Pörtl und Herr Landesrat Paiarl sollten sich zusammensetzen und sich auf eine Position einigen. Sie sollten uns kundtun und uns sagen, auch dem Landtag, wie sie eigentlich mittel- und langfristig diese Sache jetzt sehen, nämlich auf der einen Seite das Sparziel, also Geld zu sparen in dem Falle und auf das komme ich noch kurz zu sprechen, denn es gibt sicherlich Möglichkeiten ganz augenscheinlich und auf der anderen Seite auch das legitime Ziel, ich habe es schon gesagt, nach einer Forcierung der Ausbildung, nach einer Bedeutungssteigerung sogar der Ausbildung im Landwirtschaftssektor und auch, das Ziel ist noch nicht angesprochen, durchaus der Regionalität. Wir können auf der einen Seite nicht klagen, dass Postämter und Bezirksgerichte zugesperrt werden und auf der anderen Seite das völlig unter den Tisch fallen lassen.

Das ist bis jetzt einfach nicht angesprochen worden. Ich mache das hiermit. Ich halte die Regionalisierung und ich halte das dem Jetzigen in der Vergangenheit der Struktur unserer landwirtschaftlichen Schulen zugute – damit ich nicht falsch verstanden werde.

Ich halte das der bisherigen Struktur zugute. Die Frage ist nur, wie weit kann ich gehen und wie weit kann ich mir das mittel- und langfristig leisten, alle Standorte in der Steiermark zu halten? Aus Sicht der Grünen sage ich, diese Debatte ist zulässig und diese Debatte ist in der Tat notwendig. Deswegen sind wir auch nicht ganz glücklich, wenn man das jetzt nur von einer Schule her aufmacht und sagt, Neudorf zusperrt.

Gut, wir haben jetzt den Landesrechnungshofbericht am Tisch, daher reden wir auch über diese Schule, das ist schon in Ordnung. Aber worauf ich hinaus will ist das, dass in der Tat, ich habe es schon gesagt, Paiarl und Pörtl sich zusammensetzen sollten und die Landesregierung ihrerseits es sich überlegen sollte, unter Berücksichtigung all dieser Ziele, wohin soll denn die Reise gehen, wie viele Schulen können wir auf die Dauer wie weit auslasten beziehungsweise inwieweit finanzieren.

In dem Sinn werden wir den beiden Beschlussanträgen der SPÖ und der Freiheitlichen Partei zustimmen.

Wir können dem Antrag der ÖVP nicht zustimmen, leider. Es ist schon gesagt worden, einerseits haben Sie nicht nur im Antrag selbst zugegeben, dass hier Versäumnisse passiert sind, sowohl was die Miethöhe anbelangt als auch was die Auslastung anbelangt. Es ist auch so, dass in der Tat dieses Schloss Neudorf nicht im allerbesten Zustand sich befinden haben dürfte, als man hier einen derartigen Vertrag abgeschlossen hat – vornehm formuliert.

Nur ich bin mir – Frau Kollegin Kaufmann hat das auch schon angeschnitten – nicht so sicher, ob der Ausstieg jetzt wirklich rentabel ist. Ich schaue mir das jedenfalls an. Wenn der Vertrag derart einseitig ist, wie er ist, dann schaue ich mir das eben noch einmal, wie gesagt, an, ob der Ausstieg für das Land wirklich rentabel ist oder nicht oder mit noch mehr Kosten verbunden. Aber bitte schön, der Rechnungshof hat das vorgeschlagen, der Rechnungshof hat das geprüft. Daher wird man diesen Ausstieg auch in der Tat ins Auge fassen und dem Folge leisten müssen und sich das genau anschauen.

Zum Abschluss noch etwas. Ich habe es heute schon einmal kurz angezogen. Wissen Sie, diese kritisierten 69 Schilling pro Quadratmeter für Neudorf. Übrigens bei dem Vertrag – ich habe jetzt gerade vorhin nachgedacht – müsste der Herr Landesrat Klausner mit verantwortlich gewesen sein. Soweit ich die Lage kenne im Lande, war er als Finanzreferent mit zuständig. Das war nicht nur der damalige Landesrat Schaller. Schauen Sie sich das einmal an. Ich sehe das so. Das ist das Erste.

Das Zweite, 69 Schilling pro Quadratmeter für Neudorf, weit überhöht, ich sage es jetzt noch einmal, die LIG, die Landesimmobiliengesellschaft, wird 61 Schilling pro Quadratmeter verlangen. Und das kann sich auch noch erhöhen bei entsprechenden Investitionen. Ich sage es noch einmal, damit Sie auch ein Gefühl bekommen für das, was also da auf das Land zukommt. Dann haben wir nicht nur ein Neudorf im Lande, um das volkstümlich zu formulieren, dann haben wir nur mehr Neudorfs im Lande, lauter Neudorfs. (Beifall bei den Grünen.)

In diesem Sinne warten wir auf diese Prüfung, was die Zukunft von Neudorf anbelangt. Wir werden es uns dann anschauen.

Wir werden uns auch vorbehalten, einen Antrag einzubringen im Lande, der sich auseinandersetzt mit der Möglichkeit und mit der Struktur, mittel-, langfristig alle bestehenden Schulstandorte im Lande halten zu können im Sinne der Landwirtschaft selbst. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 15.54 Uhr.)

**Präsident Purr:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort. Herr Abgeordneter, bitte, die Redezeit beträgt zehn Minuten.

**Abg. Detlef Gruber** (15.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Die einsetzende Dämmerung lässt bei mir so etwas wie vorweihnachtliche Stimmung aufkommen. Hat vielleicht auch mit der Jahreszeit zu tun. Und man stelle sich vor, Weihnachten wird wirklich kommen. (Abg. Gödl: „Du bist der Weihnachtsmann!“)

Ja, man stelle sich auch vor, es gibt das Christkind. Man schreibt ein Brieflein und alle Wünsche gehen in Erfüllung. Für viele Menschen in unserem Land wäre das einfach die Erfüllung. Wir wissen schon, dass die Realität eine andere ist, aber trotzdem gibt es in unserem Land Menschen, die von der ÖVP wie durch das Christkind beschert werden. Anders kann ich die Zustände um die heute schon vielfach zitierte landwirtschaftliche Hauswirtschaftsschule Neudorf nicht interpretieren. Ich meine damit nicht unbedingt den Schulbetrieb, wiewohl es zu hinterfragen wäre, warum an dieser Schule auf einen Lehrer 4,5 Schüler im Durchschnitt kommen, im Schnitt der anderen Sankt Martin angehörenden Schulen sind es immerhin sechs. Als Vergleich dazu, an meiner Schule sind es 13,4 Schüler und bevor ich in den Landtag kam, als ich noch meine volle Lehrverpflichtung erfüllte, waren es 16,75. Ich sage das nur als Vergleich. Die Wertung können Sie dann selbst vornehmen. Es ist keine Landwirtschaftsschule.

Die Zahlen, die heute schon vielfach besprochen wurden von meinen Vorrednern, sind aber doch so spannend, dass ich noch ein bisschen etwas dazu sagen beziehungsweise sie ergänzen möchte. Neudorf mit einem Aufwand von rund 215.000 Schilling pro Schülerin und einem Abgang von 197.000 Schilling pro Schüler, eine interessante Zahl und vergleichsweise dazu der günstigste Fall die Schule Schloss Stein mit einem Abgang von nur 107.000 Schilling. Die Prognosen für 2000/2001 sind nicht erfreulich, wenn man, und das tue ich hiermit, dem Rechnungshofbericht Glauben schenkt. Aber das alles ist eigentlich nur Begleitmusik, leider keine vorweihnachtliche.

Die wahrlich erschütternde Seite dieser Geschichte ist der heute schon besprochene Mietvertrag. Kollege List, wir sind da eigentlich d'accord.

Als Bürgermeister einer kleinen Gemeinde hätte ich auch Wünsche an das Christkind. Wir sind auch im Besitze einer Liegenschaft und ich warte auf jemanden, der durch die Lande zieht, bei uns vorbeischaudet und sagt, was macht ihr eigentlich mit dem Steinehaufen da? Lasst mich daran teilhaben. Ich bringe dir das Land Steiermark und das wird dir hilfreich unter die Arme greifen. Ich garantiere dir überhöhte Mieteinnahmen und der zukünftige Mieter wird sämtliche Reparatur- und Renovierungsarbeiten bezahlen. Ich werde Sorge dafür tragen, dass du 6 Millionen Schilling Wohnbauförderungsmittel bekommst und das Schöne daran wird sein, dass du diese nicht zurückzahlen brauchst, denn das wird das Land Steiermark selbst erledigen. Sämtliche Darlehen werden auch durch das Land natürlich bezahlt und für jede Sanierungsmaßnahme, die auch bezahlt wird, kriegst du die Zustimmung zur Mieterhöhung. Es klingt wirklich wie ein Märchen. So etwas ist in der Steiermark kein Märchen. So etwas ist bestenfalls Günstlingswirtschaft im Dunstkreis der ÖVP. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein sehr renommierter Politiker der ÖVP sagte vor vielen Jahren oder gab mir ein Sprichwort mit, das ich beherzige, welches Sie sich aber vielleicht noch irgend wohin schreiben sollten. Julius Raab hat nämlich einmal gemeint: „Nicht die Politik verdirbt den Charakter, sondern der Charakter verdirbt die Politik!“ (Beifall bei der SPÖ. – 16.00 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Gangl. Ich erteile ihm das Wort. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

**Abg. Gangl** (16.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben jetzt ausführlich den Berichten gelauscht und ich kann sagen, dass in vielen Bereichen die Polemik Einzug gehalten hat. Ich möchte die Ausführungen der Kollegin Kaufmann, die gemeint hat, dass die landwirtschaftlichen Schulen eine Art Parkstation oder Zwischenparkstation für Mädchen und Burschen sind, entschieden zurückweisen, und zwar möchte ich das auf den Punkt der Finanzierung bringen: Jeder Berufsschüler, der eine Berufsschulbildung macht, bleibt auch nicht in seinem angestrebten Beruf. Man kann das

auch nicht im Nachhinein über die Finanzierungsfragen klären. Zum anderen ist es uns wichtig, dass das Schulen des ländlichen Raumes sind, dass dort Mädchen oder auch Burschen hingehen, dass sie ausgebildet werden und dass sie prinzipiell Verständnis für den ländlichen Raum haben. Wir brauchen solche Menschen draußen. (Abg. Stöhrmann: „Verständnis für den ländlichen Raum hat die ÖVP beim Schließen der Gendarmerieposten, Bezirksgerichte und Postämter bewiesen!“)

Diese Wortmeldungen, die Sie heute gebracht haben, passen auch nicht zu diesem Thema. Ich darf jetzt zur Wortmeldung der Frau Kollegin Pußwald kommen: Diese Schulen sind darüber hinaus wichtig (Abg. Stöhrmann: „Zusperrern ist das Einzige, was ihr zusammenbringt!“), weil sie Kommunikationszentrum des ländlichen Raumes sind, weil dort Erwachsenenbildung betrieben wird und weil wir dort – ich nenne dazu konkret Schloss Halbenrain – auch Kommunikation über die Grenze hinweg betreiben (Beifall bei der ÖVP. – Abg. List: „Der Vergleich hinkt, die sind im Landeseigentum!“) und wir diese Einrichtungen in diesem Ausmaß und in diesem Umfang erhalten wollen und wir nicht Pauschalverurteilungen entgegennehmen. Man muss, wenn man den Rechnungshofbericht betrachtet und Frau Kollegin Kaufmann hat das gesagt, auch festhalten, dass das der Berichtszeitraum 1999 ist. Wir wissen auch, was die Schüleranzahl anbelangt, dass es im Jahr 1999 durch interne Umstände auch an dieser Schule Neudorf Probleme gegeben hat, die auf diesen geringen Schülermangel zurückzuführen sind. Des Weiteren muss man wissen, dass die angeführten Punkte des Mietvertrages, der Punkt sechs und der Punkt zehn, im Vertragsentwurf auch der Rechtsabteilung 10 zu finden sind – wenn man das vergleicht und Sie müssen den Bericht genau lesen. Wenn man die Zahlen vergleicht, dann muss man schon diese Zahlen so vergleichen, die auch in anderen Schulen vorzufinden sind. Die Finanzierung und Nutzbarmachung der Projekte erfolgte in den siebziger Jahren in der Regel nicht über die Vermieter. (Abg. List: „Das gilt ab 1984!“) Ja, ich komme noch auf das Jahr 1984 zurück. Wenn wir die Bauphasen anschauen, Bauphase eins, 1984, ein Investitionsvolumen von rund 14,7 Millionen Schilling, wovon der Eigentümer 10 Millionen Schilling getragen hat, dann hat das Land 4,7 Millionen Schilling getragen und es ist zu keiner Refinanzierung des Eigentümeranteiles gekommen. Bauphase zwei, Sanierung des Daches und andere Sanierungsarbeiten, Investitionsvolumen Eigentümer 2 Millionen, Land eine Million. Hier kam der Refinanzierungsanteil zum Tragen. Das wurde aber durch die Steiermärkische Landesregierung unter ausdrücklicher Zustimmung des damaligen Landesfinanzreferenten beschlossen. Dritte Bauphase: Wieder ein Investitionsvolumen von 7 Millionen Schilling des Eigentümers über Refinanzierung. Das ergibt im Gesamten 9 Millionen Schilling, die über die Refinanzierung laufen. Die Mehrwertsteuer konnte in diesem Bereich abgesetzt werden. Wenn wir Investitionen, die an anderen Schulen vorgenommen worden sind, wie zum Beispiel Großlobming mit 92,5 Millionen Schilling, Halbenrain mit 69 Millionen Schilling oder Sankt Martin mit über 100 Millionen Schilling – der Unterschied ist klar – und diese Anteile nicht in den Quadratmeterpreis mit hineingerechnet sind, dann ist klar, dass es sich hier um Unterschiede in der Mietgebarung handelt. Wir von der ÖVP stellen einen Entschließungsantrag (Abg. Wiedner: „Frechheit!“), den ich vorlesen möchte. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens für eine optimale Auslastung der Schule Sankt Martin – Schloss Neudorf durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen und allenfalls auch außerschulische Aktivitäten im Bereich der Erwachsenenbildung zu prüfen sowie zweitens mit den Eigentümern schon jetzt Verhandlungen aufzunehmen, um für den Fall, dass das Schloss Neudorf auch nach dem Jahr 2012 (nach Abschluss der Refinanzierungsphase) zur Führung einer land- und forstwirtschaftlichen Fachschule benötigt wird, einen entsprechend angemessenen Mietzins zu erzielen. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.06 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Gemeldet hat sich aber jetzt Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Pörtl** (16.07 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach dieser umfassenden Diskussion auf Basis des Rechnungshofberichtes möchte ich doch einiges dazu ausführen: Es wurde im Grunde sehr klar von den verschiedenen Rednern im Landtag eigentlich aus allen Perspektiven diese momentane Situation beleuchtet. Ich möchte vorweg nur feststellen, dass gerade diese Momentaufnahme auf Grund dieser speziellen Situation, wo wir 62 Schüler und Schülerinnen im Jahr 2000, 43 im Jahre 1999, 55 im Jahre 1998 und 56 Schüler 1997 hatten, natürlich diese Konstellation nicht vom Land investierte Maßnahmen über eine private Trägerschaft finanziert in den Baumaßnahmen, diese Refinanzierung zusätzlich noch verstärkt worden ist. Ich möchte zu einigen Dingen ganz konkret Stellung nehmen. Die pauschale Festlegung, dass wir im land-, forst- und hauswirtschaftlichen Schulbereich so quasi Zufallspolitik machen und nur Parkplätze für Jugendliche darstellen, ist in den Debatten mehrmals vorgekommen. Ich möchte dabei Herrn Abgeordneten Hagenauer ansprechen, denn wir sind oft unterschiedlicher Meinung und seine Wortmeldung war sehr präzise. Wer die Wege der steirischen Bauernschaft und des ländlichen Raumes in diesen stürmischen Zeiten der technisch, der marktmäßig, der politischen Veränderungen kennt, der hat nur Verständnis, dass die einzige Chance, und wir kennen alle Experten und Wissenschaftler, um Herausforderungen zu bewältigen, die endogene Kraft ist, die Kraft des Geistes, die Kraft der Vision, die Kraft des Wissens und auch die Kraft der Partnerschaft und des Handelns. Und das ist eine entscheidende Grundlage für jeden Menschen, dass er eine solche Herausforderung besteht. Daher haben wir ein so umfassendes Bildungsangebot. Ich möchte bei der Gelegenheit aussprechen, dass das kein landwirtschaftsbudgetfinanziertes Bildungsangebot ist.

Das liegt in der Gruppe zwei „Bildung“ im Budget, aber in einem speziellen Referat, im Landwirtschaftsreferat angesiedelt. Ich möchte das also nicht als einen Verlust aus Agrarmitteln darstellen, damit nicht die Diskussion entsteht, dass es so quasi einen Raubbau von Agrarmitteln gibt, wenn wir eine Ausbildung anbieten. Da bitte ich wirklich um Verständnis. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte gar nichts beschönigen. Ich bitte nur auch wahrheitsgetreu das so aufzunehmen, dass die Verträge im Jahre 1984 unterzeichnet worden sind. Der Abgeordnete Gangl hat das schon sehr klar ausgesprochen, die erste Investition mit diesen 10 Millionen an baulichen Investitionen. Und in Bezug auf Einrichtung, das heißt mobile Einrichtung, Möbel, Internatsküche und Lehrküchen, wurden 4,7 Millionen Schilling vom Land als mobile Investition für den Beginn zur Verfügung gestellt. Die zweite Phase, da hat der Eigentümer 2 Millionen finanziert und das Land eine Million. Bei der dritten Bauphase, die Instandsetzung, hat der Eigentümer 7 Millionen finanziert und das Land im Grunde keinen Groschen. Es wurde berechnet, ich stelle das nur fest, dass diese Beträge, die investiert worden sind, in dieser 20-jährigen Berechnung mit einer Finanzierung von 4,5 Prozent berechnet wurden.

Ich habe diesen Vertrag nie unterzeichnet. Dieser Vertrag wurde vom Land Steiermark (Abg. Kaufmann: „Und 1991 und 1995, als es verdoppelt worden ist?“), und nicht von einer ÖVP-Institution unterschrieben. Das möchte ich auch in den Raum stellen. Es hat selbstverständlich bei solchen Vereinbarungen, wie früher und auch jetzt, die Finanzabteilung (Abg. Stöhrmann: „Das hat beim Fall Hochkofler nicht gegolten!“) Bitte? (Abg. Stöhrmann: „Beim Fall Hochkofler hat das Gleiche nicht gegolten, oder?“) Ich will da nichts sagen, aber er ist grandios ausgegangen für das Land. Mehr will ich da nicht sagen. Ich will da keine Kombination herstellen.

Ich stelle nur fest und das ist bereits angesprochen worden, dass diese Form der Finanzierung natürlich höhere Mietkosten auslöst. Das ist also ein ganz klares Faktum. (Abg. Kaufmann: „So hohe Mietkosten, dass jede Investition des Eigentümers damit bezahlt wird!“) Ich möchte die Kritik vom Rechnungshof nicht kritisieren. Das ist eine Feststellung des Rechnungshofes. Ich habe nur gesagt, in verstärktem Ausmaß ist durch diese reduzierte Schülerzahl das noch stärker öffentlich darstellbar.

Wir, das sage ich ganz offen, haben überhaupt keine Berührungsängste, diesen Vertrag selbstverständlich neu zu verhandeln, abzuklären, rechtlich, was kostet ein Ausstieg, welche Chancen auf Lösung des Vertrages für eine Verbesserung der derzeitigen Situation bestehen und natürlich auch abzuklären, welche Möglichkeiten des schulischen Angebotes stellen sich in der Region dar. Nur, allgemein steht fest – und das ist INFORA- und auch rechnungshofmäßig dargelegt, dass Neudorf durch diese Konstellation ein Ausreißer ist, wo bei weiteren Vereinbarungen in den anderen Bereichen dieses Faktum im Grunde nicht bei anderen Schulen die Wirklichkeit ist.

Ich bin also selbstverständlich – das ist ja gar keine Frage – verpflichtet und auch bereit, diese Überprüfung im Konkreten vorzunehmen.

Ich möchte aber nur zum Abschluss Folgendes sagen: In unseren zukünftigen Planungen sind diese strukturellen Veränderungen der Gesellschaft einerseits und auch die Gesamtentwicklung in dieser INFORA-Studie hochgerechnet – die Frau Abgeordnete Pußwald hat das im Grunde angerechnet –, wo dezidiert steht, in einer Prognose von 2010 mit durch die Bevölkerungs- und Geburtenrückgänge argumentierten Grundlagen, dass wir im schlechtesten Fall 19 Prozent an Schülerinnen und Schülern zurücknehmen. Das sind 500 Schüler pro Jahr. Da sind aber auch ein Minus von 75 Lehrern und ein Minus von 40 Millionen Schilling prognostiziert.

Ich bin in der landwirtschaftlichen Fachschule Schielleiten in die Schule gegangen, angemietet bei der Republik Österreich, das war die Sportschule, die gibt es bereits seit 15 Jahren nicht mehr, weil eben die Schülerentwicklung dementsprechend selbstverständlich auch die Grundlage ist, vor allem das Angebot so zu verändern. Es ist bereits ausgeführt worden, dass wir das selbstverständlich ganz genau wissen. Wir haben auch bereits vorher Rationalisierungsmaßnahmen getroffen, Kürzungen in den Wochenstunden von 41 auf 37 Stunden. Wir haben also damit insgesamt 27 Dienstposten bereits damals eingespart. Wir haben selbstverständlich dieses Modell der sparsamen und effizienten Bewirtschaftung dieses pädagogischen Bereiches. Und fest steht, es ist bereits ausgeführt, ich möchte das nur noch einmal unterstreichen, die Schwerpunkte liegen in der Vorbereitung für soziale Bereiche, für den Gesundheits- und Wellnessbereich, in der beruflichen Vorbereitung für den Bereich Handel und Verkehr und es ist eine hohe Durchlässigkeit für den sozialen Bereich, wo wir durch die Vorbereitung gerade in dieser sehr sensiblen pubertären Zeit im Grunde ein Angebot darstellen, das auch unter massiver Konkurrenz anderer Institutionen besteht. Und ich spreche das in dem Raum auch offen aus, gerade in letzter Zeit, wir haben früher einen enormen Überdruck gehabt und haben nach Qualität der Erzeugnisse selektiert. Das war zum Teil problematisch in der sozialen und psychologischen Position des Volksbildungswerkes Sankt Martin. Wir haben derzeit eine gewisse Schülerinnen- und Schülerquote, wo Menschen, die nicht so begabt und talentiert sind, dort auch die Basis finden für das Leben, um vor allem für dieses aggressive, sehr liberal und vor allem wettbewerbsorientierte Leben auch eine Sicherheit, eine Entwicklungschance der Talente und Fähigkeiten zu haben. Ich behaupte, dass sehr, sehr viele Werte, die wir heute nur in Form von Cash und Schnelligkeit bewerten, bei weitem nicht das erreichen, was wir in Wahrheit auch als Sehnsucht als einzelner Mensch haben, dass Wohlstand noch lange nicht Wohlbefinden bedeutet. Ich glaube, das ist auch ein familien- und regionalbezogenes Modell und dass wir nicht mit einem konkreten Fall, der natürlich unschön in der Öffentlichkeit sich präsentiert, das gesamte Bildungsmodell für diesen ländlichen Raum in der erfolgreichen dynamischen Vorbereitung junger Menschen im Grunde auch sozusagen pauschal verurteilen und abwerten.



Selbstverständlich werden wir kooperieren in der Durchlässigkeit in allen Richtungen. Ich bitte um Verständnis, dass wir da mit hoher pädagogischer Leistung, immer auch mit großem Verständnis der Parteien im Landtag selbst, diese große Chance der Bildungsoffensive zur Zukunftsgestaltung sehr, sehr ernst nehmen. Wir werden also selbstverständlich in Zukunft Anlässe zu solcher Kritik sehr vorweg und konsequent, vor allem auch vorbereitend, behandeln. (Beifall bei der ÖVP. – 16.18 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke. Das war somit die letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich komme somit zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 644/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend land- und forstwirtschaftliche Fachschule Sankt Martin – Schloss Neudorf, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Kündigung des Mietverhältnisses des Landes Steiermark für das Schloss Neudorf, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend stichprobenweise Prüfung der zweijährigen landwirtschaftlichen Hauswirtschaftsschulen Sankt Martin, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

**11. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 545/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Förderung von landwirtschaftlichen Betriebsführern, die Angehörige hauptberuflich in ihrem Betrieb beschäftigen.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dietrich** (16.20 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Förderung von landwirtschaftlichen Betriebsführern, die Angehörige hauptberuflich in ihrem Betrieb beschäftigen. In Oberösterreich werden landwirtschaftliche Betriebsführer, die einen Angehörigen hauptberuflich in ihrem Betrieb beschäftigen, gefördert. Ziel dieser Förderung ist die Vorbereitung eines künftigen Betriebsnachfolgers durch gezielte Ausbildung im eigenen Betrieb. Als Voraussetzungen müssen dabei erbracht werden: Hauptberufliche Beschäftigung eines Angehörigen im Bemessungsjahr, ganzjährige Vollversicherung bei der SVB, Höchstalter des Angehörigen 27 Jahre. Die Höhe der Beihilfe beträgt 6000 beziehungsweise 12.000 Schilling. Eine derartige Förderung würde auch für die steirischen Bauern eine spürbare Verbesserung und gleichzeitig einen Schritt in Richtung „Sicherung der Hofübernahme durch die nächste Generation“ darstellen. Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden Antrag. Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, landwirtschaftlichen Betriebsführern, die Angehörige hauptberuflich in ihrem Betrieb beschäftigen – nach Vorbild des oberösterreichischen Modells – zu fördern. Ich bitte um Annahme. (16.20 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dietrich** (16.21 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Landwirtschaft ist in einem Spannungsfeld. Einerseits werden auf den Höfen Arbeitskräfte benötigt, die Gesellschaft stellt immer mehr Anforderungen an die Landwirtschaft, die Steilflächen sollen gemäht werden, Täler und Gräben dürfen nicht aufgeforstet werden und vieles andere mehr. Auf der anderen Seite können es sich viele Bauern nicht leisten, ihre Kinder daheim am Hof zu behalten, weil die Sozialversicherungskosten viel zu hoch sind. Wenn dann die jungen so genannten Hofübernehmer einem anderen Beruf nachgehen, vielleicht weiter wegziehen, sind sie meist nicht mehr bereit zurückzukommen. Daraus resultiert, dass rund ein Viertel der steirischen Höfe keinen Nachfolger mehr hat – Tendenz steigend. Ich glaube, es ist Aufgabe der Gesellschaft Modelle zu suchen, die es ermöglichen, dass Hofübernehmer am Hof bleiben können. Mir wird es wahrscheinlich wie vielen anderen Agrarsprechern gehen, dass die Akzeptanz von Förderungen für Landwirtschaft im eigenen Klub nicht eine allzu große ist oder viele nicht verstehen können, warum die Landwirtschaft immer Fördermittel braucht. Ich glaube, auch da ist das Verständnis oft nicht gegeben, dass nur eine funktionierende Landwirtschaft einen Tourismus ermöglicht und in weiterer Folge ein Wirtschaftswachstum. Es ist unser aller Aufgabe Modelle zu finden, die Arbeitsplätze am Bauernhof erhalten, die die Abwanderung verhindern und die unsere wunderschöne, von den Bauern gepflegte Kulturlandschaft auch in Zukunft erhalten. (Beifall bei der FPÖ. – 16.23 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer** (16.24 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Zu diesem Antrag möchte ich ein altes Sprichwort zitieren: „Aller guten Dinge sind drei!“ Ich glaube, dass es nun im dritten Anlauf gelingen wird, diesen Antrag, der schon in der vergangenen Periode am 7. Juli 1998 von den Freiheitlichen als Entschließungsantrag eingebracht und nur mehrheitlich angenommen wurde, dann wurde am 24. November 1998 von uns ein Entschließungsantrag eingebracht, wurde auch nur mehrheitlich von ÖVP und FPÖ angenommen und Herr Landesrat Pörtl hat am 21. Dezember 1998 dieses Stück in der Regierung aufgelegt, wurde aber zweimal zurückgestellt, einstimmig zu beschließen. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Beitrag, damit wir unseren jungen Bäuerinnen und Bauern, die die zukünftigen Hofübernehmer sein werden, klar von der Seite des Landes aus sagen, dass wir sie brauchen, dass sie auch zu Hause finanzierbar sind und dass sie die Möglichkeit haben, im eigenen Betrieb mitzuarbeiten, hauptberuflich und dass sie nicht unbedingt in den Nebenerwerb gehen müssen. Darum bin ich froh, dass wir heute das beschließen. Die Jugend der zukünftigen Bauernschaft wird uns dankbar dafür sein. Danke! (Abg. Stöhr-mann: „Warum habt ihr das im Ausschuss abdrehen wollen?“)

Das stimmt überhaupt nicht. Diese Stellungnahme ist ja nicht „odraht“. Wenn du es genau wissen willst, dann sage ich dir jetzt etwas. Ich wollte euch ausdrücklich verschonen damit. Entschließungsantrag: 7. Juli 1998, SPÖ dagegen. Entschließungsantrag: 24. November 1998, SPÖ dagegen. So schaut es aus. (Beifall bei der ÖVP. – 16.25 Uhr.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren!

Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 600/1, betreffend Verkauf der Teilliegenschaft 8811 Scheifling, Schloßfeld 156, GB. Neumarkt in der Steiermark, KG. 65320, EZ. 251 im Teilgrundflächenausmaß von 2075 Quadratmeter an die Firma Metallbau Schneider zum Preis von 1,1 Millionen Schilling.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Tschernko** (16.26 Uhr): Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Verkauf der Teilliegenschaft 8811 Scheifling, Schloßfeld 156 im Teilgrundflächenausmaß von 2075 Quadratmeter an die Firma Metallbau Schneider zum Preis von 1,1 Millionen Schilling. Diese landeseigene Liegenschaft mit einem Gesamtausmaß von 4336 Quadratmeter ist mit einem Wohn- und Bürogebäude, verbaute Fläche 148 Quadratmeter, sowie zwei Werkshallen, verbaute Fläche 663 Quadratmeter, bebaut. Seit dem Jahre 1996 ist die Werkshalle II bereits an die Firma Schneider Metallbau vermietet. Nunmehr möchte die Firma Schneider die Halle II und einen Teil der Halle I/Garagen mit einem Ausmaß von 2075 Quadratmeter Grundstücksfläche zum Preis von 1,1 Millionen Schilling inklusive Mehrwertsteuer käuflich erwerben. Laut Schätzgutachten des allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen für das Baugewerbe, Baumeister Ing. Herbert Pongratz, Graz stellt die Teilliegenschaft einen Verkehrswert von 1,735.957 Schilling dar. Angesichts des eingeholten Gutachtens und unter Berücksichtigung der für die Fachabteilung 2 e zu erwartenden Erhaltungskosten für Kanal und Wasserleitung, Strominstallation, Dachisolierung sowie Adaptierung von Büro- und Sanitärräumen in der Höhe von 600.000 Schilling erscheint der angebotene Kaufpreis in der Höhe von 1,1 Millionen Schilling angemessen. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 15. Oktober 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf der Teilliegenschaft EZ. 251, KG. Scheifling im Grundflächenausmaß von 2075 Quadratmeter und den darauf sich befindenden Werkshallen II und Werkshalle I/Garagen an die Firma Metallbau Schneider, 8811 Scheifling, Schloßfeld 156 zum Preis von 1,1 Millionen Schilling wird genehmigt. Ich ersuche um Zustimmung. (16.28 Uhr.)

**Präsident:** Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 13 und 14 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**13. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 543/1, der Abgeordneten Dietrich und Mag. Dr. Bleckmann, betreffend Europäischer Computerführerschein für alle Schüler der steirischen Pflichtschulen.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Graf** (16.28 Uhr): Ich darf über den Antrag, Einl.-Zahl 543/1, der Abgeordneten Dietrich und Dr. Bleckmann, betreffend Europäischer Computerführerschein für alle Schüler der steirischen Pflichtschulen, berichten, welcher besagt: Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert Maßnahmen zu setzen, die es ermöglichen, dass der Europäische Computerführerschein von allen Schülern der steirischen Pflichtschulen erworben werden kann. Ich bitte um Annahme. (16.29 Uhr.)

**14. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 364/2, zum Beschluss Nr. 149 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Wiedner, betreffend IT-Klassen in der Steiermark.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Graf** (16.29 Uhr): Mit Beschluss des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert zu prüfen und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten, erstens an welchen steirischen Schulen derzeit die Möglichkeit besteht, den Europäischen Computerführerschein abzugeben, zweitens wie viele IT-Klassen derzeit in der Steiermark geführt werden, an welchen Schultypen und Schulstandorten und drittens ob es vor allem in ländlichen Regionen, in denen bisher keine IT-Klassen geführt werden, die Möglichkeit gibt, vorhandene Strukturen, wie zum Beispiel das BFI oder WIFI, für den Schulunterricht zu nutzen.

Eine ausführliche Stellungnahme liegt Ihnen allen vor, deshalb konzentriere ich mich nur auf die Verlesung des Antrages.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 1. Oktober 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 149 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Wiedner, betreffend IT-Klassen in der Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. (16.30 Uhr.)

**Präsident:** Danke für die Berichterstattung.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile ihr das Wort. Die Redezeit beträgt 20 Minuten.

**Abg. Graf** (16.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unsere Aufgabe und mit unserer Aufgabe meine ich die Aufgabe der Politik, soll es sein, Menschen so auszubilden, dass sie in der Lage sind, sich Wissen selbstständig anzueignen und jeder seine persönlichen Fähigkeiten voll entfalten kann. Dieses Wissen und das heute unbedingt notwendige Wissen hat sich im Laufe der Zeit stark verändert, natürlich, weil sich unsere Gesellschaft sehr schnell entwickelt hat und besonders weil sich der Bereich IT sehr rasch weiter entwickelt.

Deshalb sind diese Anträge beziehungsweise die Inhalte so wichtig. Jedem Schüler einer Pflichtschule in der Steiermark muss es möglich sein, diesen Europäischen Computerführerschein zu erwerben, denn wir wissen, was die Zukunft ist. Die Zukunft ist Informationstechnologie, Umgang mit dem Computer, Internet, E-Mail und auch Präsentationen. Ohne diese Dinge wird es in Zukunft nicht mehr gehen. Und das Beherrschen des Computers ist deshalb so notwendig, um das Wesentliche aus einer immens großen Flut von Informationen herauszufiltern, das Wesentliche und Wichtige für sich herauszufiltern.

Und das, meine Damen und Herren, verstehen wir unter Recht auf Bildung. Übrigens war das auch der Titel für das so erfolglose Volksbegehren, denn das war mit 2 Prozent eines der niedrigsten Volksbegehren. Da haben alle die Absichten, so sage ich einmal, der SPÖ erkannt. Und wenn der Herr Abgeordnete Schrittwieser vorher gesagt hat, manches sollte man sich ins Stammbuch schreiben, so denke ich, sollte man sich dies ins Stammbuch schreiben, dass die Menschen hier erkannt haben, dass es Panikmache war mehr oder weniger, sonst nichts.

Aber, wie gesagt, so haben die Menschen Ihre Bildungspolitik durchschaut und Sie haben die Rechnung dafür bekommen. Unsere Bildungspolitik soll Begabungen und Neigungen fördern nach dem Motto: „Nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine!“ Aber wichtig ist es für uns, mit der Zeit zu gehen, sozusagen in zu sein. Und diese Anträge und Inhalte werden dazu beitragen, dass unsere Bildungspolitik in der Steiermark in ist. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 16.33 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Prof. Wolf Rauch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Dr. Rauch** (16.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, Hohes Haus!

Das österreichische Bildungssystem ist hervorragend. Wir können auf unsere Schulen und auf unsere Schülerinnen und Schüler sehr stolz sein. Und auch die österreichische Bevölkerung ist mit unserem Bildungssystem in überwältigendem Maß zufrieden.

Warum müssen wir dann unser Bildungssystem gerade jetzt so tief greifend ändern? Warum müssen wir so viele neue Inhalte zum Gegenstand machen?

Ich glaube, es gibt zwei Gründe, die dafür maßgeblich sind:

Einmal die zunehmende internationale Mobilität. Damit die Absolventinnen und Absolventen des österreichischen Bildungssystems auch im Ausland ihrer Qualität entsprechend anerkannt, bezahlt und angestellt werden können, müssen unsere Abschlüsse international vergleichbar werden.

Das ist der Grund, warum zusätzlich zu unseren ausgezeichneten HTLs Fachhochschulen notwendig geworden sind. Das ist der Grund, warum die Ausbildung der Grundschullehrerinnen und -lehrer reformiert wird. Das ist der Grund, warum für die Einführung des Bakkalaureats an den Universitäten jetzt so geworben wird.

Zum Zweiten sind es die neuen technischen Möglichkeiten und Herausforderungen vor allem im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, die eine Anpassung des Schulwesens in Form und Inhalt notwendig machen.

Beide Gründe, die Internationalisierung des Bildungswesens und die Berücksichtigung neuer Informationstechnologie machen den Europäischen Computerführerschein, kurz ECDL, so wichtig und sinnvoll.

Mit diesem internationalen Zertifikat kann jeder Absolvent und jede Absolventin die grundlegenden und praktischen Fertigkeiten im Umgang mit dem Computer nachweisen. Damit ist in ganz Europa die Computerausbildung vergleichbar geworden. Die Initiative ist mittlerweile übrigens zum ICDL erweitert worden. Kanada, USA, Argentinien, Australien sind neben den meisten europäischen Ländern mittlerweile daran beteiligt.

Der ECDL ist unabhängig von Softwareherstellern und Softwareanbietern und wird in Österreich von der Österreichischen Computer Gesellschaft, einem gemeinnützigen Verein, koordiniert. Der ECDL ist nicht neu und Österreich war von Anfang an mit dabei. Der Startschuss fiel 1997 an den berufsbildenden Schulen und unser Bundesministerium für Bildung war das erste Bildungsressort in Europa, das den ECDL als freiwilliges Angebot für alle Lehrer, Lehrerinnen, Schülerinnen und Schüler angeboten hat. Das Angebot wurde auf AHS und Pflichtschulen erweitert: Derzeit sind es zirka 600 Schulen, an denen der ECDL angeboten wird. Wir haben in Österreich über 20.000 ECDL-Absolventinnen und -Absolventen, von denen sind ungefähr 10.000 Schülerinnen und Schüler.

Österreich verfügt mit über 135.000 PCs über die europaweit beste Ausstattung der Schulen mit Computern. Bisher wurden rund 5 Milliarden Schilling für die Infrastruktur und Weiterbildung an Österreichs Schulen ausgegeben und, was wichtiger ist, wir haben ein sehr ambitioniertes weiteres Ausbauprogramm: Die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen aus den berufsbildenden Schulen mit Basiskenntnissen aus Informationstechnologie wird um 50 Prozent von derzeit 20.000 auf 30.000 im Jahr 2003 steigen. Die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen aus Fachhochschulen und Universitäten im Informationstechnologiebereich wird sich bis 2003 vervierfachen.

Seit Herbst 2000 gibt es das Lehramtsstudium Informatik, seit Herbst 2001 elf einschlägige Bakkalaureat- und Magisterstudien.

Die Steiermark nimmt auf dem Gebiet des ECDL übrigens eine Spitzenposition ein: Mit fast 4500 ECDL-Absolventinnen und -Absolventen im Sommer 2001 liegen wir im Österreichvergleich an der Spitze, gefolgt von Oberösterreich und Wien, die jeweils ungefähr 3500 Absolventinnen und Absolventen haben.

Besonders interessant finde ich, dass das ECDL-Zertifikat überwiegend, nämlich zu 60 Prozent, von Frauen erworben wird, womit man dem Gerücht entgegenreten kann, dass Informatik und Telekommunikation eine Männerdomäne sei. Vor allem die jungen Frauen in der Altersgruppe der 20- bis 40-Jährigen haben mit 65 Prozent den größten Anteil.

Auch zeigt es sich, dass die Altersgruppe der 14- und 15-Jährigen für den ECDL besonders begabt ist. Hier wäre ein verstärktes Augenmerk des Schulsystems angebracht.

Die ÖVP-Fraktion begrüßt und unterstützt daher den Antrag, die Randbedingungen für den Europäischen Computerführerschein an den steirischen Pflichtschulen auch weiter zu verbessern und den PC-Einsatz an Schulen zu fördern. Vielen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 16.39 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile ihm das Wort. Herr Abgeordneter Böhmer, bitte.

**Abg. Böhmer** (16.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, werte Zuseher, Zuhörer!

Der Antrag der FPÖ heißt: „Es solle die Möglichkeit allen Schülern der steirischen Pflichtschulen gewährleistet werden, die Lizenz für den Europäischen Computerführerschein zu erlangen!“ Das klingt zunächst gut, das klingt nahezu bildungspolitisch sensationell. Wir wissen, die Fehler von heute bringen die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Probleme von morgen. Das klingt gut, Frau Kollegin Graf. Wenn ich mir die

Pflichtschullandschaft anschau, dann gehört zur steirischen Pflichtschullandschaft die VS, die HS, die PTS und die ASO, dann frage ich mich, wie soll das ablaufen, wo soll das ablaufen, wer soll das bezahlen? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das ist eine gute Frage!“)

Wie soll das ablaufen? Ich habe das durchrechnen lassen und ich habe Fachleute des WIFI, BFI und andere zu Wort kommen lassen. Ich habe sie gefragt, ob es möglich ist, in einem vierjährigen Modul in der Hauptschule, von der ersten Klasse beginnend bis zur vierten Klasse und auch in der Volksschule – Frau Kollegin Graf, wenn Sie bitte zuhören, weil es hängt davon ab, welche Anträge Sie in Hinkunft stellen – den ECDL durchzuführen beziehungsweise anzubieten. Ich weiß nicht, ob man einem Sechs- bis Zehnjährigen die europäische Lizenz zum Computerführerschein geben kann. Wenn ich mir die Frage stelle, wo das ablaufen soll, dann habe ich an meinen beiden Hauptschulen der Stadt Hartberg eine Erhebung durchführen lassen und zufällig hat sie auch die Rechtsabteilung 13 gemacht. Diese hat ergeben, dass wir neue, zusätzliche Arbeitsräume an beiden Hauptschulen von 13 Klassen brauchen. Es bedarf eines Umbaus unserer Schulen. Die Minimalvariante läuft von 37 Millionen Schilling bis exklusive 70 Millionen Schilling. Eine schöne Geschichte!

Der Teil zwei dieser Geschichte heißt, wer soll das nicht nur bezahlen, sondern wer soll dort drinnen unterrichten? Wenn man sich die Ausbildung unserer Pflichtschullehrer und -lehrerinnen anschaut, dann kann man feststellen, dass diese sehr gut für die Sechs- bis 15-Jährigen ist. Man muss sich aber ehrlich zugestehen, dass auf der Ebene des Niveaus eines ECDLs und vielleicht, wie Kollege Rauch gesagt hat, eines ICDLs – einer International Computer Driving-Licence, die Geschichte schon anders aussieht. Wer zahlt jetzt, Bund oder Land? Wer zahlt die Ausbildung unserer Pflichtschullehrer und -lehrerinnen? Im Bezirk Hartberg haben nur zwei Personen dieses Zertifikat. Der eine ist der Leiter, der zweite ist der Stellvertreter des WIFI in Hartberg. Dem ist aber noch nicht genug. Jetzt wird mir Frau Schulinspektorin Beutl zustimmen und wird sagen, ja mein Gott, wir haben Leistungsgruppenunterricht und nicht homogene Klassen mit ganz verschiedenen Stundenplänen. Diese Bewegung wird auch „Sokrates“, denn so heißt das Stundenplanprogramm, nicht bewältigen. Da hilft kein „Sokrates“, da helfen keine Stundenplanbauer aus alter Zeit, wenn man das auf einer Isotexttafel probiert. Das, was Sie verlangen, heißt für eine Hauptschule Ganztagschule. Wenn ich sage, die FPÖ verlangt die Ganztagschule, dann haben die Schulen für diese Ganztagschulen auch die mittäglichen Einrichtungen anzubieten. Ich meine, die Schulgebäude in unserem Bezirk, aber wahrscheinlich auch im Land Steiermark sind nicht mehr der Zeit entsprechend ausgestattet. Ich frage mich aber, wie finanzieren wir diese Schulgebäude? Seit es die blau-schwarze Regierung gibt, steigt zwar das Bruttoinlandsprodukt auf eine tolle Zahl von nahezu 3000 Milliarden Schilling, aber der prozentuelle Anteil an Bildung nimmt in diesen letzten beiden Jahren sukzessive ab. Wir hatten eine Hochblüte im Jahr 1973 von 2,9 Prozent des BIP für die Bildung. Diese 2,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, auf die heutige Zeit heruntergerechnet, heißt ein Minus von 12 Milliarden Schilling in unserem Bildungsprogramm. Herr Prof. Rauch, ich war vor nicht einmal 14 Tagen in Wien bei einer großen EU-Osterweiterungskonferenz. Das Thema lautete: „Ready to enlarge“, fertig zum Ausdehnen, gehen wir es an! Dieses „Ready to enlarge“ hat uns ein Zeugnis ausgestellt, dass Österreich in den letzten beiden Jahren in Forschung und Wissenschaft weltweit gesehen den 29. Platz einnimmt, während unser östlicher Nachbar Ungarn den sechsten Platz und Slowenien den zwölften Platz einnimmt. Herr Bartenstein hat gestern gesagt, wir geben immer mehr für die Bildung aus. Er vergisst dabei aber die Relationen. Wir verdienen auch alle mehr. Können wir uns aber dadurch mehr leisten? Ich glaube, hier sind selbst Minister dabei, den Leuten einiges in den Sack zu lügen. Unser Bruttoinlandsprodukt steigt, die Ausgaben in Bildung sinken und das Land Steiermark schickt sogar Geld nach Wien. Ich würde daher sagen, Grasser budgetiert ein Nulldefizit auf Kosten der Bildung: weniger Geld und beste Ausbildung? Liebe Kollegin Graf, ich weiß nicht, wie das gehen soll. Landesrat Erich Pörtl hat heute von endogenen Kräften in uns Menschen gesprochen. Diese können aber nicht reifen, wenn die Grundlagen nicht gegeben sind. Landesrat Paierl rühmt sich und lobt die Steirerinnen und Steirer als die Region der hellen Köpfe. Irgendwo muss aber Motivation da sein, irgendwo muss Motivation mit gut ausgebildeten Lehrkräften, die Motivation mit „Up to date“ in Schulräumen und Motivation auch mit best ausgerüsteten Computern vorhanden sein. Das ist in der steirischen Schullandschaft bei Gott nicht der Fall. Wenn ich das jetzt alles zusammenzähle, dann bleibt von diesem Antrag der FPÖ nicht viel übrig, außer dass ich an dessen Ernsthaftigkeit zweifle. Wer derartige Anträge, lieber Herr Klubobmann, stellt und das sage ich jetzt so salopp, der kennt sich nicht nur in der steirischen Schulsituation, vorwiegend in der Pflichtschulsituation nicht aus, sondern der betreibt Populismus. Aber das ist ja nichts Neues.

Ich möchte noch eine kleine Fußnote hinzufügen, weil man denkt ja nach, was hinter einem Antrag noch stecken könnte. Wenn ich mir eine Aussendung der Presse über die Bildungssituation in Großbritannien anschau und wenn ich von der Gedankenwelt der Tories lese, dann verlangen auch diese nahezu Selbiges. Diese Tories sind jedoch schon etwas weiter. Sie sind drauf und dran, in Großbritannien die Pflichtschulen auszuhöheln. In England, wie einige wissen, dürfen unter anderem Wirtschaftsunternehmen, dürfen Kirchen, dürfen Elterngruppen und dürfen Wohlfahrtsorganisationen Pflichtschulen als Privatschulen führen. Wenn man über den „großen Teich“ nach Amerika schaut, dann dürfen Einrichtungen dieser Art die Ausgaben für Bildung, für Privatschulen steuerlich absetzen. Das ist ein ganz tolles System, nur, es bleibt die Pflichtschule letztendlich als Rest über. Wer in England und wer in Amerika die öffentlichen Schulen sieht, der weiß, was hier ist so nach dem Thema „Auf wie in England, auf wie in Amerika“ zur Zweiklassengesellschaft über die Ebene der Bildung stattfindet. Wir von der SPÖ, meine Damen und Herren, erteilen dieser Entwicklung eine große Absage.

Derartige Strömungen können wir in keiner Weise tolerieren. Und ich sage es noch schärfer: Wer an den öffentlichen Schulen, wer an Bildung spart, meine Damen und Herren (Abg. Wiedner: „Spart ja niemand!“), wer ständig der öffentlichen Schule etwas wegnimmt, der vergeht sich an der Gesellschaft. Der Mensch in einem

demokratischen Land muss ein Recht auf Bildung haben, ein Recht auf Bildung, das die Demokratie sichert, das die soziale Chancengleichheit sichert und das den Frieden ermöglicht. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.50 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Koller. Ich erteile ihr das Wort. Es liegen noch weitere Wortmeldungen vor. Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

**Abg. Mag. Koller** (16.50 Uhr): Meine Damen und Herren!

Informationstechnologie ist sicher aus dem heutigen Alltag nicht mehr wegzudenken. Für manchen von uns ist ja ein Computer noch ein gewisses respektbehaftetes Ding beziehungsweise wenn etwas gelingt mit einem gewissen Aha-Erlebnis verbunden. Doch unsere Kinder und Jugendlichen wachsen mit dieser Technik auf und haben einen ganz anderen Zugang. Eine Ausbildung ohne PC wäre heute undenkbar. Und fast in jedem Beruf werden in irgendeiner Form auch Technologiekenntnisse benötigt. Selbstverständlich hat diese Entwicklung in unserem Schulalltag schon lange Einzug gehalten und in vielen Schulfächern wird heute der Computer voll mit eingebaut. Einen Europäischen Computerführerschein zu erlangen wird – wie mein Kollege Rauch ja bereits ausgeführt hat – an immer mehr Schulen möglich. Ich bin überzeugt, dass der Wunsch von Eltern und Schülern, diesen zu erwerben, auch die restlichen Schulen überzeugt, ihren Schülern diese Ausbildungsmöglichkeit zu gewährleisten.

Doch nun zu eigenen Informationstechnologieklassen. Der Landesschulrat hat in seiner Stellungnahme einen guten Überblick über Schultypen und Schulstandorte gegeben, an denen dieser Informationstechnologieschwerpunkt bereits gesetzt wird. Wie Sie daraus entnehmen können, sind die Lehrpläne der meisten Lehrberufe bereits darauf abgestimmt. Jeder Schüler mit eigenem Laptop im Unterricht ist sicher noch eine Zukunftsmusik. Des Weiteren berichtet der Landesschulrat über die Anzahl von Schwerpunktklassen in den verschiedensten Schultypen, ob Handelsakademie, Handelsschulen, HTL, allgemein bildende höhere Schulen und Hauptschulen. Doch auch ohne einen eigenen Schwerpunkt zu setzen weiß ich aus eigener Erfahrung, wie oft der Computer unter Anleitung fachkundiger Lehrer, die das Wissen sowohl während der PÄDAK oder in Privatkursen erworben haben, schulisch genutzt wird. Es gibt wahrscheinlich kein einziges Schulprojekt steiermarkweit mehr, an dem nicht mittels PC zumindest die Präsentation erarbeitet wird. In immer mehr Gegenständen wird der Computer mit eingesetzt, in vielen Fächern ja bereits verpflichtend. In jeder Schule bemüht man sich sehr, den Schülern PCs in den Freistunden und auch nach der Schule zur Verfügung zu stellen. Ich weiß aus meinem eigenen Bezirk, welchen Einsatz unsere Lehrer zeigen, um mit Sponsoring zusätzlich Computer oder zusätzliche Programme ankaufen zu können. Ich weiß auch, wie viel Zeit Lehrer investieren, um alle Computerräume funktionstüchtig zu erhalten, denn trotz vieler Übungen passieren halt Fehler und das System wird auch ganz gerne einmal unbrauchbar. Doch nicht nur in Schulen wird sehr stark auf die Informationstechnologie gesetzt. Auch BFI und WIFI bieten selbstverständlich Kurse an, um PC-Kenntnisse zu erlangen. Auf Grund der Tatsache, dass ihre Kapazitäten von unseren Steirerinnen und Steirern voll ausgeschöpft werden, sehen sich aber beide Institutionen außerstande, einer Nutzung durch unser Schulwesen zuzustimmen. Doch dennoch funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Schule und Schulungseinrichtungen sehr wohl. Es gibt immer wieder Kooperationen auch beim Erlangen des Europäischen Computerführerscheins oder aber dass Schulen für Kurse die Räume zur Verfügung stellen. Ich weiß natürlich, dass alles – oder sagen wir besser vieles – immer mehr sein könnte oder sollte. Doch ich weiß, dass es eine rasante Entwicklung auf diesem Sektor gibt und alle Bildungsverantwortlichen sehr wohl alles daran setzen, ihre Bildungsaufgabe bestens zu erfüllen. Viele Beispiele zeigen ja auch, dass unser verschiedenartiges Schulwesen international ein hohes Ansehen genießt und unsere Jugend weltweit mit ihrem Know How gefragt ist. Ob jetzt Windows-Grundkenntnisse, Excel, Access, Publisher oder vieles mehr, unsere Jugend wird in vielen Schultypen ihrem Alter entsprechend bestens auf einen Berufsalltag mit Informationstechnologie vorbereitet. Wenn darüber hinaus für Interessierte noch die schulischen Möglichkeiten gegeben sind Schwerpunkturnterricht zu genießen, fördert das logischerweise die Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet enorm. Doch bin ich überzeugt, dass in Schulen, wo derzeit keine eigenen Informationstechnologieklassen geführt werden, auch die Computerlehrer alles tun, um ihre Schüler gewissermaßen PC-tauglich zu machen und ihnen so den Start ins Berufsleben mit besten Computerkenntnissen erleichtern. (Beifall bei der ÖVP. – 16.55 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort. Herr Abgeordneter, bitte!

**Abg. Kröpfl** (16.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie der Herr Landesrat Paieryl immer sagt, in der gebotenen Kürze, ich möchte nur ein paar Dinge hier noch anbringen. Wenn die Frau Abgeordnete Graf meint, dass dieses Volksbegehren erfolglos war, dann muss ich schon darauf hinweisen, die Intention des Volksbegehrens war es, dass man diese 100.000 Stimmen zusammenbringt, damit sich das Parlament noch einmal mit den Bildungsfragen auseinander setzen muss.

Und der Kollege Böhmer hat schon erwähnt, dass in den letzten Jahren, seitdem diese FPÖ-ÖVP-Regierung im Bund angetreten ist, dass es gerade im Bildungsbudget immer weniger Mittel gibt. Die sind rückläufig, man braucht sich nur die Zahlen anschauen, die sprechen eine eindeutige Sprache. Die Intention des Bildungsvolks-

begehrens war es natürlich, dass wir ausdrücken wollten, dass die Menschen in unserem Lande ein Recht auf Bildung haben und dass wir Angst haben und dass diese Angst berechtigt besteht, dass das öffentliche Bildungswesen immer weiter ausgehöhlt wird, ausgehungert wird und dass wir uns weiter und näher dem privaten Bildungswesen zuwenden.

Meine Damen und Herren, Sie schreiben immer, man muss der Jugend eine Chance geben. Der Jugend gibt man nur dann eine Chance in diesem Land, wenn man für sie gute Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Und dazu zählt einmal das öffentliche Schulwesen und dafür werden wir Sozialdemokraten kämpfen.

Verehrte Damen und Herren, wir werden diesen Antrag der Freiheitlichen natürlich unterstützen, weil wir dafür eintreten, dass in den Schulen die bestmögliche Ausbildung geboten wird. Wir werden auch dafür eintreten, dass die Lehrer bestmöglich ausgebildet werden. Nur, wenn ich den Antrag genau lese, dann steht darauf, die Landesregierung soll Maßnahmen ergreifen, damit das gewährleistet wird. Und da fehlt jetzt gerade der zuständige Mann hier auf der Regierungsbank, das ist der Landesrat Paiarl, der die nötigen Mittel zur Verfügung stellen müsste, damit wir das tatsächlich tun können. Denn schauen Sie sich einmal um im Pflichtschulbereich. Wir haben nicht an allen Schulen diese optimale Ausstattung. An 64 Prozent der Hauptschulen – und es sind nur 64, und nicht 100 Prozent der Hauptschulen – haben wir heute bereits die Möglichkeit, diesen Computerführerschein zu machen. Uns wäre es natürlich recht, wenn wir 100 Prozent erreichen könnten. Aber dazu bräuchten die Gemeinden natürlich Finanzmittel, damit sie die öffentlichen Schulen dementsprechend mit den Geräten, mit der Hardware, aber auch mit der Software ausstatten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen hinter dieser Sache, wir unterstützen diese Dinge, aber bitte, stellen Sie nicht auf der einen Seite populistische Anträge und auf der anderen Seite bremsen Sie im Bund das Budget, das Bildungsbudget, dermaßen ein. Eine offene Diskussion jederzeit und gerne, aber dann auch wirklich mit offenen Karten. (Beifall bei der SPÖ. – 16.58 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung – Frau Abgeordnete Dietrich, Sie sind am Wort.

**Abg. Dietrich** (16.58 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Böhmer hat gemeint, dass in den siebziger Jahren noch nie so viele Budgetmittel für den Bildungsbereich in Prozenten vom Gesamtbudget verwendet wurden, also das war der Höhepunkt praktisch. (Abg. Böhmer: „Zur Relation Bruttoinlandsprodukt und Prozentbudget!“) Habe ich verstanden, Herr Kollege, ist auch nachvollziehbar. Ich möchte dazu nur sagen, dass man als Lehrer nicht nur eine Dimension betrachten darf. Ich glaube, es ist auch wichtig zu schauen, in den siebziger Jahren – weiß ich als Laie – waren gerade die geburtenstarken Jahrgänge in Ausbildung. Jetzt nehmen wir alle mit Bedauern zur Kenntnis, dass von Jahr zu Jahr weniger Schüler sind und trotzdem hat diese Bundesregierung noch nie in absoluten Zahlen, also es war in absoluten Zahlen noch nie ein so hoher Bereich an finanziellen Mitteln im Bildungsbudget wie bei dieser Regierung. (Abg. Böhmer: „Stimmt nicht!“ – Beifall bei der FPÖ. – Abg. Kröpfel: „Mehr als 1991!“) Herr Kollege, ich glaube, man kann das so nicht im Raum stehen lassen: Man müsste auch einen Bezug zu den Schülern schaffen, die derzeit in Ausbildung sind. Vielleicht schauen dann die Zahlen ganz anders aus. (Abg. Böhmer: „Aber auch einen Bezug zu den pädagogischen Verhältnissen!“ – Abg. Kröpfel: „Wir brauchen nur das Verhältnis von den landwirtschaftlichen Schulen anschauen, das ist eins zu drei!“ – Abg. Böhmer: „Der Höhepunkt war 1993 mit 2,1 Prozent. Vor zwei Jahren wurden noch 2,5 ausgegeben, jetzt geben wir 2,7 aus!“) In absoluten Zahlen geben wir mehr aus als wir jemals ausgegeben haben. Wir haben natürlich ein Problem, dass viele Lehrer schon in einem fortgeschrittenen Alter sind, die von Jahr zu Jahr teurer werden. Es sind weniger junge Lehrer im Schulbereich und dadurch verteuert sich das System von selbst. Ganz kurz zurück zum Antrag: Ich glaube, dass die Nachfrage nach Ideeklassen eine sehr große ist. Frau Kollegin Gruber und ich waren einmal bei der HAK oben und wir wissen, dass die Schüler dort gar nicht untergebracht werden können. Sie denken daran, einen Container hinzustellen. Genau diese Computerausbildung ist für die Zukunftsgestaltung des ländlichen Raumes von enormer Wichtigkeit, weil damit könnte es gelingen, die jungen Menschen im ländlichen Raum zu behalten und die Abwanderung hintanzuhalten – also kein Populismus, sondern einfach aus der Situation heraus für die ländlichen Regionen etwas zu tun. (Beifall bei der FPÖ. – 17.02 Uhr.)

**Präsident:** Es liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt keine weitere Wortmeldung vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 543/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 364/2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle auch hierzu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**15. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 598/1, betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Majcen** (17.03 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration. Gemäß Paragraph 5 des Landesverfassungsgesetzes vom 23. Juni 1992 über den Ausschuss für Europäische Integration, LGBL. Nr. 48 hat die Landesregierung dem Steiermärkischen Landtag vierteljährlich einen Bericht über den Stand der Europäischen Integration zu erstatten. In diesem Sinne wurde seitens der Europaabteilung für das dritte Vierteljahr 2001 ein Bericht nach der Systematik verfasst, die diesem Bericht immer zugrunde liegt, nämlich erstens den Stand der Rechtsanpassung beziehungsweise die erforderlichen Anpassungsschritte in der Steiermärkischen Landesrechtsordnung aufzeigt, zweitens die Fortschritte beim Beitritts- und Integrationsprozess der EU schildert, drittens wichtige Maßnahmen sowie Ereignisse auf europäischer Ebene seit Juli 2001 darstellt und viertens die Auswirkungen der EU-Strukturpolitik auf Österreich und die Steiermark beschreibt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 15. Oktober 2001 den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen: Der beigeschlossene Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Stand der Europäischen Integration für das dritte Vierteljahr 2001 wird zur Kenntnis genommen. (17.04 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner.

**Abg. Majcen** (17.04 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind wieder bei einem Tagesordnungspunkt angelangt, bei dem wir auch schon das letzte Mal waren. Das ist ein Bericht, den alle Abgeordneten bekommen haben und den viele von Ihnen wahrscheinlich durchgelesen haben und den ich wieder, wie schon mehrmals, im Hinblick auf seine Präzision und Zusammensetzung loben und für den ich mich bedanken muss, weil er wirklich die umfangreiche Papierflut, die in dieser Angelegenheit auf uns eindringt, sehr präzise auflistet und uns hilft, sie zu ordnen. Ich möchte heute nicht das tun, was ich das letzte Mal gemacht habe, nämlich, dass ich mich überhaupt nicht äußere, sondern mich auf ein paar Punkte beziehen werde, insbesondere über die gemeinsame Stellungnahme der österreichischen Bundesländer über die Maßnahmen zur Festigung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregionen. Österreich hat eine ganz besondere Situation, wie Sie alle wissen, nämlich der einzige Mitgliedsstaat zu sein, der an vier Beitrittskandidaten angrenzt und 1259 Kilometer Außengrenze zu diesen vier Beitrittsstaaten hat, was für uns natürlich besondere Überlegungen bedingt. Daher hat es beim Europäischen Rat von Nizza im Dezember 2000 durch Österreich die Aufforderung zu weiteren gemeinschaftlichen Maßnahmen zugunsten der Entwicklung der Grenzregionen gegeben. Der Europäische Rat hat diese Forderungen aufgegriffen und hat die Kommission ersucht, für die Grenzregionen ein Programm zur Festigung ihrer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit vorzuschlagen. Diese Länderstellungnahme enthält eine Strategie zur Entwicklung der österreichischen Grenzregionen, die Nutzbarmachung der bestehenden Programme für die Wettbewerbsverbesserung der Grenzregionen und die zusätzlichen Maßnahmen für die Festigung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregionen.

Es hat dann einen EU-Aktionsplan für die Grenzregionen gegeben und die Verabschiedung durch die Kommission ist am 25. Juli 2001 erfolgt. Das war die Reaktion auf den Europäischen Rat von Nizza, wo die Kommission am 25. Juli 2001 einen Aktionsplan für die 23 Regionen in Finnland, in Deutschland, in Österreich, in Italien und Griechenland verabschiedet hat, der eine Reihe von Maßnahmen vorsieht, die ein Zusammenwachsen der Regionen beiderseits der Grenze im Rahmen des Beitrittsprozesses fördern soll. Der Schwerpunkt des Aktionsplanes liegt in der Unterstützung und gezielten Förderung der Verkehrsinfrastruktur, für uns sehr wichtig, des verbesserten Informationsaustausches kleiner und mittlerer Unternehmen und die Förderung des Jugendaustausches, weiters die Koordinierung oder Stärkung der Bedürfnisse der Grenzregionen, ausgerichtet in Nutzung der bestehenden Förderinstrumente. In diesem Zusammenhang ist in diesem Bericht auch die Initiative EU-Zukunftsregion des Landes Steiermark angeführt, wobei man dabei feststellen muss, dass sich Frau Landeshauptmann sehr bemüht, in vielen Gesprächen mit Ländern rund um uns und auch in Besuchen bei solchen Ländern ein Signal für eine stark verbesserte Zusammenarbeit innerhalb dieser Regionen zu geben. Das ist ein wesentliches europapolitisches Projekt der Steiermark mit dem Ziel der Forcierung einer grenzüberschreitenden Kooperation auch über die unmittelbar angrenzenden Nachbarstaaten hinaus. Mögliche Themen sind die regionale Entwicklung, die urbane Kooperation, Bildung, Ausbildung, der Arbeitsmarkt, Forschung und Entwicklung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und – wie könnte es anders sein – Infrastruktur. Es wird auch über ein Strategiepapier der Europäischen Kommission über die Erweiterung berichtet. Wie auch schon in den letzten Jahren hat die Kommission Fortschrittsberichte vorgelegt, diesmal am 13. November, die den Stand der Beitrittsverhandlungen der einzelnen Kandidaten darstellen. Für jedes einzelne Kandidatenland erstattet die Kommission einen Bericht, der aufzeigt, welche Versprechungen der Beitrittswerber hinsichtlich der Acquis-Umsetzung abgegeben hat, was von diesen Anforderungen erfüllt beziehungsweise welche Gesetze zwecks Anpassung an den Acquis erlassen wurden, ob es bei der Umsetzung Probleme gab und wie die administrativen Probleme gelöst wurden



und ob sie gelöst wurden. Und hier ist zu sagen, dass die Nachbarländer Slowenien, Ungarn und die Tschechische Republik sehr gut im Rennen liegen, sie haben zwei Drittel der Kapitel abgeschlossen, und zwar positiv abgeschlossen und nur Zypern liegt vor ihnen, die haben 23 Kapiteln abgeschlossen von 31 Kapitel. Und jetzt das Wichtigste, das wieder zum Ausdruck kommt und das man gar nicht oft genug wiederholen kann: Fast ein halbes Jahrhundert trägt die Europäische Union zur endgültigen Beilegung früherer Konflikte sowie zur Festigung von Frieden, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in ganz Europa bei. Seitdem die Bewerberländer eingeladen wurden, Mitglied der Europäischen Union zu werden, hat der Erweiterungsprozess einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung politischer Stabilität, zu wirtschaftlichem Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit geleistet. Jeder neue Mitgliedsstaat bringt sein politisches, sein wirtschaftliches, kulturelles, historisches und geografisches Erbe in die EU ein und bereichert Europa damit insgesamt. Im Zusammenhang mit dem 11. September ist es auch eindeutig feststellbar, dass ein geeintes und starkes Europa vor dem Hintergrund dieser Terroranschläge und der nachfolgenden Entwicklung wichtiger ist als jemals zuvor. Alle Bewerberländer haben sich der Verurteilung des Terrorismus durch die EU angeschlossen und die Schlussfolgerungen und den Aktionsplan der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 21. September 2001 unverzüglich und vorbehaltlos unterstützt. In dem heuer vorgelegten Fortschrittsbericht betonte die Kommission erneut ihren Willen, die Erweiterung erfolgreich zu gestalten. Dadurch werden nicht nur in Europa Sicherheit und Stabilität gefördert, sondern auch in den benachbarten und weiter davon entfernten Regionen. Das kommende Jahr wird für den erfolgreichen Abschluss der laufenden Beitrittsverhandlungen und für die Vorbereitung des Beitritts durch die Bewerberländer von entscheidender Bedeutung sein. In den diesjährigen Fortschrittsberichten und Vorschlägen für überarbeitete Beitrittspartnerschaften werden die Aktionsfelder ermittelt, in denen weitere Anstrengungen am nötigsten sind. Der Beitritt der Erweiterungskandidaten zur Europäischen Union kommt nicht einem Beitritt zum Euro gleich. Das ist ein Missverständnis, das heute sehr weit verbreitet ist, dass viele Menschen glauben, die Beitrittsländer kommen zur EU und haben damit auch schon den Euro als Währung. Die Beteiligung an der Einheitswährung ist zwar Teil des Besitzstandes, doch müssen Bewerberländer die Konvergenzkriterien für die Teilnahme an der Eurozone erfüllen. Darüber wird zu einem viel späteren Zeitpunkt entschieden, nachdem wie im Fall der ursprünglichen Teilnehmer an der Eurozone geprüft wurde, ob ein hoher Grad nachhaltiger Konvergenz erreicht ist. Zunächst jedoch muss das Erfüllen der wirtschaftlichen Kriterien von Kopenhagen oberste Priorität jedes Bewerberlandes sein. Und das ist auch gut so.

Abschließend möchte ich nur noch sagen, dass es zwei Punkte gibt, die uns unmittelbar betreffen. Das ist erstens die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III a Österreich/Slowenien, die seitens der Europäischen Kommission am 6. August 2001 genehmigt wurde, weil dieses Programm für die Nuts-3-Gebiete Oststeiermark, West-Südsteiermark, Unterkärnten, Klagenfurt, Villach sowie für die Nuts-3-Gebiete Graz und Oberkärnten sehr wichtig ist. Zweitens hat es die Beschlüsse beziehungsweise die Genehmigung des Programms für Österreich gegeben, für die Gemeinschaftsinitiative „Leader Plus“, was auch Voraussetzung ist für alles, was sich im Bereich Leader in Österreich in den nächsten Jahren tun wird. Und so können wir also sagen, dass wir gar nicht so schlecht unterwegs sind, dass wir allerdings da oder dort noch nachhaltiger vielleicht auf die eine oder andere Entwicklung aufmerksam machen könnten. Und es sind von allen Gremien des Steiermärkischen Landtages Vorschläge hiezu immer herzlich willkommen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.15 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung – Herr Abgeordneter Grabner.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner (17.15 Uhr):** Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Zuerst ist das Anerbieten des Kollegen Majcen bei uns sicher auf fruchtbaren Boden gestoßen und er weiß das, dass wir in Fragen, wie halten wir Steirer es denn mit der europäischen Dimension, weitgehend einer Meinung sind. Ich gehe sogar weiter und sage, alles, was er zum aktuellen Bericht gesagt hat, ist zu unterstützen. Ich würde sogar ersuchen, dass wir ihn gemeinsam noch weiterhin daraufhin untersuchen, wie viel davon wir im eigenen Hause als Hausaufgabe selbst machen können. Denn ich erinnere daran, dass wir beim letzten Vierteljahresbericht dann auch in einer gemeinsamen Entschließung wiederholt darauf hingewiesen haben, dass in dem Weißbuch der Europäischen Kommission deutlich zu lesen steht, dass es immer noch ein Defizit in der Einbindung der kommunalen und regionalen Interessen und Institutionen in die Gesamteuropapolitik gibt. Das heißt, wir haben selbst hier durchaus unsere Hausaufgabe noch nicht gemacht, umso mehr als klargestellt wurde im Sinne der Subsidiarität, die Einbindung der Kommunen und der Regionen ist Aufgabe der Länder und der Nationen. Wir selbst haben dafür zu sorgen, dass unsere eigenen regionalen und kommunalen Interessen hier nicht unter die Räder kommen und das ist die Aufgabe, die wir uns selbst vorgenommen haben und die wir auch selbst angehen sollten. Ich hoffe, dass die Neustrukturierung der gesamtsteirischen Verwaltung in Hinblick auf das, was mit dem Europareferat und den Europaressorts passiert, jenem Rechnung trägt, was wir auch gemeinsam so oft schon hier gepredigt haben, dass wir zu mehr Bürgernähe und zu mehr Überschaubarkeit kommen dadurch, dass die Instrumentarien und die Institutionen einfacher werden, überschaubarer und dass wirklich jeder weiß, an wen er sich zu wenden hat, wenn er irgendeine EU-Förderungsabwicklung haben möchte. Da haben wir sicherlich noch ein Defizit und da sollten wir darauf Wert legen, wenn wir schon umschichten innerhalb der gesamten Verwaltungsapparaturen, dann hoffe ich, dass die Umschichtung dazu beiträgt, dass auch in Zukunft die Berichte, die wir erhalten und die wir so dankenswert aktuell erhalten, jetzt auch weiterhin so aktuell sind und so informativ wie auch dieser, der uns auf 50 Seiten Berichtinhalt wirklich über das letzte Vierteljahr ziemlich aktuell am Laufenden hält, so dass wir auch unsere Schritte danach orientieren können. Und ich ersuche noch einmal, dass wir auch als Gremium, als Ausschuss darüber informiert sind und werden, wenn Landesent-

scheidungen anstehen. Du weißt, wovon ich rede und wir wissen davon, wovon ich rede, weil wir schon einige Male uns veranlasst sahen, die Informationen direkt im Ausschuss von der Frau Landeshauptmann zu erbitten, weil wir sie sonst nicht rechtzeitig bekommen hätten. Jetzt hoffe ich, dass die neuen Strukturen, die gebildet werden, uns hier auf die richtige Rolle bringen.

Es liegen drei Entschließungsanträge der freiheitlichen Kollegen vor und ich möchte nur kurz kommentieren, wie wir uns dazu stellen werden.

Die SPÖ-Fraktion sieht natürlich kein Problem damit und unterstützt das, wenn Sie schreiben, zur internationalen Zusammenarbeit betreffend die Terrorbekämpfung, dass dieses ausgebaut werden möge. Der Punkt eins Ihres Entschließungsantrages wird selbstverständlich von uns mitgetragen, ebenso der Punkt drei, dass die österreichische Exekutive nach den modernsten technischen Standards ausgerüstet werden möge, um damit ihren, wie es heißt, neuen Aufgaben im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit nachkommen zu können – selbstverständlich. Das klassische Beispiel eines Punktes, wo Sie um einen Schritt zu weit gehen und wo wir nicht mehr mitgehen können, ist der Punkt zwei. Es geht dabei um die Fingerabdrücke und um die Identitätserfassung. Ich denke, das ist ein Punkt, der auf Bundesebene ausreichend diskutiert wurde und wo man den Grenzbereich zwischen dem, was erforderlich ist und dem, was wir als übertriebene polizeistaatliche Maßnahme erachten, verlassen würden. Der nächste Antrag ist der hinsichtlich des Vergabegesetzes. Ich teile die Meinung, dass wir hier reformbedürftig sind. Ich teile die Meinung, dass die Hinweise im Bericht uns dazu veranlassen etwas zu tun. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass zum Thema Unabhängiger Verwaltungssenat und dessen Kompetenzen ohnedies ein Unterausschuss tätig ist, der meines Wissens noch am 5. Dezember 2001 das nächste Mal zusammentritt. Ich glaube nicht, dass wir hier mit einer Vorgabe, ohne die Ergebnisse der Beratungen dieses Unterausschusses zu kennen, etwas präjudizieren sollten. Wir werden daher diesem nicht beitreten können, weil wir der Meinung sind, dass das Gegenstand von laufenden Verhandlungen ist. Der dritte von Ihnen eingebrachte Antrag ist der über die Wasserbewirtschaftung und Wassernutzung, ein altes Anliegen, das wir auch mit Einholung von massenhaft Unterschriften in der Bevölkerung schon dokumentiert haben. Selbstverständlich werden wir hier gerne beitreten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 17.22 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Lafer. Er ist am Wort.

**Abg. Lafer** (17.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich gehe ganz kurz auf meinen Vorredner ein. Bezug nehmend auf unseren Entschließungsantrag betreffend Vergabegesetz und Steiermärkisches Grundverkehrsgesetz gebe ich ihm Recht. Hier sind die Verhandlungen im Gang. Mit dem UVS ist es höchst notwendig, dass dabei neue Schritte gesetzt werden und die Aufgabenverteilung neu stattfindet. Trotz alledem bin ich überzeugt davon, dass dieser Antrag, wie wir ihn gestellt haben, auf Grund dieses Berichtes zustande gekommen ist, auch notwendig sein wird, um den UVS mit mehr Zuständigkeiten auszustatten. Das hat ja auch der Leiter des UVS erklärt, dass er auf Grund seiner jetzigen Personalsituation absolut dazu imstande und fähig ist. Ich bin auch überzeugt davon, dass wir dies auch in die Verhandlungen mit einbeziehen sollten. Deshalb bringe ich den Unselbstständigen Entschließungsantrag ein. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich dem Steiermärkischen Landtag eine Regierungsvorlage zur Novellierung des Steiermärkischen UVS-Gesetzes, des Steiermärkischen Vergabegesetzes sowie des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes vorzulegen, wonach im Sinne der Rechtssicherheit a) in Vergabeentscheidungen die Entscheidung über den Zuschlag jedem Bieter zugänglich gemacht wird und die Entscheidungskompetenz in den Kontrollverfahren dem UVS übertragen wird sowie b) in grundverkehrsbehördlichen Verfahren in II. Instanz die Entscheidungskompetenz dem UVS übertragen wird.

Der zweite Antrag, den ich einbringen werde, bezieht sich auf die Seite 38 des Berichtes über die Tagung des Rates Justiz und Inneres, wo festgehalten wird, dass der Informationsaustausch innerhalb der EU intensiviert werden soll beziehungsweise zu beschleunigen ist, dass, gerade was Schengen und Europol betrifft, auch eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, damit diese Tätigkeit schneller, effizienter und genauer durchgeführt werden kann sowie dass auch bei Visa- und Aufenthaltsgenehmigungen wesentlich strengere Kontrollen eingeführt werden. Zu meinem Vorredner Heinz Grabner muss ich Folgendes sagen: Mich wundert es schon, dass die SPÖ hier eine andere Linie nimmt, zeigt doch der Bericht auch den Inhalt, wie der deutsche Innenminister Schilly darüber sprach, und zwar für die Methoden zur Identitätssicherung Fingerabdrücke im Reisepass sowie den Einsatz neuer Technologien fordert. Er fordert weiter auch eine europaweite Schleier- und Rasterfahndung. Es gibt auch das Zitat drinnen, es gäbe kein Recht auf Anonymität gegenüber dem Staat. Dieser Meinung schließe ich mich vollinhaltlich an. Deshalb haben wir auch einen Entschließungsantrag vorbereitet, der wie folgt lautet: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass im Zuge der Erweiterung der EU auch erstens die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität ausgebaut wird, zweitens neue Methoden zur Identitätssicherung, wie zum Beispiel Fingerabdrücke im Reisepass eingeführt werden, drittens sowie die österreichische Exekutive nach Maßgabe der vorhandenen budgetären Mittel nach den modernsten technischen Standards ausgerüstet wird, damit sie ihren neuen Aufgaben im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit nachkommen kann. Ich danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.25 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dietrich** (17.25 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Thema Wasser, wie es schon Kollege Grabner angeschnitten hat, ist ein sehr wesentliches. Ich bringe kurz den Beschlussantrag ein. Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass auch in Hinkunft für Österreich bei entsprechenden Forderungen auf Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der EU das Einstimmigkeitsprinzip, insbesondere im Bereich Wasser, unverzichtbar bleibt; das Wasser der Alpen als Naturressource für zukünftige Generationen nachhaltig geschützt wird, indem durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen eine Liberalisierung und Privatisierung der Wasserversorgung der österreichischen Bevölkerung einem besonderen Zulassungsverfahren unterzogen und der öffentlichen und eigenen Versorgung mit hoch qualitativem Wasser der Vorrang eingeräumt wird; die Interessen des Schutzes und der Nutzung unserer Wasserressourcen durch die Aufteilung der Grundsatzkompetenz (Bund) und Ausführungskompetenz (Land) gesichert sowie die Länder, das Wasserrecht betreffend, zur Erlassung von Ausführungsbestimmungen und Regionalplanungen der Wassernutzung ermächtigt werden; die Stellung der Länder und Gemeinden im Falle zukünftiger kommerzieller Wassernutzung im Sinne einer finanziellen Beteiligung an einer derartigen Nutzung verbessert und sichergestellt wird. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 17.27 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Ich komme damit zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 598/1 die Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend dritten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration, Änderung des Steiermärkischen Vergabegesetzes und des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes, die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Meine Damen und Herren! Wir kommen damit zum Antrag der FPÖ, betreffend internationale Zusammenarbeit zur Terrorbekämpfung. Es wurde um punktuelle Abstimmung dazu gebeten.

Damit komme ich zum Punkt eins des Antrages, wobei die Aufforderung an die Landesregierung ergeht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass im Zuge der Erweiterung der EU auch die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität ausgebaut wird. Wenn Sie diesem Punkt Ihre Zustimmung geben, dann bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des ersten Punktes des Antrages fest.

Punkt zwei, dass neue Methoden zur Identitätssicherung, wie zum Beispiel Fingerabdrücke im Reisepass eingeführt werden. Wenn Sie diesem Punkt zwei Ihre Zustimmung geben, dann bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt zwei hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt drei des Antrages der FPÖ, der lautet: „... sowie die österreichische Exekutive nach Maßgabe der vorhandenen budgetären Mittel nach den modernsten technischen Standards ausgerüstet wird, damit sie ihren neuen Aufgaben im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit nachkommen kann.“ Wenn Sie diesem Punkt drei zustimmen, dann bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme von Punkt drei des Antrages fest.+

Ich komme zum Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Wasserbewirtschaftung und Wassernutzung. Wenn Sie diesem Entschließungsantrag Ihre Zustimmung geben, dann bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Die erforderliche Mehrheit ist bei diesem Punkt gegeben.

**16. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 559/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Reinprecht, Gross, Margarethe Gruber, Dr. Rieder, Halper, Kaufmann und Mag. Lackner, betreffend die Erlassung einer umfassenden Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Lackner** (17.30 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte über den Antrag 559/1 der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Reinprecht, Gross, Margarethe Gruber, Dr. Rieder, Halper und Mag. Lackner, betreffend die Erlassung einer umfassenden Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes.

Österreich war eines der ersten europäischen Länder, die im Jahre 1979 ein Bundesgesetz über die Gleichbehandlung von Frau und Mann im Arbeitseben erlassen haben. Österreich ist aber leider mit der Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie seit 16. Dezember 1999 säumig. Und auch die Umsetzungsfrist für die Beweislastrichtlinie ist mit 31. Dezember 2000 abgelaufen. Des Weiteren ist Österreich bedauerlicherweise auch hinsichtlich der Judikatur des Europäischen Gerichtshofes in Gleichbehandlungsfragen säumig.

Es wird daher namens des Ausschusses für Generationen und Bildung der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert an den Bund heranzutreten, so rasch wie möglich das Gleichbehandlungsgesetz an den geltenden EU-Rechtsstandard anzupassen. Dies impliziert die Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie sowie der EU-Beweislastrichtlinie und die Anpassung an die geltende Judikatur des Europäischen Gerichtshofes. Im Rahmen einer umfassenden Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes sollte des Weiteren eine Beweislasterleichterung bei sexueller Belästigung für das Opfer gesetzlich umgesetzt werden. Ich ersuche um Annahme. (17.32 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz** (17.32 Uhr): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Die Regierungsbank ist sehr leer und das ist wieder einmal ein klassisches Symbol dafür, wie in der Steiermark Gleichbehandlungspolitik verstanden wird, nämlich so, dass sie so sehr zum Querschnittsthema gemacht wird, dass sich einfach niemand zuständig fühlt. Ich finde das sehr ärgerlich, weil dieses Thema, dieser Antrag von der SPÖ, nämlich zentrale Fragen im Bereich der Frauenpolitik, im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und auch im Bereich, wie kann man in einer guten, würdigen, selbstbestimmten Art und Weise seiner Arbeit nachgehen als Frau in österreichischen Privatbetrieben betrifft. Ich habe es sehr gut gefunden, dass die SPÖ einen Antrag gestellt hat auf eine Verbesserung nach europäischem Standard vom Bundesgleichbehandlungsgesetz. Sie haben einige Richtlinien angeführt, die dringend umzusetzen sind, speziell auch was den Bereich sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz betrifft. Ich möchte darauf hinweisen, dass es auch auf der Landesebene da einiges an Aktivitäten gäbe. Wir haben dazu übrigens ein Schreiben bekommen vom Frauenreferat des ÖGB, Landesexekutive Steiermark und wir haben dazu einen Antrag eingebracht, um sozusagen analog zu dem, was auf der Bundesebene nachbesserungswürdig ist, auch in der Steiermark aktiv zu werden.

Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer. Im Unterschied zu anderen Fraktionen gehen nämlich unsere Männer auch immer auf frauenpolitisch relevante Anträge drauf. Es ist ein sehr schönes Signal. Und die SPÖ unterstützt das konkret, die Frau Bachmaier-Geltewa und die Frau Kollegin Gross. Der Antrag heißt:

Es wird der Antrag gestellt:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle zum Vergabegesetz im Landtag einzubringen – ich habe nur geschaut, ob die Regierungsbank immer noch leer ist, ja sie ist es –, wonach bei der Vergabe von Aufträgen Unternehmen, die in ihrem Wirkungsbereich einen Frauenförderplan installiert haben, durch einen Vergabebonus berücksichtigt werden.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es diese Initiative bereits vor vier Jahren gegeben hat, als wir einerseits das Frauenvolksbegehren verhandelt haben und andererseits eine Novelle zum damaligen Vergabegesetz zu bearbeiten war. Und ich finde diese Initiative, mit einem Vergabebonus Firmen zu motivieren, Frauenförderpläne zu machen, das ist für mich ein sehr sinnvolles und sehr modernes Instrument.

Eine andere Ebene möchte ich jetzt noch ansprechen. Es gibt im Land bekanntlich seit vier Jahren ein Landesgleichbehandlungsgesetz, das für die Bediensteten im Land und auch in den steirischen Gemeinden gilt und dazu ein Frauenförderprogramm. Dieses Frauenförderprogramm für die Steiermark ist alles andere als zeitgemäß. Es ist zwar vor zwei Jahren entstanden, aber sieht bestimmte Mindeststandards nicht vor. Wir haben deswegen dazu jetzt keinen Entschließungsantrag eingebracht, aber in der Früh, am Morgen einen Antrag, der vorsieht, dass man jetzt bei diesem Frauenförderprogramm des Landes unbedingt Lehrlinge mitbedenken sollte, die sind davon nämlich ausgeschlossen. Was ein riesen Problem ist, weil sehr viele Mädchen Lehrstellen suchend sind und es ist für mich nicht einzusehen, warum Gleichbehandlung erst mit 18 Jahren, sprich mit der Volljährigkeit anfängt und nicht schon früher.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist, dass die Inanspruchnahme von Elternkarenz so gestaltet werden soll, dass auch männliche Bedienstete dies als attraktiv empfinden und in die Richtung auch motiviert werden.

Ein dritter Punkt ist, dass leider im Landesfrauenförderprogramm festgehalten wird, dass Unterrepräsentanz dann vorliegt, wenn weniger als 40 Prozent Frauen in einer bestimmten Position vertreten sind. In der Stadt Graz hat man sich dabei konkret zu 50 Prozent immerhin durchgerungen und ein ganz wichtiger und leider auf Grund der aktuellen Organisationsentwicklung in der Landesebene sehr aktueller Punkt ist, dass bei organisatorischen Umgestaltungen auf der Landes- und Gemeindeebene und auch bei Budgeteinsparungen, so genannten Einsparungen, man dezidiert darauf Bedacht nehmen sollte, dass da nicht Gleichbehandlungsanliegen und Anliegen von Frauen unter die Räder kommen.

Ein weiterer Punkt ist noch, das ist etwa in der Verordnung von der Stadt Graz explizit ausgeführt, dass bei Auswahlverfahren zwischen Bewerber/Bewerberinnen keine frauendiskriminierenden Fragestellungen in Bewerbungsgespräche aufgenommen werden dürfen. Das sind konkret Fragen zur Familienplanung. Es sind aber auch Fragen, wo man zur Belastung, wo man Frauen, aber nicht Männer fragt, ob sie bestimmte Belastungen durch die Kinderbetreuung haben oder durch pflegebedürftige Angehörige. Das ist absolut diskriminierend, weil man diese Art von Fragen Männern gegenüber nicht stellen würde.

Und ein Punkt, den ich noch aufnehmen möchte aus dem Bericht der Gleichbehandlungsbeauftragten des Landes, die beschwert sich sehr zu Recht darüber, dass es im Landesdienst viel zu wenig Betriebskindergartenplätze gibt. Und es gibt zwar drei Betriebskindergärten, die sind aber völlig überfüllt. Es ist eine Zumutung gerade für Leute, sehr oft sind es Frauen, die von außerhalb von Graz nach Graz kommen zu landeseigenen Dienststellen. Wenn die in der Früh einen unheimlichen Stress haben und einfach nicht wissen, wie sie ihre Kinder da gut unterbringen können. Das sind die Punkte, die für uns wichtig sind, wie gesagt einerseits Unterstützung der ÖGB-Frauenreferatsinitiative auf Einführung eines Vergabebonus für Firmen, die in ihrem Bereich ein Frauenförderprogramm eingeführt haben, andererseits der Hinweis, dass das steirische real existierende Frauenförderprogramm in einigen Bereichen massiv verbesserungsfähig ist.

Und ein letzter Punkt, der jetzt damit sehr wohl auch zusammenhängt, wir versuchen seit Jahren im Landtag ein Antidiskriminierungsgesetz durchzusetzen für Einzelpersonen, die sich auf Grund einer Behinderung, ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert wird, aus ethnischen Gründen beziehungsweise auf Grund ihrer Zugehörigkeit zum so genannten Minderheitenbereich Frauen diskriminiert wird, da ein Antidiskriminierungsgesetz durchzusetzen. Es war bis jetzt nicht möglich. Ich glaube, dass ein Antidiskriminierungsgesetz eine gute Möglichkeit wäre, diesen Bereich der Gleichbehandlung und auch der Frauenpolitik abzuschließen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 17.40 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Beutl zu Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort.

**Abg. Beutl (17.40 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte vorweg festhalten, dass wir diesen Antrag, so wie er von den SPÖ-Frauen eingebracht wurde, unterstützen werden, möchte aber doch auf einen Punkt in Bezug auf Gleichbehandlung und Gleichstellung eingehen, der mir insgesamt sehr wesentlich erscheint. Wir haben einiges an Fortschritten für die Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht. Vieles ist leider auf dem Papier geblieben oder immer noch auf dem Papier und es gäbe in der Praxis noch vieles zu tun. Ein solches zentrales Anliegen für uns alle muss es sein, in den nächsten Jahren im Bereich der Einkommensdifferenz etwas zu verbessern. Die Unterschiede zwischen dem Einkommen von Frauen und Männern haben sich in den letzten Jahren eher vergrößert als verkleinert. Die Schere ist eher aufgegangen als kleiner geworden. Wir alle wissen, dass das mit ein Grund ist für das geringere Lebenseinkommen von Frauen und letztendlich für eine geringere Altersabsicherung. Dafür, dass Frauen im Alter dann mit kleinen und geringen Pensionen oft auch Sozialhilfeempfängerinnen sind. Das Erstaunliche ist, dass trotz steigender Beschäftigungsquoten für Frauen diese Einkommensschere größer statt kleiner geworden ist. Der Unterschied liegt ungefähr bei zirka 30 Prozent, und zwar interessanterweise nicht nur in Österreich, sondern nahezu überall im westlichen Europa oder auf europäischer Ebene und das, obwohl sich der Ausbildungsgrad und auch die beruflichen Qualifikationen von Frauen im Vergleich zu früheren Jahren doch erheblich verbessert haben.

Es ist also notwendig, dass wir nach den vielfachen Ursachen und nach den Mechanismen suchen, die das bewirken. Mir ist vor etwa einer Stunde eine Unterlage in die Hand gekommen, die auch einen Erklärungsinhalt gibt, wie es dazu kommt. Laut einer Studie, die vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben wurde, sind Fraueneinkommen auch deswegen durchschnittlich um ein Drittel niedriger als Männereinkommen, weil Frauen in den Firmen langsamer vorankommen und dies auch dann, wenn sie, wie Männer, dieselbe Zeit ohne Unterbrechung gearbeitet haben. Das heißt, nicht ausschließlich die Unterbrechung auf Grund von Kinderbetreuung ist Schuld daran. Das deckt sich mit anderen Ergebnissen, die wir kennen, dass etwa ein Drittel an diesem Unterschied des Einkommens der ungleiche Start oder der Startnachteil von Frauen beim Eintritt in das Berufsleben Schuld sind und etwa zwei Drittel die langsamere Karriere, das langsamere Aufsteigen, die geringeren Aufstiegschancen, die Frauen während ihrer Berufslaufbahn haben. Zum ungleichen Start möchte ich sagen, dass das bereits bei der Auswahl des Berufes beginnt. Beim Berufswahlverhalten entscheiden sich immer noch etwa 70 Prozent der Mädchen für etwa drei bis fünf Berufsgruppen, in erster Linie Büro, Friseur, Verkäuferin oder in ähnliche Dienstleistungsbranchen. Eigentlich stehen aber über 225 Berufe zur Auswahl. Dennoch werden fast immer noch nur diese fünf größeren Gruppen gewählt. Frauen sind tatsächlich hauptsächlich in einfachen Dienstleistungsbranchen, in Niedriglohnbranchen beschäftigt – den typischen Frauenberufen. Wir müssen daher bereits bei der Bewusstseinsbildung ansetzen, bei der Berufsorientierung, dass Mädchen auch in zukunftsreichere, chancenreichere Ausbildungen und Berufe gehen. Wenn wir heute sehr ausführlich über die IT-Klassen und über die neuen Technologien diskutiert haben, dann müssen wir die Mädchen dazu ermuntern. Ich habe dazu schon einen Antrag hier im Haus eingebracht, dass das auch wahrgenommen wird. Dasselbe gilt, wenn es um Wiedereinsteigerinnen geht. Gott sei Dank hat auch das AMS in dieser Richtung schon sehr vieles an Angeboten bereit. Wir müssen die Frauen verstärkt motivieren, in solche Branchen, wo sie Aufstiegschancen haben, die zukunftsreich sind, hineinzugehen und sich auch dafür ausbilden zu lassen. Ein zweiter Punkt ist auch, dass immer noch etwa 50 Prozent der Frauen, die im Arbeitsbereich stehen, nur einen Pflichtschulabschluss haben. Wir müssen Mädchen motivieren, eine Berufsausbildung abzuschließen. Das ist sozusagen schon der Start, bevor ich in den Beruf gehe, wo wir ansetzen müssen.

Das Nächste ist der eigentliche Start in das Berufsleben. Dabei möchte ich auf etwas hinweisen, was ganz gravierend ist, was sozusagen der Knackpunkt ist. Das ist, dass Frauen bereits bei ihrer Einstellung in einen Betrieb etwa ein um 18 Prozent niedrigeres Starteinkommen erhalten als Männer. Schuld daran, wenn man so will, oder Ursache dafür ist, dass Frauen bei den Verhandlungen um Löhne und Gehälter viel zu wenig vertreten sind. Ich denke, dass hier auch ein Auftrag an uns alle, vor allem an die Interessenvertreter ergeht, uns mehr

darum zu kümmern. Ich weiß, dass die Gewerkschaftsfrauen diesbezüglich auch initiativ geworden sind, mehr Frauen in jene Gremien zu entsenden, wo solche Kollektivverträge, wo Betriebsvereinbarungen ausgehandelt werden. Denn nur dann besteht die Chance, dass Frauen etwa bei der Einstufung schon einmal besser behandelt werden. Es ist immer noch so, dass eine Frau, selbst wenn sie eine Berufsausbildung hat, als ungelernte Arbeiterin eingestellt wird. Ein Mann in der gleichen Firma wird als Facharbeiter eingestellt, der genauso angelehrt oder eingeschult werden muss. Das heißt, es beginnt bereits bei der Einstufung und das setzt sich insgesamt bei der Arbeitsbewertung fort. Auch hier ist es höchst an der Zeit, dass wir eine Neubewertung der Arbeit schaffen und dass jene soft skills, jene sozialen Kompetenzen, die Frauen viel stärker noch in ihre Berufstätigkeit einbringen, denselben Stellenwert erhalten als etwa nur schwere Gewichte tragen oder Ähnliches. Wenn es um zusätzliche Leistungen, um Prämien, um Zulagen, um Sonderzahlungen, um all diese Dinge geht, dann wird das alles in Kollektivverträgen und in Betriebsvereinbarungen festgelegt. In diesen Gremien sind zu 95 Prozent Männer vertreten. Daher müssen Frauen verstärkt eingebunden werden. Man muss den Frauen die Chance geben sie zuzulassen, sie zu schulen, sie zu informieren und sie darauf vorzubereiten, damit dort bereits die Verbesserungen für Frauen passieren können. Es ist eher nicht anzunehmen, dass Männer, auch wenn sie versuchen Frauenthemen einzubringen, denselben Zugang haben und die Notwendigkeit für einen Handlungsbedarf überhaupt erkennen. Dasselbe gilt auch und das ist der nächste Punkt, wo ich gemeint habe, Frauen steigen langsamer in der Hierarchie und in ihren Karrieren auf: Es geht dabei auch darum, dass etwa bei den Fort- und Weiterbildungen innerhalb der Betriebe die Chancen für Frauen nicht wirklich gleich gut und gleichberechtigt wie die der Männer sind. Frauen werden oftmals übergangen, werden nicht zu Fortbildungen und Weiterbildungen eingeladen, nicht ermuntert und vor allem nicht unterstützt. Frauen brauchen besondere Rücksichtnahme auf ihre familiäre Situation, etwa wenn es bei Fortbildungsmaßnahmen um Ort- und Zeitfragen geht. Also auch diese Dinge gehören verbessert, denn ansonsten bleiben sie bei Vorrückungen, Beförderungen und Gehaltserhöhungen im Nachteil und ziehen dabei den Kürzeren. Und es wäre auch einzufordern, dass es mehr Transparenz gibt, dass Frauen auch wissen, was ihre männlichen Kollegen, die im selben Betrieb die selbe Tätigkeit ausüben, verdienen. Diese Möglichkeit ist heute noch nicht gegeben. Frauen können auch gar nicht vergleichen, wo sie in der Hierarchie überhaupt stehen.

Noch einmal, ich glaube, dass es ein ganz wichtiger Punkt wäre, um diese Problematik in den Griff zu bekommen, ganz stark darauf zu drängen, dass Frauen in diesen Gremien, wo all das ausgehandelt wird, stärker vertreten sind. Klarerweise wird es immer gewisse Einkommensunterschiede geben, die werden bestehen bleiben. Wir dürfen nicht vergessen, dass natürlich durch familiäre Unterbrechungen, durch Zeiten für Kindererziehung und Altenpflege Frauen etwas länger aus dem Arbeitsbereich herausfallen und dass sie auch aus diesen Gründen oftmals die Überstunden nicht in dem Ausmaß durchführen oder annehmen können, dass sie auch längere Zeit Teilzeitbeschäftigungen oder geringfügige Beschäftigungen annehmen, weil eben ihre familiären Verpflichtungen und ihre familiäre Versorgungsarbeit etwas anderes nicht zulässt und das ist natürlich mit auch ein Grund, dass diese unterschiedlichen Löhne gegeben sind.

Eine Forderung, die wir von unserer Seite und insbesondere von Landesrat Schützenhöfer seit Jahren erhoben haben und immer noch erheben, das wäre, dass wir einen Mindestlohn einführen von 1000 Euro insbesondere für jene Branchen, die weit darunter sind, denn wir glauben, dass das das Mindeste ist, was ein Mensch, wenn er ganztags arbeitet, auch verdienen sollte – ganzer Lohn für ganze Arbeit, ein Schlagwort, das mir sehr gut gefällt, sollte mit Hilfe eines solchen Mindestlohngeneralkollektivvertrags umgesetzt werden.

Ich denke, dass es uns allen bewusst ist, dass diese Einschränkungen, diese Hemmnisse seit Jahren bestehen und dass es ganz stark der Auftrag an die Interessenvertretung ist, an die Sozialpartner ist, hier gemeinsam Möglichkeiten zu finden, um diese gravierenden Unterschiede abzubauen. Ich glaube auch, wenn wir uns den Betreuungsmalus anschauen, das heißt, jene Einschränkung von Frauen, wenn sie Kinder bekommen, dass es jetzt mit dem neuen Kinderbetreuungsgeld leichter wird, weil Frauen doch nicht die ganze Zeit herausfallen, sondern dazuverdienen können. Dass sie zumindest die Möglichkeiten nutzen könnten, um den Kontakt zum Betrieb zu erhalten und auch die Zeiten nicht ganz zu verlieren. Und dass es vor allem auch diese gravierenden Schwierigkeiten dadurch beim Wiedereinstieg nach der Babypause nicht mehr geben wird, so gesehen – denke ich – ist das neue Kinderbetreuungsgeld auch eine große Hilfe, wenn es eben darum geht, Frauen die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Insgesamt noch einmal ein Danke an unsere Gleichbehandlungsbeauftragte, Frau Jauk. Sie ist eine sehr kompetente und engagierte Gleichbehandlungsbeauftragte und all das, was angesprochen wurde, dass es an Verbesserungen noch geben sollte, ich bin überzeugt, dass es in der Zukunft Möglichkeiten geben wird, hier zu diesen Verbesserungen zu kommen. Insgesamt möchte ich wirklich alle auffordern, die in irgendeiner Form die Möglichkeit haben, an solchen Verbesserungen mitzuwirken, dies auch wahrzunehmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.54 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Bevor ich das Wort weiter erteile, begrüße ich nun die Herren Offiziere des 11. Stabslehrganges der Berufsoffiziere der Militärakademie in Wiener Neustadt unter der Leitung beziehungsweise dem Kommando von Herrn Major Rennhofer.

Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dr. Reinprecht** (17.51 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Herren sind ja jetzt ganz besonders in der Überzahl hier, muss ich sagen.

Frau Abgeordnete Beutl, nach meinem Informationsstand ist der geringste Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen in Schweden, und zwar aus dem Grund, weil Schweden lange Zeit eine Politik betrieben hat, Niedrigsteinkommen zu erhöhen. Also sämtliche Niedrigeinkommen zu erhöhen für Männer und für Frauen, weil es gibt ja auch Männer mit niedrigem Einkommen und diese Politik hat dazu geführt, dass Schweden auch hier das fortschrittlichste Land in Europa ist. Und ein gesetzlich eingeführter Mindestlohn in ausreichender Höhe würde wahrscheinlich genau denselben Effekt haben. Ich kann mich kurz halten, denn ich denke, unser Antrag war sehr ausführlich. Ich wollte nur noch einmal erläutern, warum wir diesen Antrag eingebracht haben. Ende Juni 1999 wurden die Sozialpartnergespräche bezüglich einer Novellierung um das Gleichbehandlungsgesetz eingestellt und bis dato nicht aufgenommen.

Ein konkreter Umsetzungsbedarf im Rahmen der EU besteht in folgenden Punkten:

Und zwar eine Anpassung an die Judikatur des Europäischen Gerichtshofes, und zwar Wegfall der Schadenersatzobergrenzen und Prokopfaufteilung bei Begründung des Arbeitsverhältnisses und beim beruflichen Aufstieg. Der Europäische Gerichtshof hat zuletzt in seinem Urteil vom 22. April 1997 für die Mitgliedsstaaten verbindlich festgestellt, dass der Schadenersatz eine abschreckende Wirkung gegenüber Arbeitgebern hat und in einem angemessenen Verhältnis zum erlittenen Schaden stehen soll, damit einen tatsächlich wirksamen Rechtsschutz gewährleistet. Für jene Bewerber und Bewerberinnen, die bei diskriminierungsfreier Auswahl die zu besetzende Position erhalten hätten, also die bestqualifizierte Person, sind Schadenersatzobergrenzen EU-widrig. Bei den übrigen diskriminierten aber nicht bestqualifizierten Bewerbern und Bewerberinnen sieht der Europäische Gerichtshof einer Schadenersatzobergrenze als EU-konform an. Derzeit ist die Rechtslage so, bei Begründung des Arbeitsverhältnisses ist derzeit ein Schadenersatz im Ausmaß von bis zu zwei Monatsentgelten verpflichtend und bei mehreren Bewerbern und Bewerberinnen nach Köpfen aufzuteilen. Beim beruflichen Aufstieg ist der Schadenersatz mit der Entgelt Differenz für vier Monatsentgelte zwischen dem Entgelt, das der oder die Arbeitnehmerin bei erfolgtem beruflichem Aufstieg erhalten hätte und dem tatsächlichen Entgelt begrenzt.

Der zweite Punkt: Es geht um die Umsetzung der Entsenderichtlinie. Hier sind wir seit 16. Dezember 1999 säumig. Da geht es um die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die als Mindeststandard festgeschrieben werden muss. Bei der Entsendung von Arbeitskräften innerhalb der Europäischen Union sollte österreichisches Arbeitsrecht für die entsandten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen anwendbar zu machen sein.

Und der dritte Punkt ist die Umsetzung der Beweislastrichtlinie: Nach der Beweislastrichtlinie muss die Klägerin die Diskriminierung glaubhaft machen. Die Beklagte muss beweisen, dass keine Diskriminierung vorliegt.

Das Gleichbehandlungsgesetz sieht eine beidseitige Glaubhaftmachung vor, wobei die oder der Beklagte das Gericht von der höheren Wahrscheinlichkeit überzeugen muss. Sowohl das Gleichbehandlungsgesetz als auch die Beweislastrichtlinie der EU beziehen sich ausschließlich auf Verletzung des Gleichbehandlungsgebots, und nicht auf Fälle von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Auch hier erwarten wir eine Beweislastumkehr. Wir SPÖ-Frauen oder unsere Fraktion, die SPÖ, hat noch eine Reihe anderer Forderungen in diesem Rahmen, nur ganz kurz: Die Verankerung eines subjektiven innerbetrieblichen Beschwerderechts bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Und da geht es um Folgendes, sollte eine rechtliche Absicherung einer belastenden Aussage bringen. Das gibt es übrigens bereits in Deutschland. Wenn die Betroffene sich subjektiv belästigt fühlt, also bei subjektiver Einschätzung, das heißt unter Umständen rechtliche Fehleinschätzung bleibt, muss das ohne negative Folgen für sie bleiben. Das heißt, sie darf nicht zivilrechtlich wegen übler Nachrede, Verleumdung oder Kreditschädigung verklagt werden. Der Grund ist folgender:

Häufig wenden sich Frauen Hilfe suchend an Vorgesetzte oder erkundigen sich im Betrieb, ob eine Kollegin ebenfalls unter Belästigungen leidet. Wegen dieser Kontaktaufnahme wird ihnen häufig der Vorwurf gemacht, dass sie den Tatbestand der üblen Nachrede erfüllen. Dann wollen wir ein zweimonatiges Moratorium nach Ausübung eines qualifizierten Beschwerderechts, ein verpflichtendes innerbetriebliches Schlichtungsverfahren einfach aus dem Grund, dass wir nicht wollen, dass eine Frau, die sich diskriminiert fühlt oder tatsächlich diskriminiert wird, sofort entlassen werden kann oder an einen anderen Arbeitsplatz versetzt werden kann. Außerdem fordern wir bessere Instrumentarien zur durchsetzbaren Kontrolle des Gleichbehandlungsgebotes und natürlich auch, wie das schon die Grünen und wir in dem von Frau Edith Zitz verlesenen Antrag formuliert haben, dass die Koppelung der Subventionsvergabe auch an die Einhaltung des Gleichbehandlungsgesetzes gebunden werden soll. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 18.00 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Lafer zu Wort gemeldet. Ich erteile es Ihnen.

**Abg. Lafer** (18.00 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Damen aller drei Fraktionen!

Gleichbehandlung ist für uns Freiheitliche etwas Besonderes und wird von uns auch groß geschrieben. Ich darf daran erinnern, dass Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel im Parlament im Gleichbehandlungsausschuss der einzige Mann gewesen ist und die Interessen der Freiheitlichen immer vertreten hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf Ihnen etwas Kurioses mitteilen: Sie beklagen hier, dass es den Frauen schlecht geht, dass sie benachteiligt werden in allen Dimensionen, wie es ausgeführt wurde. Dazu eine wahre Begebenheit: Es gibt den hauswirtschaftlichen Beirat des Landes Steiermark, Adresse Stempfergasse 7. Dorthin ist ein Mitglied von uns zu entsenden. Wir haben Kollegen Ferstl dorthin entsandt. Wissen Sie, was dabei herausgekommen ist? Als Mann ist er nicht berechtigt, an diesem Beirat teilzunehmen – laut Statuten ausgeschlossen. Wo bleibt die Gleichberechtigung des Mannes? Diese Antwort möchte ich von Ihnen bekommen. (Beifall bei der FPÖ. – 18.02 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Ad hoc meldet sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht.

**Abg. Dr. Reinprecht** (18.02 Uhr): Herr Klubobmann, ich finde es gut, dass Sie das thematisiert haben. Das ist wirklich ein merkwürdiges Kuriosum und stammt aus einer Zeit, wo man gedacht hat, dass Männer völlig unfähig sind, sich mit hauswirtschaftlichen Dingen zu beschäftigen. (Beifall bei der SPÖ. – 18.03 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Die Frau Abgeordnete Mag. Zitz hat das Wort.

**Abg. Mag. Zitz** (18.03 Uhr): Ich glaube, das ist das erste Mal im Landtag, dass ein Parteimitglied der Freiheitlichen Partei mein Herz berührt. (Allgemeiner Beifall.)

Herr Klubobmann, ich verspreche, dass die gesamte Grüne Fraktion eine Anfrage an das Regierungsmitglied stellen wird, das mit dem ehemaligen Landesfeuerwehrkommandanten so „schiach“ umgegangen ist. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 18.04 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich darf daher zur Abstimmung kommen und ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 559/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend Gleichbehandlung im Vergaberecht ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Ich bitte um Abzählung.

Ich stelle fest, dass der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat.

#### **17. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 62/1, der Abgeordneten Gennaro, Gross, Schleich und Dr. Reinprecht, betreffend Novellierung des Feuerpolizeigesetzes.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Detlef Gruber** (18.05 Uhr): Frau Präsidentin!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 62/1 zum Antrag der Abgeordneten Gennaro, Gross, Schleich und Dr. Reinprecht, betreffend Novellierung des Feuerpolizeigesetzes. Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 6. Februar 2001 und 6. November 2001 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag der Abgeordneten Gennaro, Gross, Schleich und Dr. Reinprecht, betreffend Novellierung des Feuerpolizeigesetzes, liegt eine Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung vor. Darin wird Folgendes berichtet: Die Landeshauptstadt Graz hat unmittelbar vor Ablauf der XIII. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages, das heißt vor den Landtagswahlen 2000, die Wiederaufnahme von Expertengesprächen betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Feuerpolizeigesetzes 1985 angeregt. Es wurde daher seitens der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung bereits Mitte Dezember 2000 zu einem ersten Arbeitsgespräch eine Einladung ausgesprochen. An diesem Gespräch nahmen insbesondere Vertreter der Stadt Graz beziehungsweise der Feuerwehr der Stadt Graz, des Landesfeuerwehrverbandes Steiermark, der Landesstelle für Brandverhütung in der Steiermark sowie der Landesinnung für Rauchfangkehrer teil. Eine Aktualität lag beziehungsweise liegt auch auf Grund geänderter feuerpolizeilicher Rechtsvorschriften vor. Diese Expertengespräche wurden am 16. Jänner und am 8. März 2001 fortgesetzt. Zum dritten Arbeitsgespräch (8. März) wurden auch der Steiermärkische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund, Landesgruppe Steiermark beigezogen. Es wurden zwar weitere Arbeitsgespräche angekündigt, die aber vorübergehend, das heißt bis zur Neuwahl des Landesfeuerwehrkommandos am 31. Mai dieses Jahres, ausgesetzt wurden. Dazu wird bemerkt, dass der Frage auch der künftigen Beziehung des örtlich zuständigen Feuerwehrkommandanten bei jeder Feuerbeschau besondere Bedeutung beizumessen ist, deren Klärung jedoch in erster Linie eine feuerwehrinterne Angelegenheit ist. Am Landesfeuerwehrtag 2001 in Bärnbach wurden vom neu gewählten Landesfeuerwehrkommandanten Landesbranddirektor Franz Hauptmann insbesondere die geänderten Strukturen und Aufgabenbereiche im Landesfeuerwehrverband Steiermark dargestellt. Diese Neustrukturierung umfasst unter anderem die Einrichtung eines Arbeitskreises „Steiermärkisches Feuerpolizeigesetz“. Am 30. Juli 2001 fand über Einladung des Landesfeuerwehrverbandes eine weitere Besprechung betreffend Novellierung des Steiermärkischen Feuerpolizeigesetzes statt. An diesem Arbeitsgespräch nahmen neben dem Landesfeuerwehrkommandanten und den beiden Stellvertretern unter anderem auch der Branddirektor der Stadt Graz, der Leiter der Grazer Abteilung „Feuerpolizei“ sowie der Direktor der Landesstelle für Brandverhütung in Steiermark teil. In weiterer Folge hat der Landesfeuerwehrverband Steiermark seine bisherigen Beratungsergebnisse unter Hinweis darauf,



dass das Einvernehmen mit den eben angeführten Stellen hergestellt ist, der AKS als Stellungnahme übermittelt. Diese Vorgangsweise stützt sich auf einen Beschluss des Landesfeuerwehr-Ausschusses vom 27. September 2001. Noch im Oktober dieses Jahres wird eine Fortsetzung der Expertengespräche betreffend die Novellierung des Feuerpolizeigesetzes 1985 erfolgen. Die diesbezüglichen Einladungen, insbesondere auch an den Gemeindebund und an den Städtebund, sind seitens der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung bereits ergangen. Die Ausarbeitung einer Regierungsvorlage ist, wenn alle Novellierungsvorschläge vorliegen, vorgesehen. In diesem Zusammenhang wird auch auf den Gesetzesbeschluss des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2001, mit dem das Steiermärkische Feuerpolizeigesetz 1985 und das Steiermärkische Katastrophenschutzgesetz geändert wurden, hingewiesen. Der Ausschuss für Infrastruktur stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 62/1, der Abgeordneten Gennaro, Gross, Schleich und Dr. Reinprecht, betreffend Novellierung des Feuerpolizeigesetzes wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (18.10 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Danke! Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

**Abg. Gross** (18.10 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Der Kollege Detlef Gruber hat sehr ausführlich berichtet, auf Grund dessen brauche ich Ihnen den Bericht nicht mehr bringen und ich nehme ja an, dass Sie ihm ja auch alle sehr aufmerksam zugehört haben. Es geht in Graz immerhin um über 34.000 Objekte, darunter 2000 besonders brandgefährdete, die zu visitieren sind. Demnach hätten pro Jahr rund 5000 Gebäude beziehungsweise 600 brandgefährdete Objekte beschaufichtigt werden müssen. Ich darf deshalb namens unserer Fraktion einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen:

Die besondere Problemstellung der Landeshauptstadt Graz in Bezug auf die Feuerbeschaufrichtungen ist dem Landtag seit mindestens Jänner 1992 bekannt. Nunmehr ist es in der laufenden Legislaturperiode erstmals gelungen, dass auf Grund eines diesbezüglichen SPÖ-Antrages die Landesregierung eine Antwort an den Landtag übermittelt hat.

Unbefriedigend daran ist die Situation, dass weitere Experten- und Expertinnengespräche betreffend eine diesbezügliche Novellierung des Feuerpolizeigesetzes zwar geplant sind, aber zu befürchten bleibt, dass diese Verhandlungen wiederum fünf bis zehn Jahre dauern könnten.

Daher wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Experten-, Expertinnengespräche betreffend Novellierung des Feuerpolizeigesetzes im Sinne der Anliegen der Stadt Graz raschestmöglich zu Ende zu führen und dem Landtag eine diesbezügliche Regierungsvorlage zukommen zu lassen. (Beifall bei der SPÖ. – 18.12 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung und ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 62/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Regierungsvorlage zur Novellierung des Feuerpolizeigesetzes, ihre Zustimmung geben, ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle auch hier die Einstimmigkeit fest.

### **18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 89/1, der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend Kurse der Freiwilligen Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wiedner** (18.12 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich berichte zum Geschäftsstück 89/3 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 89/1 der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend Kurse der Freiwilligen Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 6. Februar und am 6. November 2001 über den oben genannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Es geht hier bei diesem Antrag darum, dass die Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring aufgefordert wird, auch Kurse an Wochenenden und in Urlaubszeiten durchzuführen. Dazu hat der Landesfeuerwehrverband in der Aprilausgabe des Feuerwehrmagazins „Blaulicht“ eine Umfrage über den Ausbildungsbetrieb in der Feuerweherschule durchgeführt. Der Landesfeuerwehrverband verstärkt nunmehr diese Umfrage mit Nachdruck und fordert die angeführten Punkte Kursbetrieb als Abendveranstaltung, Kursveranstaltungen an Wochenenden bis Auslastung der Einrichtungen für den Wasser- und Tauchdienst.

Dazu wird als Stellungnahme angeführt, dass von Seiten der Schulleitung beziehungsweise der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung diese Wünsche vorerst als solche zur Kenntnis genommen und zugesichert wird, dass eine Prüfung der Durchführbarkeit, der notwendigen Ressourcen und der entstehenden zusätzlichen Kosten umgehend in Angriff genommen wird.

Dazu wird noch berichtet, dass mit Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 9. Juli 2001 die Firma FOCUS Management Consulting mit der Erstellung eines Wirtschafts- und Organisationsgutachtens zur Reorganisation der Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring beauftragt wurde. Dieses Gutachten soll bis Ende 2001 vorliegen. Die von Seiten des Landesfeuerwehrverbandes deponierten Änderungswünsche zum Kurs- und Ausbildungsbetrieb sind der beauftragten Firma vollinhaltlich bekannt gegeben worden und wurde ausdrücklich auf die detaillierte Analyse dieser Bereiche gedrungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (18.15 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ferstl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ferstl** (18.15 Uhr): Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Meine Damen und Herren!

Der eingebrachte Antrag der Freiheitlichen vom 19. Dezember 2000 hat im Landesfeuerwehrkommando hohen Zuspruch erfahren. Ebenso die Reaktion der Feuerwehrmitglieder in der ganzen Steiermark. Es ist leider die Tatsache, dass mehr als ein Drittel der Feuerwehrkameradinnen und -kameraden bisher noch keine Besuche in der Feuerwehr- und Zivilschutzschule absolviert haben, nicht weil sie nicht wollen, sondern weil sie nicht können. Sie sind wohl in der eigenen Feuerwehr und von den jeweiligen Bezirksbeauftragten ausgebildet und mit der Grundausbildung eins, so heißt diese erste Ausbildung, versehen. Die Grundbegriffe des Feuerwehrwesens werden dort in den eigenen Feuerwehren beigebracht. Grundausbildung ist aber die Voraussetzung, um fortsetzende Kurse in der Feuerweherschule zu belegen. Dieses Drittel von Mädchen und Burschen oder Frauen und Männern ist identisch mit jenen, die ich vorher angekündigt habe, also Schüler, Studentinnen, Lehrlinge, aber auch Lehrer und einige andere Berufe, welche zu den herkömmlichen Schulzeiten sehr schwer oder gar nicht abkömmlich sind. Es kommt auch sehr oft vor, dass angemeldete Teilnehmer, etwa 10 Prozent, saisonbedingt sogar mehr, ausbleiben und dadurch die Besetzung der Schule durch Lehrer, Ausbilder und Schüler nie ganz ausgelastet ist. Ebenso wird das Angebot der Übernachtung in der Schule von vielen nicht genutzt, weil eben die An- und Abreise kein großes Problem darstellt und etwa Abendkurse auch ohne weiteres abgehalten werden könnten. Daher ist diese Forderung unserer Fraktion sehr bedeutend. In der verbandseigenen Feuerwehrzeitschrift „Blaulicht“ wurde wie schon erwähnt im April eine Umfrage gestartet und dieses Ergebnis ist sehr, sehr positiv ausgefallen. Der Landesfeuerwehrverband verstärkt dieses Resultat mit folgenden detaillierten Wünschen:

Erstens: Der Kursbetrieb als Abendveranstaltung: Dies hätte den Vorteil, dass Kursteilnehmer nicht nur aus der unmittelbaren Umgebung, sondern auch von weiter entfernt daran teilnehmen könnten. Einige Lehrgangstypen bieten sich auf Grund ihrer geringen Ausbildungseinheiten besonders an. Außerdem könnte das Lehrpersonal der Schule effizienter eingesetzt werden. Eine Anwesenheit aller Mitarbeiter wäre dabei nicht immer notwendig. Das zeigen zum Beispiel zeitgemäße Erwachsenenbildungsstätten durch ihr umfangreiches Programm an Abendveranstaltungen.

Zweitens: Aus demselben Grund wie eben die Abendveranstaltungen, außerdem könnte die Abwesenheit von der Dienststelle oder vom Arbeitsplatz reduziert werden und das Verständnis der Wirtschaft angeregt werden.

Drittens: Ganzjahreskursbetrieb: Es gibt immer wieder den Wunsch gerade von dem schon erwähnten Personenkreis, Lehrer, Schüler, Studenten und so weiter, welche von der Möglichkeit, in den Ferien Kurse an der Feuerweherschule zu besuchen und laut Umfrage sprechen sich dafür 67 Prozent aus.

Viertens: Die Nutzung der Übungseinrichtungen der Schule, das sind realistische Übungsmöglichkeiten für die Feuerwehren, die außerhalb der Schule nicht zur Verfügung stehen. Das ist die Gasaustrittsanlage, das Brandhaus oder etwa das Trümmerhaus.

Fünftens: Die Auslastung der Einrichtungen für den Wasser- und Tauchdienst. Wie aus dem Kursplan ersichtlich ist, ist die Schwimmhalle in der Feuerweherschule maximal vier Monate pro Jahr ausgelastet. Diese Einrichtung erfordert hohe Betriebskosten und eine zweckmäßige Nutzung wäre sinnvoll und die Taucheinrichtungen könnten für den Übungs- und Trainingsbetrieb für die Feuerwehren zur Verfügung gestellt werden.

Also wenn die Freiwilligen Feuerwehrmitglieder ihre Zeit den Mitmenschen geben, dann sollten wir ihnen auch diese Zeit nicht wegnehmen, wenn sie für ihre Ausbildung besondere Wünsche für Termine haben. Im Jahr des Ehrenamtes wäre das der Weg für die Beibehaltung der Freiwilligkeit, die für uns so selbstverständlich ist, aber sehr behutsam weitergetragen werden muss für uns, für die nächste Generation und für die Zukunft. Ich lade Sie nachdrücklich ein, diesen Ausschussantrag anzunehmen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.20 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile es Ihnen.

**Abg. Dirnberger** (18.20 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich sehe den Antrag, den die freiheitliche Fraktion gestellt hat, durchaus positiv. Daraufhin wurde eine umfassende Vorlage erstellt, die wirklich sehr ausführlich dargestellt wurde. Basis ist die „Blaulicht“-Umfrage im April. Das Ergebnis kann man in der Juliausgabe auch nachlesen. Kollege Ferstl hat schon erwähnt, welche Wünsche vorliegen, vor allem der Zeitpunkt, wann Kurse, aber auch welche Lehrgänge und welches praktische Training angeboten werden. Es haben von über 5000 Kursteilnehmern 15 Prozent – also fast 800 – diesen Fragebogen abgegeben. 92 Prozent, und das ist eine interessante Feststellung, wünschen sich auch, dass die Kurse dienstfrei gestellt sind, das heißt, dass man in einer dienstfreien Zeit vom Arbeitgeber den Kurs durchführen darf. Das kann ich nachvollziehen, aber ich warne davor, dass eine solche Lösung angestrebt wird, ohne das mit der Wirtschaft zu koordinieren und abzustimmen. Es soll auf keinen Fall eine Situation entstehen, dass einem freiwilligen Helfer womöglich dann am Arbeitsplatz Nachteile entstehen. Dass die Auslastung für die Schule noch gesteigert werden kann und dass es nur positiv sein kann bezüglich Kosten, ist selbstverständlich. Ich erwarte mir von dieser Focus-Studie auch, dass ein Einsparungspotenzial aufgezeigt wird. Ich glaube, dass man dann mit den vorhandenen Mitteln durchaus das Auslangen finden wird. Eine Kostenerhöhung wäre völlig unakzeptabel. Wir müssen auch lernen, mit vorhandenen Mitteln sorgsam umzugehen und das Auslangen finden. Ich darf bei dieser Gelegenheit auch unserer Frau Landeshauptmann danken, dass sie bei der Landeshauptleutekonferenz durchgesetzt hat, dass die Feuerschutzsteuer von 8 auf 10 Prozent erhöht wird. Dieses Anliegen wird an den Finanzminister herangetragen, damit dem Feuerwehrewesen mehr Mittel zur Verfügung stehen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.22 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

**19. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 315/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Schrittwieser und Gennaro, betreffend Betriebskostensenkung.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Bernd Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Stöhrmann** (18.23 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 315/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Schrittwieser und Gennaro, betreffend Betriebskostensenkung. Ich gehe davon aus, dass Ihnen die Regierungsvorlage und der Bericht seinem Inhalt nach bekannt ist. Ich darf daher zum Wesentlichen kommen und stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 315/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Schrittwieser und Gennaro, betreffend Betriebskostensenkung, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (18.24 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Danke schön. Ich komme zur Abstimmung, nachdem eine weitere Wortmeldung nicht vorliegt. Ad hoc hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht zu Wort gemeldet.

**Abg. Dr. Reinprecht** (18.24 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich darf einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, betreffend Maßnahmen zur Betriebskostensenkung zum Tagesordnungspunkt 19 der Abgeordneten Schleich, Schrittwieser, Stöhrmann und Dipl.-Ing. Grabner. Da die Landesregierung offensichtlich nicht bereit ist, ernsthafte Bemühungen zur Senkung der Betriebskosten von Wohnungen zu diskutieren, sollte sie zumindest die bisher vorliegenden kargen Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Gemeinde-Ausschusses des Landtages vom 4. Juli 2000 tagen hätte sollen, der Bundesregierung zukommen lassen. So könnte wenigstens die Bundesregierung dieses Schreiben als Anlass für Bemühungen zur Betriebskostensenkung nehmen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die bisherigen Ergebnisse der erwähnten Arbeitsgruppe (das heißt die Auflistung in der Stellungnahme, Einl.-Nr. 315/2) an die Bundesregierung mit der Bitte zur Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Senkung der Betriebskosten von Wohnungen zu übermitteln. (18.25 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Danke. Ich komme nun zur Abstimmung und ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 315/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die mehrheitliche Annahme des Antrages feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Maßnahmen zur Betriebskostensenkung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

**20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 550/1, der Abgeordneten Ing. Ober, Rieser und Riebenbauer, betreffend Umstellung der Landesfahrzeuge auf Antriebe mit erneuerbaren Energiequellen.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Josef Ober. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Ober** (18.26 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hoher Landtag!

Ich darf Ihnen den Antrag mit der Einl.-Zahl 550/1 vom 25. September 2001 der Abgeordneten Ing. Ober, Rieser und Riebenbauer, betreffend Umstellung der Landesfahrzeuge auf Antriebe mit erneuerbaren Energiequellen, vortragen. Das Land Steiermark sollte im Hinblick auf erneuerbare Energiequellen Vorbildwirkung haben. Dies könnte zum Beispiel auch mittels Umstellung der Antriebe der Landesfahrzeuge erfolgen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, binnen sechs Jahren eine Umstellung der Landesfahrzeuge auf Antriebe mit erneuerbaren Energiequellen (zum Beispiel Biogas, natives Pflanzenöl, AME, RME et cetera) durchzuführen. Ich bitte um Zustimmung. (18.27 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Herr Abgeordneter Ing. Ober, Sie haben sich auch zu Wort gemeldet. Ich erteile es Ihnen.

**Abg. Ing. Ober** (18.27 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hoher Landtag!

Ich habe Ihnen den Antrag vorgetragen, der eigentlich sehr umfangreich ist. Ich hoffe, dass dieser Antrag in den nächsten Jahren das Bewusstsein einerseits hier im Lande, andererseits aber auch die Bürger dieses Landes sehr stark beeinflussen wird. Der Antrag hat gelautet, alle Landesfahrzeuge, und das sind immerhin 620 Stück, innerhalb von sechs Jahren mit Biotreibstoff zu betanken und diese auch umzustellen. Sechs Jahre ist ein relativ langer Zeitraum, für diese Umstellungsphase jedoch ein relativ kurzer Zeitraum. Man wird herangehen, bestehende Fahrzeuge teilweise umzurüsten, teilweise haben sie schon die Befähigung, mit Biotreibstoffen zu fahren. Diese 620 Fahrzeuge verbrauchen derzeit 3,5 Millionen Liter Diesel, sprich Treibstoff. Welche Biotreibstoffe kennen wir derzeit? Wir kennen den Biodiesel aus Altspeisefett, das nennt sich AME – Altspeisemethylester, ist am Markt eingeführt, ist ein steirisches Spezifikum und wird in der Säge Mureck exzellent produziert. Wir kennen Rapsmethylester, ist am Markt eingeführt, funktioniert und wird auch in vielen Bereichen auch schon sehr gut angewandt. Wir kennen reines natives Pflanzenöl, der Vorläufer eigentlich des heutigen Diesels, ist in der Umsetzungsphase. Biogas ist in der Pilotprojektsphase, Alkohol ist im Forschungsstadium und wird ab 2006 verfügbar sein. Verflüssigung fester Brennstoffe, Biomasse ist im Forschungsstadium und wird ab 2010 verfügbar sein, Synthesegas aus Biomasse ist im Forschungsstadium und wird ab 2010 verfügbar sein. Welche heimischen Rohstoffe eignen sich zur Herstellung von Biotreibstoff? Das sind Pflanzenöle, allen bekannt Raps, Öllein, Ölsonnenblume, Soja, Leindotter, Öldistel, aus Hanf und aus weiteren elf Ölpflanzen, die es in unserem Land Steiermark in großer Anzahl auch gibt. Das Potenzial, wenn man das jetzt aus reinem Rapsmethylester beziehen wollte, diese 3,5 Millionen Liter Treibstoff, würde man zirka 3500 Hektar Anbaufläche brauchen. Zurzeit werden in der Steiermark 4000 Hektar Ölfrüchte angebaut. Wir kennen das Rapsmethylester mit dem Slogan „Vom Acker in den Tank“, uns allen bekannt, Raps ist eine sehr schöne Frucht mit einer sehr schönen Blütezeit und verschönert eigentlich unsere Kulturlandschaft. Der Treibstoff Biogas, der vielleicht nicht allen so bekannt ist – zurzeit existieren in der Steiermark 14 landwirtschaftliche Biogasanlagen, die insgesamt etwa 2,500.000 Kubikmeter Biogas erzeugen. In den nächsten Jahren werden diese Biogasanlagen verdreifacht. Zirka 7,500.000 Kubikmeter Biogas werden produziert werden. Das ergibt 3,750.000 Liter Treibstoff. Bei 100 Prozent Nutzung könnte man diesen Bedarf heute schon decken. Wie wird Biogas erzeugt? Welche heimischen Rohstoffe eignen sich zur Herstellung dazu? Biogas ist Methan aus landwirtschaftlicher Gülle bei Kläranlagen aus Pflanzen, Gras, Mais et cetera, aus Bioabfall, Speisereste aus Fetten, Flotade, Speiseöl et cetera und sonstigen biogenen Stoffen, die es im Land Steiermark und besonders in den südlichen Regionen in großen Mengen gibt.

Welche heimischen Rohstoffe eignen sich zur Herstellung von Biotreibstoff in dem Sinne des AME – Altspeisemethylester mit dem Slogan „Von der Pfanne in den Tank, seit Jahren bewährt“ ein Sammelsystem, das vor Jahren noch in Kläranlagen gelandet ist. Dieses Produkt wird heute zu hochwertigem Altspeisemethylester, zu einem hochwertigen Treibstoff umgewandelt.

Wo können nun Biotreibstoffe eingesetzt werden? Für Benzinmotoren eignen sich Alkohole und Biogas. Für Dieselmotoren eignet sich reines Pflanzenöl und vor allem Biodiesel. Und was bringt diese Umstellung dieser 620 Landesfahrzeuge innerhalb der nächsten sechs Jahre? Wie wirkt sich das auf die Umwelt aus? Der ökologische Fußabdruck, eine Kennzahl der ökologischen Belastung durch Treibstoffe, durch Verbrennung, es wird eine Verringerung von 50 Prozent dieser Schadstoffe damit erwartet. Was kostet der Treibstoff für das Land Steiermark zurzeit? Es sind zirka 37 Millionen Schilling. Der Umstieg bringt keine Kostenerhöhung, da auch die biogenen Treibstoffe heute preisgleich sind. Jedoch es bringt eine massive Wertschöpfungssteigerung. Wie hat bis dato die Wertschöpfung aus den normalen Dieseltreibstoffen für unser Land ausgeschaut? Es resultiert großteils nur aus dem Handel. Es sind 8,6 Millionen Schilling dem Land Steiermark verblieben. Nach Umstellung nach 2006 werden es 40,9 Millionen Schilling sein, was hier ein regionaler Wertschöpfung verbleiben wird. Damit ist eine Steigerung der regionalen Wertschöpfung von 475 Prozent gewährleistet. Das ist zwar kein übermäßiger Betrag, wie wir heute in verschiedenen Anträgen gehört haben, jedoch kein unwesentlicher. Durch die Beispielwirkung des Landes passiert eine Thematisierung in der Bevölkerung, 620 Personen fahren mit diesen Fahr-

zeugen, werden das auch in der Diskussion weiterbringen, die Medien haben einiges dazu schon beigetragen und werden noch zur Thematisierung beitragen. Dadurch greifen noch mehr Menschen auf biogene Treibstoffe zurück. Damit hat das Land Steiermark in den nächsten Jahren die Chance, bei guter Publikation das Energieland Nummer eins in Österreich zu werden. Ich glaube, dass die heurige Landesausstellung in Weiz und in Gleisdorf die Steiermark in ein besonderes Licht gerückt hat, wo man wirklich professionell gezeigt hat, was die Steiermark am Energiesektor vorzuweisen hat. Natürlich muss das jetzt im Land Steiermark auch organisiert werden, es müssen die Fahrzeuge erhoben werden, welche Typen gibt es, welche eignen sich für eine rasche Umstellung, welche können erst durch die Altersabschreibung durch neue ersetzt werden? Es müssen die Betankungsanlagen im Land Steiermark organisiert werden, aber das ist eher eine logistische Aufgabe. Die biogenen Treibstoffe stehen zur Verfügung. Im Interesse eines besonders wichtigen Zeichens an unsere Bürger dieses Landes bitte ich Sie, diesem Antrag, dem Sie im Ausschuss schon einstimmig zugestimmt haben, bitte ich jeden einzelnen Abgeordneten im Sinne eines weit reichenden Beschlusses für die nächsten 16 Jahre diesem Antrag positiv zuzustimmen. Ich danke Ihnen herzlichst jetzt schon für diesen Beitrag im Sinne eines Zukunftslandes. (Beifall bei der ÖVP und den Grünen. – 18.36 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Bei den Tagesordnungspunkten 21 und 22 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**21. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 334/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Finanzierung der Kostensteigerung mobiler Dienste.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Zitz** (18.37 Uhr): Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seiner Sitzung am 26. Juni und 6. November 2001 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt:

Der Antrag der Grünen, Einl.-Zahl 334/1, zum oben angeführten Betreff wurde auf Grund des Beschlusses des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler am 26. Juni 2001 der Landesregierung zur Stellungnahme zugewiesen. In der diesbezüglichen Stellungnahme führt die Landesregierung aus, dass der Landesvoranschlag des Jahres 2001 für den Bereich der Hauskrankenpflege und der begleitenden mobilen Dienste einen Betrag von 200 Millionen Schilling aufweist, was gegenüber dem Jahr 2000 eine Erhöhung um rund 7 Millionen bedeutet. Dieser Erhöhungsbetrag deckt im Rechnungsjahr 2001 die Erhöhungen nach den kollektivvertraglichen Regelungen bei den Trägerorganisationen ab. Überdies wird in der Stellungnahme der Landesregierung festgehalten, dass alle vom Land anerkannten Trägerorganisationen für das Rechnungsjahr 2001 ihre Beiträge bereits zur Gänze zugesagt bekommen haben. Für das Rechnungsjahr 2002 ist im Landesvoranschlag der Betrag von 225 Millionen Schilling vorgesehen und wird auch hier die Abgeltung sämtlicher Erhöhungen und Vorrückungen nach Feststellung der Rechtsabteilung 7 in erforderlicher Höhe möglich sein. Die Landesregierung weist darauf hin, dass auf etwaige Kostensteigerungen der mobilen Dienste in weiterer Zukunft bei den künftigen Budgetverhandlungen selbstverständlich Rücksicht genommen werden wird.

Der Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses betreffend Finanzierung der Kostensteigerung mobiler Dienste wird zur Kenntnis genommen. (18.39 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Danke.

**22. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 338/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Absicherung und Ausbau extramuraler Beratung und Betreuung psychisch Kranker.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz.

**Abg. Mag. Zitz** (18.39 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler. Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seinen Sitzungen am 26. Juni 2001 und 6. November 2001 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zusammenfassend hält die Landesregierung in ihrer Stellungnahme fest, dass im Landesvoranschlag 2001 für den Bereich der sozialen Dienste ein Gesamtbetrag von 200 Millionen Schilling budgetiert ist und darin bereits Mittel für die extramurale Psychiatrie in Höhe von 50 Millionen Schilling (25 Prozent der Gesamtsumme) enthalten sind. Überdies sind für das Jahr 2001 zusätzlich noch 30 Millionen Schilling auf Grund eines Entschließungsantrages für die extramurale Psychiatrie vorgesehen. Die Landesregierung hält fest, dass sich für das Jahr 2001 ein Gesamtbetrag von 80 Millionen Schilling für die

Betreuung psychisch Kranker in der Steiermark ergibt, wobei diese Fördersumme auch den fachlichen Feststellungen der Fachabteilung für das Gesundheitswesen für das Förderjahr 2001 entspricht. Weiters wird festgehalten, dass die Vereine im Bereich der extramuralen Psychiatrie im Jahr 2001 zusätzlich noch 11 Millionen Schilling aus SKAFF-Rücklagen des Jahres 2001 enthalten haben. Daher bestehen von Seiten der Anbietervereine keine Forderungen gegenüber der Rechtsabteilung 7. Die Landesregierung führt in ihrer Stellungnahme aus, dass es für das Jahr 2002 eine Steigerung von 5 Millionen Schilling für die extramuralen Vereine in der Psychiatrie geben wird. Sollten auf Grund der ständigen Entwicklung weitere Kosten für die Betreuung erforderlich werden, wird die Landesregierung selbstverständlich in Zusammenarbeit mit der Fachabteilung für das Gesundheitswesen und der Fachabteilung für das Sozialwesen in den nächsten Budgetverhandlungen darauf Rücksicht nehmen, um die Finanzierung sicherzustellen. Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 338/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Absicherung und Ausbau extramuraler Beratung und Betreuung psychisch Kranker wird zur Kenntnis genommen. (18.41 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Danke schön. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich darf Ihnen das Wort erteilen.

**Abg. Hammerl** (18.41 Uhr): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte ein großes Danke aussprechen Frau Mag. Zitz, Frau Lechner-Sonnek und Herrn Hagenauer, dass Sie diesen Antrag eingebracht haben und dass wir eine Regierungsvorlage haben, die sehr wohl aufklärt, wie es um den Sozialbereich in unserem Land steht. Zum Antrag, betreffend Finanzierung der Kostensteigerung mobiler Dienste und zum Antrag Absicherung und Ausbau extramuraler Beratung und Betreuung psychisch Kranker sowie zu den Stellungnahmen der Landesregierung zu diesen Anträgen möchte ich Folgendes ausführen: Frau Abgeordnete Zitz hat bereits bezüglich der beiden Anträge alles gesagt. Ich komme jetzt zum Thema, meine sehr geehrten Damen und Herren: Unser mobiles Versorgungssystem in der Steiermark ist damit gesichert: keine 7 Prozent Budgeteinsparung im Bereich der mobilen Dienste und der extramurale Psychiatrie, 2001, 7 Millionen Schilling mehr für die ambulante Betreuung all jener Menschen, die unsere Unterstützung und Hilfe benötigen, 25 Millionen Schilling mehr im Jahr 2002, um kollektivvertragliche Kostensteigerung abfangen zu können. Rund 1300 Pflegepersonen können so durch die Versorgung von 14.000 Menschen in der Steiermark durch die Pflege zu Hause meist in enger Zusammenarbeit mit den Familien im Jahre 2001 und 2002 sicherstellen. Rund 12.000 psychisch kranke Menschen können so durch psychosoziale Dienste in unserem Land versorgt werden. Durch eine Förderungssteigerung von 16 Prozent innerhalb von zwei Jahren stellt unsere Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic die Versorgung von 26.000 Menschen in der Steiermark sicher und das in einer Zeit, in der das Budget konsolidiert werden muss. Meine Damen und Herren, speziell die Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, ich möchte bitten, dass Sie die soziale Verantwortung ernst nehmen. Dies bedeutet, die Aufmerksamkeit auch jenen zu geben, die deren Unterstützung bedürfen. Dies bedeutet arbeiten, und nicht nur zu kritisieren. Dies bedeutet aber auch höhere Kostensteigerungen im stationären Bereich abzufangen. Ich danke nochmals unserer Frau Landeshauptmann und dem Leiter der Rechtsabteilung 7, Herrn Hofrat Dr. Heinz Schille, mit seinen Mitarbeitern. Man spürt, meine Damen und Herren, dass Planungskompetenz von den Verantwortlichen in der Politik wahrgenommen wird, um auch die Versorgungsnotwendigkeiten der nächsten Jahre abzusichern. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die beiden Anträge sowie Stellungnahmen haben gezeigt, das Soziale ist kein komplexes Thema, als dass man es mit einigen Schlagwörtern lösen könnte. Wir müssen uns vor pauschalen Urteilen hüten, besonders wenn solche Urteile nur dazu dienen, den Gegner abzuqualifizieren und so die Basis zu zerstören, auf der die soziale Verantwortung aufgebaut ist. Wichtig ist hier der Umgangston, das Wort. Wie schon das Johannes-Evangelium sagt: Am Beginn ist das Wort. Ich möchte jetzt aber Schluss machen. Warum? Weil es gibt heute keinen Landesrat Flecker, den es betrifft, es ist auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek nicht da. Ich habe etwas vorbereitet, wo es um den Umgangston geht. Ich werde mich beim nächsten Landtag diesbezüglich melden. Heute ist es schon zu spät dafür. Außerdem ist keiner mehr da und keiner hört mehr zu. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 18.44 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross. Ich darf es dir erteilen.

**Abg. Gross** (18.45 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Zuständig, damit es auch die Kolleginnen und Kollegen im Zuschauerraum hören, ist derzeit für die KRAZAF-Mittel, die ehemaligen und jetzigen Strukturmittel Frau Landeshauptmann Klasnic. Meine Damen und Herren, noch etwas zur ÖVP: Ich fange mit etwas an, was ÖVP und FPÖ beschlossen haben. Ich wollte das heute nicht, sondern ich wollte sachlich bleiben. Aber wenn Kollege Hammerl das kann, dann kann ich das auch in der Art. Ich möchte aber nicht so zurückgehen, wie Kollege Hammerl das getan hat, weil das ist nicht mein Niveau. Im von ÖVP und FPÖ beschlossenen Arbeitsprogramm 2000 bis 2005 ist zu lesen: Für ältere Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, ist eine flächendeckende Ausstattung mit mobilen Diensten, Pflege- und Altersheimen sicherzustellen, wobei Selbstbestimmung und Freiraum gewährt bleiben müssen und gleichzeitig unterstützende Angebote für pflegende Angehörige auszuweiten sind – Zitatende. Zahlreiche Erhebungen kommen zu dem Ergebnis, dass einerseits die Versorgung von älteren, pflegebedürftigen Menschen zu einem sehr hohen

Prozentsatz, nämlich zwischen 80 und 90 Prozent, durch Angehörige und andere professionelle Helfer in Privathaushalten erfolgt, dass andererseits aber die pflegenden Familienangehörigen, in erster Linie Frauen – tratschen tun jetzt auch die Männer, die das allem Anschein nach auch im Landtag nicht so sehr interessiert –, in hohem Maße belastet sind. Diese Belastungen können ein Ausmaß annehmen, dass der Familienzusammenhalt nicht stabilisiert, sondern geradezu gefährdet wird. In einer von der GEFAS veranstalteten Tagung mit dem Thema „Ich liebe dich gewaltig“ wurde aufgezeigt, dass manche Überforderungen in den Familien als Folge von diesen Belastungssituationen sogar Misshandlungen von Pflegebedürftigen zur Folge haben. Mit zunehmendem Alter der Pflegebedürftigen werden auch die Pflegenden immer älter und geraten dann an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Auch sozial strukturelle Veränderungen lassen Grenzen für eine Versorgung von Pflegebedürftigen durch Hilfe aus dem Kreis der eigenen Familie beziehungsweise der Angehörigen allein erkennen. Zwei- und Einpersonenhaushalte werden immer häufiger. Schon jetzt, meine Damen und Herren, hat die Hälfte der Heimbewohner keine Kinder, die sie besuchen kommen. Ältere, pflegebedürftige Menschen, deren pflegerische Versorgung durch eigene Kinder und Familien gesichert ist, werden immer geringer. Allein auf Grund der demografischen Entwicklung – wir haben die Statistik von Hofrat Dr. Burger bekommen – wird das relative Verhältnis zwischen potenziell Pflegebedürftigen und potenziell Hilfeleistenden erheblich verschlechtert werden. Diese Entwicklung fordert das Land auf, mit den Gemeinden Kontakt aufzunehmen, um zum Beispiel eine Anpassung der vom Land geförderten Dienstposten im Bereich der Diplom-, Gesundheits- und Krankenschwestern an die Anzahl der Dienstposten, die von den Trägern tatsächlich eingestellt worden sind und im Sinne des Sozialhilfegesetzes tätig werden. Frau Landeshauptmann ist nicht da und das tut mir wirklich Leid. Ich nehme aber an, dass sie es erzählt bekommt oder dass sie es im Protokoll nachverfolgt. Die Gemeinden zahlen ihre Anteile für die Pflegebedürftigen – leistungsgerecht. Sie haben Verträge mit den Trägern. Die Kunden und Kundinnen zahlen ihre Anteile leistungsgerecht. Durch die Stundenaufzeichnungen ist dies ohne weiteres möglich. Was fehlt, sind teilweise die Anteile des Landes durch die Pauschalzahlungen des Landes. Lieber Kollege Hammerl, du redest, was alles bedeckt ist, dass alles paletti sei. Ich könnte dir aber einiges sagen und eines zähle ich jetzt konkret auf, was du dem Anschein nach in deinen Berechnungen vergessen hast.

Was noch fehlt ist die Finanzierung der von der Fachabteilung für Gesundheitswesen geforderten Pflegedienstleistungen und in der Landesregierung bereits beschlossenen Pflegedienstleistungen der Trägerorganisationen für die Fachaufsicht dieser mobilen Kräfte. Das ist in keinem Budget und ist nicht bedeckt. In der Vorlage, die uns vorliegt, wird festgehalten, dass der Erhöhungsbetrag von 7 Millionen die Erhöhung nach den kollektivvertraglichen Regelungen bei den Trägerorganisationen abdeckt. Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, egal ob Diplom-, Kranken- und Gesundheitskrankenschwestern, Alten- und Pflegehelferinnen und Heimhilfen, sind nach dem Kollektivvertrag angestellt. Sie haben allerdings seit 1998 nur die Pönalsprünge bekommen. Ansonsten gab es in dieser Zeit eine Nulllohnrunde für Menschen, die Tag und Nacht für uns Menschen im Einsatz sind. Ich habe gehört, dass es von der Rechtsabteilung 7 einen Antrag auf Erhöhung der Zuzahlung pro Dienstposten gibt, allerdings nur im Bereich der Diplomkranken- und -gesundheitsschwestern, wo die Träger bisher pro Schwester 240.000 Schilling Rückersatz erhalten haben. Diese prozentuelle Erhöhung muss sich auch auf die Zuzahlung zu den anderen Dienstposten beziehen. Alten- und Pflegehelferinnen erhalten derzeit eine Zuzahlung von 180.000 Schilling pro Dienstposten und Heimhilfen gar nur von 140.000 Schilling pro Dienstposten. Es muss auch zu einer Kommunikationsschiene zwischen dem Land, den Gemeinden und den Trägern kommen, und zwar darüber, wie viel Betreuung zur Verfügung gestellt werden soll. Soziallandesrat Dr. Flecker hat dem Landtag eine Vorlage für eine Fondslösung eingebracht, die wir demnächst im Unterausschuss des Sozial-Ausschusses diskutieren werden, der den Vorschlag enthält, dass Land und Gemeinden gemeinsam an einer leistungsgesicherten Versorgung durch mobile Dienste arbeiten sollen. Es muss auch zu einer Änderung der Finanzierungsform auf die lange geforderte Finanzierung nach Einsatzstunden führen, damit Kommunikation zwischen Land, Gemeinden und Trägern über die Versorgungsdichte möglich wird. In der Vorlage wird darauf hingewiesen, dass für das Jahr 2002 im Voranschlag ein Betrag von 225 Millionen Schilling vorgesehen ist. Kollege Hammerl hat ja darauf hingewiesen mit dem Hinweis, dass damit die Abgeltung sämtlicher Erhöhungen und Vorrückungen nach Feststellung der Rechtsabteilung 7 in der erforderlichen Höhe möglich sein soll. Diese Aussage trifft im Moment zu. Verifizieren kann man sie nur sehr schwer, weil wir alle nicht wissen können, wie nächstes Jahr der Pflegebedarf wirklich im mobilen Bereich steigen wird. Nachdem die Auslastung in den Pflegeheimen sehr hoch ist, nehme ich aber eher an, dass der Bedarf der mobilen Hauskrankenpflege wieder steigen wird. Im Sinne einer verantwortungsvollen Budget- und Planungssicherheit müsste den Trägern zu Jahresanfang 2002 mitgeteilt werden, wie hoch die einzelnen Zuzahlungen des Landes ausfallen werden. Nur so kann gewährleistet sein und werden, dass die Versorgung der Steirerinnen und Steirer mit mobilen Diensten im Rahmen der ISGS nach dem Sozialhilfegesetz erfolgen kann. In der Vorlage wird überdies darauf hingewiesen, dass alle vom Land anerkannten Trägerorganisationen für das Rechnungsjahr 2001 ihre Beträge bereits zur Gänze zugesagt bekommen haben. Das ist für die Trägerorganisationen auch sehr hilfreich, nur dass dieses zur Gänze schon das Ganze sein soll – Kollege Hammerl, ich habe geglaubt, dich interessiert was ich sage als Vorsitzende einer Trägerorganisation, scheint aber nicht der Fall zu sein! Es ist etwas, was ich annehme, dass es den Kollegen Hammerl auch interessiert, weil ich im Prinzip auch für seine Träger hier spreche – dass dieses zur Gänze schon das Ganze sein soll, das ist unsere Sorge. Daher möchte ich namens unserer Fraktion folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag stellen:

Zum Antrag, Einl.-Zahl 334/1, liegt ein Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler, der die Stellungnahme der Steirischen Landesregierung zu obigem Antrag wiedergibt, vor. Darin wird dargestellt, dass mit den in den Landesvoranschlägen 2001 und 2002 vorhandenen Mitteln das Auslangen gefunden und nach

Feststellung der Rechtsabteilung 7 auch die Abgeltung sämtlicher gehaltsrechtlicher Erhöhungen und Vorrückungen sichergestellt sein wird. Trotzdem ist in dem vom Landesfinanzreferenten vorgelegten Nachtragsvorschlag eine Erhöhung der Aufwendungen für die Hauskrankenpflege und die mobilen Dienste um 30 Millionen vorgesehen.

Eine letztmalige entsprechende Willenserklärung des Steiermärkischen Landtages zur Bekräftigung der Absicherung der Finanzierung des Ausbaues der mobilen Dienste in der Steiermark ist dringend angebracht.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die Finanzierung des im Interesse der pflegebedürftigen Steirerinnen und Steirer und deren Angehörigen gelegenen notwendigen Ausbaues der mobilen Dienste in den nächsten Jahren definitiv sichergestellt wird. (Beifall bei der SPÖ. – 18.56 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es Ihnen.

**Abg. Mag. Zitz** (18.56 Uhr): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, der als einziges Regierungsmitglied anwesend ist! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Ich habe vorher die beiden Wortmeldungen sehr interessant gefunden, weil man da wunderschön die Interessenskonflikte merkt. Herr Kollege Hammerl, Sie sind Landtagsabgeordneter und gleichzeitig Chef von einem großen steirischen Trägerverein, dem Hilfswerk. Und Frau Kollegin Gross, Sie sind auch Landtagsabgeordnete und gleichzeitig die Präsidentin von der Volkshilfe. Und bei Ihrer Wortmeldung habe ich vorher gemerkt, wie unklar Ihnen Ihre Rolle und Ihre Funktion ist. Und ich empfinde das als sehr, sehr störend. Ich nehme Ihnen beiden Ihr inhaltliches Engagement sehr ab, aber es passt für mich einfach nicht, ich möchte mich jetzt an Sie beide wenden, wenn Sie einerseits als Vereinsvertreter an den Landtag herantreten, an die Regierung herantreten und sich bemühen, Mittel für Ihre Bereiche aufzustellen und gleichzeitig als Landtagsabgeordnete in den letzten Jahren immer wieder etwa Anträge von den Grünen, wo es um eine seriöse Budgetierung im Bereich mobile Dienste geht und im Bereich extramurale psychiatrische Versorgung geht, ablehnen. Das passt für mich einfach nicht zusammen und das möchte ich da auch einmal sagen.

Ein zweiter Punkt ist, es ist anschließend ein Finanz-Ausschuss nach diesem Landtag und dann noch einmal eine Landtagssitzung und da ist eine Entscheidung dieser Regierung, uns ein Nachtragsbudget vorgestellt worden, in der Höhe von – die Ingrid Lechner-Sonnek hat es in der Früh gesagt – 933 Millionen Schilling plus acht Nachbedeckungen, die so im Laufe des Jahres hereingetröpft sind. Und es ist für mich nicht nachvollziehbar, wenn man bei so einem großen Volumen an Nachbedeckung für dieses Jahr es nicht schafft, bei diesen beiden anderen konkreter zu werden, also ich zitiere „in weiterer Zukunft bei den künftigen Budgetverhandlungen selbstverständlich Rücksicht genommen werden soll“. Da kommt in einem Halbsatz zweimal das Wort „zukünftig“ beziehungsweise „Zukunft“ vor und null Präzisierung, wie man diese Bereiche tatsächlich seriös budgetiert. Sie wissen genau, was das in der Realität heißt, hohe Verunsicherung bei den Leuten, die eine sehr anstrengende Beratung, Begleitung, Betreuung von Leuten machen, die mobile Pflege brauchen, das verschärft sich teilweise noch einmal bei Leuten, die psychiatrische Probleme haben, mit denen das Umgehen einfach sehr, sehr anstrengend ist.

Und ein Punkt, den ich, wo immer ich Gelegenheit habe, auch ansprechen möchte, es ist genau in diesem Bereich ein miserables Zusammenspiel zwischen den drei zuständigen Regierungsmitgliedern. Für die mobilen Dienste ist die Frau Landeshauptfrau Klasnic und die Gemeindeabteilung zuständig. Für das Behindertengesetz und Sozialhilfegesetz, wo sehr viele Leute Leistungen lukrieren, wo auch die mobilen Dienste festgeschrieben sind, ist Herr Soziallandesrat Dr. Flecker zuständig, der nicht anwesend ist und für den fachlichen Akzent, speziell im Bereich der psychiatrisch beeinträchtigten Personen, ist Herr Landesrat Dörflinger zuständig. Ich erlebe es immer wieder, dass auf der Beamtenebene hohe Motivation besteht, das auszugleichen, was von der politischen Struktur her völlig falsch geplant und vorgegeben worden ist. Ich möchte jetzt auf einige Punkte eingehen, die für uns als Grüne wichtig sind. Ich möchte mich auf den psychosozialen Bereich beschränken. Es gibt seit kurzem in der Steiermark ein Forum „Psychiatrie“, initiiert von Frau Dr. Krainz als Psychiatriekoordinatorin. Dort werden aktuelle Trends in diesem Bereich immer wieder bekannt gegeben und inhaltlich diskutiert. Ein Trend, der arbeitsmarktpolitisch absolut auffallend ist und um den sich bisher nur die Arbeiterkammer gekümmert hat. Die Nummer zwei bei den Frühpensionierungen in Österreich sind Leute mit einer psychiatrischen Diagnose. Ich halte es für absolut auffallend, dass Leute aus unterschiedlichsten Gründen so unter Druck kommen, auch durch massive Beschleunigung am Arbeitsmarkt, auch dadurch, dass die Leute immer mehr auch Mobbing ausgesetzt sind, auch immer mehr Druck von Seiten der Arbeitgeber ausgesetzt sind. Jedenfalls werden 25.000 Personen im Jahr wegen einer psychiatrischen Erkrankung frühpensioniert. Diese Zahl ist ungewöhnlich hoch. Das, was dabei signifikant ist, ist, dass es ganz wenige Krankenstandstage gibt. Das heißt, wenn jemand seelisch unter Druck steht, dann trauen sich die Leute nicht in den Krankenstand zu gehen, sind aber irgendwann einmal so mit den Nerven fertig, im wahrsten Sinne des Wortes, dass sie frühpensioniert werden. Das zeigt für mich eindeutig einen gesellschaftlichen Trend auf. Ein zweiter Punkt: Personen, die psychisch beeinträchtigt sind, haben sehr schwer Zugang zu Leistungen in der Steiermark, teilweise über das Sozialhilfegesetz, teilweise über das Behindertengesetz, wobei das große Problem besteht, dass man Angehörige durchaus zum Regress zwingen kann, was die ohnehin sehr komplizierten Beziehungen zwischen Angehörigen und Familienmitgliedern, Elternteilen noch einmal verschärfen kann und was sicher auch für eine gute Art der Begleitung oder der Therapie kontraproduktiv ist. Ein dritter Punkt: Moderne Formen des Umganges mit Leuten, die



seelische Probleme haben, zum Beispiel die psychiatrische Familienpflege der KAGES: Diese sind rechtlich überhaupt nicht abgesichert. Das heißt, die KAGES macht etwas sehr Sinnvolles, wo man aber nicht weiß, ist das jetzt eine Form der stationären Pflege, wie kann man das so in den Bereich der Verrechtlichkeit bringen, dass diese Projekte auch längerfristig gut existieren können? Ein Punkt noch, nämlich die Rolle der Krankenkassen: Diese ist in der Steiermark extrem unerfreulich, und zwar deswegen, weil es analog zum Bund einfach keine gute Kooperation gibt, etwa was Psychotherapie auf Krankenschein betrifft. In der Steiermark schaut es so aus, dass es von Kasse zu Kasse ganz unterschiedliche Zugänge gibt, wenn jemand längere Zeit in einer psychiatrischen Behandlung ist, wann diese Person – das Fachwort dazu heißt asyliert – werden kann, also zu welchem Zeitpunkt die Person von einem Behandlungsfall zu einem Pflegefall wird. Dieser Zeitpunkt spannt sich zwischen zwei und acht Monate, je nachdem, wie die Kasse das haben möchte und je nach Bundesland. Das ist eine hohe Versicherungs für die betroffenen Personen, für die Angehörigen und für die ganzen Profis, die in diesem Bereich arbeiten. Einen Punkt möchte ich noch ansprechen: Es schaut so aus, dass es – ich zitiere jetzt den Psychiatriebericht des Bundes, der jetzt erstmals herausgekommen ist – unvollständige Daten über Gemeindepsychiatrie gibt. Das Wort wird zwar immer wieder sehr breit verwendet, hat für mich auch einen starken Menschenrechtsbezug, weil es einfach gut wäre, die Leute dort zu unterstützen, wo sie auch leben, wenn es im stationären Bereich nicht geht, sondern durch gute multiprofessionelle Teams in ihrem wirklichen Lebensbereich. Es ist für mich ganz schwer nachvollziehbar, warum in der Steiermark sehr wenige Akzente gesetzt worden sind. Ein zweite Entwicklung, die hoch signifikant ist, ist, dass die Umsätze in der Psychopharmakaindustrie massiv nach oben gehen. Das zeigt einerseits, dass mehr Leute diese Mittel in Anspruch nehmen, zeigt aber andererseits auch, dass es da gröbere gesellschaftliche Probleme gibt, wo es über weite Strecken auch nicht reicht, den Leuten immer mehr Medikamente zu verschreiben, sondern wo man psychosozial intervenieren muss beziehungsweise wo man auch bereit sein muss, mit Antistigmahaltungen den Bereich der seelischen Beeinträchtigung von einer Absonderlichkeit in den Bereich „normalen Erkrankung“ zu bringen. Ein Punkt, den ich jetzt zuletzt noch ansprechen möchte und den ich als ganz schweren Fehler bewerte: Es gibt in der Steiermark einen Behindertenplan, den wir auch mitbeschlossen haben. Bei den Verhandlungen zu diesem Behindertenplan hat es null Bereitschaft gegeben, Leute einzubeziehen, die mit psychisch beeinträchtigten Personen arbeiten. Das ist ein Riesenproblem. Für diese Personengruppe gibt es zwar ein sehr allgemein gehaltenes Konzept zur psychosozialen Versorgung, aber das war es dann schon, was die Umsetzungs-elemente in der Steiermark betrifft. Ein letzter Punkt, den ich noch einbringen möchte: Es wird derzeit im Bereich der Hauskrankenpflege, vom Land ausgehend, der Versuch, Normkostensätze zu erstellen, diskutiert. Das ist an und für sich eine sehr gute Idee. Es ist aber klar, wenn man die wirklich anfallenden Kosten ernst nimmt und seriös berechnet, dann werden die Kosten für die Hauskrankenpflege und für andere mobile Dienste deutlich weiter nach oben gehen als bisher, weil die Leute in diesem Bereich arbeiten und es freut mich, dass auch Kollegin Gross nickt, sehr selbstausbeuterisch arbeiten, sehr stark ausgebrannt sind nach einer kurzen Zeit und gleichzeitig Dienste an der Gemeinschaft tun, die sehr oft von anderen Leuten, auch gesellschaftlich, überhaupt nicht gewürdigt werden. Dass in diesem Bereich ausgesprochen viele Frauen tätig sind, ad Gleichberechtigungsdiskussion, die wir vorher gehabt haben, das ist für mich nur eine logische Ergänzung. Wie schon gesagt, für diesen Bereich werden derzeit Normkostensätze entwickelt. Ich hoffe sehr, dass diese realistisch kalkuliert werden. Ich hoffe auch sehr, dass es eine seriöse Nachbedeckung für die anfallenden Kosten gibt und nicht in Halbsätzen in diesem Bericht zweimal das Wort „zukünftig“ vorkommt, aber mit keinem Wort ein Hinweis, dass man eine Nachtragsbudgetierung braucht beziehungsweise dass man sich unbedingt für das nächste Jahr eine seriöse Budgetplanung einfallen lassen sollte. Die wichtigsten Punkte habe ich jetzt genannt. Erstens: Eine chaotische Organisationsstruktur, die dann mühsam auf der Beamtenebene irgendwie zusammengehalten werden soll, und zwar dadurch, dass die Gemeindeabteilung, die Gesundheitsabteilung und die Sozialabteilung alle befasst sind, aber niemand wirklich federführend sein darf. Zweitens: Sie beschließen, so nehme ich an, großzügig ein Nachtragsbudget für heuer von 933 Millionen Schilling im anschließenden Finanz-Ausschuss. Es ist aber nicht möglich, diese gesellschaftlich sehr wichtigen Bereiche adäquat zu budgetieren. Drittens: Ich glaube ganz einfach, dass es ein paar aktuelle Trends gibt, die sich gerade bei diesen marginalisierten Teilen der Sozialpolitik ganz stark niederschlagen. Die Grünen werden deshalb beiden Berichten auf Grund der Argumente, die ich dargebracht habe, nicht zustimmen. Wir sind aber sehr interessiert daran, mit allen Fraktionen, mit den Sozialsprecher/Innen, Gesundheitsprecher/Innen zu schauen, dass in Zukunft bessere Strukturen vorgegeben werden, einerseits zugunsten der betroffenen Personen und andererseits, um jetzt abschließend noch zu Ihnen, Frau Kollegin Gross und zum Herrn Abgeordneten Hammerl, etwas zu sagen, auch zugunsten der Organisationen und Vereine, die sich in diesem Bereich wirklich sehr engagieren. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 19.08 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich darf es dir erteilen.

**Mag. Erlitz (19.08 Uhr):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich darf zu diesem – glaube ich – eminent wichtigen Thema Ausbau extramuraler Beratung und Betreuung psychisch Kranker einen Entschließungsantrag einbringen. Und wie wichtig das Thema ist, darauf hat auch die Frau Kollegin Zitz, glaube ich, sehr gut hingewiesen, wie eminent wichtig das Thema für das Land ist. Ich darf vielleicht nur ein paar Zahlen noch anfügen, um die Bedeutung hier zu unterstreichen:

Die WHO hat in einer durchgeführten Analyse Folgendes festgestellt, dass sich in der westliche Welt unter den zehn führenden Krankheitsursachen vier psychische Erkrankungen befinden. Auf Platz zwei rangiert die Depression bereits hinter dem Herzinfarkt und vor dem Schlaganfall. Und weil der Herr Kollege Hammerl hier mit Zahlen auch hantiert hat, 15.000 und 20.000, ich darf ihm sagen, es sind 60.000 Menschen in unserem Land von Depression befallen – 60.000 Menschen! 60.000 Menschen von Alkoholismus beziehungsweise zumindest akut gefährdet, 72.000 leiden unter Angsterkrankungen, 18.000 unter Schizophrenie. Medikamenten- und Drogenmissbrauch, psychosomatische Erkrankungen und so weiter sind in diesen Zahlen gar nicht subsumiert, dass man sagen kann, dass rund 300.000 Menschen in der Steiermark, in unserem Land, von psychischen Erkrankungen betroffen sind. Und psychische Erkrankung – und die Frau Kollegin Zitz hat bereits darauf hingewiesen – ist bereits nach den Erkrankungen des Bewegungsapparates der zweithäufigste Grund für Frühpensionen. Und es ist sicherlich eine der vordringlichsten Aufgaben der steirischen Gesundheitspolitik in den nächsten zehn, 15 Jahren, die psychische Gesundheit der Bevölkerung entscheidend zu verbessern und für psychisch erkrankte Personen beziehungsweise Menschen mit psychischen Problemen bessere und umfassendere Dienste zur Verfügung zu stellen. Ich meine aber schon, dass unser derzeitiges psychosoziales Versorgungskonzept, das wir vor etwas mehr als drei Jahren beschlossen haben, ich glaube doch eine gute Grundlage darstellt, auf der aufgebaut werden kann und sollte auch, um eine verbesserte und wirksamere intra- aber auch extramurale Versorgung sicherzustellen. Unser Ziel muss es sein, das Auftreten beziehungsweise die gesundheitsschädigenden Folgen von psychischen Problemen entscheidend zu verringern. Und vor allem – und das ist auch ein Problem, auf das ich hinweisen möchte – unser Ziel muss es sein, unser aller Ziel muss es sein, die Suizidraten in unserem Lande entscheidend zu verringern. Die Steiermark gehört ja zu den traurigen Spitzenreitern in Europa. Nach Finnland liegen wir an der zweiten Stelle bei den Suiziden. Mit 23 Suiziden pro 100.000 Einwohnern führt die Steiermark im Bundesländervergleich. Das heißt, jede Verbesserung in der Betreuung von Patienten kann nur befürwortet werden, muss befürwortet werden, ist aber klarerweise auch mit Geld verbunden, mit pekuniären Folgen. Und deswegen darf ich einen entsprechenden Entschließungsantrag einbringen:

Zum Antrag, Einl.-Zahl 338/1, liegt ein Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler vor, der die Stellungnahme der steirischen Landesregierung zu obigem Antrag wiedergibt. Darin wird dargestellt, dass mit den in den Landesvoranschlägen 2001 und 2002 vorhandenen Mitteln das Auslangen gefunden werde und dass seitens der Anbietervereine keine Forderungen gegenüber der Rechtsabteilung 7 bestehen. Dabei wird auch darauf verwiesen, dass auf Grund eines Entschließungsantrages für das Jahr 2001 zusätzlich 30 Millionen Schilling für extramurale Psychiatrie vorgesehen sind.

Trotz dieses Hinweises ist eine entsprechende Willenserklärung des Steiermärkischen Landtages zur Bekräftigung der Absicherung der Finanzierung des Ausbaues der extramuralen Beratung und Betreuung psychisch Kranker dringend angebracht.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die Finanzierung des im Interesse der pflegebedürftigen Steirer und Steirerinnen und deren Angehörigen gelegenen notwendigen Ausbaues der extramuralen Beratung und Betreuung psychisch Kranker in den nächsten Jahren definitiv sichergestellt wird. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei der SPÖ. – 19.13 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 334/1, Tagesordnungspunkt 21, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die mehrheitliche Annahme des Antrages feststellen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Finanzierung der Kostensteigerung mobiler Dienste, Tagesordnungspunkt 21, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 338/1, Tagesordnungspunkt 22, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die mehrheitliche Annahme des Antrages feststellen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Absicherung und Ausbau extramuraler Beratung und Betreuung psychisch Kranker zu Tagesordnungspunkt 22 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

**23. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 548/1, der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend Senkung des Netztarifes.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wiedner** (19.15 Uhr): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 548/1, der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend Senkung des Netztarifes.

Mit der Stromliberalisierung kommt es zu einem zweigeteilten Stromtarif für den Kunden. Je nach Anbieter wird es auf dem freien Markt Energiepreise in variablen Höhen geben, so dass sich der Kunde das für ihn beste Angebot und damit seinen Stromlieferanten aussuchen kann. In der Steiermark gibt es das Phänomen, dass wir einen dreigeteilten Tarif haben und den höchsten in Österreich. Diese hohen Grundkosten sind ein Hemmschuh für eine spürbare Senkung des Energiepreises. In der Steiermark ist es insofern erschwerend, weil für unser Bundesland die höchsten Netztarife verordnet wurden. Das ist nicht einzusehen, zumal es bei uns keine so gravierenden Unterschiede zu den Stromnetzen anderer Bundesländer gibt. Mit 134,31 Groschen je Kilowattstunde liegen wir an der Spitze der österreichischen Bundesländer und zahlen damit einen fast doppelt so hohen Netztarif wie in Wien.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit der Bitte heranzutreten, den verordneten Netztarif in der Steiermark transparent darzustellen und zu veranlassen, dass durch eine spürbare Senkung des Netztarifes auch die steirischen Stromkunden verstärkt von der Stromliberalisierung und dem freien Wettbewerb profitieren können. Ich ersuche um Annahme. (19.16 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesrat Weilharter. Ich darf feststellen, dass bei diesem Tagesordnungspunkt den Mitgliedern des Bundesrates gemäß Paragraf 14 Geschäftsordnung des Landtages das Rederecht zusteht. Ich erteile dem Herrn Bundesrat das Wort.

**Bundesrat Weilharter** (19.17 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Im Regierungsprogramm der Bundesregierung vom 3. Feber 2000 wird dem Kapitel Energieliberalisierung ein breiter Raum eingeräumt. Ziel dieser Regierungsvereinbarung ist es, einerseits die elektrische Energie als Handelsware den Kunden und Konsumenten frei anzubieten und damit verbunden natürlich auch für diese Gruppe eine Tarifsenkung zu erreichen. Ein weiteres Ziel dieser Regierungsvereinbarung ist es natürlich auch, weil es erforderlich ist, den Richtlinien der EG und jetzt der EU zu entsprechen, weil eine Richtlinie der EG 1997 in der EU in Kraft getreten ist, nämlich die Elektrizitätsbinnenmarktlinie, die es gilt umzusetzen.

Und, meine Damen und Herren, wenn diese EU-Vorgabe auch als eine dreistufige vorgegeben ist und die Umsetzung vorsieht, ist es natürlich begrüßenswert, wenn nationalstaatliche Einrichtungen und Parlamente sich diesem Ziel der Strompreisliberalisierung schneller nähern und schneller entgegengehen, damit der Konsument entlastet wird. Meine Damen und Herren, ich begrüße deshalb die Initiative der Antragsteller. Die Antragsteller gehen in der Präambel, in der Begründung ihres Antrages sehr präzise auf die Situation am Strommarkt ein. Sie führen aus, dass es zu einem dreigeteilten Stromtarif für Kunden kommt und dass leider durch die Netzgebühren die Stromtarifvorteile kompensiert werden. Das heißt, meine Damen und Herren, mit andern Worten, dass die variablen Tarife, die es ja gibt, kaum bis gar nicht für den Konsumenten spürbar sind, weil die Netzgebühren zu hoch sind. Als Argument für diese hohen Grundkosten, meine Damen und Herren, darf darauf verwiesen werden, dass natürlich einzelne Gemeinden den Entfall der Gemeindeabgaben durch eine Gebühr für Stromleitungen kassieren.

Meine Damen und Herren von der SPÖ, die Krönung in diesem Bereich ist wohl der Wiener Bürgermeister Häupl. Er hebt eine Kraftwärmekoppelungsgebühr ein, damit auf keinen Fall der Konsument, der Bürger, den Vorteil der Strompreisliberalisierung genießen kann. Das, meine Damen und Herren, ist eine bittere Tatsache, für die nicht die Bundesregierung verantwortlich ist. Es ist ausschließlich und allein für Wien Landeshauptmann Häupl schuld daran, dass es zu keiner Strompreissenkung kommt. Meine Damen und Herren! Das ist auch, neben dem Finanzdesaster, das uns mehrere SPÖ-Finanzminister hinterlassen haben, einmal ein Beweis mehr, Herr Kollege, dass Sie die Bürgernähe schon längst verlassen haben. Sozialismus pur ist das, meine Damen und Herren, damit der Bürger ja keinen Vorteil hat. So sind Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, und das ist entlarvend für Sie. Wenn man der ganzen Wahrheit Rechnung tragen will, muss man natürlich auch festhalten, dass Wirtschaftsminister Dr. Bartenstein als zuständiges Regierungsmitglied für die unterschiedlichen Netzgebühren verantwortlich ist. Er ist ja die oberste Aufsichtsbehörde. Meine Damen und Herren, daher ein Nebensatz oder eine Bemerkung zum Entschließungsantrag der ÖVP: Ich hoffe nur, dass Ihr Entschließungsantrag kein Alibi- und Pseudoschritt ist. Man hat aber das Gefühl, dass Sie von der ÖVP mit Ihrem Entschließungsantrag zur Liberalisierung des Strompreises eigentlich nur von der Verantwortung ablenken wollen, weil zuständig ist im Bund Bundesminister Bartenstein und im Land Frau Landeshauptmann. Hier, meine Damen und Herren, gilt es anzusetzen, um der gesamten Wahrheit zu entsprechen. Das heißt, der Wirtschaftsminister inklusive der Frau Landeshauptmann gehören in dieser Frage in die Pflicht genommen. Ich begrüße und befürworte daher nochmals die Initiative der Antragsteller Wiedner und Ferstl, damit endlich beim Strompreis der Bürger als Nutznießer der Liberalisierung und der Bürger zu seinem Vorteil kommt. (Beifall bei der FPÖ. – 19.22 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kasic** (19.22 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum vorliegenden Antrag ist grundsätzlich festzustellen, dass wir in der Steiermark selbstverständlich sehr hohe Netzgebühren haben. Vergleiche vor allem des Österreichischen Energiekonsumentenverbandes zeigen sehr deutlich, dass die Systemnutzungsgebühren etwa in der Ebene 7, das sind Haushalte, kleinere und mittlere Betriebe, liegen. In der Steiermark liegen wir bei 1,50 Schilling je Kilowattstunde. Vergleichbar dazu andere Städte oder Bundesländer: Kleinwalsertal 1,31, Salzburg 1,30, 1,24. Es ist daher notwendig, dass wir nicht nur in einem Antrag, wie er hier vorliegt, den verordneten Netztarif transparent darstellen oder veranlassen, dass auf dem Umweg irgend etwas passiert, sondern man sollte sehr deutlich auch sagen, dass etwas getan werden muss. Auch wenn dazu angesprochen wurde, das möge vielleicht Ihrer Meinung nach eine Alibiaktion sein, dann sehen wir das nicht als Alibiaktion. Wir wollen tatsächlich eine Senkung erreichen. Es soll zuerst die E-Kontrolle, und das ist die zuständige Behörde, über deren Vorschlag erst Herr Bundesminister eine Verordnung erlassen kann, direkt von der Landesregierung aufgefordert werden. Ich darf dazu einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages einbringen. Für die Regelung und Kontrolle der Netztarife ist in Österreich die E-Control GmbH. eingerichtet. Es wäre sinnvoll, wenn sich die Landesregierung an diese Institution wendet und eine Überprüfung und Senkung der Netztarife beantragt. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der E-Control GmbH. umgehend eine Überprüfung und Senkung der Netztarife für die Steiermark zu beantragen. (Beifall bei der ÖVP. – 19.24 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hagenauer** (19.24 Uhr): In der gebotenen Kürze: Herr Kollege Kasic, ich halte Ihren Entschließungsantrag wirklich im Kopf nicht aus. Ein Anruf bei Ihrem Kollegen Bartenstein genügt und die Sache ist geritzt. Wieso sollen wir hier im Landtag bei so einer Komödie mitmachen, wenn derjenige, der das bisher verhindert hat und auf Landesebene war die Frau Landeshauptfrau zuständig, ohnehin von Ihrer Partei ist? Wie komme ich dazu. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Sie haben natürlich vollkommen Recht. In der Steiermark sind die Netztarife höher als der Strompreis. Unter der Tuchent wird bei uns der Strompreis unter den Durchleitungsgebühren verkauft. Können Sie sich das vorstellen? Was heißt denn das? Das heißt, dass Ihre ÖVP, Bartenstein und Co. nichts anderes zu tun hat, als eine Steuer letztlich in diesem Land – ich meine jetzt die Steiermark – zu ermöglichen, die heißt eben Durchleitungstarif. De facto ist das nichts anderes als eine Steuereintreibung, und zwar nicht einmal eine sehr sympathische und jedenfalls das Gegenstück von dem, was die ÖVP in der Vergangenheit etwa unter ökosozialer Marktwirtschaft verkauft hat – das ist das Erste. Das Zweite, nur ganz kurz: Geschätzter Herr Kollege Bundesrat Weilharter: Dass Herr Landeshauptmann und Bürgermeister Häupl eine Gebühr für die Kraftwärmekopplung einhebt, finde ich für vollkommen in Ordnung. Die Kraftwärmekopplung ist eine Form der effizienten Energienutzung, kostet mehr als der Atomstrom – so ist es halt. Dass das dann aufgeschlagen wird auf den Netztarif sieht nicht nur die EU-Richtlinie, die Sie zitiert haben, und das Österreichische ELWOG vor, sondern das ist auch in Ordnung, abgesehen davon gehört es hier nicht ans Rednerpult, weil das ist die Sache der Wiener. Dass Sie das dann zu einem Ausflug nutzen, um der SPÖ weiß Gott was alles vorzuwerfen, dass sie nun einmal konsumentenfeindlich sei, das trifft bei weitem nicht die Sache und ist Ihr Problem. Damit bin ich bereits am Ende meiner Ausführungen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 19.26 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Wiedner** (19.27 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zur Senkung der Netztarife ist bereits genug gesagt worden. Wir haben diese Initiative ergriffen, um die Möglichkeit zu schaffen, auch in der Steiermark einen Wettbewerb beim Strommarkt zu ermöglichen. Eine andere Sache, weil sie passt heute gerade gut dazu: Wir haben gerade eine Aussendung oder eine Mitteilung des ORF bekommen, wonach Herr Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paieryl eine neue Idee zu Temelin erfunden hat. „Österreich soll Temelin kaufen.“ Eine neue Idee – steht daneben. Das ist wirklich eine neue Facette der Vorgangsweise beziehungsweise des „Schlangenkurses“ der ÖVP in Sachen Temelin. Pröll und die Bundesregierung wissen nicht, was sie machen sollen. Soll man vielleicht doch ein Veto oder kein Veto einlegen oder wie soll man vorgehen? Jetzt kommt man noch mit der Idee daher, Österreich soll Temelin kaufen. Die nächste Frage lautet jedoch, wer soll das bezahlen? Ja wer denn? Natürlich der Stromkunde. Dem Stromkunden soll der Kaufpreis auf die Kilowattstunde aufgeschlagen werden. Jetzt gehen wir bereits her und bezahlen schon die „stranded costs“ des Verbundes, bezahlen damit eine Misswirtschaft mit. Jetzt kommen wir drauf, wir sollen Temelin kaufen und das sollen die Österreicher über den Strompreis bezahlen. Herr Landesrat Paieryl, und ich finde es schade, dass er nicht da ist, diese neue Idee lehnen wir konsequent ab. (Beifall bei der FPÖ. – 19.29 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Eine weitere Wortmeldung zu Tagesordnungspunkt 23 liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 548/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP betreffend Senkung der Netztarife ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 24 und 25 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**24. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 534/1, der Abgeordneten List und Lafer, betreffend Pilotenausbildung.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wiedner** (19.31 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über den Antrag, Einl.-Zahl 534/1, der Abgeordneten List und Lafer, betreffend Pilotenausbildung.

In der Schweiz erfolgt die zivile und militärische Pilotenausbildung zusammen, wodurch Synergien ausgenützt, Kosten gespart und vorhandene Anlagen besser genutzt werden können.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, erstens ein neues Konzept für die Pilotenausbildung analog den europäischen Richtlinien zu erarbeiten und umzusetzen, zweitens Gespräche mit den Betreibern der Ausbildungszentren für Piloten aufzunehmen, so dass eine Zusammenlegung der zivilen und militärischen Pilotenausbildung nach Schweizer Vorbild erfolgen kann, drittens die Ausbildung an einem Standort in der Steiermark, zum Beispiel Graz-Thalerhof oder Zeltweg, zu konzentrieren. Ich ersuche um Annahme. (19.31 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen damit zu Punkt

**25. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 435/2, zum Beschluss Nr. 174 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Juni 2001 über den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Rieser, betreffend die Sicherung des Flughafens Zeltweg.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ferstl** (19.32 Uhr): Danke, Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Vorlage der Landesregierung zum Beschluss Nr. 174 betreffend die Sicherung des Flughafens Zeltweg liegt vor.

Die obersteirische Region mit den Bezirken Knittelfeld und Judenburg und ihre Abgeordneten Dietrich und Rieser forderten 1999 eine Machbarkeitsuntersuchung über eine mögliche Eröffnung des Militärflughafens Zeltweg für die zivile Luftfahrt. Lage und Ausstattung des Militärflughafens böten positive Aspekte dafür.

Die Machbarkeitsuntersuchung wurde im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung von der renommierten Arbeitsgemeinschaft Ernst Basler & Partner aus Zürich durchgeführt und diese liegt in ausführlicher Beschreibung dieser Vorlage bei.

Das Ergebnis zeigt, dass eine Öffnung des Flughafens für den zivilen Flugbetrieb möglich ist, was ja heute schon in Ausnahmefällen wie beim A1-Rennen in Zeltweg unter Beweis gestellt wird. Um den Betrieb von der Ausnahmesituation in eine standardisierte zu entwickeln, müssten Partner im Kundenbereich und Angebote interessierter Fluggesellschaften konkret eingeholt werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stelle zufolge ihres Beschlusses vom 1. Oktober 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 174 des Steiermärkischen Landtages über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Rieser, betreffend die Sicherung des Flughafens Zeltweg, wird zur Kenntnis genommen und ich bitte um Annahme. (19.33 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Als Erster hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete List. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. List** (19.33 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Zur Pilotenausbildung: Der Drang, grenzenlos frei zu sein, hat die Menschen und ihren Erfindergeist in mehr als einem Jahrhundert Fluggeschichte beflügelt. Ein unbändiger Wunsch, den Boden unter den Füßen zu verlieren, hat aus ersten lahmen Flügelschlägen in nur wenigen Jahrzehnten eine Maschinerie geschaffen, die heute unsere große Beweglichkeit mehr als bestimmt. Das kannst du mir sicherlich bestätigen, Herr Kollege. Flugzeuge

haben die Welt näher rücken lassen und für starken Aufwind in der internationalen Wirtschaft gesorgt. Luftfahrzeuge aller Art dürfen als hochtechnologische Vernetzer einer neuen Zeit gesehen werden. Der moderne Flugverkehr ist allerdings ein überaus sensibles Gebilde, das nicht alleine von modernster Technologie, sondern vielmehr von den Menschen bestimmt wird. Auch deshalb, weil die Technik über den Wolken nur so gut ist wie die Menschen, die dahinter stehen. Ein – bildlich gesprochen – Wolkenschiff zu lenken, es wieder sicher auf den Boden – auf jenen der Realität – zurückzubringen birgt viel Faszination in sich, fordert aber auch ungeheuer viel Wissen. Dieses Wissen, geschätzte Damen und Herren, ist Macht! Auch eine böse, zerstörerische Macht, wie uns der 11. September dieses Jahres auf schrecklichste Art und Weise vor Augen geführt hat. Die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon haben uns allen gezeigt, dass Flugzeuge nicht nur so genannte harmlose Hochgeschwindigkeitsfortbewegungsmittel sind, sondern dass sie auch schreckliche Waffen sein können, wenn sie in falsche Hände, in die von Terroristen geraten. Bittere Erfahrungen wie diese fordern, dass massiv und nachhaltig an der Sicherheit über den Wolken gefeilt wird. Man muss in der Krise die Chancen erkennen und nützen.

Deshalb dieser unser Antrag, der Konsequenzen fordert: Eine enge Kooperation in der Ausbildung von Zivil- und Militärpiloten schafft viele Vorteile. Parallelitäten, Doppelgleisigkeiten insbesondere während der Schulung werden vermieden. Unterrichts- und auch Lehrerstunden könnten eingespart werden. Ausbildungsstätten wie Flugsimulatoren werden komprimierter genutzt. Vorhandene Schulungs- und Transportflugzeuge könnten effizienter und gezielter eingesetzt werden. Gleichzeitig wären die Laufbahnbilder von Militär- und Zivilpiloten neu zu überdenken. Dabei sollten vor allem den Militärpiloten zusätzliche Perspektiven im Berufsbild eröffnet werden. Auch in den Berufsfeldern Flugzeugtechniker, Flugsicherungstechniker, Flugverkehrskontroller und Aviation-Manager wäre ein Austausch von Erfahrungen und eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen den zivilen Ausbildungszentren auf der einen Seite und dem Militär, dem österreichischen Bundesheer auf der anderen Seite vorstellbar und sinnvoll. Mittelfristig aber, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, muss eine Qualitätsverbesserung im Bereich der gesamten österreichischen Luftfahrt unter der Prämisse maximale Sicherheit erreicht werden. Der erste Schritt dafür wurde vor kurzem am 1. Oktober 2001 in Graz getan. Junge Menschen haben mit dem Studium Luftfahrt-Aviation an der Fachhochschule Joanneum begonnen. Von anfänglich 218 Interessenten machen 35 Studenten im ersten Semester Graz zur Fliegermetropole. Nirgendwo sonst werden so viele relevante Studien in nahezu allen Bereichen der Fliegerei angeboten. Auch drei Damen, die natürlich eine besondere Portion an Gefühl auf Grund ihrer Natur mitbringen, drücken die Schulbank in diesen Kursen. Von den zuständigen politischen Referenten des Landes wird dieses Projekt mit Infrastrukturmitteln wesentlich gefördert. Leider aber, geschätzte Damen und Herren, ist dieser Studiengang derzeit ausschließlich auf die zivilen Erfordernisse ausgerichtet. Wie es funktionieren kann, wird uns von der Schweiz seit Jahren vorexerziert. Bei den Eidgenossen nämlich erfolgt die zivile und militärische Pilotenausbildung in engster Kooperation. Dadurch werden Synergien besser ausgenutzt, viele Kosten gemeinsam eingespart und vorhandene Ausbildungsressourcen optimal eingesetzt. Unsere künftigen Piloten, Techniker und Controller werden mehr sein als einseitig geschulte Spezialisten. Eine Berufsgruppe, die angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen im Flugverkehr für den Komfort und vor allem für viel mehr Sicherheit über den Wolken verantwortlich ist. Daher – und das ist unsere Forderung, das wollen wir mit diesem Antrag erreichen – muss auch in Österreich ein neues Konzept für die Pilotenausbildung mit einheitlichen Standards analog den europäischen Richtlinien erarbeitet und umgesetzt werden. Aus ökonomischen Gesichtspunkten und diesen erwähnten Gründen hat sich die Ausbildung auf einen Standort in der Steiermark, entweder Graz-Thalerhof oder Zeltweg, zu konzentrieren. Derzeit scheint dafür Graz-Thalerhof die besseren Karten in der Hand zu haben. Geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages! Mit unserem Antrag übernehmen wir gerne die Mitverantwortung und eröffnen neue Perspektiven in der Pilotenausbildung. Ich ersuche Sie höflichst um Ihre Unterstützung, die Unterstützung aller, weil hier vor allem die Bundesregierung gefordert ist. Jetzt in aller Kürze zum nächsten Tagesordnungspunkt, der sich mit der Sicherung des Flughafens Zeltweg befasst: Es liegt uns heute eine Machbarkeitsuntersuchung über eine mögliche Öffnung des Militärflughafens für die zivile Luftfahrt vor. Die Kernaussage dieser Studie, dass eine teilweise Öffnung des Flughafens unter bestimmten Sicherheitsvorkehrungen und Einschränkungen grundsätzlich möglich ist, genügt uns Freiheitlichen. Weiters ist in der Studie enthalten, dass mit einem Investitionsvolumen von rund 2,5 Millionen Schilling die verfahrensmäßigen Voraussetzungen für eine zivile Mitnutzung geschaffen werden könnten. Derzeit, und so sieht es aus, ist die Nachfrage, der Bedarf, für eine generelle Öffnung des Militärflughafens Zeltweg aber nicht gegeben. Ausgehend auch von der Konkurrenzsituation zu den anderen umliegenden Flughäfen, wie Graz und Klagenfurt sowie unter Berücksichtigung der eingearbeiteten Nachfrageprognose würde sich eine potenzielle Öffnung des Flughafens Zeltweg erst in 15 Jahren, das heißt ab dem Jahr 2016, rechnen. Dabei wurde in dieser Studie der terrorbedingte katastrophale Einbruch im internationalen Flugverkehr überhaupt nicht berücksichtigt. Uns Freiheitlichen reicht daher die Gewährleistung der Weiterführung der jetzigen zivilen Mitnutzungsmöglichkeiten, wie sie ohnehin während der Grand-Prix-Woche sichergestellt wird und problemlos funktioniert. Abschließend noch ein paar Anmerkungen zum gegenwärtigen politischen Verhalten von Sozialdemokraten und Grünen in der Gemeindestube in Zeltweg: Sie, geschätzte Damen und Herren von der Sozialdemokratie und von den Grünen, schüren durch Ihr parteipolitisches Verhalten bewusst Unruhe. Sie schaffen dort Unruhe und Unsicherheit, was natürlich auf Grund Ihrer Positionierungen verständlich ist. Ihre Forderung, keine neuen Luftraumüberwachungsflugzeuge nach Zeltweg, aber Aufrechterhaltung des Flugbetriebes vor Ort durchzuführen, ist absurd, sogar lächerlich. Damit würden Sie nämlich hunderte von Arbeitsplätzen vernichten und auch die Existenzen von vielen Familien gefährden. Wir müssen das gemeinsam verhindern! Diese Arbeitsplätze in der Region und am Flughafen Zeltweg werden ausschließlich durch neue Flugzeuge garantiert. Für diese und ihre gleichzeitige Stationierung in Zeltweg setzen wir Freiheitliche uns ein. Dadurch, meine geschätzten Damen und

Herren des Steiermärkischen Landtages, bleiben die Arbeitsplätze in der Region erhalten und die Bevölkerung wird aus der Luft, wie wir das in den letzten Wochen und Monaten erfahren konnten, weiterhin bestens geschützt. Glück ab, gut Land! (Beifall bei der FPÖ. – 19.43 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hagenauer** (19.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, hoch geschätzte Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Zum Tagesordnungspunkt 24, Einl.-Zahl 534/1, betreffend Pilotenausbildung, stelle ich im Namen der Grünen den Antrag auf getrennte Abstimmung dieser drei Punkte des Antrages. Was den anderen Tagesordnungspunkt anbelangt, betreffend Flughafen Zeltweg, möchte ich Folgendes ausführen: Die Vorlage sagt uns, wie bereits berichtet, dass eine gemischte Führung von zivilem und Militärflughafen in Zeltweg aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist. Das ist für uns nachvollziehbar. Wir haben einen derartigen gemischten Betrieb in der Vergangenheit – es hat verschiedene Anträge der Sozialdemokraten zu diesem Thema gegeben – unterstützt. Wir hätten das auch begrüßt, aber wir nehmen zur Kenntnis, dass das wirtschaftlich nicht machbar ist. Es ist, wie schon gesagt, nachvollziehbar, wenn man sich vor Augen hält, unter welchem großem Druck heute einzelne Regionalflughäfen stehen und wie groß die Konkurrenz in diesem Bereich ist. Auf der anderen Seite bleibt das Problem stehen, Herr Kollege List hat das schon angezogen und ich werde auf das noch eingehen, dass es Strukturprobleme in Aichfeld-Murboden gibt, in der Obersteiermark als solcher es immer noch wirtschaftliche Probleme gibt und daher eine leistungsfähige überregionale Verkehrsverbindung für die Mur-Mürz-Furche selbstverständlich notwendig ist. Die Grünen haben daher einen Entschließungsantrag eingebracht, den ich anschließend kurz vortragen werde. Der Sinn dieses Entschließungsantrages ist folgender: Man kann jetzt nicht zur Tagesordnung übergehen und sagen, na gut, ist halt nichts mit dem Zivilflughafen. Ansonsten sollen die Leute allenfalls mit dem Auto fahren. Dass sie mit dem Auto nicht sehr weit kommen, wissen wir. Vor allem die hochkarätigen Leute, die in wirtschaftlichen Angelegenheiten unterwegs sind, kann man auf das Auto, auf das private, nicht setzen. Diese Leute können und wollen es sich zu Recht nicht leisten, dass sie 400, 500 Kilometer mit dem Pkw unterwegs sind. Diese fliegen oder fahren allenfalls mit einer leistungsfähigen Bahnverbindung. So ist das in Westeuropa, mit Ausnahme von Österreich und insbesondere mit Ausnahme der Steiermark. Dort gibt es solche leistungsfähigen Bahnverbindungen nicht. Deswegen gibt es auch bei uns noch sehr viele Leute, die sich das gar nicht vorstellen können, dass eine solche Bahnverbindung ein Ersatz für ein Auto sein könnte. Wir halten das aber für die Obersteiermark dringend notwendig, insbesondere wenn man sich vor Augen hält, wie die Zukunft in den nächsten zehn, 20 Jahren ausschauen wird. Wir stehen und ich habe das schon mehrfach ausgeführt, an dieser Stelle vor der Tatsache, dass man diese Bahnverbindungen schlagartig insofern gar nicht verbessern kann, als ja gar keine baureifen Projekte vorliegen, die die Steiermark und die Obersteiermark entscheidend besserstellen würden. Es gibt allerdings eine Möglichkeit, auf die der Antrag indirekt hinzielt und das ist der Einsatz von Neigetechnik. Neigezüge, so genannte Pendolinos, können auch mit einzelnen gezielten Investitionen kurzfristig innerhalb von zwei, drei Jahren entscheidende Verbesserungen bringen. Deswegen werden auch derartige Neigezüge heute in ganz Europa durchgehend eingesetzt, von Finnland bis Slowenien, mit einer Ausnahme, Sie kennen sie, das ist die Alpenrepublik. Übrigens, einer der führenden Hersteller dieser Neigetechnik, einer der Weltmarktführer auf dem Gebiet ist Siemens, alias SGP hier in Graz. Wir haben hier in Graz die Produktionsstätte, die Produktionsstätte überhaupt für die Neigetechnik. Der ganze Siemens-Konzern bezieht aus Graz diese Drehgestelle. Wenn ich mich so umschaue in diesem Land und die Leute auf das anspreche, stelle ich fest, dass sie nicht einmal wissen, was das ist. Hier die Steiermark nach vorne zu bringen und nicht nur zu reden, dass man irgend wann einmal die Schienen ausbauen muss, sondern genau diese Züge jetzt und sofort einzusetzen wäre das Gebot der Stunde, insbesondere für die Obersteiermark. Abschließend noch eine kurze Anmerkung, weil Kollege List das angesprochen hat, und zwar die Arbeitsplätze in Zeltweg. Wir haben das schon mehrfach besprochen und alle Volkswirte dieser Welt bestätigen Ihnen, dass die ineffizienteste Methode, Arbeitsplätze zu schaffen, jene ist, in Militärtechnologie zu investieren. (Beifall bei den Grünen.) Das sagt nicht der Grüne Hagenauer, das ist Stand des Wissens. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob man bestimmte Militäreinrichtungen haben will oder nicht, dann muss man sie militärisch begründen, aber lassen Sie mir bitte die Arbeitsplätze weg. Dann reden wir zuerst davon, ob wir Abfangjäger haben wollen oder nicht, die Debatte haben wir vor kurzem erst im Landtag hier geführt, die brauchen wir jetzt nicht wiederholen. Sie kennen unseren Standpunkt, aber ich sage Ihnen trotzdem in der gebotenen Klarheit, falls es da irgendwelche Unklarheiten geben sollte, natürlich sind wir gegen neue Abfangjäger, natürlich wird das auch denke ich doch Arbeitsplätze in Zeltweg betreffen, nur damit da keine Unklarheiten aufkommen. Aber wenn Sie um dasselbe Geld etwas anderes machen und es gibt genug gescheiterte Projekte für die Obersteiermark, nicht nur jetzt die zitierten Verkehrsmöglichkeiten, sondern sehr viele andere direkte Projekte in der Region auch, dann können Sie mit einem Bruchteil des Geldes ein Mehrfaches der Arbeitsplätze dort oben schaffen. So schaut es aus! (Abg. List: „Und darum verzichten Sie auf Sicherheit!“) Ja, und auf die Sicherheit, wie gesagt, wir haben ja schon diskutiert, Herr Kollege List! Der berühmte jugoslawische Düsenjäger, der irgendwie über der Steiermark gekreist ist und dem dann nicht ein Draken begegnet ist unterwegs, sondern eine alte Saab am Weg von Zeltweg nach Graz, worauf er dann umgedreht hat. Die Geschichte kennen wir ja alle. Und die Legende vom Krieg in Slowenien, gut, also!

Ich stelle daher den Antrag, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass die Bezirke Knittelfeld und Judenburg leistungsfähige internationale Zugverbindungen in die Ballungsräume Wien, Graz, Salzburg und Linz erhalten, zweitens die

Machbarkeitsstudie über den zivilen Flugbetrieb zu veröffentlichen und drittens die Bundesregierung aufzufordern, statt neue Abfangjäger zu kaufen, einen Teil der dafür vorgesehenen Mittel in die Stärkung der Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftskraft der Bezirke Knittelfeld und Judenburg zu investieren. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 19.52 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Margarethe Gruber** (19.52 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ein langjähriges Thema, die Öffnung des Flughafens Zeltweg für die zivile Luftfahrt. Durch den ehemaligen Finanzreferenten Joachim Ressel wurde eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die uns nun vorliegt. Diese Studie der Arbeitsgemeinschaft Basel & Partner wurde begleitet von Vertretern des Bundesministeriums für Verkehr als oberste Luftfahrtsbehörde, dem Bundesministerium für Landesverteidigung, der örtlichen Militärflughafenleitung, dem Flughafen Graz sowie dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung als Auftraggeber. Betrieblich und operationell ist der Flughafen Zeltweg auf die Erfordernisse des militärischen Luftverkehrs ausgelegt. Eine zivile Mitbenutzung ist infrastrukturell und technisch an verfahrensmäßige Voraussetzungen geknüpft, die im Fall einer solchen Mitbenutzung zu schaffen wären. Wir haben schon gehört, dass es die Möglichkeit gibt, 72 Stunden vor einem geplanten zivilen Flug eine Landung zu beantragen.

Die Studie sieht einen Stufenplan vor, der je nach Intensität und geplanter Art der zivilen Mitnutzung umgesetzt werden könnte. Die Stufe H: Gewährleistung der Weiterführung der heutigen zivilen Mitbenutzungsmöglichkeiten und die Stufe E: Erweiterung der heutigen zivilen Mitbenutzungsmöglichkeiten um regelmäßige Linienflüge. Empfohlen wird von Basler, in jedem Fall den Bedarf der Stufe H umzusetzen und mit Flugverkehrsgesellschaften das Interesse an einem Angebot von Flügen von und nach Zeltweg zu klären und so die Umsetzung der Stufe E vertieft zu prüfen.

In letzter Zeit gibt es landauf, landab Informationsveranstaltungen zum Thema Sicherheitsdoktrin. Im Schatten der leider nicht mehr vorhandenen Türme des World Trade Center – (Präsident Ing. Kinsky: „Darf ich die Herren Abgeordneten ersuchen, die Gespräche bleiben zu lassen, die Frau Abgeordnete Gruber ist am Wort!“) Ich wiederhole den letzten Satz: Im Schatten der leider nicht mehr vorhandenen Türme des World Trade Centers wird massiv vordergründig und hinterlistig Werbung für die NATO gemacht. Und wir müssen uns gewiss sein, wenn das erste NATO-Flugzeug in Zeltweg landet, dann ist das Schicksal für diesen Flughafen besiegelt. Wir sind in dieser Region gerade dabei, nach den schmerzhaften Rückgängen der Schwerindustrie neue Standbeine aufzubauen. Das Projekt Therme und die Installierung des Holzclusters sind Hoffnungen für diese Region. Es stehen bereits die ersten Betriebe, getragen von zehn Gemeinden, Industriellen und dem Land Steiermark und hier sind die infrastrukturellen Maßnahmen und Voraussetzungen besonders wichtig. Im Entschließungsantrag der grünen Fraktion wird eine leistungsfähige Verkehrsverbindung in der Obersteiermark gefordert. Und wenn schon der Semmeringbasistunnel als wichtige Infrastrukturmaßnahme „verdurchgesetzt“ wurde, ist jede Verbesserung der Anbindung der Obersteiermark an die Verkehrsflüsse zu unterstreichen und zu unterstützen.

Im Antrag zur Regierungssitzung vom 29. Juni dieses Jahres heißt es, dass eine partielle Öffnung des Flughafens Zeltweg für den zivilen Flugbetrieb unter Einhaltung bestimmter Sicherheitsvorkehrungen beziehungsweise Einschränkungen im Betrieb durchaus Sinn macht. Meine Damen und Herren, legen wir diese Studie trotz aller Probleme, die es jetzt gibt, nicht in die Schublade. Bauen wir sie in die Infrastrukturmaßnahmen ein und setzen wir alles daran, die Verkehrsmöglichkeiten von Judenburg bis zur Landesgrenze Kärnten zu verbessern, damit diese Region der Steiermark nicht ins Abseits gedrängt wird, sondern gleichwertig behandelt wird. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 19.57 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile es ihm.

**Abg. Rieser** (19.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Liebe Kollegin Grete Gruber, ich möchte nur eines hier klarstellen, dass bei der gegenwärtigen Diskussion über die neue Sicherheit und Verteidigungsdoktrin es sich um keine Werbeveranstaltung für eine NATO handelt. Ich möchte das wirklich klarstellen, denn eines muss uns Politiker – egal aus welcher Fraktion wir kommen – auch klar sein, dass mit dem gegenwärtigen Sicherheitsplan, der in Kraft ist, wir die Probleme von heute und die Probleme der Zukunft nicht bewältigen werden können.

Betreff Flughafen Zeltweg, hier ist ja in der Antragsbegründung vom Berichterstatter, aber auch von meinen Kollegen ausführlich schon über dieses Gutachten gesprochen worden. Betreffend den Flughafen sind für mich zwei grundsätzliche Dinge zu unterscheiden: Einerseits die Öffnung des Militärflughafens für den zivilen Luftverkehr, womit sich auch die Studie beschäftigt und andererseits die privatwirtschaftliche Nutzung des Areals, zum Beispiel bei der Wartung und Ähnliches. Wir wissen alle gemeinsam hier in diesem Haus, dass wir in Zeltweg die modernste Fliegerwerft in Europa haben, Gott sei Dank! Und zur Öffnung des Flughafens ist meiner Ansicht nach auch zu erwähnen, dass man vor einem zu großen Optimismus warnen muss. Es ist von meinen Vordnern auch schon angesprochen worden, nur eines ist klar und über das können wir froh sein, dass gerade auch aus dem militärischen Bereich heraus die Experten des Bundesheeres im Verteidigungsministerium für diese Diskussion sehr, sehr zugänglich sind. In der allgemeinen Diskussion scheint es mir aber wesentlich zu sein,



einen starken Schwerpunkt auf den Ausbau beziehungsweise die Festigung der militärischen Nutzung eventuell im Zusammenhang mit einer zivilen Nutzung Wert zu legen. Die vorgesehene Anschaffung der Luftraumüberwachungsflugzeuge und die zur Zeit beginnenden Gespräche über die Gegengeschäfte – die Medien haben darüber erst vor kurzem berichtet – mit den Bieterfirmen Saab-British, Lockheed und so weiter bieten uns hier eine Chance, eventuell auch eine qualifizierte Betriebsansiedlung einzufordern. Betreffend der notwendigen Investitionen zur Nutzung des Flughafens für zivile Zwecke ist es wichtig, auch zu wissen und zur Kenntnis zu nehmen, dass sich wahrscheinlich dieses Problem von selbst lösen wird. Nun zum Entschließungsantrag, eingebracht vom Herrn Abgeordneten Hagenauer: Wir haben kein Problem mit den Punkten eins und zwei. Wir lehnen aber den Punkt drei von unserer Fraktion, der steirischen Volkspartei, entschieden ab. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.00 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Meine Damen und Herren!

Zu den beiden Tagesordnungspunkten liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme nunmehr zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 534/1, Tagesordnungspunkt 24, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 435/2, Tagesordnungspunkt 25, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Zu dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend leistungsfähige Verkehrsverbindungen in der Obersteiermark, darf ich feststellen, dass ein Antrag vorliegt, eine punktuelle Abstimmung durchzuführen. Ich darf nunmehr die punktuelle Abstimmung durchführen.

Punkt eins. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass die Bezirke Knittelfeld und Judenburg leistungsfähige internationale Zugverbindungen in die Ballungsräume Wien, Graz, Salzburg und Linz erhalten. Wer diesem Punkt eins zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zweiter Punkt: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Machbarkeitsstudie über den zivilen Flugbetrieb zu veröffentlichen. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dazu stelle ich die einstimmige Annahme fest.

Punkt drei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung aufzufordern, statt neuer Abfangjäger zu kaufen, einen Teil der dafür vorgesehenen Mittel in die Stärkung der Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftskraft der Bezirke Knittelfeld und Judenburg zu investieren. Wer diesem Punkt drei die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Bei den Tagesordnungspunkten 26 bis 28 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**26. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 551/1, der Abgeordneten Straßberger, Ferstl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Wöhry und Ing. Ober, betreffend Bereitstellung von Einsatzgeräten der Feuerwehren für die Schadensbekämpfung nach Verkehrsunfällen insbesondere in Tunnels – Heranziehung von Sondermitteln für Verkehrs- beziehungsweise Tunnelsicherheit.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger.

**Abg. Straßberger** (20.04 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über den soeben vom Herrn Präsidenten erwähnten Antrag mit der Einl.-Zahl 551/1. Der schreckliche Unfall am 8. Juni dieses Jahres hat wieder zu einer breiten Diskussion bezüglich Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen in Tunnels geführt. Anlässlich der unter Vorsitz von der Landesfeuerwehrreferentin und dem Landesfeuerwehrkommandanten geführten Landesfeuerwehrausschusssitzung am 18. September dieses Jahres wurde die Forderung erhoben, dass die für die Verkehrs- und Tunnelsicherheit vorgesehenen Sondermittel auch für die Bereitstellung von Einsatzgeräten der Feuerwehren zur Tunnelbrandbekämpfung (abwehrender Brandschutz) und zur Hilfeleistung nach Verkehrsunfällen zur Verfügung gestellt werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die für Verkehrs- und Tunnelsicherheit zur Verfügung gestellten Sondermittel auch für die Bereitstellung von Einsatzgeräten der Feuerwehren zur Tunnelbrandbekämpfung (abwehrender Brandschutz) und zur Hilfeleistung nach Verkehrsunfällen zur Verfügung zu stellen. Ich bitte um Annahme. (20.06 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

**27. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 263/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro, Gross, Halper, Mag. Lackner und Dr. Reinprecht, betreffend den Einbau eines Abluftfilters bei der Errichtung der zweiten Röhre des Plabutschunnels.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Kollegger.

**Abg. Kollegger** (20.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 263/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro, Gross, Halper, Mag. Lackner und Dr. Reinprecht, betreffend den Einbau eines Abluftfilters bei der Errichtung der zweiten Röhre des Plabutschunnels.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 24. April 2001 und 6. November 2001 über obgenannten Antrag seine Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 263/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro, Gross, Halper, Mag. Lackner und Dr. Reinprecht, betreffend des Einbaues eines Abluftfilters bei der Errichtung der zweiten Röhre des Plabutschunnels, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor.

Darin wird Folgendes ausgeführt:

Bereits bei der Planung des Plabutschunnels wurde darauf geachtet, dass durch konstruktive Maßnahmen die Tunnelabluft über die Inversionsschicht von Graz ausgeblasen wird, um eine Belastung der Anrainer zu vermeiden. Dass dieses Konzept der gleichmäßigen Verteilung von etwaigen Schadstoffen erfolgreich war, konnte durch eine Tracer-Gas-Messung im Jahr 1992 und 1993 des österreichischen Forschungszentrums Seibersdorf nachgewiesen werden.

Weiters ist anzumerken, dass zum Anteil der Abgase im Raum Graz der Plabutschunnel nur 2 Prozent beiträgt. Es ist auch zu erwarten, dass ein Teil des Nord-Süd-Verkehrs, der auf Grund der hohen Verkehrsbelastung im Tunnel durch die Stadt fährt, durch die zweite Röhre, die noch im Bau ist fahren wird, so dass es zu einer Entlastung des Westens von Graz kommt.

Durch die Einführung des Katalysators und durch Verbesserung des Motorenentwicklungsgrades bei Kraftfahrzeugen werden von den seit der Eröffnung durch den Plabutschunnel fahrenden Kfz in Summe wesentlich weniger Schadstoffe erzeugt, obwohl sich zwischenzeitlich das Verkehrsaufkommen mehr als verdoppelte. Es ist daher zu erwarten, wie auch einschlägige Prognosen bestätigen, dass es zu einer weiteren Reduzierung der Schadstoffe kommen wird, obwohl der Verkehr zunimmt.

Das größte Problem für die Tunnellüftung sind nicht die gasförmigen Schadstoffe, sondern der durch verlorene Ladegut erzeugte Staub, welcher die Sichtweiten im Tunnel stark beeinträchtigt.

Zu erstens: Grundsätzlich ist zwischen Luftreinigungsanlagen für die Abscheidung von gasförmigen Schadstoffen und Filteranlagen für Partikelabscheidungen (Staub, Russ) zu unterscheiden.

Für gasförmige Schadstoffe, noch dazu wenn sie in so geringen Mengen (hoher Luftdurchsatz) in der Tunnelluft vorkommen, ist eine Neutralisierung mittels zum Beispiel Katalysator weder technisch noch wirtschaftlich möglich.

Diese Schadstoffe müssen sinnvollerweise, wie dies auch bereits geschieht, bei ihrer Entstehung (am Kraftfahrzeug mittels Katalysator) beseitigt werden. Das ist das Ergebnis von mehreren Forschungsarbeiten über Tunnelluftreinigung.

Eine Forschungsarbeit für Partikelabscheidung läuft derzeit im Bereich der Anlage Plabutschunnel. Vorweggenommen kann mitgeteilt werden, dass zwar Partikel mit elektrostatischen Filtern, wie dies grundsätzlich bekannt ist, abgeschieden werden. Jedoch ein Filter für 1000 Kubikmeter/Sekunde (später 2000 Kubikmeter/Sekunde) Tunnelluft wäre derart überdimensional und es würden die Kosten für Hallen, Betrieb und Energie in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen.

Die Situation der Partikelbelastung, deren hoher Anteil durch verlorene Ladegüter von durchfahrenden Lkws resultiert, wird sich durch die zweite Röhre wesentlich verringern, da durch geringere Luftverwirbelungen, verursacht durch den Gegenverkehr, das Wegblasen verhindert wird.

Zusammenfassend wird festgehalten, dass aus fehlenden technischen Möglichkeiten kein Filter in das Abluftsystem eingebaut werden kann. Noch dazu wie aus den vorstehenden Erläuterungen hervorgeht auch keine sinnvolle Notwendigkeit besteht.

Betreffend Budgetkürzung wird richtiggestellt, dass es bei der Belüftung für den Plabutschunnel nicht zu einer Kostenreduktion gekommen ist, sondern zu einer Aufstockung der ursprünglichen Mitteln. So waren die Herstellungskosten für die Lüftung in der Oströhre ursprünglich 100 Millionen Schilling und die für die Weströhre mit zirka 100 Millionen Schilling veranschlagt. Durch die Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Brandfall betragen nunmehr die Investitionen zirka 230 Millionen Schilling.

Zu zweitens: Es ist daher sinnvoller, in die Verbesserung und Entwicklung der Kraftfahrzeugmotoren zu investieren, was auch noch den Vorteil hätte, dass diese Verbesserungen allen Regionen zugute käme und nicht nur dem Grazer Raum.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 263/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro, Gross, Halper, Mag. Lackner und Dr. Reinprecht, betreffend den Einbau eines Abluftfilters bei der Errichtung der zweiten Röhre des Plabutschunnels, wird zur Kenntnis genommen. Danke! (20.11 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter für diese ausführliche Berichterstattung. Ich komme damit zum Tagesordnungspunkt

**28. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 253/1, der Abgeordneten Straßberger, Dipl.-Ing. Wöhry und Stöhrmann, betreffend Ankauf von Grundstücken entlang der ehemaligen Bahnstrecke Mürzzuschlag-Neuberg an der Mürz.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger.

**Abg. Straßberger** (20.11 Uhr): Meine Herren Präsidenten! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die soeben erwähnte Vorlage des Herrn Präsidenten unter der Einl.-Zahl 253/2.

Mit den Österreichischen Bundesbahnen wurde betreffend den Ankauf der Bahnstrecke „Mürzzuschlag-Neuberg an der Mürz“ Kontakt aufgenommen und nachstehende Information eingeholt:

Für zwölf Nebenbahnstrecken, darunter auch die Strecke „Mürzzuschlag-Neuberg Ort“, wurden Unternehmen, Vereine oder auch Privatpersonen aufgefordert, ihr Interesse an der Übernahme einer oder mehrerer Strecken in Form einer Interessensbekundung zu übermitteln.

Ausgehend von diesem Ergebnis der Interessentensuche folgt im Projekt „Ausschreibung von Nebenbahnen“ jetzt der nächste Schritt, und zwar die europaweite öffentliche Ausschreibung von elf Nebenbahnstrecken, darunter auch die Strecke „Mürzzuschlag-Neuberg Ort“ durch die SCHIG, die voraussichtlich im Herbst 2001 gestartet wird.

Bei einer erfolgreichen Ausschreibung der Infrastruktur an einem neuen Infrastrukturbetreiber wäre der Erhalt der Strecken, darunter auch „Mürzzuschlag-Neuberg Ort“ für eine Vertragslaufzeit von 15 Jahren gesichert. Gibt es für eine Strecke keine geeigneten Interessenten an einem Weiterbetrieb als öffentliche Eisenbahn, wird das komplizierte Einstellungsverfahren raschestmöglich durchgeführt, womit die weitere Nutzung als nicht öffentliche Eisenbahn ermöglicht wird. Sollte sich auch in diesem Fall keine befriedigende Lösung anbieten, wird sodann die SCHIG der obersten Eisenbahnbehörde die dauernde Einstellung der Strecke gemäß Paragraph 29 Eisenbahngesetz empfehlen. Erst nach erfolgter Einstellung der Strecke „Mürzzuschlag-Neuberg Ort“ können die weiteren Schritte, wie Ankauf der Grundstücke und Errichtung eines Radweges, unternommen werden. Ich bitte um Annahme. (20.13 Uhr.)

**Präsident Purr:** Ich danke für die Berichterstattung. Zum Tagesordnungspunkt 28. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dirnberger** (20.14 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Am 8. Juni hat im Gleinalmtunnel ein Verkehrsunfall stattgefunden mit wirklich katastrophalen Folgen. Daraufhin wurde wiederum eine Expertenkommission eingerichtet, die Vorschläge erarbeitet hat zur Verbesserung der baulichen und technischen Ausrüstungen in Tunnels. Ich möchte da jetzt gar nicht näher darauf eingehen. Ein Punkt ist sicherlich ganz wichtig, dass wir auch Bewusstsein schaffen unter den Autofahrern, dass einfach in Tunnels die Geschwindigkeit reduziert werden muss, dass die Abstände eingehalten werden müssen und es wird sich nicht vermeiden lassen, auch verstärkt Kontrollen durchzuführen. Wir wissen, dass an sich Tunnels durchaus sicher sind, aber wenn ein Unfall passiert, dann kann es natürlich zu Katastrophen kommen und das vor allem bei einröhrigen. Am 18. September hat es in der Landesfeuerwehrausschusssitzung zu diesem Thema eine Debatte gegeben und dort wurde auch aufgezeigt, dass gerade im Feuerwesenswesen auch durchaus Ausrüstungsgegenstände, Ausrüstungshilfsmittel fehlen, damit die Feuerwehr wirksam helfen kann. Bei den Tunnels ist die Länge gar nicht so entscheidend. Es können durchaus Unterflurtrassen von einigen 100 Metern auch ein Gefahrenpotenzial sein. Ich glaube, dass man auch die Erfahrungen oder die Hinweise der Einsatzkräfte, die durch Übungen gewonnen werden, durchaus ernst nehmen muss und diese Erkenntnisse auch umsetzen soll. So hat eine Übung am 6. August stattgefunden und die Folge davon ist auch unser Antrag, dass wir an den Bund herantreten, dass Geldmittel flüssig gestellt werden für die Anschaffung von solchen Hilfsgeräten. Ebenso hat es nach der Tauerntunnelkatastrophe im Jahr 1999 Experten gegeben, die die Tunnels überprüft haben. So auch unsere Unterflurtrasse in Voitsberg. Und man hat aufgezeigt, dass hier keine Entlüftungsanlage ist und das ein Problem darstellen kann. Dankenswerterweise hat dann die Stadtfeuerwehr Voitsberg die Initiative ergriffen und einmal getestet, wie das so ausschaut, wenn man mit den vorhandenen Lüftergeräten versucht, hier an den Unfallpunkt heranzukommen. Es wurden in einer Übung diese Lüfter in Stellung gebracht und es hat 20 Minuten gedauert, bis man wirklich zum Unfallort vordringen konnte bei einer Unterflurtrasse von 820 Meter. Die Feuerwehr wiederum war es dann, vor allem der Herr Hauptbrandinspektor Gehr, die sich darum gekümmert hat, einen Großraumlüfter versuchsweise aufzutreiben und in einer Übung am 22. Oktober 1999 wurde diese Übung auch durchgeführt. Dieser Lüfter bewegt in einer Stunde 340.000 Kubikmeter Luft. Das hat bewirkt, dass diese Unterflurtrasse von 820 Metern in drei Minuten rauchfrei war, an sich sehr beeindruckende Zahlen. Und daraufhin ist auch der Vorschlag an die Straßenerhaltungsabteilung ergangen, einen solchen Großraumlüfter anzuschaffen. Wie das halt immer so ist, die Finanzierung ist das Schwierigste und es hat jetzt zwei Jahre gedauert,

aber immerhin im heurigen Jahr war es dann soweit, dass die Finanzierung gestanden ist, 70 Prozent vom Straßenerhalter und 30 Prozent wären aus den Katastrophenschutzmitteln gekommen. Man hat dann auch die technischen Daten dieses Lüfters an die Feuerwehr übermittelt, weil ja viele Fragen noch zu klären gewesen wären, Standort, wo wird er aufgestellt, wer betreibt ihn und so weiter. Und dann hat sich herausgestellt, dass dieser Lüfter doch einige 1000 Kilogramm hat und dass man den nur mittels Lkw in Stellung bringen kann. Und hier sind dann die ersten Bedenken gekommen. Wenn man jetzt zu einem Unfall in der Unterflurtrasse vorrücken sollte, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass vor dem Tunnelportal ein Stau sein wird und es fast unmöglich sein wird, diesen Lüfter in Stellung zu bringen, weil man einfach dort mit einem Lkw und einen dementsprechenden Anhänger nicht hinkommt. Daraufhin haben Feuerwehrexperten gemeint, eigentlich können wir auf diesen Lüfter verzichten, es wäre wieder eine fixe Entlüftung sinnvoll. Aber diese fixe Entlüftung hat wieder technische Probleme. Zum Einen ist die Tunnelhöhe nicht vorhanden, zum Zweiten – wenn sie auch angebracht werden kann, gibt es Ausblasöffnungen, und gerade bei dieser Unterflurtrasse in Voitsberg ist Wohngebiet und da gibt es wahrscheinlich auch Anrainerprobleme. Ich habe eines gemerkt, da diese Angelegenheit in meinen Bezirk ist und ich diese immer sehr verfolgt und betrieben habe, dass eigentlich die Koordination nicht richtig funktioniert hat. Ich habe jetzt die Angst, dass Stillstand eintritt, weil einerseits die Straßenerhaltungsabteilung meint, wir hätten ohnehin den Lüfter zur Verfügung gestellt bekommen, aber den hätten wir nicht genommen. Umgekehrt sagt die Feuerwehr, den können wir nicht nehmen, weil wir wollen einen fixen Lüfter. Bis das alles geplant ist, vergehen wahrscheinlich wieder Jahre. Aus diesem Grund möchte ich einen Entschließungsantrag einbringen, der keinen Stillstand herbeiführt, sondern dass weiterhin dieses Thema aktuell bleiben soll und dass auch eine Entscheidung getroffen wird. Ich könnte mir vorstellen, dass man einen kleineren mobilen Lüfter noch einmal probiert und das technisch genau überprüft, wie das mit einer fixen Entlüftung aussieht. Ich darf daher den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dirnberger und Hamedl betreffend Lüftungsanlage bei der Unterflurtrasse Voitsberg einbringen. Bereits seit Jahren wird in Voitsberg über die Anschaffung beziehungsweise Installierung einer Lüftungsanlage für die Unterflurtrasse der B 70 – Packer Straße an der Umfahrung Voitsberg diskutiert. Auf Grund einer Erprobung durch die Stadtfeuerwehr Voitsberg war der Kauf einer mobilen Entlüftungsanlage für die Einsatzkräfte in Vorbereitung. In der Folge hat sich jedoch gezeigt, dass eine solche nur mittels Lkw transportierbar und daher für Einsatzfälle nur bedingt einsatzfähig erscheint, weshalb von Feuerwehrexperten die Installierung einer fix eingebauten Absauganlage empfohlen wird, welche aber anscheinend wiederum auf technische Probleme stößt. Dies hat dazu geführt, dass es bedauerlicherweise bis heute – auf Kosten der Sicherheit – zu keiner Lösung gekommen ist. Es ist daher ehebaldigst ein runder Tisch anzustreben, an dem Vertreter der Behörden, der Straßenerhaltung und der Feuerwehr teilnehmen, um eine zufrieden stellende Lösung im Sinne der Sicherheit zu erarbeiten. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, damit für die Anschaffung einer Entlüftungsanlage für die Unterflurtrasse der B 70 – Packer Straße an der Umfahrung Voitsberg eine Lösung gefunden wird. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 20.22 Uhr.)

**Präsident:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

**Abg. Straßberger** (20.22 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich möchte zu dieser Vorlage betreffend die Neuberger Bahn, sprich Mürzzuschlag–Neuberg, kurz etwas sagen: Als ich vor Jahren gemeint habe, man solle, nachdem die Frequenzen so niedrig waren, weil dieses Verkehrsmittel nicht angenommen wurde, versuchen, einen Radweg und im Winter vielleicht eine Loipe anlegen, und zwar von Mürzzuschlag nach Neuberg, denn die Trassenführung würde sich wirklich gut eignen, wurde ich von einem Bürgermeister im Bezirk Mürzzuschlag als nicht ganz „beinand“ hingestellt. Das mag schon sein. Heute stehen wir aber vor der Tatsache, dass dieser Eisenbahnbetrieb von der ÖBB eingestellt wurde und letztendlich wir keinen Radweg haben. Wir haben den Radweg bis Neuberg von Mürzsteg heraus. Ein Radweg von Mürzzuschlag nach Neuberg auf der B 23 ist wirklich nicht zu verantworten, denn die Straßenbreite ist nicht gegeben. Eine zusätzliche Trassenführung für einen Radweg wäre nicht sinnvoll. Ich meine daher, dass man diese Bewerbungsfrist und die Ausschreibung abwarten soll. Dann müsste man wirklich darangehen, dieses Grundstück zu erwerben. Das war auch der Grund meines Antrages. Verehrte Damen und Herren, es gibt ein Beispiel: 1994, kurz vor der Landesausstellung in Mariazell und Neuberg, hat man gemeint, man könnte die Strecke von Gußwerk nach Mariazell, diese alte Eisenbahn, zu einem Radweg umfunktionieren und im Winter eine Loipe machen. Es haben damals im Jahr 1994 Verhandlungen stattgefunden und diese waren sehr weit gediehen, auch von der Österreichischen Bundesbahn. Es wäre so gewesen, dass das Land das mit einem wirklich erschwinglichen Preis erwerben hätte können. Es hat eine Person gegeben, die sich bereit erklärt hätte, den Oberbau abzutragen. Dann wäre mit wenigen Mitteln ein Radweg zustande zu bringen gewesen. Auf einmal sind dann zwei Phantasten aus der Schweiz gekommen und haben gesagt, nein, wir werden versuchen, das zu kaufen und wir werden die Bahn wieder betreiben. Verehrte Damen und Herren! Bei solchen Leuten muss man etwas vorsichtig sein, denn bis heute ist nichts passiert. Wie schade ist es um diese Strecke. Wir wissen genau, dass der Holz- und der Personentransport dort nicht mehr stattfindet. Letztlich sind sechs Jahre vergangen und gerade im Tourismus in dieser Region ist nichts passiert. Das war eigentlich der Anlass, warum ich mit Kollegen Stöhrmann, denn er ist als Mürztaler Abgeordneter auch auf den Antrag draufgegangen, diesen gestellt habe, dass umgehend in die Wege geleitet wird, dass jetzt ausgeschrieben wird. Lassen Sie mich aber noch, weil es sich hier um eine Verkehrsdebatte handelt, ganz kurz einige Punkte anführen: Wir haben in diesem Haus, und die

älteren Damen und Herren Abgeordneten – an Dienstjahren meine ich – wissen es, 1998 einen einstimmigen Beschluss gefasst, dass wir 500 Millionen Schilling für 1998, 1999 und 2000 für unsere Landesstraßen zur Verfügung stellen. 1998 und 1999 sind 275 Millionen Schilling gekommen, voriges Jahr sind sie ausgeblieben – aus welchen Gründen auch immer. Landesrat Ressel hat mir das bei seinem Abschied auch gesagt, weil ich ihn immer wieder angegangen bin. Gestern in der Regierung – das habe ich erfahren – ist dieser Beschluss getätigt worden. Das heißt, wir haben einen Antrag eingebracht, und zwar am 18. April 2001, mit der Auflistung von vielen – steiermarkweit – Bundesstraßen und Landesstraßen. Gestern sind 225 Millionen Schilling freigegeben worden. Verehrte Damen und Herren! Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, dass die steirische Volkspartei in der Vergangenheit seit 1995, als wir das Verkehrsressort nicht mehr geführt haben, sich nicht hingestellt und gesagt hat, jetzt werden wir einmal schauen, was die anderen politischen Gruppierungen, die Ressortverantwortlichen, machen. Im Gegenteil, wir haben uns sehr aktiv eingebracht und mitgearbeitet. Die Fachabteilungen, aber auch Herr Landesrat Ressel, ich will nicht nur schimpfen, denn was es wiegt, das hat's, waren immer sehr froh, dass zusätzliche Mittel für unsere Landesstraßen zur Verfügung gestellt wurden. Sie wissen auch, denn es ist heute die Auflage erfolgt, dass alle Abgeordneten der steirischen Volkspartei einen Antrag eingebracht haben, wo wir eine Landesstraßenfinanzierungsgesellschaft in die Wege leiten wollen, denn wir kennen die Zustände unserer Landesstraßen, dass wir in den nächsten drei bis vier Jahren eine Milliarde Schilling zusätzlich für unsere Landesstraßen verwenden können. Wir haben das deshalb vor einigen Wochen gemacht, weil wir genau wissen, dass mit der Verwaltungsreform auch die Bundesstraßen den Ländern übertragen werden, auch mit den Mitteln 6,5 Milliarden Schilling und ab 2004 kommt eine zusätzliche Milliarde, wobei einige Lückenschlüsse, die jetzt Bundesstraßen sind, Gott sei Dank, das habe ich heute erfahren, von der ASFINAG übernommen werden. Wir könnten zum Beispiel die Verbindung zwischen Bruck und Pernegg oder zwischen Judenburg und Friesach sicherlich nicht mit diesen Mitteln bauen, sondern, wenn die ASFINAG diese Strecken übernimmt, könnten diese Lückenschlüsse, vor allem auch Fürstenfeld, Ilz gebaut und errichtet werden. Verehrte Damen und Herren! Das ist natürlich eine große Herausforderung für unser Straßennetz in der Steiermark. Ich meine daher, dass auf Bundesebene ein guter Weg gegangen wurde. Mir wurde berichtet, dass der Bund sich eigentlich immer mehr zurückgezogen hat und es bei Verfahren sehr lange Verzögerungen gegeben hat. Wir waren sehr oft im Steiermärkischen Landtag verzagt mit Anfragen, warum nichts passiert ist. Wir haben die Anträge zwar gestellt, aber, wie schon gesagt, die Verfahren auf Bundesebene haben immens lange gedauert. Mit dieser Übertragung verspricht man sich kürzere Verfahrenswege und daher eine raschere Umsetzung. Ich glaube, das muss gemeinsam unser Ziel sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube daher, wenn wir das positiv und konstruktiv angehen, dass wir auch diesem Nachholbedarf, der auf unseren Landesstraßen gegeben ist, in den nächsten drei, vier oder fünf Jahren nachkommen können und neben den Bundesstraßen auch die Landesstraßen jenen Zustand erfahren, den ein zukunftsorientierter Wirtschaftsstandort Steiermark dringend benötigt, wäre Gutes getan. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 20.30 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung und ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 551/1, Tagesordnungspunkt 26, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Lüftungsanlage bei der Unterflurtrasse Voitsberg ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Auch hiezu stelle ich die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 263/1, Tagesordnungspunkt 27, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 253/1, Tagesordnungspunkt 28, ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Damit kommen wir zu Punkt

**29. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 272/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann, Graf und Dietrich, betreffend Drogen in steirischen Schulen.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dietrich** (20.31 Uhr): Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 272/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann, Graf und Dietrich, betreffend Drogen an steirischen Schulen.

Sie haben diesen Antrag mit Sicherheit gelesen. Er ist sehr umfangreich und der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Spitäler zum Antrag der Abgeordneten Dr. Bleckmann, Graf und Dietrich betreffend Drogen in steirischen Schulen wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (20.32 Uhr.)

**Präsident:** Danke für die Berichterstattung. Die erste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Zitz. Ich erteile ihr das Wort. Frau Abgeordnete!

**Abg. Mag. Zitz** (20.32 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Ich möchte das, was ich jetzt zu diesem Bereich Drogen und Sucht sage, in einige Teile gliedern. Zuerst einmal die Linie der Grünen zur Drogenpolitik insgesamt darstellen, zweitens auf die statistische Ausgangslage in der Steiermark eingehen, drittens eine Bewertung von dem, was von der ÖVP und den Freiheitlichen in der Steiermark offenbar unter Drogenpolitik verstanden wird und als vierten Teil möchte ich dann den Entschließungsantrag von der ÖVP aus Sicht der Grünen interpretieren und unser Stimmverhalten Ihnen darlegen.

Das Erste, was mir ganz wichtig ist zu sagen: Leute, die Drogen nehmen, und zwar legale Drogen wie Alkohol, Nikotin, Leute, die Essstörungen haben, Leute, die abhängig sind von Glücksspielen und Leute, die so genannte illegale Drogen nehmen, sind Leute, die haben Großmütter, die haben Partnerinnen, die haben Enkelkinder, die haben Freundschaften, die haben Bekanntschaften. Und das, was ich als absolut störend empfinde ist, dass es inzwischen in der Steiermark ein Klima gibt, wo nicht nur Leute, die Abhängigkeitserkrankungen haben, kriminalisiert werden, sondern wo das gesamte Umfeld von diesen Leuten mit kriminalisiert wird. (Abg. Wiedner: „Nein, bitte!“) Und wissen Sie, was das Hauptproblem ist? (Abg. Wiedner: „Sie müssen immer alles und jedes verteidigen!“) Wissen Sie, wie das ist für Elternteile, die in die Drogenberatung des Landes gehen, die absolut verzweifelt sind und die es gar nicht wagen, die es jahrelang nicht wagen, zu Beratungseinrichtungen zu gehen, weil diese Mütter, diese Väter, diese Elternteile, diese Partnerinnen mit diskriminiert werden mit Personen, die Abhängigkeitserkrankungen haben? Wissen Sie, wie das ist? Und dann reden Sie und bringen Anträge ein auf Ausweitung der Therapieangebote. Bin ich sofort dabei, aber erst dann, wenn Sie bereit sind, diese Stigmatisierungen und diese Kriminalisierungen endlich einmal hintanzuhalten. Das ist mein erster Punkt. (Beifall bei den Grünen.)

Mein zweiter Punkt, und das wäre ein toller Beitrag zur Gesundheitspolitik, das wäre ein toller Beitrag in einem echten Kampf gegen die Drogendealer und gegen die Drogendealerinnen (Abg. Wiedner: „Da seid ihr aber nicht dabei!“), wenn man die Leute stärkt, die mit suchtabhängigen Leuten im gleichen Haushalt leben, die mit ihnen therapeutisch arbeiten und die wirklich – und es ist wahrlich keine leichte Aufgabe, wurscht, ob man das aus einer privaten oder beruflichen Beziehung heraus macht – versuchen, mit diesen Leuten eine stabile Beziehung aufzubauen.

Der dritte Punkt: Linie der Grünen in der Suchtpolitik, die deckt sich interessanterweise eins zu eins mit dem steirischen Drogenkonzept, das dieser Landtag vor einem Jahr einstimmig beschlossen hat. (Abg. Wiedner: „Steht ja nicht drinnen!“) Erarbeitet worden ist es von Herrn Primar Berthold, die Freiheitlichen sagen, da steht nichts drinnen. Da stehen ein paar tolle Sachen drinnen, nämlich dass eine sinnvolle, zeitgemäße Suchtpolitik aus vier Säulen besteht. Der Säule der Prävention, zu schauen, dass Leute gar nicht abhängig werden. Die Säule der gesundheitsbezogenen Maßnahmen, das kann von therapeutischen Angeboten, „Therapie statt Strafe“ gehört ja genauso darunter wie Substitutionsprogramme, die dritte Maßnahme im Sozialbereich, dass Leute, die eine Suchtkarriere haben, sehr wohl wieder die Möglichkeit haben, menschenwürdig zu wohnen und einen Zugang zum Arbeitsmarkt haben und die vierte Säule ist die Sicherheitssäule. Diese vier Säulen brauchen unterschiedliche Profis, um damit gut arbeiten zu können. Und unser Problem in der Debatte ist, dass diese vier gleichwertigen Säulen Prävention, gesundheitsbezogene Maßnahmen, soziale Maßnahmen und Sicherheit sich inzwischen auf eine Säule in der öffentlichen Debatte reduziert haben. Nämlich auf die Säule der Sicherheit und die Säule der Repression. Aus meiner Sicht unterteile ich die Intention dieses Konzeptes, braucht es alle vier Säulen und die gemeinsam würden eine zeitgemäße und wirklich zukunftsfähige Drogenpolitik in der Steiermark sicherstellen.

Der vierte Punkt zur Situation Zahlen in der Steiermark. Ich bitte Sie, gehen Sie her und versuchen Sie statistisches Material zu finden, das haltet, wo drinnen steht ungefähr, wirklich nur ungefähr, welche Trends gibt es in der Steiermark, bei welchen Arten von Substanzen, legalen und illegalen Substanzen und welche Trends gibt es auch im Bereich von Essstörungen, von Glücksspielsucht und so weiter und so fort. Sie werden solche Zahlen nicht finden. Es gibt eine Studie, die ist einige Jahre alt, die sich konzentriert auf Abhängigkeitserkrankungen bei Jugendlichen. Die Studie ist sehr gut. Da sind 5000 junge Leute qualitativ befragt worden und seither gibt es nichts. Es gibt kleine stichprobenmäßige Erhebungen im Großraum Graz zu Alkohol und es gibt Trends und Berichte aus dem Schlupfhaus, aus Notschlafstellen, aus den Beratungsorganisationen, natürlich aus den Bereichen, die mit delinquenten Personen zu tun haben, aber es gibt keine aktuellen Trendanalysen. Ich halte das für absolut unprofessionell und unseriös, weil man einfach aus dem Bauch heraus agiert. Und das größte Problem ist, dass man auf Ebene der Anzeigen derzeit probiert Suchtpolitik zu machen. Und es ist ein Teil der Realität, dass teilweise blindwütig angezeigt wird. Und die Leute, die wirklich im Suchtbereich maßgebliche Rollen haben und da ist selbstverständlich ein Teil organisierte Kriminalität drinnen, die könnte man wesentlich besser erwischen, wenn es in Österreich keine anonymen Sparbücher geben würde und wenn man mit dem Bankgeheimnis anders umgehen würde. Weil es ein Teil der Realität ist, dass Drogenkriminalität existiert und dass die auf Grund von wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Strukturen in Österreich sich gar nicht so schlecht etablieren kann. (Abg. Wiedner: „Ihr seid Träumer!“) Ich verstehe auch, dass von den Freiheitlichen Aufregung kommt. (Abg. List: „Überhaupt nicht!“) Ich möchte jetzt einen ganz unverdächtigen Herrn zitieren, der dieses Buch zum Bereich „Sucht, Betroffene und ihre Angehörigen“ herausgegeben hat. Es ist Herr Staatssekretär Waneck. Herr Waneck lässt in diesem Buch schreiben – Zitat: „Bestrafung und Kontrolle allein fördert weder die Einsicht noch können sie eine Behandlung Suchtkrankter ersetzen – Punkt eins. Sucht und Abhängigkeit sind Erkrankungen!“ Die Leute und ihr Umfeld und das ist mir ganz wichtig, im Namen von angehörigen

Personen zu sprechen, stehen unter maximalem Druck, das Umfeld von den Leuten, probiert beizutragen, dass diese aus diesem Feld aussteigen können und es wird ihnen gesellschaftlich wahrlich nicht erleichtert. Dieser Staatssekretär der Freiheitlichen Partei sagt noch eine andere tolle Sache, nämlich mit reinen Abschreckungskampagnen, wie es derzeit auch die Freiheitliche Partei in Graz so mit Phantasieplakaten macht. Auf diesen ist ein werwolfmäßiges Wesen drauf. Diese helfen überhaupt nichts und sind zudem äußerst kontraproduktiv. Wissen Sie, was passieren wird? Diese freiheitliche Kampagne in Graz mit diesem werwolfmäßigen Wesen, wo „Drogendealer sind Mörder“ draufsteht, wird auf eine bestimmte Art und Weise für Jugendliche sogar anziehend wirken. Ich halte das für absolut gefährlich, dass die Freiheitliche Partei so unüberlegt indirekt sogar Werbung machen könnte – ich sage das jetzt hypothetisch – für Drogenkonsum. Ein weiterer Punkt: Die Freiheitliche Partei und leider auch Teile von der ÖVP machen mit der Suchtproblematik einen aufgeregten Aktionismus. Das würde ich noch verstehen, weil das ein Thema ist, welches Sie emotional sehr betrifft und was auch mich sehr betrifft. Diese beiden Fraktionen haben Regierungsverantwortung und machen das ohne klare Ziele. Das Ziel ist aus meiner Sicht die Umsetzung des Suchtkonzeptes, das vor einem Jahr im Landtag beschlossen wurde mit besagten vier Säulen und aus meiner Sicht bisher jedoch mit sehr geringem Erfolg. Das halte ich für absolut problematisch. Die Suchtbekämpfung ist aus meiner Sicht ein klarer gesellschaftspolitischer Auftrag mit Leuten, die in unterschiedlichsten Bereichen verantwortlich sind und Verantwortung tragen können. Dass die ÖVP und die Freiheitliche Partei und zu meinem Entsetzen inzwischen auch Teile der SPÖ bereit sind, über die Verkehrspolitik Drogenpolitik zu machen, ist eine große Entlastung von den Leuten, die in dem Bereich unterwegs sind und die wirklich delinquent sind und die wirklich eine hohe Verantwortung auch für teilweise sehr problematische Entwicklungen in diesem Bereich zu tragen haben, weil man hier die Verantwortung auf die Straßenverkehrsordnung und auf die Polizisten abschiebt, die das dann überprüfen sollen. Ich möchte jetzt konkret auf den Antrag eingehen, der von der ÖVP zusammen mit der SPÖ gestellt wird und unser Abstimmungsverhalten darlegen. Sie stellen im ersten Punkt klar, die Landesregierung möge an die Bundesregierung herantreten und erwirken, dass die Ablegung eines Drogentests im Zuge der amtsärztlichen Untersuchung vor der Führerscheinprüfung gesetzlich verankert werden soll. Wissen Sie was, ich habe keinen Führerschein. Wenn ich jetzt die Führerscheinprüfung machen würde, dann schaue ich mir an, wie Sie mich zwingen, vorher einen Drogentest zu machen. Das Interessante ist nämlich, dass man für diesen Test – das geht nur mit Blut oder mit Harn – die Person zwingen muss, diese beiden Testsubstanzen abzugeben. Es gibt dagegen, weil das ein Eingriff in die körperliche Integrität ist, eine klare Stellungnahme der Österreichischen Ärztekammer, die sagt, dass sie dabei nicht mitmacht – das ist der eine Punkt. Ein weiterer Punkt, der mich sehr beruhigt hat, ist jener, dass sich zum Glück auch der Verfassungsdienst des Bundes gegen diese Zwangstests ausspricht, der Verfassungsdienst des Bundes unter Bundeskanzler Schüssel. Daher werden wir unter Garantie diesen Punkt nicht mit unterstützen. Ich würde mich sehr freuen, wenn die SPÖ darüber noch einmal nachdenken würde, wie es ihre Leute auf der Bundesebene bis jetzt immer getan haben. Der zweite Punkt: Sie schlagen vor mehr finanzielle Mittel für die Drogenbekämpfung und den Ausbau der flächendeckenden Primär- und Sekundärprävention. Das halte ich für sehr gut, mache aber gleichzeitig darauf aufmerksam, weil Herr Landesrat Paieler da ist, dass Vereine wie VIVID beziehungsweise wie BAS größte Schwierigkeiten bei der finanziellen Absicherung ihrer Arbeit haben und diese Vereine den gesamten gesellschaftlichen Druck haben. Diese arbeiten direkt mit substanzabhängigen Leuten, arbeiten teilweise mit den Angehörigen, sie sollen Haftarbeit machen, sie sollen Betriebsarbeit machen, arbeiten mit schlechter finanzieller Absicherung und arbeiten unter maximalem gesellschaftlichem Druck. Ich halte das für eine Situation, wo man nicht mehr professionell arbeiten kann. Ich denke, dass es sehr notwendig wäre, in diesem Bereich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen und auch zu respektieren, dass diese Leute spezifische Rahmenbedingungen brauchen, um arbeiten zu können. Dritter Punkt, Einsatz von Drogenstreetworkern: Dabei wäre es zum Beispiel toll, wenn Herr Landesrat Schützenhöfer als Jugendlandesrat hier wäre. (Landesrat Schützenhöfer: „Ich bin da, sitze hinter Ihnen!“) Das ist sehr erfreulich. Es wäre toll, wenn Herr Landesrat Schützenhöfer bereit wäre, für diese Drogenstreetworkerprogramme aus seinem Ressort auch Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Leute eine halbwegs anständige Infrastruktur für ihre Arbeit, die sie unter sehr hoher Verantwortung und sehr hohem Druck machen, haben. Ad Suchtkoordinator und -koordinatorin: Herr Personallandesrat Schützenhöfer, ich war heute in der Früh ziemlich entsetzt, als ich gelesen habe, dass die Person, die als Suchtkoordinatorin in Frage gekommen wäre, abgesprungen ist. Ich verstehe sie leider Gottes sehr gut, weil sie gesagt hat, unter den Rahmenbedingungen schaffe ich es nicht, diese Arbeit verantwortungsvoll auszuführen. Ich halte das für ein Riesenproblem, dass wir vor einigen Monaten im Landtag allparteienmäßig gesagt haben, wir wünschen uns eine solche Koordinatorin. Wir hätten uns als Grüne massiv eine öffentliche Ausschreibung gewünscht, weil das dieser Person einfach mehr Gewicht gibt, als wenn sie von einem politischen Büro in diese Funktion kommt, unabhängig, wie ich diese Person jetzt fachlich einschätze. Es wäre Ihre Aufgabe, wenn Sie schon dringliche Anfragen, Entschließungsanträge, Drogendebatten im Landtag anleiern, auch zu schauen, dass ein Stück der Umsetzung durch eine Drogenkoordinatorin möglich wird. Ein letzter Punkt noch, ad Substitutionsprogramm, das ist der Punkt fünf: Ich bin dafür, das Substitutionsprogramm genau zu evaluieren. Da gibt es auch eine Vorabsprechung mit Herrn Hamedl. Ich möchte, was Substitutionsaktivitäten betrifft, darauf hinweisen, dass das Ziel des Substitutionsprogrammes die Verringerung der Beschaffungskriminalität ist. Das haut relativ gut hin unter der Voraussetzung, dass die Leute aus der Szene herauskommen, das heißt, psychosoziale Betreuung, Angebote, in anderen sozialen Szenen wieder reintegriert zu werden – Stichwort Angehörigenarbeit, Stichwort Betriebsarbeit – also Sicherheit auch in anderen gesellschaftlichen Gefügen bekommen und, was ein weiterer Punkt ist, Integration in den Arbeitsmarkt. Sie wissen, Herr Hamedl und ich haben in der Früh ziemlich lange darüber diskutiert, wenn Leute, die Methadon bekommen, die in einem Substitutionsprogramm sind und die es irgendwie geschafft haben, sich so zu stabilisieren, dass sie einen Arbeitsplatz haben, jetzt jeden Tag in der

Früh in die Apotheke gehen müssen, um sich das Präparat zu holen und dort vor dem Apotheker einnehmen. Das passt teilweise mit ihrem Beruf nicht zusammen, weil sie vielleicht ganz andere Dienstzeiten haben und weil diese Personen teilweise in der Steiermark in diesem Substitutionsprogramm rinnen sind unter der Voraussetzung, und das ist ihnen zugesagt worden, dass sie anonym bleiben können, das heißt, dass sie voll am Programm teilnehmen. Diese haben es zum Glück geschafft, einen Arbeitsplatz zu finden und das Programm haut bei ihnen erfolgreich hin, wenn sie die Anonymität und die Sicherheit haben, dass sie nicht am Arbeitsplatz diskriminiert werden oder stigmatisiert werden plus ihre Angehörigen und ihr Umfeld auch. Ich halte in diesem Zusammenhang, was Substitutionsprogramme betrifft, sehr wichtig die Vernetzungsarbeit zwischen den Hausärzten, dem Gesundheitsamt, der Sanitätsdirektion, der Landesnervenklinik und den Leuten, die mit dieser Person zu tun haben. Das ist eine Arbeit, die teilweise sehr wenig passiert, die sehr, sehr aufwändig ist und deswegen halte ich die Evaluierung von so einem Programm für sehr gut, möchte aber darauf hinweisen, dass ohne eine adäquate Betreuung von den Personen dieses Ziel des Ausstiegs aus der Szene und des Einstiegs in einen halbwegs sicheren Umgang mit sich selbst und mit anderen Personen nur hinschaut, wenn da wirklich das Umfeld entsprechend abgesichert wird. Das heißt, wenn man sich bewusst ist, dass man in dem Bereich nicht nur finanziell was tun muss, sondern auch den Diskurs unter anderem in den Medien anders gestaltet. Und es ist für mich wirklich absolut störend, immer wieder in Tageszeitungen und in anderen Medien große Artikel zu lesen, die aufgemacht sind mit Schlagzeilen, die – wo ich mir wünsche, dass die wesentlich klarer und näher an der Realität formuliert werden. Ich wünsche mir, dass da Leute interviewt werden, nicht nur Leute, die aus der Exekutive kommen, wie es immer wieder passiert. Ich wünsche mir, dass Fachleute interviewt werden, Angehörige interviewt werden, die ganz konkret mit Drogenabhängigen zusammenarbeiten.

Und der letzte Punkt, das ist mir ganz wichtig: Wir haben im Landtag seit einigen Jahren, seit letzten Herbst verschärft, eine Sucht- und Drogendebatte. Es ist doch interessant, dass wir Unterausschüsse zu allen möglichen Themen haben. Aber bis jetzt hat es im Steiermärkischen Landtag zumindest in dieser Periode und soweit ich auch weiß, in der letzten nicht, keinen einzigen Unterausschuss gegeben, wo wir uns konkret verständigt haben über die Umsetzung des Drogenkonzeptes des Landes Steiermark. Die Grünen, wir, haben am letzten Juni einen Antrag eingebracht auf Umsetzung und Budgetierung dieses Drogenkonzeptes in einer sehr aufgeregten Stimmung. Dieser Antrag ist damals einstimmig angenommen worden. Und immerhin jetzt am 5. Dezember wird es dazu den ersten Unterausschuss geben, wo sich einmal alle Parteien versuchen darüber zu verständigen, wie man dieses Konzept in der Steiermark umsetzen kann.

Der letzte Punkt, dazu möchte ich auch noch was sagen, weil ich weiß, dass die SPÖ ihn reinreklamiert hat, was diese Fahrtauglichkeit betrifft, Fahrtauglichkeitsuntersuchungen. Es gibt im Suchtmittelgesetz etliche psychotrope Substanzen, die da drinnen beinhaltet sind von ganz klassischen, wie Kokain, LSD bis hin zu Ecstasy, wo jedes Mal was anderes drinnen ist, absolut riskant. Deswegen halte ich es auch für sehr gut, wie in Wien, dass auf Raves diese Designerdrogen geprüft werden, dass die Leute wenigstens wissen, was sie nehmen. Wenn ich es auch nicht gut finde, dass die Leute konsumieren, lege ich großen Wert darauf, dass die Leute, die diese Mittel nehmen, nicht strychninverseuchte Mittel nehmen. Es sind im Sommer in Oberösterreich einige jugendliche Leute daran gestorben. (Abg. Wiedner: „Das hält man ja nicht aus!“)

Und ein letzter Punkt noch: Es würde um einige hundert Substanzen gehen, weil der Markt sich auch permanent verändert. Ich frage mich, wer sicherstellen kann, ob die SPÖ und die ÖVP und die Freiheitlichen es sicherstellen können, dass im Rahmen dieser Tests wirklich mehrere 100 Substanzen seriös geprüft werden. Ich halte es für unmöglich. Ich glaube auch, dass Sie in der Steiermark kaum einen ernst zu nehmenden Fachmann oder Fachfrau finden werden, der sagt ja, ich übernehme die Verantwortung, bei Führerscheinprüflingen sicherzustellen oder bei Straßenverkehrskontrollen, dass die Leute wirklich seriös in guter Qualität überprüft werden auf ein paar 100 Substanzen und noch dazu, dass das in einer Form läuft, dass nicht massiv die Menschenrechte verletzt werden. Stichwort: Einwendung der Ärztekammer und Einwendung des Verfassungsdienstes, immerhin vom Bundeskanzler Schüssel. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bin sicher, dass das nicht die letzte Drogendebatte im Landtag gewesen ist und das Abstimmungsverhalten zu diesem ÖVP- und SPÖ-Antrag habe ich hoffentlich auch ausreichend dargestellt. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 20.54 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hamedl. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

**Abg. Hamedl (20.54 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Meine Damen und Herren!

Liebe Kollegin Zitz, die Grünen haben eine andere Drogenpolitik als wir sie haben, das wissen wir schon lange. Aber trotzdem, wir haben vorher einige Dinge selber beredet. Das Substitutionsprogramm ist eine ganz wichtige Sache, aber noch wichtiger wäre, wenn wir die Leute, die süchtig sind und die wir als Kranke sehen, einer Therapie zuführen könnten. Das ist einmal ganz entscheidend. (Abg. Mag. Zitz: „Es gibt nicht ausreichend Therapieplätze!“) Und kriminalisiert werden diese Leute nicht und auch nicht das Umfeld. Also ich glaube, das muss man einmal ganz klar trennen. Ich habe das noch nie miterlebt, dass jemand, weil seine Tochter oder Sohn süchtig ist, kriminalisiert wird. Dass er sehr wohl Probleme hat, wenn er wohin geht, weil er nicht weiß, wie gehe ich damit um, da gebe ich dir vollkommen Recht, aber keine Kriminalisierung. Und ich fange jetzt ein bisschen hinten an – bei den Tests, wenn jemand einen Führerschein machen will. Wir wissen ganz genau, dass sehr viele Lenker von Fahrzeugen in einem Zustand fahren, wo sie Drogen genommen haben. Und das müssen wir hintanhalten. Die Unfälle, die es gegeben hat, wo unter anderem auch zwei Polizisten in Wien getötet worden sind und bei einer Studie in Wien hat sich herausgestellt, dass auf 2,5 alkoholisierte Lenker ein Drogenlenker



kommt. Also ich glaube, dass dieser Test eine ganz wichtige Maßnahme ist. Und die technische Umsetzung, die wird eine Expertengruppe prüfen müssen, wie das genau vor sich geht. Das einmal zu diesen Tests bei Ansuchen zur Lenkerprüfung.

Ich möchte aber jetzt noch ein bisschen weiter zurückgehen. Am 12. Juni 2001 haben wir eine umfassende Debatte hier im Landtag geführt über die Wichtigkeit der Drogen und wir haben auch seitens der ÖVP, wir haben – glaube ich – massiv auf die steigenden Zahlen in Graz aufmerksam gemacht, in Graz und in der Steiermark. Und durch unsere Dringliche Anfrage war auch der Herr Landesrat Dörflinger – ich danke dir dafür – sehr aktiv und es kommt jetzt doch zu einer Drogentherapiestation in Kainbach. Und ich glaube, da haben viele Kolleginnen und Kollegen mitgearbeitet und auch der Bürgermeister draußen ist sehr initiativ und hat gesehen, wir brauchen diese Drogentherapiestation. Also wirklich an alle einen herzlichen Dank. Und wir sollten den Süchtigen unbedingt die Möglichkeit geben, dass sie eine Therapie machen können. Noch einmal – bei uns gilt auch, Therapie vor Strafe bei Süchtigen und bei den Kranken, aber keine Gnade, sage ich jetzt auch ein bisschen übertrieben, bei den wirklichen Drogendealern. Ich will keine Plakate, wo oben steht: Nur Drogendealer sind Mörder. Das ist mir zu einfach, aber trotzdem keine Milde für Drogendealer! Das sage ich auch als Polizist. Und wenn man jetzt in den letzten Tagen die Zeitungen angeschaut hat und auch ein paar Wochen vorher, dann wissen wir, dass in einem Zeitraum von drei Wochen in Graz fünf Drogentote waren. Ich vergleiche jetzt ein bisschen mit Amerika, es ist nicht ganz fair. Da gibt es vier Anthraxtote und in Graz gibt es fünf Drogentote in drei Wochen. Ich verwehre mich trotzdem dagegen, dass wir die Drogenhochburg von Österreich sind. Ich glaube, das ist mir ein bisschen zu banal hinausgesagt. Ich frage mich, warum ist trotzdem die Drogenkriminalität in Graz und im Umland größer als im gesamten anderen Österreich, also dass wir wirklich höhere Zahlen haben und steigende Süchtige. Ich habe mich mit Experten unterhalten und ich bin auch zu der Meinung gekommen, dass da einige Faktoren neben vielen anderen mit entscheidend sind. Ein Teil ist sicher, dass es eine sehr offene Drogenszene in Graz gibt. Das ist wirklich eine Tatsache, das wissen Sie alle, das brauchen nicht die Zeitungen zu schreiben. Das Zweite ist der Preisverfall der Drogen von 3500 Schilling auf 600 und 800 Schilling. Österreichweit sind die Opiate eigentlich im Abklingen oder konstant und nur in Graz ist Heroin und Kokain so ein Thema. Der dritte Punkt ist, dass – glaube ich – jetzt die Gesetzmäßigkeiten einer Großstadt in Graz zum Tragen kommen. Das heißt, andere Städte haben diese Drogenkriminalität schon lange, die wir haben. Nur, bei uns kommt es erst jetzt. Wir haben eher den ländlichen Raum gehabt und jetzt schwappt es ein bisschen über. Aber deswegen sind wir nicht die Drogenhochburg. Ein wichtiger Punkt scheint mir auch der Werteverlust in der Familie zu sein. 58 Prozent der Kinder sind Scheidungskinder. Die Kinder ziehen sehr früh aus, haben eine eigene Wohnung und suchen dann zum Teil eine Ersatzfamilie und kommen eher mit Drogen in Kontakt als andere Menschen. Zur neuen Geisteshaltung: Unsere Jugend hat kein Unrechtsbewusstsein, wenn sie Drogen konsumieren, vor allem leichte Drogen, das ist zur Alltäglichkeit geworden. Und da haben wir einen ganz dringenden Handlungsbedarf. Wenn Sie den Drogenbericht 2000 des Gesundheitswesens anschauen, haben wir 227 Tote in Österreich. Zwölf waren es im vorigen Jahr in der Steiermark. Das waren immerhin 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Die liberale Drogenpolitik der letzten 30 Jahre von verschiedenen Seiten hat enorm dazu beigetragen. Wenn wir uns die Drogenpolitik in anderen Ländern anschauen und wenn jemand glaubt, durch die Freigabe von „weichen Drogen“ kann man vielleicht die Drogenmafia oder die Drogenkriminalität hintanhaltend, dann sage ich ganz klar und deutlich, der hat keine Ahnung von der Drogenmafia. Glauben Sie wirklich, dass sich die Drogenmafia beeinflussen lässt, die weltweit einen Umsatz hat, der mehr als die gesamte Autoindustrie der gesamten Welt ausmacht? Wenn wir sagen, wir geben die „weichen Drogen“ frei, wie etwa Cannabis und Haschisch, und dass deshalb die Drogenkriminalität irgendwie anders wird? Man hat es in Holland ohnehin schon probiert. Holland ist eines der größten Produzenten von Ecstasytabletten und von Designerdrogen. Diese Drogen kommen aus Holland und von Tschechien. Dort gibt es die großen Labors. Sie sehen also, dass es nicht funktioniert. Ich bin es leid, wieder das Drogenmodell zu erörtern, weil wir es alle kennen. Ich glaube, wir brauchen auch nicht wieder Broschüren, in denen drinnen steht, wie die Sucht entsteht. Das ist schon so oft beschrieben worden und das wissen die Fachleute ganz genau. Wir brauchen auch keine neuen Folder. Wir brauchen den Einsatz der Leute vor Ort. Das ist ein großes Problem. Wir brauchen mehr Drogenstreetworker auf der Straße, die den Kontakt zu unseren Süchtigen halten. Es gibt auch schon genügend Drogengipfel. Wir müssen hierbei sehr vorsichtig sein, dass sich unsere Arbeit nicht nur auf die Drogengipfel erstreckt. Ich stelle mir vor, dass wir – und deshalb unser Entschließungsantrag – sehr wohl klare Grenzen ziehen und diese klaren Grenzen brauchen unsere Jugendlichen. Wir betonen alle, dass uns die Jugend so viel wert ist. Wir müssen ihnen das auch zeigen, indem wir Grenzen setzen. Sie brauchen es, um Erwachsen zu werden, um sich reiben zu können. Den Antrag, der von den Freiheitlichen gestellt wurde, betreffend mehr Drogenprävention und all den anderen Punkten, können wir nur befürworten. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Sache in allen Bereichen. Ich danke Herrn Landesrat Dörflinger, der Initiativen auch in den Schulen ergriffen hat. Es wird in nächster Zeit einiges anlaufen. Herr Landesrat, herzlichen Dank dafür. Ich denke, das ist auch Drogenarbeit. (Abg. Dr. Lopatka: „Der Dörflinger heißt Schützenhöfer!“) Jetzt ist mir Ähnliches passiert, was Kollegin Zitz passiert ist. Sie hat gesagt, Kollege Paiert ist da, war aber nicht da. Herr Landesrat Schützenhöfer, ich bitte um Entschuldigung. Natürlich habe ich dich als Zuständigen damit gemeint. Wir sind für eine Entkriminalisierung. Entkriminalisierung heißt nicht gleich Freigabe von „weichen Drogen“. Insofern kann ich der Kollegin Zitz Recht geben, wir brauchen einen Drogenkoordinator. Ich glaube, Herr Landesrat Dörflinger kann uns heute hoffentlich eine positive Antwort darüber geben. Der Drogenkoordinator hätte wichtige Aufgaben in diesem Drogensumpf zu erfüllen. Ich hoffe, dass das heute wirklich gelingt. Aus den vorher erwähnten Gründen bringen ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Hamedl, Lafer, Halper und Kolleginnen und Kollegen ein. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die

Bundesregierung heranzutreten um zu erwirken, dass a) die Ablegung eines Drogentests im Zuge der amtsärztlichen Untersuchung vor der Führerscheinprüfung gesetzlich verankert wird; b) mehr finanzielle Mittel für die Drogenbekämpfung und für den Ausbau einer flächendeckenden Primär- und Sekundärprävention bereitgestellt werden; zweitens das Jugendschutzgesetz unter dem Aspekt der Drogenproblematik neu überarbeitet wird; drittens den Einsatz von Drogenstreetworkern flächendeckend zu verstärken; viertens den vom Landtag bereits geforderten landesweiten Drogenkoordinator rasch zu bestellen; fünftens das Substitutionsprogramm genau zu evaluieren und die Richtlinien betreffend die Ausgabe von Ersatzdrogen strenger zu kontrollieren. Bei diesem Punkt sage ich dazu, es hat mehrere Drogentote gegeben, weil die Leute ihre Ersatzdrogen nicht dort eingenommen haben, wo sie das tun sollten, sondern mit nach Hause genommen, aufgeköcht und verkauft haben und noch zusätzlich ein Suchtgift konsumiert haben. Es gab einige Tote, die nie in der Zeitung aufgeschienen sind; sechstens eine Expertengruppe einzusetzen, welche effiziente, taugliche und finanzierbare Vorschläge bezüglich der Fahrtauglichkeitsuntersuchung in Zusammenhang mit Substanzmissbrauch bis Ende des ersten Quartals 2002 auszuarbeiten hat.

Ich danke auch allen drei Parteien, dass ein gemeinsamer Antrag zustande gekommen ist. Ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen der grünen Fraktion, dass sie, außer bei einem Punkt, bei allen anderen Punkten mitgehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Annahme! (Beifall bei der ÖVP. – 21.06 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Lafer** (21.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bin heute sehr froh, dass dieses Problem im Landtag wieder einmal diskutiert wird, obwohl wir in diesem Jahr 2001 die Drogenproblematik in der Steiermark und in Graz schon einige Male diskutiert haben. Es stimmt mich froh, dass sich im Haus wirklich alle Gedanken machen, wie wir diesem Problem tatsächlich entgegentreten können zum Schutze unserer Kinder und unserer Jugend. Es gibt aber noch einen zweiten Punkt, auf den ich näher eingehen möchte, der mich aber traurig stimmt, und zwar traurig aus folgendem Grund: Diesen Antrag haben wir beim letzten Ausschuss eingebracht und ein sehr wichtiger Punkt dabei wurde von der ÖVP abgelehnt und ist zur Stellungnahme an die Landesregierung weitergegeben worden. Siehe da, als wir gestern dann unsere Unselbstständigen Entschließungsanträge nachgereicht haben, wo unter anderem dieser Antrag als Unselbstständiger Entschließungsantrag nachgereicht worden ist, gab es heute am Morgen eine Presseaussendung: Kollege Hamedl ist der „Übersupercop“ und wird sich jetzt besonders für diejenigen einsetzen, die im Straßenverkehr suchtgiftbeeinträchtigt unterwegs sind. (Abg. Stöhrmann: „Dabei hättet ihr das im Ausschuss mit unseren Stimmen auch schon durchgebracht!“) Das hat mir die Zornesröte ins Gesicht getrieben. (Abg. Stöhrmann: „Da haben sie gegen den eigenen Antrag gestimmt!“) Er muss einmal erklären, wieso er einmal dagegen ist und einmal dafür. Das überlasse ich ihm und ich hoffe, er wird es wissen. Dann hat man diesen Antrag eingebracht und hat mit uns nicht Kontakt aufgenommen. Lieber Kollege Hamedl, ich habe mir das ganz genau angeschaut und ich kann dir sagen, dass all jene Punkte, die in diesem Entschließungsantrag enthalten sind, in all diesen Anträgen bereits enthalten und auch beschlossen worden sind. Das dürfte dir entgangen sein. Ich werde dir auch genau sagen, wann, wo, warum und wie. Punkt eins a) eingebracht im September. Punkt eins b) eingebracht im Juni. Punkt zwei, Punkt drei, wo es um das Jugendschutzgesetz geht und um den Einsatz von Drogenstreetworkern, im November. Die Angelegenheit Drogenkoordinator und du wirst dich selbst genau zurückerinnern, dass wir in der letzten Sitzung im Juli mit Landesrat Dörflinger eine Diskussion geführt haben, wird durchgeführt. Das ist okay. Punkt fünf ist ein Punkt, den wir nicht in dieser Form beschrieben haben, wie du ihn beschrieben hast, aber in ähnlicher Form im Juni eingebracht worden ist. Und Punkt sechs, bitte, eine Expertengruppe, da ist unsere Bundesministerin Forstinger bereits auf einem weiteren Weg als mit Experten zu beraten, was man eventuell tun könnte. Da gibt es bereits erste Ergebnisse. Das ist einmal de facto da. Um aber nicht weiter darüber zu diskutieren, wie man jetzt Abschreibübungen macht, möchte ich schon noch auf eine Menge von Anträgen hinweisen, die wir als Freiheitliche eingebracht haben und die auch beschlossen worden sind, denn das dürfte scheinbar übersehen worden sein. Aber bevor ich darauf eingehe, muss ich die Frau Kollegin Halper noch darauf hinweisen, dass sie eigentlich beim letzten Ausschuss auf unseren Antrag mit raufgehen wollte und dann scheinbar von ihrem Landesrat Dörflinger zurückgepfiffen worden ist, so dass die Hälfte der SPÖ dafür und die Hälfte dagegen gestimmt hat. (Landesrat Dörflinger: „Darf ich eine tatsächliche Berichtigung machen!?“) Günter, du hast dann die Möglichkeit! (Landesrat Dörflinger: „Bei uns reagieren Frauen nicht auf Pfiffe, bei euch vielleicht!“) Zurückgepfiffen lege ich bei dir so aus, dass du es mit der Hand eindrucksvoll gedeutet hast. (Landesrat Dörflinger: „Sie haben schon eine eigene Meinung!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben – in Stichworten – am 23. Oktober eingebracht: Elternbildungsmaßnahmen im Bereich von Suchtgiftprävention, ein mobiles Expertenteam, das sich vor Ort mit Drogenabhängigen und so weiter befasst. Wir haben eingebracht, dass Bezirksverwaltungsbehörden, die Drogensüchtige betreuen, ausnahmslos mindestens 14-tägige Drogentests durchführen müssen. Wir haben eingebracht, dass bei einer gerichtlichen Verurteilung im Falle der nicht vorhandenen Zuverlässigkeit automatisiert der Führerschein entzogen wird. Wir haben im März 2001 einen Antrag betreffend Suchtgiftprävention an Schulen und Kindergärten eingebracht. Wir haben die Erfordernisse von Therapieplätzen eingebracht. Wir haben eingebracht, dass entsprechende Freizeitangebote für Jugendliche und Kinder zur Verfügung gestellt werden müssen, damit sie nicht in den Bereich der Drogen abwandern. Wir haben im Juni 2001 eine Erhöhung der Anzahl von Drogenfahndern gefordert. Nachdem wir schon vor einiger Zeit auf die Situation in Graz aufmerksam wurden, dass das Drogenproblem immer brisanter wird, haben wir gefordert, dass die Zahl der Drogenfahnder

vor allem in Graz, aber auch in der gesamten Steiermark erhöht werden muss. Wir haben Präventivmaßnahmen bei Jugendlichen und Verhinderung von Missbrauch bei Mitteln der Sozialhilfe, wie sie schon aufgetreten sind, gefordert. Sozialhilfe darf nur an jenem Ort ausgezahlt werden, an dem der Sozialhilfeempfänger sich tatsächlich aufhält. Und wir haben auch gefordert, ausländische Drogendealer konsequent abzuschieben.

Wir haben am 12. Juni einen Antrag eingebracht, dass eine Drogenenquete stattfindet und ich hoffe, dass diese demnächst auch stattfinden wird. Von meinen Kolleginnen Magda Bleckmann und Verena Graf wurde im September ein Antrag betreffend Suchtprävention im Kindesalter, wo wir den Verein VIVID dabei unterstützen wollen, sich besonders der Kindergärten anzunehmen. Und wir haben im November eingebracht, dass bei der gerichtlichen Beweisführung eine Beweislastumkehr eingeführt werden muss, vor allem bei jenen Erscheinungsformen, wo die organisierte Kriminalität und vorwiegend dort, wo mit großen Mengen von Suchtgift gehandelt wird. Wir haben gefordert, dass im Falle der organisierten Kriminalität, wo bei Drogendealern großes Vermögen festgestellt wird, dieses für verfallen zu erklären ist. Wir haben eine Kronzeugenregelung und auch dazu einen entsprechenden Zeugenschutz gefordert. Wir haben eine Strafverschärfung verlangt und das nicht zum ersten Mal. Aber zum ersten Mal hat unser Bundesminister Böhmndorfer hier entsprechende Maßnahmen gesetzt, die auch beschlossen worden sind. Wir haben uns hier eingesetzt, meine Damen und Herren. Auch haben wir verlangt, im Bereich des Scheinkaufes Maßnahmen vorzugeben und vor allem auch die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit Drogendealer schneller aufgegriffen werden können. Wir haben auch hier wieder die Abschiebung eingefordert, aber auch die Novellierung des Ärztegesetzes und auch, sehr geehrte Damen und Herren, Änderungen im Bereiche des Jugendschutzgesetzes. Wir sind sogar so weit gegangen, dass wir gefordert haben und auch begründet haben, dass jenen konzessionierten Gewerbebetrieben, die zum Beispiel an Drogensüchtige Drogen ausgeben beziehungsweise selbst dealen, sofort die Gewerbeberechtigung entzogen wird. Und unter anderem haben wir auch regelmäßiges Drogenscreening für Schüler inklusive amtsärztliche Untersuchungen verlangt.

Ich habe jetzt versucht, Ihnen eine Menge von Initiativen und auch Beschlüssen, meine Damen und Herren, zu wiederholen, die bereits hier im Landtag behandelt worden sind und auch beschlossen worden sind. Ich werde den Entschließungsantrag meiner Kolleginnen Magda Bleckmann und Verena Graf betreffend Suchtgiftprävention trotz alledem noch zusätzlich einbringen:

Der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, einen Drogentest bei den Zugangsbestimmungen für Führerscheinprüfungen sowie bei Schuluntersuchungen für Kinder ab dem zehnten Lebensjahr gesetzlich zu verankern.

Das ist für uns wichtig, weil wir glauben, dass wir schon in den Schulen anfangen müssen, sogar in den Kindergärten, unsere Schüler und Kinder aufmerksam zu machen, welche Gefahren mit diesen Drogen auf sie lauern.

Noch eine letzte Bemerkung an meinen Kollegen: Lieber Edi, wir sind beide Exekutivbeamte. Du wirst immer als „Edi, der Supercop“ bezeichnet, das möchte ich heute fast ein bisschen hinterfragen, ob das wirklich so ist. (Abg. Gödl: „Das ist so!“) Aber als Kollege möchte ich schon an dich appellieren beziehungsweise an deine Ehre, ob du das jetzt wirklich so gemeint hast, wie du das gemacht hast oder ob du in einer anderen Absicht gehandelt hast, weil sonst müsste man das als Abschreiben, Ideenklau und Ähnliches mehr bezeichnen. Und das Gleiche möchte ich auch deinem Kollegen Miedl ins Stammbuch schreiben, der sich in der letzten Zeit besonders schlau und groß gemacht hat, wobei ich seine fachlichen Qualitäten nicht in Frage stellen möchte. Aber wenn er dann den Medien mitteilt, dass im Bereich der Stadt Graz bei den Drogenfahndern soundso viele Planstellen (wenn du es ganz genau wissen willst – zwölf) dazugekommen sind, wo wir nachweislich zwei Gruppen mit je vier Mann haben, wovon sechs bis sieben Dienst machen, das kennst du selbst ganz genau, und sich dann herausstellt, dass das absolut falsch und unrichtig ist, dann behaupte ich, dass auch dein Kollege ein Dampfplauderer ist. Das behaupte ich jetzt einmal. Man sollte mit Problemen, die unsere Jugend betreffen, nicht so umgehen und die Öffentlichkeit falsch informieren, nur damit man eine mediale Wirkung erzielt, damit es so aussieht, als wenn man für alles eintreten würde, während in Wahrheit unsere Kinder und unsere Jugend im Hintergrund stehen. Ich möchte es noch einmal klarstellen, meine Damen und Herren: Wir Freiheitlichen haben immer ein Programm vertreten und das vorwiegend an erster Stelle und immer waren wir diejenigen, die auch jene Dinge ausgesprochen und geschrieben haben, die Sie nie wollten, wo Sie sich erst nach und nach teilweise zu gewissen Zielen bekannt haben. Wir wollen, dass die Prävention bereits im Kindergarten beginnt und in den Schulen fortgesetzt wird. Wir wollen, dass den Dealern der Kampf angesagt wird, und zwar mit aller Härte, denn sie sind es, die unsere Jugend dazu bringen, dass sie überhaupt mit Drogen in Berührung kommen. Wir wollen aber auch, dass jenen, die in den Bereich der Drogen abgerutscht sind, die krank sind, geholfen werden kann. Die entsprechenden Therapieplätze müssen dafür zur Verfügung gestellt werden. Das ist die Aufgabe der Politik. Wir Freiheitlichen sind diesen Zielen treu geblieben, wir Freiheitlichen werden diese Ziele weiterhin verfolgen und wir lassen uns nicht beirren, schon gar nicht durch Anträge, die man zweimal einbringen muss, weil sie scheinbar beim ersten Mal nicht ganz verstanden worden sind. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 21.18 Uhr.)

**Präsident:** Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Hamedl gemeldet. Herr Hamedl, bitte!

**Abg. Hamedl** (21.19 Uhr): Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder!

Herr Kollege Lafer, ich danke dir, dass du mich als „Supercop“ bezeichnest. Es ist wirklich sehr nett von dir. (Beifall bei der ÖVP.) Freut mich auch! Ich muss aber trotzdem ein paar Dinge richtigstellen. Wenn du sagst Abschreiben und das muss man hinterfragen und mit der Ehre, dann würde ich da sehr vorsichtig sein. Wer mich kennt, der kennt meine Motive. Zum Abschreiben sage ich dir Folgendes: Ich habe einen Antrag aufgeschlagen, und zwar von Salzburg vom 4. April 2000 des Herrn Kollegen Wiedermann. Das hat die FPÖ wortwörtlich abgeschrieben. Das können Sie sich anschauen. So schaut es nämlich mit dem Abschreiben aus. Das ist das Erste. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich tue nicht nur dampfplaudern, weil ich habe nichts abgeschrieben. Ich habe mir meine eigenen Gedanken darüber gemacht. Sie können es aber hier nachlesen. Man soll mir das Abschreiben nicht vorhalten, was ich nicht gemacht habe. Zweitens: Wenn man bei zehnjährigen Kindern einen Drogentest machen will, kann ich weder als Politiker noch als Mensch Edi Hamedl mitgehen. (Beifall bei der ÖVP und den Grünen.) Wir haben nicht dagegen gestimmt. Der Antrag ist der Landesregierung zur Stellungnahme zugewiesen worden. Mit dem ersten Punkt hätte ich mitgehen können. (Abg. Lafer: „Wieso haben Sie das nicht gemacht?“) Es hat niemand verlangt, Herr Kollege Lafer. Zum Dritten: Eines muss ich schon noch dazusagen: Die FPÖ hat kein Monopol auf Sicherheit. Ihr habt zum Teil immer eine andere Sicherheitspolitik gemacht, die mit der Angst geschürt worden ist. Ich kann jetzt mit dir mitgehen, aber es war nicht immer so bei der F. Es hat verschiedene Dinge gegeben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Soweit zur Berichtigung. Ich bitte, Herr Kollege Lafer, um eine punktuelle Abstimmung eures Antrages, den du jetzt eingebracht hast. Noch ein Wort, weil du auch Kollegen Miedl angesprochen hast: Das musst du dem Kollegen Miedl sagen und nicht mir. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 21.21 Uhr.)

**Präsident:** Zur Replik in aller Kürze hat sich Herr Abgeordneter Lafer zu Wort gemeldet.

**Abg. Lafer** (21.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich muss etwas tatsächlich berichtigen, lieber Edi: Es dürfte dir bekannt sein, dass es die FPÖ nicht nur in der Steiermark, sondern auch in Österreich gibt. Es dürfte dir bekannt sein, dass sich die FPÖ mit diesem Drogenproblem nicht erst seit heuer befasst, sondern die letzten zehn, 15 und 20 Jahre und dass es, lieber Kollege Hamedl, auch bei einer Klubobmännerkonferenz beschlossen worden ist, welche Initiativen einheitlich in Österreich in jedem Landtag eingebracht werden. Du darfst eben nicht nur in Salzburg schauen, sondern du müsstest auch einmal in Tirol, in Niederösterreich, im Burgenland schauen, denn dann würdest du den gleichen Antrag überall finden. Also ich bitte dich daher, genauer zu schauen. Die FPÖ ist dafür bekannt, dass sie auch bundeseinheitliche Initiativen setzt, weil uns das Problem der Drogendealer inklusive der ganzen Kriminalität bekannt ist. Ein Weiteres, lieber Edi: Die Naivität schlägt ja dann den Boden durch, wenn man sagt, es hat uns ja keiner gefragt, ob man im Ausschuss mitstimmen soll. Du hättest auch im Ausschuss die Möglichkeit gehabt, eine punktuelle Abstimmung zu verlangen, zu Punkt eins – von mir aus – ja zu sagen und zu Punkt zwei nein zu sagen. Aber sich dann mit dieser lapidaren Ausrede hinzustellen, das ist mir zu wenig. Ich werde bei meinem eigenen Antrag nicht verlangen, dass getrennt abgestimmt werden soll. Du musst halt abstimmen so wie du glaubst. Das zur tatsächlichen Berichtigung. (Beifall bei der FPÖ. – 21.23 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Halper. Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

**Abg. Halper** (21.23 Uhr): Herr Präsident, werte Landesräte, Hohes Haus!

Ich bin froh, dass ich überhaupt noch zu Wort komme, wobei ich andererseits der Meinung bin, dass Konflikte ausdiskutiert werden sollten: „Beim Reden kommen die Leut' z'sammen!“ Tatsache ist, dass eigentlich die Grundlage der Debatte etwas ganz anderes ist, und zwar das ist ein Antrag der FPÖ, wo es um Drogen in steirischen Schulen geht. Ich denke, die Leute, die sich heute mit dieser Drogendebatte beschäftigen, haben diese Stellungnahme gelesen, die gekommen ist. Ich möchte aber eines ganz kurz festhalten: Es gibt Angebote im primären Präventionsbereich und es gibt gute Angebote. Klar ist schon eines, es könnte mehr geben. Wir müssen aber mit dieser Debatte ehrlich umgehen, wenn wir eine sachliche Debatte führen wollen. Wir brauchen aber dazu die finanziellen Mittel. Wir können nicht davon ausgehen, dass das Leute sind, die das ehrenamtlich machen, weil das einfach so schön und so klass ist. Das Gleiche gilt auch für den sekundären Präventionsbereich. Es ist auch in dieser Stellungnahme festgehalten und wir haben einen wichtigen Schritt schon geschafft, das ist, dass wir endlich diese Drogentherapiestation bekommen, die wir ganz dringend brauchen. Tatsache ist aber auch, dass wir sie schon vor einigen Jahren haben hätten können, wenn der politische Wille da gewesen wäre. Es wird sicherlich von unserer Seite aus nicht das Letzte sein, was wir im Bereich der Sekundärprävention brauchen. Was dabei besonders wichtig ist, das sind ambulante Versorgungssysteme. Auch dazu gehören finanzielle Mittel. Wir können leider nicht die Augen verschließen und sagen, wir wollen haben, denn wir brauchen auch die Finanzen dazu. Ohne das wird es leider nicht möglich sein, wenn wir auch alle in der gleichen Realität zusammenleben. (Beifall bei der SPÖ.)

Eines ist für mich schon ganz wichtig: Reden ist gut und reden gehört dazu, damit wir überhaupt zu einer Lösung kommen. Schlagzeilen in einer Zeitung bringen mir ehrlich gesagt zu wenig. Was für mich im Vordergrund steht ist das Handeln. Von Seiten der SPÖ soll es am Handeln nicht scheitern. Wir sind jederzeit dazu

bereit. Wenn es noch um diesen Antrag geht „Drogen in steirischen Schulen“, dann habe ich ein Thema drinnen, das sind Freizeitangebote für Jugendliche. Das ist einmal ein wesentlicher Punkt, dass es dabei generell zu einem Umdenken in den Gemeinden kommen muss. Da gibt es ein ganz nettes Beispiel aus dem Bezirk Feldbach, wo es einen Basketballplatz gibt. Dieser Basketballplatz für die Jugendlichen wird ständig von den Gemeindeleuten zugeparkt. Ist das eine Frage der Wertigkeit der Jugend gegenüber oder nicht? Bezirk Feldbach, nicht Stadt Feldbach. Genauso das Thema, Jugendliche kämpfen jahrelang dafür, dass es einen Skatepark in ihrer Gemeinde gibt. Wir laden immer wieder die Gemeindevertreter, die hier herinnen sitzen, dazu ein. Diese wissen das. Es werden immer wieder Jugendbeteiligungsprogramme eingefordert und gemacht, aber es findet nicht immer tatsächlich statt, dass diese Wünsche der Jugendlichen umgesetzt werden. Man sollte sich dabei grundsätzlich wirklich überlegen, wie gehe ich mit dieser Problematik um. Ich persönlich denke, Landesrat Schützenhöfer ist in dieser Richtung sicherlich gefragt. Immerhin ist er Leiter des Jugendressorts. (Abg. Ing. Ober: „53 Millionen!“) Was passiert mit den Projekten jetzt? Was passiert jetzt, war meine Frage, und nicht 350 Millionen. Aber gehen wir ganz einfach zu dieser Debatte zurück. Was mir in der gesamten Debatte fehlt und das ist heute schon einmal angesprochen worden, das ist die Einforderung der Umsetzung des steirischen Drogenkonzeptes. Im Drogenbericht 2000 und ich nehme an, die meisten von Ihnen werden ihn gelesen oder sich wenigstens auszugsweise damit beschäftigt haben, steht drinnen: Das steirische Drogenkonzept wurde im Juni 2000 im Landtag beschlossen – bekannt – und versteht sich als Rahmenstrategie für Drogenarbeit. Als Ziel wird die Schaffung eines dichten Netzwerkes mit verschiedenen Therapiebausteinen definiert, deren Bemühung von der Erhaltung des Lebens bis zur Wiedererlangung und Stärkung eigener Kompetenzen und Fähigkeiten in einem drogenunabhängigen Leben reichen. Bei allem Engagement im Bereich der Drogenpolitik: wir wissen ja, was zu tun ist und wir brauchen das Rad nicht von Neuem erfinden. Tatsache ist, es gibt ein Konzept. Das Einzige, was hier wieder betont werden muss, ist, dass wir die finanzielle Sicherstellung der einzelnen Maßnahmen brauchen, denn ohne das wird es nicht gehen. Dabei gebe ich dir Recht, Edith, es ist etwas da. Wir haben ein fertiges Konzept, nur umsetzen müssen wir es noch. Dazu fehlt leider noch etwas. Das Konzept ist nicht von irgend jemandem erarbeitet worden, sondern dieses Konzept ist von Experten und Expertinnen erarbeitet worden, die sich auch auskennen. Man sollte – ehrlich gesagt – auch das Expertentum bei diesen Leuten lassen. Mit einem Satz des Entschließungsantrages der FPÖ habe ich ein ziemliches Problem. Dort steht am Ende des ersten Absatzes: „... sind sowohl Eltern als auch Lehrer in der Lage, bei positiven Testergebnissen von Schülern diesen gezielt zu helfen.“ Nicht böse sein, werte Kolleginnen und Kollegen der FPÖ, aber das ist keine Aussage, die von Leuten kommt, die sich damit auskennen. (Abg. Wiedner: „Du kennst dich überall aus!“) Ich kenne mich in dem Bereich aus. Das kann ich ohne weiteres behaupten. Lieber Kollege Wiedner: Wenn du schon nicht in Drogeneinrichtungen gehst oder in Einrichtungen, wo mit Drogenleuten gearbeitet wird, dann nehme ich an, dass du die Zeitung liest. Es wird dir ein Artikel aus der „Kronenzeitung“ vor einem halben Jahr nicht entgangen sein. Vielleicht sollte ich auch noch Lehrerin werden. Das könnte ich auch noch. Vielleicht könntest du mir zuhören, denn ich habe eines von meinen Eltern gelernt: zuhören. Tatsache ist, dass es Eltern leider nicht immer wissen. Und wer diese Geschichte damals verfolgt hat vor einem halben Jahr, da hatten wir eine ganz prägnante Aussage. Und mit diesen Aussagen kämpfen alle Leute, die im Drogenbereich arbeiten. Eltern wissen es größtenteils nicht, dass ihre Jugendlichen, ihre Kinder zu Hause abhängig sind. Das heißt nicht, dass es alle nicht wissen. Aber Tatsache ist, dass es viele nicht wissen. Und es hat damals auch die Aussage der Eltern gegeben, die gesagt haben: „Mein Bub war ja eh so ruhig und so brav!“ Da müssen wir uns grundsätzlich schon noch darüber unterhalten, wie können Eltern besser darauf geschult werden, dass sie Problematiken erkennen. Was die Schularztuntersuchungen angeht, ist mir nicht klar, ob den Kolleginnen und Kollegen der FPÖ klar ist, was das kostet. Ein Drogentest kostet 2800 Schilling. Und wenn ich jetzt hernehme, dass ich 100.000 Schülerinnen und Schüler in der Steiermark habe, dann brauche ich das nur hochrechnen, was das kostet. Ich weiß nicht, vielleicht nützen die guten Beziehungen zur ÖVP, dass man das irgendwie durchbringt. Mir persönlich wäre es lieber, wenn ich auch wissen würde, dass mein Kind generell gesund ist. Da ist mir lieber, wenn festgestellt wird, ob es Diabetes hat, ob es Herzerkrankungen gibt oder ob irgendwelche Krebs- oder Tumorerkrankungen vorliegen.

Was den gemeinsamen Antrag mit ÖVP angeht und diese amtsärztliche Untersuchung vor der Führerscheinprüfung, wir wollen uns sehr ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzen. Und deshalb gehört auch dazu, dass der Drogenkonsum beim Autofahren tödlich sein kann. Wir wissen jetzt schon, dass Führerscheinneulinge zu einer gefährdeten Personengruppe gehören und da ist die Frage einfach, wie man mit diesem Risiko umgeht. Abgesehen davon, im Grunde genommen ist es nicht viel Neues, weil jeder und jede, die einen Führerschein haben will, muss zum Amtsarzt. Und Amtsärzte sind auch jetzt schon befugt, hierbei auf dieses Thema ein Augenmerk zu legen. Objektiv gesehen kann man schon eines dazu sagen, wenn wir wirklich sachlich diskutieren wollen, jemand, der auf Age drauf ist oder auf Koks, der hat erstens einmal nicht das Geld dazu, dass er sich einen Führerschein leisten kann. Der wird auch sicherlich nicht zur Prüfung gehen, weil der schafft den Weg dort eh nicht hin. Und jemand, der einen Joint raucht, gut, der wird sicherlich zwei, drei Wochen vorher nichts rauchen. Aber Tatsache ist, bei einer Führerscheinüberprüfung im Zuge eines Planquadrates, wie es sowieso im Zuge der Alkoholtests draußen gemacht wird, werde ich den früher oder später auch erwischen. Und das ist geltendes Gesetz. Den Leuten kann auch heute schon der Führerschein abgenommen werden. Im Endeffekt ist es sicherlich ein sehr umfangreicher Antrag, den wir hier gemeinsam einbringen. Und was mir schon sehr wichtig erscheint, ist die Expertengruppe. Denn es ist richtig, eine amtsärztliche Untersuchung bei Führerscheinprüfung kostet viel, viel Geld, ich habe es schon einmal erwähnt. Ein Test kostet 2800 Schilling, das sind bei 20.000 Führerscheinprüfungen, die bei uns in der Steiermark derzeit gemacht werden pro Jahr, 60 Millionen Schilling hochgerechnet. Das müssen wir erst einmal irgendwie finanzieren. Klar muss auch sein die Genauigkeit dieser Tests, denn es muss ja auch gerichtlich halten, sonst kann jeder herkommen und es beeinträchtigen. Und des-

wegen finde ich es ganz, ganz wichtig, dass wir auch diese Expertengruppe haben, auch im Zuge dessen, welche Substanzen getestet werden. Denn es ist richtig, es gibt hunderte Substanzen, die in Frage kommen können. Was uns auch sehr wichtig ist, sind nicht nur die Substitutionsprogramme, denn Tatsache ist, dass wir derzeit zu wenig Entzugsbetten haben. Und uns ist auch ganz wichtig in diesem Zusammenhang die Nachbetreuung, die Nachsorge von Abhängigen und Koabhängigen. Und da möchte ich gerne zur Edith etwas sagen. Obwohl ich dich sehr schätze, es ist leider in der Drogenarbeit nicht immer so, dass Abhängige Angehörige haben. Oft ist es ein ganz wichtiger Punkt, eine Krisenintervention und eine Motivationsarbeit, überhaupt wieder einen Kontakt zu den Angehörigen zu bekommen und deshalb kann man nicht generell sagen, dass das Umfeld kriminalisiert wird. Und was mir persönlich ein bisschen weh getan hat ist, dass du sagst, die Drogenberatungsstelle des Landes kann nichts machen. Ich halte die Leute für ausgezeichnet, die sind wirklich sehr bemüht. Es gibt eine Selbsthilfegruppe dort für Angehörige und es werden auch Koabhängige dort betreut, wenn sie es möchten. Und es ist eher das große Problem, das wir mit den Koabhängigen haben, das sind eben die Eltern oder die Partner und Partnerinnen, dass die grundsätzlich nicht unbedingt therapiebereit sind, obwohl es unbedingt ins Umfeld hineingehört. Und genauso ist das ein Thema für mich, dass wir keine Fachleute in der Steiermark haben, die diese Drogentests durchführen können, es untergräbt für mich auch ein bisschen die Kompetenz jener Leute, die gerade zum Beispiel unsere Amtsärzte überhaupt einmal darauf schulen. Ich glaube, dass wir sehr ausgezeichnete Drogenmediziner in der Steiermark haben.

Eine Ergänzung noch zum Kollegen Hamedl. Ich glaube nicht nur, dass es um den Werteverlust in der Familie geht. Ich glaube, wir sollten einfach generell einmal eines festhalten, wir müssen auch die Werterhaltung der Jugend akzeptieren und lernen, damit umzugehen. Weil das ist auch ein Thema, das leider sehr, sehr wenig debattiert wird.

Zum Kollegen Lafer noch ein Satz, bevor ich dann zum Ende komme: Ich bin ehrlich gesagt froh, dass wir in der SPÖ mündige Menschen sind, die in ihrer Art und ihrer Meinung und ihrer Weise akzeptiert werden und ich schließe diese Debatte meinerseits mit einem Zitat und ich hoffe, du verstehst es: „Wer nicht weiß, sich in 3000 Jahren Rechenschaft zu geben, bleibt im Dunkeln unerfahren, wird von Tag zu Tage leben!“ Danke! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.36 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Walter Kröpfl. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

**Abg. Kröpfl** (21.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Herren Landesräte! Verehrte Damen und Herren!

Wir diskutieren bei den Drogen ständig über den Begriff der illegalen Drogen und ich möchte die Diskussion ein bisschen ausweiten, weil nicht nur die illegalen Drogen ein Problem sind, es sind auch die legalen Drogen in Österreich ein riesiges Problem. (Abg. Dr. Lopatka: „Ist das bei euch im Klub bekannt?“) Das wissen Sie alle. (Abg. Dr. Lopatka: „Dass wir nicht zu scheinheilig werden!“) Ja, Herr Klubobmann, vielleicht für Sie nicht, aber für uns schon, weil wir uns damit intensiver beschäftigen. Und ich weiß auch, Herr Klubobmann, dass Sie kein Interesse daran haben. Das haben wir gemerkt bei der Verhandlung, wie wir das Jugendschutzgesetz verhandelt haben, als es damals zu den Strafbestimmungen gekommen ist, da hat man gesehen, wo die Lobby dahintersteckt, wenn es um den Alkohol geht. Und darauf möchte ich hinweisen. (Abg. Dr. Lopatka: „Wird bei euch nichts getrunken im Klub?“) Nein, nein, Herr Klubobmann, tu einmal zuhören, was ich zu diesem Thema zu sagen habe. Und da sieht man wieder, wie ihr das einfach runterspielt und sagt, na ja, der Alkohol ist kein Problem. Wahrscheinlich wisst ihr nicht, dass jährlich 8000 Menschen in Österreich an Alkohol sterben. (Abg. Wiedner: „Tu das nicht vernebeln!“) Wir brauchen nichts vernebeln. Ich will nur dieses Problem auch mit diskutiert haben, wenn wir von Drogen und von Suchtgiften sprechen, denn das verbergt ihr die ganze Zeit. Ihr wisst wahrscheinlich auch, dass es bei den Jugendlichen sehr, sehr viele Todesfälle gibt durch Alkohol. Dass 9 Prozent der 13-jährigen Mädchen und 16 Prozent der 13-jährigen Burschen bereits mehrmals einen gewaltigen Rausch gehabt haben und dass sehr, sehr viele davon leider auch gestorben sind. Erst vor kurzem wurde in einer Fernsehsendung der Fall eines solchen Jugendlichen aufgezeigt. Ich möchte daher gerne haben, dass diese Diskussion bei den Drogen auch auf die so genannten legalen Drogen ausgedehnt wird und dass der Alkohol nicht übersehen wird.

Und was noch dazu kommt, ihr schreibt immer nur, und es geht immer nur um den Begriff der illegalen Drogen. Wir wissen aber, dass es zirka 2 Millionen Österreicher gibt, die von Nikotin abhängig sind, dass 330.000 alkoholsüchtig sind, dass 110.000 zirka medikamentensüchtig sind. Diese Zahlen werden verschwiegen. Und auch das sind Probleme, die wir mit einbeziehen sollen. (Abg. Dr. Lopatka: „Willst du das Rauchen verbieten?“) Herr Klubobmann, ich sage nicht, dass wir dieses eine Problem nicht diskutieren sollen, wir sollten nur eines machen, dass wir auch diese so genannten legalen Drogen in diese Diskussion miteinbeziehen. (Abg. Dr. Lopatka: „Scheinheilig!“) Das ist nicht scheinheilig, nur, da ist es natürlich in unserem Kulturkreis nicht so opportun zu sagen, Alkohol ist etwas Gefährliches, weil da gibt es eine große Industrie, die dahintersteckt und da gibt es sehr, sehr viele Dinge, die im wirtschaftlichen Bereich angesiedelt sind. (Abg. Wiedner: „Alles bagatellisieren!“) Ich will deswegen nichts bagatellisieren, nur auch auf dieses Problem hinweisen, sehr geehrter Herr Kollege Wiedner. Ich weiß schon, wenn man selber zu Hause ein Café hat, ist das ein bisschen schwierig, dass man gegen den Alkohol auftritt. (Abg. Wiedner: „Fang nicht so an!“) Das sind dann natürlich diese Dinge. Mit dem Vernebeln hast du angefangen. Und diese Geschichten kann man dir einfach nicht abkaufen.

Ich ersuche abschließend, wenn wir weiter diskutieren und wieder diskutieren werden über Drogen in diesem Haus, dann – sehr verehrte Damen und Herren – sollte man auch darüber diskutieren, dass Alkohol und Nikotin genauso ein Problem sind und auch der Medikamentenmissbrauch angesprochen werden muss. (Beifall bei der SPÖ. – 21.40 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dörflinger. Herr Landesrat, du bist am Wort.

**Landesrat Dörflinger (21.40 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich bin ein bisschen überrascht über die Aufregung, die jetzt plötzlich herrscht, weil Kollege Kröpfl meinte, dass man legale oder wenn man über illegale Drogen redet, auch über legale Drogen redet und dass hier eine hysterische Schreierei ausbricht. Ich sehe überhaupt keinen Grund dafür. Er hat schlicht und einfach Recht. Ich sage dazu, man soll das auch einmal entemotionalisieren, weil ein 14-jähriger Drogensüchtiger geht mir genauso am Hammer wie ein 14-jähriger völlig Angestschechter. (Beifall bei der SPÖ.)

Entschuldige, Reinhold, wenn ich das so sage, wenn du dann herausschreist, Taliban der SPÖ. (Abg. Dr. Lopatka: „Wenn 2 Millionen rauchen, sind das alle Süchtige?“) Lieber Kollege Lopatka, kein Mensch redet vom Verbot, kein Mensch redet von irgend etwas. Faktum ist aber und du kannst den Kollegen Forenbacher im Klub fragen, macht intern ein Privatissimum, also wenn ich mir die Schädigung durch Alkohol und durch Nikotin anschau, täte es uns einmal nicht schlecht, wenn wir darüber nicht nur reden täten, sondern auch einmal irgend etwas unternehmen würden. Wieso du dich so aufregst, weiß ich nicht. Hast du dich angesprochen gefühlt oder was? (Abg. Dr. Lopatka: „Bin schwerer Alkoholiker!“) Ich halte das wirklich für unnötig, noch dazu, wo das konstruktiv gemeint war und ich ganz einfach glaube, dass er wirklich auch Recht hat. (Abg. Dr. Lopatka: „Ihr wollt vom Hauptthema ablenken!“ – Abg. Kröpfl: „8000 Alkoholtote sind egal?“) Herr Klubobmann Lopatka, du kannst mit jeder Maßnahme und mit jeder Aussage irgendetwas bewirken. Aber regen wir uns bitte darüber auf, wenn drei 18-Jährige nudelfett um 2 Uhr in der Früh nach einem Diskobesuch mit dem Auto in einen Baum hineinfahren und tot sind. Mich regt das auch auf und ich kann nicht hergehen und sagen, das ist mir eigentlich völlig wurscht und das ist Populismus oder sonst irgendwas. Das gehört auch zu einer realen Betrachtung der Situation. Wenn wir über die Toten reden und wenn ich mir anschau, wie viele Tote wir im Straßenverkehr haben, weil die Leute alkoholisiert fahren, wenn ich mir anschau, wie viele Leute im Rollstuhl sitzen, wenn ich mir anschau, was da für Elend drüberkommt, dann kann ich nicht so drüberturnen und sagen, über das reden wir nicht und das ist ein Ablenkungsmanöver. Es ist beides ein riesiges Problem. Genauso wenig wie wir ablenken wollen, halte ich es für richtig, dass du hergehst und sagst, das andere ist kein Problem, reden wir über das, weil es wichtiger ist. Ich will heute gar nicht so lange und so grundsätzlich reden, sondern versuchen, ein paar Fragen zu beantworten, die sich aus meiner Sicht gestellt haben. Die Frau Abgeordnete Zitz hat gemeint, sie hat ein bisschen Angst wegen dem Aktionismus, was die Drogen betrifft und diese irre Beachtung, die es zurzeit in den Medien gibt. Ich gebe Ihnen da Recht, sage aber dazu, ich habe Angst davor, dass diese mediale Beachtung wieder abnimmt. Ich sage Ihnen dazu, wenn Sie sich das anschauen, ich weiß nicht, ob Sie in den letzten Tagen die Zeitung genau gelesen haben, vor eineinhalb Jahren hat man den Eindruck gehabt, außer BSE gibt es in Europa kein Problem. Wenn in Schottland eine Kuh die Zunge herausgestreckt hat und umgefallen ist, war der Verdacht BSE da. Die Zeitungen von Schottland bis Sizilien waren voll, BSE, BSE. Vor drei oder vier Tagen ist in der Zeitung gestanden, dass BSE an der Grenze zu Österreich ist. Ich weiß jetzt nicht, ob es in Slowenien oder Italien war, ein BSE-Fall aufgetaucht ist. Das war ein Zehnzeiler. Ich fürchte mich davor, wenn die Medien über das Drogenthema sich sattgeschrieben und sattgeredet haben, dass das wieder irgendwo im Kanal verschwindet und dann halt drei drogentote Jugendliche in einem Einspalter drinnen sind und das nicht mehr die Beachtung hat. Wir sollten diese öffentliche Beachtung nützen und diese öffentliche Beachtung zu konkreten Maßnahmen umsetzen und da ist uns – so glaube ich – durchaus einiges schon gelungen. Der zweite Punkt, Plakate der FPÖ in Graz: Wenn man sich die Mühe gemacht hätte und ich gehe nicht davon aus, dass die Leute, die solche Plakate aufhängen, bewusst böse irgendetwas Blödes machen. Faktum ist, dass jeder Experte in diesem Bereich in der Einschätzung der Plakate genau das sagt, was die Kollegin Zitz auch gesagt hat. Ich habe es in diesem Haus schon einmal gesagt, meine Damen und Herren: Das Plakat „Rauchen macht schlank“, wo eine Raucherlunge oben war und ein Skelett dort war, hat erwiesenermaßen vor allem pubertierende Jugendliche dazu geführt, sich schnell noch einmal eine anzuheizen, um der Freundin zu zeigen, was sie für tolle Burschen sind, wie mutig sie sind und was sie sich alles trauen. Ich bin froh, dass man sich dieses Themas annimmt. Aber ich glaube, dass das wirklich der komplett falsche Weg ist. Ich glaube, dass es nicht nur nichts bringt, sondern in Wirklichkeit wahrscheinlich in manchen Bereichen sogar kontraproduktiv ist und da, glaube ich, sollte man vom Aktionismus weggehen und wirklich schauen, seriös, was tun wir. Ich glaube überhaupt und das traue ich mich hier zu sagen, dass man mit Plakaten dem Drogenproblem sowieso nicht Herr wird. Ich glaube, dass das einmal eine Aktion ist, wo man aufmerksam machen kann. Verändern und etwas weiterbringen tun wir mit Sicherheit nichts. Zum Edi Hamedl: „Die liberale Drogenpolitik hat mit dazu beigetragen!“ Entschuldige, das ist ein Blödsinn. Wenn du nachweisen könntest, dass eine wahnsinnig restriktive, eine wahnsinnig brutale, restriktive Drogenpolitik in irgendeiner Form eine Verbesserung bringt in irgendeinem Land, dann würde ich diese Aussage akzeptieren. Sie tut es nicht. Wenn ich mir die Strafrahmen in Amerika anschau, wenn ich mir anschau, wie dort sanktioniert wird, wenn ich es mir in anderen Ländern anschau, führt es nicht dazu, in Thailand oder sonst irgendwo werden Drogenhändler hingerichtet. Und trotzdem dealen sie, dass sich die Balken biegen. (Abg. Hamedl: „Ich meine nicht härtere Strafen, aber insgesamt Aufzeigen der Grenzen!“) Ich verwehre mich dagegen, dass der Eindruck entsteht, die liberale Drogenpolitik ist schuld daran. Tun wir schön strafen oder schön verbieten, dann tun sie das

eh nicht. Damit würden wir Schiffbruch erleiden. Wenn du das nicht so gemeint hast, bin ich froh und gehe mit. Vierter Punkt, Drogenstreetwork und das mache ich mit der FPÖ, weil du das aufgezählt hast, Franz Lafer, was es alles an Anträgen gegeben hat. Freunde, eines dürft ihr nicht übersehen bei den Anträgen, die ihr jetzt macht: Ihr habt im Landtag und im Bund die Mehrheit. Alle Anträge, die wir in diese Richtung von euch hören und spüren, sind in Wirklichkeit ausschließlich von euch allein zu exekutieren. Mehr Drogenstreetwork, jawohl, ja, ja, ja, nur her mit der Marie. Wir brauchen das Geld. Es gibt keinen Drogenstreetworker (Beifall bei der SPÖ.), der um Gotteslohn sich bereit erklärt hinzugehen. Mir hat auch gefehlt und ich sage das schon, ohne jetzt da in so einen kleinen Hickhack hineinzugehen, wenn man so stark nach mehr Exekutive, nach mehr Maßnahmen et cetera ruft, dass wir uns auch trauen, in der Steiermark zu sagen, dass die Politik des Innenministeriums, was diese Frage betrifft, falsch ist. Ich halte sie für falsch. Ich schätze den Innenminister Strasser, nichts dagegen zu sagen. Aber er schreibt mir in einem Schreiben am 5. November dieses Jahres: Der Bedarf an zusätzlichen Bediensteten, die sich der Bekämpfung der Suchtmittelkriminalität widmen, kann nur durch Umschichtungen innerhalb des vorgegebenen Personalstandes gemacht werden. Edi, du bist Experte in dieser Frage. Wenn du mir erklärst, dass man das mit internen Umschichtungen zusammenbringt, dann bin ich dir dankbar. Dann erklär das aber bitte auch im Gendarmeriekommando, erklärt das bei der Bundespolizeidirektion. Ich glaube euch den Schmah nicht. (Abg. Hamedl: „Darf ich dir gleich für Graz eine Antwort geben? Seit einigen Jahren bearbeitet die uniformierte Polizei 30 Prozent der Kriminalitätsakte in Graz und macht diese gerichtsfertig. Eine dritte Suchtgiftgruppe wurde eingerichtet und am Montag hat die Ausbildung für die uniformierte Polizei begonnen, die sich flächendeckend in Graz vermehrt dem Drogenproblem annimmt!“)

Okay, das ist eine Erklärung, die legitim ist. Ich gehe aber davon aus, dass die Polizisten, die bisher in Graz tätig waren, ja nicht stundenlang herumgestanden sind und Däumchen gedreht haben. Das heißt, wenn sie sich jetzt vermehrt um die Drogenkriminalität kümmern, wird ein anderer Bereich darunter leiden. Ich fürchte mich davor, dass man in drei Jahren dann darüber diskutiert, dass in dem und in dem Bereich zu wenig Leute da sind, weil „Loch-auf-Loch zu-Mentalität“ wird nicht reichen. Nur, das können wir so nicht ausdiskutieren, ich sage nur Faktum ist, dass seitens des Bundes weder zusätzlich Mittel zur Verfügung gestellt werden noch zusätzlich Personal zur Verfügung gestellt wird. Deswegen ist sozusagen das Klagen des Franz Lafer – wir haben schon so viele Anträge gestellt, aber es tut sich nichts – wieder zu euch zurückgekommen und was ihr selber auch realisieren müsst. (Abg. Hamedl: „Einen Satz dazu. Die uniformierte Polizei wird vermehrt in der Drogenkriminalität und zur Bekämpfung eingesetzt!“) Okay!

Zum Thema Suchtkoordinator ein ganz offenes Wort: Es ist für mich auch nicht befriedigend, dass diese Sache so geendet hat. Das hat objektive Gründe gegeben, das hat subjektive Gründe gegeben. Wir haben mittlerweile mit jemandem eine mündliche Vereinbarung getroffen, der diese Stelle übernehmen wird, der eine höchste Qualifikation hat, der auch vom Drogenfachgremium dafür als geeignet anerkannt wurde. Und ich habe mit dem Kollegen Schützenhöfer heute am Vormittag ein kurzes Gespräch gehabt. Ich gehe davon aus, dass man das in diesem Jahr noch realisieren kann. Ich sage dazu, dass das schwierig ist, so eine Stelle in einen bestehenden Apparat zu implantieren, wird jeder sehen. Ich stehe dazu, dass das nicht einfach war, aber ich sage dazu, für so einen Job gehört auch ein gewisses Durchhaltevermögen und ein gewisses Durchsetzungsvermögen und das braucht man dort halt auch, um das so installieren zu können.

Der letzte Punkt, um den ich Sie bitte: Und das war bei der Kollegin Zitz so deutlich spürbar. Ich glaube, wir müssen in den Bereich, wenn wir über Drogen und die Problematik dort reden, ein bisschen aufhören, beim anderen immer irgendetwas zu sehen oder zu glauben, der sagt irgendetwas und schon wirst du kategorisiert. Ich sage Ihnen ganz ehrlich zum Führerscheintest. Illegale Drogen sind in Österreich verboten. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Da gibt es dann unterschiedliche Standpunkte, liberalisieren wir den einen Bereich oder nicht. Ich habe kein Problem damit, dass ein 18-Jähriger durchgecheckt wird, ob er Drogen nimmt oder nicht. Ich persönlich, das ist meine persönliche Meinung, ich halte nur nichts davon, eine plakative Aktion zu setzen, wo man sagt, screenen wir alle kreuz und quer durch im Wissen, dass die Maßnahme nicht effizient ist, im Wissen, dass die Maßnahme teuer ist und im Wissen, dass wir es so nicht machen können. Weil dann beschließen wir einen Klassenantrag, nur wissen wir selber, dass wir es nicht zusammenbringen. Ich halte die Vorgangsweise für gescheit, dass wir sagen, holen wir Experten zusammen, die uns sagen, wie können wir das am deutlichsten machen. Und selbstverständlich sind die Amtsärzte die, die diese medizinische Untersuchung machen, heute schon verpflichtet darauf zu schauen. Sie werden auch schon intensiver geschult um erkennen zu können, ob einer in diesem Bereich ein Problem hat oder nicht. Aber wenn wir das verbessern und intensivieren, ist es, glaube ich, für alle gescheit, weil eine Diskussion haben wir mit Sicherheit. Und Gott verhüte es, dass das einmal passiert, wenn ein 18-jähriger Führerscheinneuling, der eingeraucht, eingespritzt, eingeschnupft oder sonst was ist, in eine Gruppe von Kindern hineinfährt und die tötet, dann bricht die Riesendiskussion aus und dann haben wir das wirkliche Problem. Ich meine, dass wir jetzt das ganz emotionslos diskutieren sollten, wie kann man Leute, die ein wirklicher Risikofaktor sind, dort erkennen und wie kann man mit denen auch umgehen. Und das Gleiche gilt für mich, ohne da „Law and Order“ zu spielen, in der Frage der Kontrolle von Drogen am Steuer. Wenn wir heute gesellschaftlich akzeptieren, dass einer, der vier Achtel getrunken hat und dabei dann beim Autofahren erwischt wird, dass man dem den Führerschein wegnimmt, dann müssen wir auch akzeptieren, dass einer, der eingeraucht ist, eingespritzt ist, eingeschnupft ist, wenn er beim Autofahren erwischt wird, dass man ihm auch den Führerschein wegnimmt. Und ich glaube, es hat nichts mit „Law and Order“ zu tun, das sagt mir der gesunde Menschenverstand. Und da sollen wir uns nicht gegenseitig charakterisieren, die einen sind die Liberalen, die anderen sind die Konservativen, sondern da geht es um eine vernünftige Aktion und ich glaube, die sollten wir unterstützen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 21.54 Uhr.)



**Präsident:** Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Zitz, wenn möglich etwas kürzer als sonst.

**Abg. Mag. Zitz** (21.54 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Landesrat Dörflinger, da gibt es ein grundsätzliches Missverständnis. Es gibt ein Suchtmittelgesetz und es gibt ein Strafgesetzbuch. Und wenn jemand unter Drogenkonsum Auto fährt, kann diese Person voll zu Recht abgestraft werden inklusive Führerscheinentzug, seit Jahrzehnten in Österreich geltendes Recht. Das, wogegen ich mich wehere, ist, dass 18-Jährige prophylaktisch vor der Führerscheinprüfung auf irgendwelche Substanzen hin überprüft werden. Was machen Sie mit dem 18-Jährigen, wenn es ein paar 100 Substanzen gibt, die man mischen kann, wo man ein Red Bull dazu trinkt, wo man irgendwelche Medikamente dazu nehmen kann, die alle möglichen Gefahren mit sich bringen können, worauf untersuchen Sie nämlich prophylaktisch, ohne dass dieser Mensch irgendwann einmal straffällig geworden wäre, diesen Jugendlichen? Es ist mir unklar und ihre Wortmeldung hat mich jetzt schwer verunsichert, weil ich im Ausschuss den Eindruck gehabt habe, dass Sie da eine Linie verfolgen, die ich für mich als politisch sehr transparent empfunden habe.

Ein zweiter Punkt, ganz kurz zu den Freiheitlichen: Der Herr Kollege Lafer hat einen schweren strategischen Fehler gemacht, nämlich Sie sind hergegangen und haben leider mich an dieses 5000-Schilling-Drogendealerkopfgeld erinnert. Das war absolut absurd, weil es eine Zumutung ist, Leute, die wirklich draufgekommen sind, dass jemand in diesem Bereich tätig ist, den zum Freiheitlichen Landtagsklub zu schicken und nicht zu sagen, wenn ihr Beweise habt, wenn ihr einen starken Verdacht habt, dann geht zur Gendarmerie und zur Polizei. Und da die Freiheitliche Partei zwischenzuschalten, das ist für mich eine Zumutung. Und zum Glück hat sich die Exekutive in Kärnten und in der Steiermark sofort dagegen ausgesprochen. (Beifall bei den Grünen. – 21.56 Uhr.)

**Präsident:** Herr Landesrat Schützenhofer bitte!

**Landesrat Schützenhöfer** (21.57 Uhr): Meine Damen und Herren!

Wenn wir ehrlich sind, stehen wir dem Phänomen teilweise durchaus ohnmächtig gegenüber. Ich denke, damit hängt zusammen, dass wir das Problem hin und her schieben und auch Schuldzuweisungen machen. Zuletzt was den Bund betrifft. Ich lasse mir die Frage wirklich gefallen, warum ein Jugendlandesrat in den letzten Wochen zu diesen Fragen eher nicht Stellung genommen hat und sage Ihnen ganz offen, da sind mir insgesamt zu viele Besserwisser am Werk. Zu viele, die parteipolitisch motiviert vordergründig ihr Spiel auf Kosten möglicherweise betroffener junger Menschen spielen. Und da mache ich nicht mit und plädiere genau dafür, wie es die Frau Kollegin Halper so schön zum Ausdruck gebracht hat, dass es weniger um Reden und um Schlagzeilen geht, sondern darum, dass wir handeln. Ich glaube, wir können jeder in seinem Bereich handeln. Wir sollten es aufgeben, von Zuständigkeiten zu reden, formal bin ich nicht zuständig, aber natürlich bin ich zuständig. Ich bin Pflichtschulreferent, ich bin Jugendreferent. Und daher unterstütze ich einmal ganz grundsätzlich die Arbeit des in der Regierung zuständigen Referenten und versuche auch selbst einiges zu tun. Und mein Appell ist, dass wir uns hier nicht parteipolitisch ausspielen, sondern dass wir etwas tun.

Erster Punkt: Wir haben im Juni beschlossen, einen Drogenkoordinator einzusetzen und ihn aus der Fachabteilung für Gesundheitswesen zu installieren. Ich habe vor mehreren Wochen dem Vorschlag des Landesrates Kollegen Dörflinger für die auserwählte Person meine Zustimmung gegeben und habe gestern durch einen Journalisten erfahren, dass die Betreffende die Funktion nicht antreten möchte. Wir haben heute Vormittag gesprochen, Dienstposten hin und Dienstplan her und eine konkrete Person, vom Kollegen Dörflinger vorgeschlagen, jetzt noch in Bruck tätig, auserwählt. Ich bin mit diesem Vorschlag einverstanden und wir können den Drogenkoordinator fristgerecht, denn bis 31. Dezember ist ja einer zumindest Suchtgiftkoordinator, mit 1. Jänner bestellen und ihm dann bei der Arbeit helfen, denn mit der Bestellung ist ja noch nicht viel getan, wer glaubt, dass das schon etwas ganz Besonderes wäre. Zweiter Punkt: Ich habe in den letzten Wochen mir so einiges gedacht, wie ich die selbst ernannten Drogenspezialisten in den Überschriften mir angeschaut habe in den verschiedenen Medien, aber in der gleichen Zeit gar nicht wenige Gespräche mit dem Landesschulrat, mit Schulen, mit Schülern, mit Lehrern geführt und bin natürlich auch draufgekommen und das werden mir die hier anwesenden Lehrer bestätigen, dass es auch in diesem Bereich das Phänomen gibt, dass man es nicht glaubt, dass es dort Probleme gibt und ganz sicher ist, dass es dort Probleme nicht gibt – ehrlicher Absicht. Und daher habe ich mit dem Landesschulrat, mit Experten, eine Informationswelle in den Schulen vor, auch die Möglichkeit, dass sich Schüler und auch Lehrer und auch Eltern anonym an Stellen wenden können als einen der Beiträge von möglicherweise vielen Beiträgen, die alle nicht neu sind, aber die wir verstärken müssen, um diesem katastrophalen gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Phänomen gemeinsam einiges entgegenzustellen in der Hoffnung, dass wir es eindämmen und dass wir die Sache insgesamt in den Griff bekommen. Wer glaubt, damit Schlagzeilen machen zu können und nach der Schlagzeile wieder von der Bühne tritt, tut dem Anliegen nichts Gutes. Deshalb ist Zurückhaltung, aber Handeln gefragt. (Beifall bei der ÖVP. – 22.03 Uhr.)

**Präsident:** Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 272/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Der nächste Entschließungsantrag der ÖVP, SPÖ und FPÖ, betreffend Eindämmung der Drogenkriminalität, wird auf Wunsch punktuell abgestimmt.

Punkt eins: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten um zu erwirken, dass a) die Ablegung eines Drogentests vor der Führerscheinprüfung gesetzlich verankert wird und b) mehr finanzielle Mittel für die Drogenbekämpfung und für den Ausbau einer flächendeckenden Primär- und Sekundärprävention bereitgestellt werden. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des ersten Punktes fest.

Punkt zwei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Jugendschutzgesetz unter dem Aspekt der Drogenproblematik zu überarbeiten. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des zweiten Punktes fest.

Punkt drei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Einsatz von Drogenstreetworkern flächendeckend zu verstärken. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des dritten Punktes fest.

Punkt vier: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den vom Landtag bereits geforderten landesweiten Drogenkoordinator rasch zu bestellen. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des vierten Punktes fest.

Punkt fünf: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Substitutionsprogramm genau zu evaluieren und die Richtlinien betreffend die Ausgaben von Ersatzdrogen strenger zu kontrollieren. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des fünften Punktes fest.

Punkt sechs: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Expertengruppe einzusetzen, welche effiziente, taugliche und finanzierbare Vorschläge bezüglich der Fahrtauglichkeitsuntersuchung im Zusammenhang mit Substanzmissbrauch bis Ende des ersten Quartals 2002 auszuarbeiten hat. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des sechsten Punktes fest.

Wir stimmen ebenso punktuell ab über den Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Suchtgiftprävention.

Punkt eins: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, einen Drogentest bei den Zugangsbestimmungen für Führerscheinprüfungen gesetzlich zu verankern. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des ersten Punktes.

Punkt zwei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, einen Drogentest bei Schuluntersuchungen für Schüler ab dem zehnten Lebensjahr von qualifiziertem Fachpersonal gesetzlich zu verankern. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dies ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Bei den Tagesordnungspunkten 30 bis 34 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese fünf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**30. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 210/2, zum Beschluss Nr. 46 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Februar 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Lafer, List und Dietrich, betreffend Reformen im steirischen Gesundheitswesen.**

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hagenauer** (22.07 Uhr): Es liegt die Vorlage der Landesregierung zu diesem Tagesordnungspunkt, den Sie kennen, vor. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 9. Juli 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 46 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Februar 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Lafer, List und Dietrich, betreffend Reformen im steirischen Gesundheitswesen, wird zur Kenntnis genommen. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (22.08 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung.

**31. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 159/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend Gestaltung interner Dienstleistungsbereiche innerhalb der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Lafer** (22.08 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 159/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend Gestaltung interner Dienstleistungsbereiche innerhalb der Steiermärkischen Krankenanstalten GmbH. Es liegt Ihnen dieser Schriftliche Bericht vor, Sie haben ihn alle zugestellt bekommen und ich bitte um Kenntnisnahme. (22.08 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung.

**32. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 568/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz und Gross, betreffend Aufhebung des Ambulanzbehandlungsbeitrages.**

Berichterstatter: Landtagsabgeordneter Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Erlitz** (22.09 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 568/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz und Gross, betreffend Aufhebung des Ambulanz-Behandlungsbeitrages. Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seiner Sitzung am 6. November 2001 über den obgenannten Antrag die Beratung durchgeführt. Bei der Abstimmung am 6. November 2001 blieb der gegenständliche Antrag in der Minderheit. Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 568/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz und Gross, betreffend Aufhebung des Ambulanzbehandlungsbeitrages, wird zur Kenntnis genommen. (22.09 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung.

**33. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 161/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend First-Love-Ambulanz.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Lafer** (22.10 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 161/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend First-Love-Ambulanz.

Dieser Antrag wurde im Ausschuss behandelt. Es liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor und ich bitte um Kenntnisnahme. (22.10 Uhr.)

**Präsident:** Danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

**34. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 554/1, der Abgeordneten Purr, Dr. Forenbacher und Bacher, betreffend spezielle Verrechnungsbefugnis der BBSUA Graz mit der Steiermärkischen GKK.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Forenbacher. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Forenbacher** (22.10 Uhr): Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seiner Sitzung am 6. November 2001 über den Antrag, Einl.-Zahl 554/1, der Abgeordneten Purr, Bacher und Dr. Forenbacher, betreffend spezielle Verrechnungsbefugnis der bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt in Graz mit der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse beraten und es wird daher folgender Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse in Verhandlungen zu treten um zu erwirken, dass die Steiermärkische Gebietskrankenkasse neuerlich mit der bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Graz Verträge zur Verrechnungsbefugnis für mikrobiologische, serologische und klinisch-chemische Patientenproben schließt. Ich bitte um Annahme. (22.11 Uhr.)

**Präsident:** Danke, Herr Abgeordneter, für die Berichterstattung. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hans Bacher, nächste Wortmeldung dann Abg. Lafer bitte in Vorbereitung.

**Abg. Bacher** (22.11 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ein paar Sätze zum Antrag Nr. 568/1, betreffend Aufhebung des Ambulanzbeitrages. Ich bin ein bisschen irritiert über diesen Antrag und möchte das auch begründen, weil nämlich unter anderem in diesem Antrag zitiert wird: „Die Regelung trifft ausschließlich Kranke und ist daher unsozial!“ Und in weiterer Folge wird dann

zitiert: „Vielmehr sind Beeinträchtigungen bei den Behandlungsqualitäten und ein erster Schritt zur Zweiklassenmedizin zu befürchten!“ Ich wundere mich, warum in diesem Antrag solche Zitate fallen – Herr Landesrat Dörflinger. (Landesrat Dörflinger: „Mich wundert es, dass du dich wunderst!“) Ja, ich wundere mich, dass du dich wunderst! Es ist ja eine interessante Abhandlung. Interessant ist es schon, wenn Sie jetzt die Abschaffung dieses Ambulanzbeitrages fordern und in den letzten 30 Jahren für die Gesundheitspolitik in Österreich zuständig waren. Und im Jahr 1976 bekannterweise erstmalig mit Behandlungsbeiträgen bei den Patienten „abkassiert“ haben. Und zwar waren es damals für die Rezeptgebühr 6 Schilling, in der Zwischenzeit sind wir ja bei 55 Schilling und das waren im Jahr 1999, weil du, Herr Landesrat, das so lächerlich darstellst, immerhin 3,4 Milliarden Schilling in Österreich, wo allein für die Rezeptgebühr Selbstbehalte kassiert wurden. Abgesehen davon, dass Eisenbahnbedienstete, Beamte, Gewerbetreibende und so weiter ohnehin immer schon Selbstbehalte bezahlt haben. Und es ist weiterhin auch interessant, dass die Steiermärkische Gebietskrankenkasse im Voranschlag beziehungsweise in der Abrechnung 1999 zirka 700 Millionen Schilling an Selbstbehalten kassiert – 700 Millionen Schilling kassiert die Steiermärkische Gebietskrankenkasse. 338 Millionen an Rezeptgebühren, 88 Millionen Schilling an Krankenscheingebühren, 3 Millionen für die Krankentransporte, 141 Millionen für Zahnersätze, 70 Millionen Schilling für Kieferregulierungen. Mich wundert nur, weil ihr euch über die Ambulanzgebühr so wahnsinnig aufregt und daneben werden hunderte Millionen Schilling ständig von den Versicherten kassiert – jahraus, jahrein. Und das ist seit Jahren, seit Jahrzehnten in Österreich System und von den Sozialdemokraten eingeführt worden. (Landesrat Dörflinger: „Erhöhung der Ambulanzgebühr!“) Daher möchte ich fragen, ob ihr die Diskussion einmal offensiver führen wollt, nämlich zu sagen, wir brauchen keine Selbstbehalte mehr. Das ist ja eure Forderung. Ich frage mich nur, den Vorschlag, was tun wir dann, wie wird die Steiermärkische Gebietskrankenkasse einen Abschluss zusammenbringen, wenn diese 700 Millionen Schilling nicht mehr als Selbstbehalte eingezahlt werden? (Landesrat Dörflinger: „Wir brauchen keine Ambulanzgebühren!“) Da hätte ich gerne einmal einen Vorschlag gemacht. Und es ist ja letzten Endes interessant, dass das Thema ja seit Jahren virulent, es immer wieder auch kommt, es war nicht zuletzt Edlinger und auch Rieder, der Finanzstadtrat von Wien, die schon im 95er Jahr Ambulanzgebühren verlangt haben in der Höhe von 200 bis 300 Schilling pro Krankenschein. (Abg. Gross: „Wir brauchen keine Ambulanzgebühren, die vom Bund einkassiert werden!“) Ja, Moment einmal, als zusätzliche Einnahme. Ihr beklagt das, dass es die Patienten betrifft, ihr beklagt das, dass das Steuerungselemente sind, ihr beklagt das, dass immer wieder zusätzlich von den Patienten kassiert wird. Selbstverständlich sind seinerzeit 1976 solche Selbstbehalte eingeführt worden, damit die Patienten nicht ständig Medikamente holen und daheim lagern und, und, und. Diese Selbstbehalte sind selbstverständlich als Steuerungselemente vorgesehen gewesen. Und es ist ja auch interessant, dass natürlich im Bereich der Ambulanzen – und da seid ihr natürlich auf der Seite der Sozialversicherungen – auch in den letzten Jahren ganz einfach vom Tisch gewischt wurde. Die Gebietskrankenkasse hat es sich relativ einfach gemacht. Die haben gesagt, die Leute sollen in die Spitäler gehen, sollen sich ambulant behandeln lassen, weil in die Spitäler, in den Topf, zahlen wir ohnehin hinein. Seit der Einführung der neuen leistungsorientierten Finanzierung ist der Deckel drauf, die Spitäler haben nicht mehr gewusst, wie sie mit diesen Mitteln umgehen sollen beziehungsweise von wo die Mittel herkommen sollen. Die Facharztstellen sind hinten geblieben, die praktischen Arztstellen sind hinten geblieben. Ich habe im Bezirk Murau einen einzigen Augenarzt für 35.000 Einwohner, Wartezeit mindestens ein halbes Jahr. Warum hat man in der Zwischenzeit nicht eine zweite Augenarztstelle geschaffen? Weißt, wo die Patienten hingehen? Ins Krankenhaus nach Leoben, weil dort bekommen sie einen Termin. Bei den niedergelassenen Ärzten kriegen sie nämlich keinen Termin. Und das ist das Problem. Die Kassen haben sich zurückgenommen, haben gesagt, okay, wir werden das relativ sparsam besetzen. Letzten Endes fehlen – glaube ich – laut ÖPIG-Studie ganz Österreich rund 700 Facharztstellen. Na, selbstverständlich, wir haben natürlich auch Defizite in diesem Bereich. Und die Leute, die krank sind und einen Termin brauchen, müssen dann ins Krankenhaus ausweichen. Das ist das Problem. Daher bin ich auch der Meinung, dass man das ein bisschen ehrlicher diskutieren sollte. Nicht sagen, aha, die böse Bundesregierung hat wieder irgend einen Selbstbehalt eingeführt. In dem Fall die Ambulanzgebühr, das ist die böse Bundesregierung, weil die wieder neue Belastung für die Patienten eingeführt hat und daneben kassiere ich Jahr für Jahr hunderte Millionen Schilling, es sind – glaube ich – insgesamt 15 Milliarden Schilling an diversen Selbstbehalten, die wir in der Zwischenzeit von unseren Patientinnen und Patienten verlangen. Das ist die Wahrheit. (Abg. Gross: „Dass die das zusätzlich eingeführt haben, ist genauso die Wahrheit!“) Daher müssen wir bei den Selbstbehalten über diese 15 Milliarden Schilling reden, Frau Kollegin Gross. (Abg. Gross: „Sag ein Wort dagegen!“) Über diese 15 Milliarden Schilling, die wir jetzt Jahr für Jahr von unseren Patientinnen und Patienten als Selbstbehalt in diesem System kassieren. Über das müssen wir reden. (Abg. Gross: „Über die Ambulanzgebühr nicht?“) Und da hätte ich gerne einen Vorschlag, wie Sie sich das vorstellen, wie wir dieses Loch stopfen. Das hätte mich einmal interessiert. (Beifall bei der ÖVP.) Weil das ist nicht die Wahrheit, dass ich ein Segment herausnehme und sage, okay, das ist die böse Bundesregierung und über die anderen Dinge darf ich nicht reden. (Abg. Gross: „Du darfst über alles reden!“) Ich sage dir etwas, wenn wir dieses Instrument der Selbstbehalte nicht hätten, würde in Wahrheit das ganze System zusammenbrechen. Aber das wissen Sie ganz genau und das ist auch bei euch bekannt. (Abg. Schrittwieser: „Wie ich dich kenne, muss dir das ganz schön weh tun, wenn du die Bundesregierung verteidigen musst!“) Nein, das tut mir nicht weh. Weißt warum nicht? Weil ich der Meinung bin, erstmalig ist es möglich, ehrlich über diese Probleme zu reden. Und wenn ihr in diesen Antrag hineinschreibt, wie ungerecht es ist und wie wir alle bestraft werden, dann verstehe ich nicht, ihr habt die Ausnahmeregelungen nicht gelesen. Es sind zum Beispiel medizinische Notfälle ausgenommen, wenn sie unmittelbar anschließend einen stationären Aufenthalt haben, mitversicherte Kinder, Bezieherinnen einer Waisenpension und anderer Einkommen. Das sind die Ausnahmen, die wichtig sind. Ich sage es deshalb, damit du weißt, dass es sie gibt. Man kann daher nicht hineinschreiben, Organspender müssen Ambulanzgebühren

bezahlen. Außerdem ist mir noch nicht bekannt, dass eine Organtransplantation in einer Ambulanz durchgeführt wird. Dialysepatienten, Strahlen- und Chemotherapeuten sind auf die Dauer von diesen Gebühren ausgenommen, Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen sind ebenfalls ausgenommen, Untersuchung für Mutterschaft ausgenommen, die Spende an Teilen von Organen des Körpers oder die Blutplasmaspende ist ausgenommen. Sogar Lehrlinge im ersten und zweiten Lehrjahr sind ausgenommen. Ich sage daher zum Abschluss noch einmal, weil immer wieder mit dem hausiert wird, die böse Bundesregierung führt Ambulanzgebühren ein, bestraft ständig die Patienten, bestraft ständig die armen Patienten, weil sie immer wieder zur Kasse gebeten werden und daneben kassieren wir Jahr für Jahr zirka 15 Milliarden Schilling, 15.000 Millionen Schilling von den Patientinnen und Patienten an Selbstbehalten, die in Wahrheit das System aufrechterhalten. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 22.21 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung dazu kommt von Herrn Landesrat Dörflinger.

**Landesrat Dörflinger** (22.21 Uhr): Geschätzter Hans Bacher!

Wenn die Euphorie über deine Wortmeldung abgeklungen ist, möchte ich dir Folgendes sagen: Bei den Ambulanzgebühren und bei dem, worüber du dich wunderst, fällt mir etwas ein: Mich wundert es, dass du dich wunderst, wenn ich mich wundere, dass du dich wunderst. Ich muss dir ehrlich sagen, die Argumentation, die du jetzt gebracht hast, ist okay. Sie ist aber eine gefährliche Drohung. Du sagst, ihr habt ja selber schon Selbstbehalte eingeführt. Also selbstverständlich dürfen wir auch. Genau das werfen wir euch vor, Hans. Genau das ist unsere Sorge bei den Studiengebühren. Wenn ich auf der Uni kassiere, kann ich nachher in der Mittelschule kassieren und in der Hauptschule auch. Das ist genau die Politik, die ihr macht. Ihr habt dort eh schon gesagt, das ist das Politische, Hans. Das ist das politische Argument. Zwei sachliche Argumente, Hans, erster Punkt: Steuerung. Ehrlich, nicht böse sein. So einen Bauchfleck und im Gesundheitsbereich sind wir ja Spezialisten auf der Bundesregierungsebene, was Bauchflecke betrifft, in eingesprungene Axel und alles Mögliche, gibt es wohl kaum woanders. Es schwappt uns ununterbrochen, so zum Beispiel bei der Chipkarte, bei der Einführung der Ambulanzgebühren, ununterbrochen auf den Bauch. So einen Bauchfleck, wie den Steuerungsmechanismus bei den Ambulanzgebühren, kann man nicht noch einmal bringen. Es sind die Ambulanzgebühren eingeführt worden, weil wir einen Steuerungsmechanismus haben wollten. Dann hat die Bundesregierung intendiert, dass mehr Leute in die Spitalsambulanzen gehen. Das, was wir erreicht haben, war, dass wir in den steirischen Spitälern 15.000 mehr Ambulanzbesuche in diesem Jahr haben als im Vorjahr. Wenn das die Steuerung ist, dann muss ich sagen, ist das daneben gegangen, weil ich nicht davon ausgehe, dass man die Leute in die Ambulanzen hineinbringen will. Um eines bitte ich dich schon, Hans, bei den Ausnahmen: Mache es dir nicht so leicht. Mache eine Liste, wer aller ausgenommen ist. Ich sage dir ein anderes Beispiel, Hans, wer nicht ausgenommen ist, und das hat mich wirklich getroffen, dass man vom Bund immer nur hört, geht nicht, geht nicht, geht nicht. Wenn heute ein Kranker zehn Jahre, sieben Jahre, fünf Jahre an einer künstlichen Niere hängt beziehungsweise eine Nierenwäsche macht und dann eine neue Niere bekommt, ist er ab dem Tag, wo er die neue Niere bekommen hat, von den Ambulanzgebühren nicht mehr befreit. Wir alle wissen, dass er ab dem Zeitpunkt, wo er die neue Niere bekommen hat, bis ans Ende seines Lebens ununterbrochen in die Ambulanz muss, weil es keinen praktischen niedergelassenen Arzt gibt, der Nierentransplantierte behandelt. Nicht einmal die Leute sind ausgenommen. Es gibt eine ganz große Gruppe von Leuten, die sowieso tausende von Schilling für Medikamente bezahlen müssen und nicht jetzt gezwungen werden, in die Ambulanzen zu gehen, weil sie keine Alternative haben und in Wirklichkeit noch einmal zur Kasse gebeten werden. (Abg. Majcen: „Ist ja nicht wahr!“) Wenn man schon politisch sagt, die Ambulanzgebühren bleiben und sie sind da, dann ist das leider wahr. Ich übermittle dir den ganzen Schriftverkehr. Ich bin bei den Nierentransplantierten gestanden, die gesagt haben, sie werden jetzt wieder für arbeitsfähig erklärt. Eine Frau mit 48 Jahren, die zwölf Jahre lang nicht gearbeitet hat, die Sekretärin war, hat gesagt, ich kenne mich nicht einmal mehr aus. Die schicken mich jetzt wieder arbeiten. Weil sie wieder arbeitsfähig ist und weil sie eine Niere transplantiert bekommen hat, muss sie den Ambulanzbeitrag bezahlen. Das ist die Kehrseite der Geschichte. (Abg. Bacher: „Was ist mit der Rezeptgebühr? Die Patienten brauchen auch Rezepte. Hunderte von Schilling!“) Lieber Hans Bacher, mit der Argumentation kann ich alles rechtfertigen. Faktum ist schon und ich weiß, dass es politisch im Moment nicht opportun ist und auch nicht mehrheitsfähig ist, gegen die Ambulanzgebühren Mehrheiten zustande zu bringen. Um eines bitte ich euch aber schon: Helft uns wenigstens, dass die armen Teufel, die dort zur Kasse gebeten werden, befreit werden. Das sind keine großen Gruppen, aber das sind ganz, ganz arme Hunde, die das wirklich brauchen würden. Dass man hier so stur vorgeht, das verstehe ich überhaupt nicht. Wenn ihr euch schon insgesamt, was ich verstehe, von den Ambulanzgebühren nicht verabschieden könnt, dann helft uns wenigstens bei den paar Tausend in Österreich, die es dringend brauchen würden und denen man wirklich helfen könnte. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 22.26 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Landesrat Schützenhöfer.

**Landesrat Schützenhöfer** (22.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das ist eine interessante Debatte. Ich melde mich deshalb, um Ihnen zu sagen, dass ich ein leidenschaftlicher Anhänger der Ambulanzgebühr bin, aber nicht, wie sie praktiziert wird. Aber, und deshalb tut es mir sehr Leid, dass in meiner eigenen Partei viele Gegner sind, die vier Landesräte aus verschiedenen Bundesländern, die da hinausgeschrien haben und die mit dazu beigetragen haben, dass sie eine Idee, die ich nach, ich weiß nicht, 20, 30 Jahren für die erste, von der Idee, nicht von der organisatorischen Abwicklung her, gute Idee gehalten habe,

eine Art Selbstbehalt einzuführen, die Ausnahmen für die sozial Schwachen beinhaltet. Das ist ja das, was wir in Österreich in der Sozialpolitik, Regierung rot-schwarz und schwarz-blau hin und her, immer bekrittelt haben, dass Maßnahmen, die linear mit dem Rasenmäher gesetzt werden, die sozial Schwachen am ärgsten betrifft. Lieber Günter Dörflinger oder auch nicht lieber Günter Dörflinger, die Idee, einen Selbstbehalt einzuführen, aber Ausnahmen zu machen, ist von der Idee her die erste, die einen Unterschied macht zwischen jenen, die sich etwas leisten können und jenen, denen man eine bestimmte Leistung nicht zumuten kann. Die Abwicklung, die Durchführung und möglicherweise auch, du hast es angeführt und wir haben in der Regierung auch gemeinsame Beschlüsse gefasst in Bezug auf Ausnahmen, die gewährt werden hätten müssen, ist eine andere Frage. Da können wir uns treffen. Ich sage Ihnen noch einmal: Für mich, und da mache ich mich gerne unbeliebt, war es der Tupfen auf dem I der Impertinenz, dass dann die Ärzte hergehen und sagen und sie haben sich auch durchgesetzt, denn die setzen sich bei jeder Bundesregierung durch, sie können nicht feststellen, was ein Notfall ist. Und da, meine Damen und Herren, nehmen wir die Emotion runter und diskutieren wir das bitte abseits der Frage, wer gerade in der Bundesregierung am Werk ist. Das ist alles vergänglich. Mir ist das ein ernstes Anliegen. Du kannst mir glauben, ich melde mich dazu nicht hetzhalber um diese Zeit. Es soll auch kein Duell von irgendwelchen Regierungsmitgliedern sein, sondern wir sind im Landtag. Weil ich in meiner eigenen Partei durchaus nicht in der Mehrheit bin, sage ich nochmals, dass eine gesamte Berufsgruppe, wie die Ärzte, schlicht und einfach hergeht und sagt, wir sind nicht Bürokraten und können daher nicht hineinschreiben, ob das ein Notfall ist oder nicht. Ja, bitte, wer denn sonst soll feststellen, ob ein Notfall vorliegt oder nicht? Und dass eine Bundesregierung – und das ist vollkommen wurscht welche, jede in den letzten 30 Jahren, seit ich in der Politik bin, ist vor dieser Klientel eingegangen. Und wir diskutieren das alles immer völlig vordergründig, weil natürlich jetzt die Bundesregierung am Werk ist, ist das alles schlecht, sagt ihr und sagen wir im Wissen, dass es auch nicht stimmt, es ist alles gut, anstatt in die Tiefe zu gehen und zu fragen, was ist Sache und was ist nicht? Mich kann niemand überzeugen von der Besteuerung der Unfallrenten, weil es Besteuerung eines Schmerzensgeldes ist. Und es ist nicht zu besteuern. Es ist mir wurscht, was meine eigene Partei in dem Zusammenhang sagt, aber ich werde – (Abg. Gross: „Ich müsste das erste Mal seit langem klatschen!“) Was sagst? (Abg. Gross: „Ich müsste das erste Mal seit langem klatschen!“) Bleib dabei, dass du nicht klatscht, du willst ja weiter verlängert werden! Aber in der Frage der Ambulanzgebühr bitte ich Sie ganz persönlich über alle Parteigrenzen hinweg, wir alle führen so oft auf den Lippen und man tut sich manchmal schon schwer es hinauszubringen, das Wort von der sozialen Gerechtigkeit. Was ist denn sozial gerecht? Ist es nicht sozial gerecht, dass ich dem Besserverdienenden abverlange, dass er die Ambulanzgebühr hinlegt, dass es aber der chronisch Kranke, der Behinderte und, und, und, und da kann und soll man und haben wir ja auch über Ausnahmen geredet, dass es der Schwächere nicht bezahlt? Wir haben uns alle – ich nicht – aber man hat sich insgesamt selektiert an Stümperhaftigkeit unüberbietbaren Vorgangsweise des zuständigen Ministers und waren froh, die Sache abhaken zu können. Wenn wir nachdenken, haben wir eine Debatte beendet mit Wollust, die es wert gewesen wäre, ausdiskutiert zu werden. (Beifall bei der ÖVP. – 22.32 Uhr.)

**Präsident:** Herr Landesrat Dörflinger, er hat sich zur Replik gemeldet.

**Landesrat Dörflinger** (22.32 Uhr): Ich werde sehr kurz sein, damit der Peter Hagenauer uns nicht wieder da zurechtweisen muss. Ich werde auch nicht das Pathos hineinlegen, dazu fehlt mir bei der Diskussion wirklich das Animo. Nur, Hermann, zwei Fragen oder zwei Anmerkungen dazu.

Ich finde es klasse, dass du dezidiert sagst, es war ein Meilenstein und eine tolle Sache, die Ambulanzgebühren. Ich sage dazu, ich finde es klasse, wenn man endlich die Unterschiede zwischen den Parteien deutlich erkennt. Ich halte es für einen katastrophalen Schwachsinn. Und ich sage dir warum. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie sind ein betriebswirtschaftlicher Schwachsinn, was die Spitäler betrifft, weil ihr ja nicht den Mut habt, die Konsequenz dieser Ansage, die ihr gemacht habt, durchzuziehen. Wir ersparen uns in den Spitälern dann wirklich etwas, wenn wir Ambulanzen zusperrten. Und dies müsstet ihr sagen, dann würde nämlich die Diskussion anders aussehen. Mit dem Schmäh, dass in der chirurgischen Ambulanz, wo bisher am Tag 50 betreut wurden, künftighin nur mehr 45 oder 30 betreut werden und dass wir uns dann etwas ersparen, könnt ihr niemand hinter dem Ofen hervorlocken. Das Problem, das wir haben, wir werden sukzessive, wenn das zutrifft, was man sich erwartet, vielleicht weniger Patienten in den Ambulanzen haben, uns aber nichts ersparen. Und das Zweite, was mich immens stört und mich wundert, dass du als Arbeitnehmervertreter das sagst, was mich immens stört, was ist dann mit dem Gleichheitsgrundsatz? Warum bezahle ich für die gleiche Leistung im Spital, im öffentlichen Spital 150 oder 250 Schilling und wenn ich zum niedergelassenen Arzt gehe, bezahle ich nichts? Das ist in Wirklichkeit Lobbyismus für eine gewissen Art von Gesundheitsversorgung. Und das, was ich nicht akzeptiere, weil es ununterbrochen zu einer Zweiklassengesellschaft führt, aber nicht in der Bevölkerung. (Abg. Bacher: „Warum muss ich mit einer Fußverstauchung ins Krankenhaus gehen?“) Ich habe dir auch zugehört, Hans!

Das Problem ist nämlich und das sage ich euch da und da werden andere noch dastehen, wenn wir es zulassen, dass die Spitäler ausschließlich jene Leistungen erbringen dürfen, mit denen man kein Geld macht, die zu Zeiten erbracht werden müssen, wo sie andere nicht erbringen können und erbringen wollen, dann werden wir zum Schluss ein Defizit in den Spitälern haben, das wir uns wirklich nicht leisten können. Und das Rosinen-Herauspicken, von all den Geschichten passiert genau mit dieser Geschichte, sucht bitte – und ich wiederhole mich zum 100.000sten Mal – sucht bitte in Graz am Freitag am Nachmittag einen Zahnarzt. Sucht bitte in Graz oder irgendwo draußen am Sonntag Vormittag einen Augenarzt. Sucht bitte irgendwo den und den Facharzt. Das wirkliche Problem ist, dass keine Ersatzstruktur da ist und das wirkliche Problem wird sein, dass die Ersatz-

struktur teurer ist. Und noch etwas, du sagst, die Ambulanzgebühren sind super. Ich sage wirklich auch, als Arbeitnehmervertreter wundere mich das von dir, in Wirklichkeit ist ja ganz was anderes passiert. Man hat sich gescheut, eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge durchzuführen, weil bei den Krankenversicherungsbeiträgen die Dienstgeber auch eine Erhöhung gehabt hätten. So hat man die Krankenversicherungsbeiträge einseitig für die Arbeitnehmer erhöht und hat dann gesagt, es ist ein Selbstbehalt. Dass du das für gescheit empfindest, wundere mich, ich akzeptiere das aber. (Beifall bei der SPÖ. – 22.35 Uhr.)

**Präsident:** So, jetzt gehen wir in der Reihenfolge weiter. Es hat sich zu Wort gemeldet Herr Klubobmann Lafer. Herr Klubobmann, Sie sind am Wort. Nächste Wortmeldung Primarius Forenbacher, bitte vorbereiten.

**Abg. Lafer** (22.36 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Es wäre jetzt interessant, diese Debatte um die Ambulanzgebühren weiterzuführen. Es gibt Argumente dafür und dagegen, aber das will ich mir heute ersparen. Ich möchte lieber zu einem anderen Tagesordnungspunkt Stellung nehmen beziehungsweise einen Entschließungsantrag einbringen. Das ist dieser Entschließungsantrag bezüglich der First-Love-Ambulanzen. Wie du weißt, gibt es diese in Wien bereits und sind von rund 5000 Personen in Anspruch genommen worden und in deiner Stellungnahme dahin gehend begründet worden, dass es nach den Bestimmungen des Paragraphen 34 KALG nicht möglich ist, solches einzurichten. Deshalb haben wir auch den Unselbstständigen Entschließungsantrag vorbereitet und den bringe ich hiermit ein:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine entsprechende Regierungsvorlage zu Paragraph 34 KALG dem Landtag vorzulegen, damit First-Love-Ambulanzen in den steirischen Geb.-Gyn. Abteilungen der Krankenanstalten nach dem Vorbild des Krankenhauses Rudolfstiftung möglich sind.

Vielleicht eine Frage, die du dann beantworten könntest, lieber Herr Landesrat. Herr Landesrat? (Landesrat Dörflinger: „Ich höre dir zu!“) Eine Frage: Gibt es einen Unterschied in Bezug auf die Errichtung solcher Ambulanzen zwischen Wien und Steiermark? (Landesrat Dörflinger: „Ich werde es beantworten!“ – 22.37 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Forenbacher, Frau Mag. Lackner danach.

**Abg. Dr. Forenbacher** (22.37 Uhr): Ich wollte das nicht, muss aber kurz noch auf die Ambulanzgebühren eingehen. Nach den derzeitigen Zahlen sind 60 Prozent der Ambulanzbesucher bereits befreit und es gibt im Gesetz eine weitere Ausnahmemöglichkeit für sozial Bedürftige. Wenn wirklich eine betroffene Gruppe wie die Dialysepatienten finanziell belastet wird, dann gibt es eine Möglichkeit – es ist ja derzeit die 59. ASVG-Novelle in Behandlung – das in der 60. ASVG-Novelle zu berücksichtigen.

Nun zum oben angesprochenen Bauchfleck: Über die Werdung des Gesetzes bin ich auch nicht sehr glücklich. Nur, alle Seriösen, die damit befasst sind, sagen, man kann erst frühestens in einem halben Jahr exakte Zahlen bekannt geben und die Konsequenzen werden dann erst ein Jahr später sichtbar werden. In manchen Bereichen ist heute schon ein Rückgang der Ambulanzen um 100 Prozent, einfach weil die Zahlen früher falsch gezählt wurden. Das zu den Ambulanzgebühren.

Ich wollte nur kurz auf den Antrag der Verrechnungsbefugnis eingehen. Wie Sie wissen, hat die bundesstaatlich bakteriologische Untersuchungsanstalt in Graz zwei Aufgaben zu erfüllen, einmal hoheitliche Aufgaben, Pflichtaufgaben, die gesetzlich vorgeschrieben sind und die kostenlos durchgeführt werden, wie Untersuchungen nach dem Epidemiegesetz, dem Aidsgesetz, Tuberkulosegesetz, Bazillenausscheidergesetz. Daneben ist diese Untersuchungsanstalt auch Referenzzentrale für Salmonellen und Meningokokken. Als zweites Standbein betreibt die Untersuchungsanstalt Routineuntersuchungen für niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser. Anlässlich der Pensionierung des vormaligen Vorstandes der Untersuchungsanstalt ist der Vertrag zwischen der Gebietskrankenkasse und der Untersuchungsanstalt ausgelaufen, das heißt, es müssen die Patienten die Proben, die von niedergelassenen Ärzten eingesandt werden, privat bezahlen und können dann refundiert werden. Diese Vorgangsweise hat zu einem massiven Rückgang der Probenzahlen geführt. Durch diesen Rückgang sind nicht nur Arbeitsplätze gefährdet, sondern es muss auch ein Qualitätsverlust in diesem Labor befürchtet werden: „Learning by doing“. Ich möchte die Bedeutung dieser Untersuchungsanstalt noch einmal herausstreichen: Sie erinnern sich an die Meningokokkenkrankungen vor fünf Jahren in der Obersteiermark oder, und das ist durchaus aktuell, an die Anthraxuntersuchungen, die in dieser Untersuchungsanstalt durchgeführt werden, weil sie über ein Hochsicherheitslabor verfügt. Bei der Ausschusssitzung vor zwei Wochen hat Herr Kollege Gennaro, dem ich von diesem Platz aus baldige Besserung wünschen möchte, darauf hingewiesen, dass die Gebietskrankenkasse auf Grund ihrer ökonomischen Vorgaben gewisse Konditionen beansprucht. Es kann nicht sein, dass sich die Untersuchungsanstalt die Rosinen herausucht und dort, wo sie etwas verdienen kann, der Gebietskrankenkasse Untersuchungen anbietet und andere nicht durchführen will. Ich habe in der Zwischenzeit informelle Gespräche sowohl mit der Sozialversicherung als auch mit der Untersuchungsanstalt geführt. Ich glaube, ich habe auf beiden Seiten Beweglichkeit orten können. Als Optimist bin ich der Überzeugung, dass eine für beide Seiten akzeptable Lösung nicht zuletzt zum Wohle unserer Patienten gefunden werden kann. Es müssten nur die Verhandlungen wieder in Gang gesetzt werden und dahin zielt dieser Antrag. Ich ersuche daher um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 22.42 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Lackner. Sie sind am Wort.

**Abg. Mag. Lackner** (22.42 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Antrag, Reformen im steirischen Gesundheitswesen: Der Antrag, der diesem Tagesordnungspunkt zugrunde liegt, führt im Text an, dass damit nicht Krankenhausstandorte in Frage gestellt werden, nein, nein. Lediglich einige Zeilen weiter steht wirklich im Antragstext drinnen, dass die Landesregierung sehr wohl aufgefordert wird, die Zweckmäßigkeit alternativer Verwendungen einzelner Krankenhäuser zu prüfen. Also doch Infragestellung mancher Standorte von Krankenanstalten. Im April des Jahres hat die Landesregierung auf Initiative von Landesrat Günter Dörflinger den einstimmigen Beschluss gefasst, dass der 1994 gefasste Grundsatzbeschluss mit dem Inhalt einer Standortgarantie für die Krankenhäuser vollinhaltlich aufrecht bleibt. Das ist ein Beschluss aus dem Jahr 1994, der Sie etwas erstaunt, aber er wurde in diesem Jahr neuerlich ins Leben gerufen und wir haben auch diesen Bericht im Landtag zur Kenntnis genommen. Zu den Vorstellungen von Ihnen über Einsparungspotenziale und Zweckmäßigkeit alternativer Verwendungen, wie Sie es schreiben, möchte ich zwei Beispiele bringen: Würde man die fünf kleinsten Spitäler der KAGES zusperren, das sind Mariazell, Bad Aussee, Mürzzuschlag, Hörgas-Enzenbach und Schwanberg, dann erreichen wir eine Einsparung von 5,7 Prozent des Betriebsaufwandes. Im Wissen, dass diese Patienten, die an diesen Standorten nicht mehr ihre Krankenhäuser haben und natürlich woanders hingehen, bleibt dann ein eingestumpftes Einsparungspotenzial von 2,2 Prozent über. Ein zweites Beispiel ist, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, dass in Österreich 8,2 Prozent davon für Gesundheit ausgegeben werden und im EU-Schnitt 8,7 Prozent, im OECD-Schnitt immerhin 8,3 Prozent. Auch im Bundesländervergleich liegt die Steiermark auch nicht schlecht, nämlich verzeichneten Oberösterreich, Kärnten und Tirol höhere Kostenanstiege. Die Schließung eines einzigen Spitals in der Steiermark würde einen gewaltigen Rückschritt in der medizinischen Versorgung der Menschen in diesem Land bedeuten. Die konsequente Umsetzung dieses Antrages von Ihnen, von der FPÖ, würde die Versorgung in den Spitälern für die steirische Bevölkerung in den Randgebieten nicht mehr lückenlos gewährleisten können und die Wegstrecken, die auch definiert sind von der WHO, würden unzumutbar werden. Das ist der Antrag, wenn er konsequent umgesetzt werden würde, der Antrag von der FPÖ. Das Engagement von uns Sozialdemokraten geht in diesem Bereich dahin, dass jeder Steirer und jede Steirerin, egal in welcher Region er oder sie lebt und egal, aus welchem sozialen Umfeld er oder sie kommt, die beste Möglichkeit und die gleichen Chancen haben muss gesund zu bleiben oder gesund zu werden. Das ist unser Grundsatz. Und wir verwehren uns gegen Ihre Politik des Zusperrens. (Beifall bei der SPÖ.)

Deswegen ist dieser Antrag, der heuer gefasst worden ist, eminent wichtig. Diese Standortgarantie haben wir gebraucht, um Sicherheit zu geben. Allein die mittelfristige Finanzvorschau, die Landesrat Paierl gelegt hat und auch die Budgets für die Jahre 2001 und 2002 sehen Rücknahmen oder Kürzungen bei Investitionen und in der Betriebsführung selbst vor in Höhe von sage und schreibe 2,8 Milliarden Schilling. Der in den letzten Jahren eingeschlagene Weg in der Gesundheitspolitik, nämlich die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens, wird damit auch massiv in Frage gestellt. Beispiele sind der Baustopp in Bad Aussee, im Sigmund-Freud-Krankenhaus, im LKH Feldbach und diese Liste ist beliebig fortsetzbar. Wir sind gegen diesen Stillstand im Investitionsbereich Medizin und Forschung. Unser Ziel ist es, eine flächendeckende Versorgung in optimaler Qualität, Effizienz und kostensparend. Unser Verständnis richtet sich damit klar gegen das Verständnis der FPÖ, die diesen Antrag gestellt hat, nämlich alles, was nur in ihre Finger kommen könnte, zuzusperren. Zum Antrag auch der FPÖ, betreffend die First-Love-Ambulanz: Dazu liegt eine Stellungnahme vor. Ich möchte inhaltlich dazu eigentlich nichts mehr sagen, weil sie aussagefähig genug ist. Es geht nämlich um Kooperationen zwischen verschiedenen Einrichtungen, zwischen verschiedenen Institutionen und auch um interdisziplinäre Maßnahmen. Eines möchte ich hier schon festhalten: Sie von der FPÖ fordern wieder einmal alles, was gut klingt, was aber auch Geld kostet. Wir haben heute einige Anträge gehabt. Ich darf dabei die IT-Klassen, den Computerführerschein, den Drogenkoordinator, die Suchtprävention flächendeckend und möglichst intensiv in Erinnerung rufen. Wenn es aber darum geht, diesen Anträgen auch einen entsprechenden Mumm zu verleihen, dass die Finanzierung da ist, dann kneifen Sie. Das ist etwas, was wir leider schon kennen. Wenn Sie Ihren Entschließungsantrag heute zur Erweiterung des KALG durchbringen, das heißt, eine entsprechende Mehrheit finden, Herr Klubobmann Lafer, dann wird es wieder so sein, dass die Umsetzung dieser Erweiterung daran scheitert, dass Sie für dieses Geld nicht mehr Ihre Zustimmung geben, dass Sie letztlich wieder kneifen, wenn es zur Sache geht. Es ist enttäuschend und doppelzünftig, aber mittlerweile für uns keine Überraschung mehr, welches Spiel Sie mit uns, aber vor allem mit den Menschen in der Steiermark treiben. (Beifall bei der SPÖ. – 22.49 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Dadurch komme ich jetzt zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 210/2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Bitte, deutlich! Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 159/1, Tagesordnungspunkt 31, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme des Antrages.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 568/1, Tagesordnungspunkt 32, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Damit komme ich, meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 33, Einl.-Zahl 161/1. Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung mit einem Handzeichen. Danke.

Einstimmig angenommen.



Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Änderung des Paragraphen 34 KALG zum Tagesordnungspunkt 33 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe. Danke.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 554/1, Tagesordnungspunkt 34, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

**35. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 535/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann, Ferstl und Graf, betreffend pensionswirksame Anrechnung von Zeiten ehrenamtlicher Tätigkeit.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Dr. Magda Bleckmann. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Dr. Bleckmann** (22.51 Uhr): Es geht um den Antrag, betreffend pensionswirksame Anrechnung von Zeiten ehrenamtlicher Tätigkeit. Der Antrag liegt Ihnen vor. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.52 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ferstl. Ich erteile ihm das Wort. Es besteht weiters noch ein Rederecht für die Bundesräte dazu. Herr Abgeordneter Ferstl, bitte.

**Abg. Ferstl** (22.52 Uhr): Herr Präsident und meine verehrten Damen und Herren im Hohen Haus!

Ich darf über alles reden, nur nicht über zwei Minuten. Ich werde mich kurz halten.

Ich darf mich zu diesem von Dr. Magda Bleckmann, Verena Graf und mir eingebrachten Antrag melden. Nachdem 75 Prozent der erwachsenen Österreicherinnen und Österreicher Mitglieder von mehr als 100.000 Vereinen oder Verbänden sind, davon sind 36 Prozent aktiv tätig. 25 Prozent der Aktiven wenden bis zu zehn Stunden pro Monat, 20 Prozent mehr als elf Stunden pro Monat und 8 Prozent mehr als 20 Stunden pro Monat für freiwillige Arbeit auf. Pro Woche leisten Freiwillige 16,7 Millionen Stunden an unbezahlter Arbeit, das entspricht der Tätigkeit von 482.000 ganztägig beschäftigten Personen. Produktionswert dieser freiwilligen Arbeit 1,7 Milliarden pro Woche oder 87 Milliarden Schilling im Jahr. Unsichtbar ist die Tätigkeit von etwa 3 bis 8 Prozent, die 20 bis 50 und mehr Stunden im Monat erbringen und diese unglaubliche Zahl von Jahresstunden besonders hoch erhalten. Daher ist dieser am 25. September eingebrachte Antrag auf rentenrechtliche Anrechnung von Zeiten derartigen Engagements wirklich begründet. Im österreichischen Nationalkomitee zum internationalen Jahr der Freiwilligen beziehungsweise Ehrenamtlichen im Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen wurden in knapp zehn Monaten etwa 25 Sitzungen in acht Arbeitskreisen abgehalten, die unter dem Untertitel Qualitätssicherung, Freiwilligkeit und der öffentliche Dienst, Verbesserung des Vereinswesens, Ehrenamt und Rechtsschutz, Anwerbung und Vermittlung und so weiter tätig waren und noch tätig sind. In einem Arbeitskreis wurden die Motive der freiwilligen Ehrenamtlichkeit genannt. Selbstverwirklichung, Anerkennung, Interesse und Freude daran, Sinnhaftigkeit, Weitergabe von Erfahrung, gebraucht zu werden und helfen zu dürfen, also wunderbare Beweggründe. Um diese aber belohnen zu können und aufrechtzuerhalten, besteht großer Handlungsbedarf, der von staatlicher Seite und von den großen Organisationen wahrgenommen werden sollte. Denn sonst besteht die Gefahr, dass es in zehn Jahren kaum mehr Freiwillige oder weniger Freiwillige geben wird. Und je besser die Ausbildung der Freiwilligen, desto höher die Anerkennung und desto qualifiziertere Personen können wieder als Freiwillige gewonnen werden, sagt zum Beispiel der Arbeitskreis 2 für Qualifizierung von Ehrenamtlichen durch Aus- und Fortbildungsangebote. Es wurden die Defizite und die Lösungsansätze auch festgestellt. Einer der großen Defizite ist die Anrechenbarkeit für die Pension. Als Lösungsansätze wurden wichtige Punkte unter anderem auch festgeschrieben: Entschädigung für Unternehmen, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Freiwillige oder Ehrenamtliche arbeiten sowie Fehlzeiten der Freiwilligen bei Einsätzen oder Bildungsmaßnahmen. Und der zweite Punkt ist: Die freiwillige Tätigkeit soll für die Pensionszeiten angerechnet werden. Das heißt, diese Wünsche sind also allgemein, es müssen sich die Landesregierung und die Bundesregierung damit befassen. Ich ersuche nachträglich, diesen Antrag anzunehmen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 22.56 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich nun um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wir kommen damit zu Punkt

**36. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 583/1, den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 136, Grundbuch 60054 Sankt Martin, an Herrn Kaka Azizi, wohnhaft in 8605 Kapfenberg, Mozartgasse 14.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prattes** (22.56 Uhr): Ich berichte zur Einl.-Zahl 583/1, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 136, Grundbuch Sankt Martin an Herrn Azizi, wohnhaft in Kapfenberg, Mozartgasse 14.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 24. September 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der Zweidritteigentumsanteile des Landes Steiermark an der Liegenschaft EZ. 136, Grundbuch 60054 Sankt Martin an Herrn Kaka Azizi um den Kaufpreis von 525.000 Schilling beziehungsweise Abzahlung in Monatsraten von 2500 Schilling wird genehmigt. Ich bitte um Annahme. (22.58 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung, Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hagenauer** (22.58 Uhr): Wir haben zu diesem Tagesordnungspunkt einen Entschließungsantrag vorbereitet, den ich kurz einbringen möchte. In dem Rechnungshofbericht steht Folgendes drinnen:

„... da das Wohnhaus im Inneren des Gebäudes an einigen Stellen starke Schimmelbildungen aufzuweisen hat und sehr reparaturbedürftig ist. Unter diesen Umständen ist anzunehmen, dass das Haus von einem anderen Kaufbewerber nicht bewohnt werden kann.“ Überdies wird von der Fachabteilung festgestellt, dass der Verkauf auch deswegen in überwiegendem Interesse des Landes liege, weil zur notwendigen Substanzerhaltung mit hohen Reparaturkosten zu rechnen sei und auch die Haftung nach dem ABGB zu bedenken sei.

Mit anderen Worten, es wird hier auf drei Ebenen begründet, etwas, was sich schlicht damit zum Ausdruck bringen lässt, dass das Haus unbewohnbar ist. Jetzt handelt es sich aber um ein Objekt, das kinderreichen Familien zur Verfügung gestellt wurde. Wir können also daraus, nachdem das eine durchaus wohlbegründete Feststellung der Fachabteilung ist, nur einen Schluss ziehen, dass das Land als Eigentümer, als Hauseigentümer Wohnungen vermietet, die a) unbewohnbar sind, die b) in einem desolaten Zustand sind und die c) auch rechtlich nicht einmal vermietet werden dürften. Das stellt sich das Land hiemit selbst aus.

Daher stellen wir den Antrag, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens unbewohnbare Häuser und Wohnungen künftig nicht mehr als Wohnraum für sozial bedürftige Menschen zur Verfügung zu stellen und zweitens dem Landtag darüber Bericht zu erstatten, a) wie viele unbewohnbare Häuser und Wohnungen sich im Eigentum oder Miteigentum des Landes befinden, b) in wie vielen unbewohnbaren Häusern und Wohnungen das Land Hauptmieter ist, c) wie viele unbewohnbare Häuser und Wohnungen das Land derzeit als Wohnraum zur Verfügung stellt. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei den Grünen. – 23.00 Uhr.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren!

Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters, Einl.-Zahl 583/1, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend keine Vermietung unbewohnbarer Wohnhäuser Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

### **37. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht, Einl.-Zahl 450/1, betreffend Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark, Bundesländerflughäfen, Landeskrankenhaus Leoben.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prattes** (23.01 Uhr): Herr Präsident!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 6. November 2001 über den Bericht des Rechnungshofes, betreffend Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark, Bundesländerflughäfen, Landeskrankenhaus Leoben, Einl.-Zahl 450/1, beraten. Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Rechnungshofes, betreffend Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark, Bundesländerflughäfen, Landeskrankenhaus Leoben, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (23.02 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich zu diesem Tagesordnungspunkt der Herr Abgeordnete Kreisl. Im Anschluss Herr Abgeordneter Hagenauer.

**Abg. Kreisl** (23.02 Uhr): Werter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wie dem Bericht des Rechnungshofes entnommen werden kann, entspricht das ursprüngliche Versorgungskonzept für den Krankenhausstandort Eisenerz nicht mehr den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung. Weiters hielt der Rechnungshof die Aufrechterhaltung der Versorgung von Patienten und Lungenerkrankungen

im LKH Eisenerz aus medizinischer Sicht für nicht erforderlich. Die schweren Fälle der Lungenpatienten müssen auf Grund der nicht vorhandenen Geräte nach Leoben transportiert werden. In Leoben gibt es die Computertomographie und Magnetresonanz. In Leoben gibt es eine Station und in Eisenerz zwei Stationen Lungenabteilung. Die Aufnahme erfolgt in Leoben und die Patienten werden dann Eisenerz zugewiesen. Mit den Ärzten zusammen sind in Eisenerz zirka 60 Personen beschäftigt. Die 24-Stunden-Ambulanz in Eisenerz wird sehr gut angenommen, da es in der Umgebung von Radmer, Hieflau, Landl und so weiter keine fachärztliche Versorgung gibt. Meine Damen und Herren! Um das Krankenhaus in Eisenerz zu erhalten, sind wir daher gefordert, auf Grund der Rahmenbedingungen neue Inhalte zu erarbeiten. Es gibt einen Planungsvorgang und die Zielplanung läuft bis 2010. Was die Sonderkrankenanstalt Theresienhof betrifft, so besteht hier kein weiterer Vertrag mehr mit dem LKH Leoben. Um die geplanten Projekte im LKH Leoben umzusetzen, so bedarf es hier, eine richtige Reihenfolge zu erstellen und danach umgehend mit der Umsetzung zu beginnen. Meine Damen und Herren! Wir müssen uns auch bewusst sein, dass auf Grund wirtschaftlicher Überlegungen eine gemeinsame Kooperation mit dem Krankenhaus Bruck an der Mur unumgänglich ist. Abschließend darf ich noch berichten, dass mit dem Projektieren der Lärmschutzwand beim LKH Leoben endlich begonnen wurde und auch zusätzlich Lärmschutzfenster vorgesehen sind. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 23.04 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Hagenauer. Im Anschluss Herr Abgeordneter Prattes.

**Abg. Hagenauer** (23.04 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Vorweg noch eine Anmerkung: Vielleicht können Sie mir das einmal bei Gelegenheit erklären, warum Sie gegen den vorhergehenden Beschlussantrag der Grünen wirklich gestimmt haben. Ich kann das einfach nicht nachvollziehen, dass die ÖVP und die Freiheitlichen, die sonst nicht müde werden, die Familien und überhaupt und alles hoch zu halten, sich dagegen aussprechen, dass man hier wenigstens eine Berichtspflicht über die Vermietung von schimmelligen Wohnungen einführt. Warum stimmen Sie hier dagegen? Nichts für ungut. Die Tageszeit kann es auch nicht sein. (Abg. Wiedner: „Haben Sie beim Hausbauen einen Baum gepflanzt?“) Das habe ich, Herr Kollege. Ich habe einen Sohn gezeugt und eine Tochter, auf die ich mindestens so stolz bin wie auf meinen Sohn, die die Erstgeborene ist. In diesem betreffenden Rechnungshofbericht wird unter anderem etwas festgestellt, was wir als schwer wiegend betrachten und daher zu diesem Punkt einen Entschließungsantrag eingebracht haben. In dem Rechnungshofbericht wird unter anderem festgehalten, und zwar Bundesrechnungshofbericht: Für das Führungsinstrument Controlling lagen weder Konzepte noch Vorgaben vor. Einzelne Controllingmaßnahmen in den Dienststellen fanden ohne Absprache und Koordinierung mit dem Controllingreferat statt. Der Rechnungshof stellte fest, dass in der Landesverwaltung das Controlling in der Praxis nicht verwirklicht wurde. Der Rechnungshof bemängelte den Verzicht auf das Controlling als Führungsinstrument, obwohl ein Referat mit dieser Aufgabenstellung eingerichtet war. Er empfahl, so bald wie möglich ein Controllingkonzept zu schaffen. Darin wäre auch festzulegen, wie Controllingmaßnahmen, die in einzelnen Bereichen stattfinden, zusammengeführt werden können, um die Dichte der erzielbaren Führungsinformationen zu erhöhen. Die Grünen stellen daher den Antrag: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ein Controllingkonzept für die Landesverwaltung zu entwickeln und dem Landtag davon Bericht zu erstatten. Ich bitte um Annahme! (Beifall bei den Grünen. – 23.07 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Prattes.

**Abg. Prattes** (23.07 Uhr): Herr Präsident!

Ich verzichte auf meine Wortmeldung. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Prattes hat auf sein Rederecht in diesem Zusammenhang verzichtet. Damit komme ich zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 450/1 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend fehlendes Controlling in der Landesverwaltung ihre Zustimmung geben, ersuche ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen damit zu

### **38. Wahl in den Ausschuss für Soziales und Kindergärten.**

Auf Wunsch des Landtagsklubs der Sozialdemokratischen Partei Österreichs erfolgt eine Neuwahl in den Ausschuss für Soziales und Kindergärten.

Der vorliegende Wahlvorschlag seitens der Sozialdemokratischen Partei Österreichs lautet wie folgt:

Als Ersatzmitglied in den Ausschuss für Soziales und Kindergärten wird anstelle von Herrn Landtagsabgeordneten Franz Schleich Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann gewählt.

Gemäß § 62 Absatz 1 GeoLT wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettel vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die nunmehr durchzuführende Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen und ersuche nun die Damen und Herren, die dieser Vorgangsweise ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem von der Schriftführerin verlesenen Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Ich ersuche nun die Mitglieder des Finanz-Ausschusses, sich zur Beratung der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 652/1, betreffend Nachtragsbudget 2001 in den Rittersaal zu begeben.

Im Anschluss an die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft findet die 18. Sitzung des Steiermärkischen Landtages statt.

Gegenstand dieser Sitzung ist der Bericht des Finanz-Ausschusses über die genannte Regierungsvorlage.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 23.10 Uhr.)

